

DAS ARGUMENT 84

Zum Verhältnis von Logischem und Historischem

Streitfragen materialistischer Dialektik (II)

Klaus Holzkamp

**Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus
und ihre Verkennung durch J. Bischoff**

1

Hansgeorg Conert

Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? (2. Teil)

76

Besprechungen

104

**Schwerpunkte: Wissenschaftstheorie; Theorien der
Sprachwissenschaft; Literatur und Politik im 19. Jahrhundert;
Soziologie der Freizeit; Wilhelminische Kriegspolitik;
Imperialismus der USA; Probleme der Entwicklungsländer**

Zeitschriftenschau

III

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Braunschweig), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin/West), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730,

Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Prof.

Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Sekretariat: Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a

Telefon: (030) 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie

<i>Bischoff, Joachim: Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff (Holzkamp)</i>	1
<i>Streisand, Joachim: Kritische Studien zum Erbe der deutschen Klassik (Ahrweiler)</i>	104
<i>Seiffert, Helmut: Einführung in die Wissenschaftstheorie, Bd. I und II (Tripp)</i>	108

(Fortsetzung auf S. VII)



Das Argument erscheint 1974 in 12 Heften mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) als Doppelhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preis des Doppelheftes: 8,— DM, für Schüler und Studenten 6,— DM; im Abonnement 6,— DM, für Schüler und Studenten 5,— DM. Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1974. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 1363 60. Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Telefon 55 59 55. 1.—15. Tausend Februar 1974.

Bellagenhinweis: Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte, das Jahresinhaltsverzeichnis und den Gesamtprospekt des Argument-Verlages.

Klaus Holzkamp

Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verkennung durch J. Bischoff

Inhalt

1. Eliminierung der historischen Analyse aus dem Begründungszusammenhang der Kritik der politischen Ökonomie: Textausschlachtung als Sinnverfälschung (S. 3)
2. Das logisch-historische Verfahren im „Kapital“ (S. 24)
3. Bischoffs Angriff auf die materialistische Erkenntnistheorie (S. 43)

Fragestellung

„Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.“ Diese Auffassung von Marx und Engels, so eindeutig sie ist, hat dennoch kontroverse Einschätzungen unter Marxisten über die Bedeutung des Historischen für die Denk- und Verfahrensweisen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht ausschließen können. Eine Extremvariante innerhalb dieser Einschätzungsdivergenzen ist die These von Joachim Bischoff u.a., der historischen Analyse komme überhaupt keine konstitutive Funktion im Begründungsverfahren der Kritik der politischen Ökonomie zu, wobei diese These als tiefere und richtigere Interpretation von Marx und Engels im Vergleich zu gängigen Verflachungen vorgestellt wird. Im Zusammenhang einer solchen Konzeption stehen andere vorgeblich ebenfalls auf Marx und Engels fußende Bischoffsche Auffassungen, etwa die Zurückdrängung der dialektischen Methode oder die Erklärung der Überflüssigkeit materialistischer Erkenntnistheorie.

Derartige Vorstellungen sind von außerordentlicher Tragweite für die Denk- und Vorgehensweise des wissenschaftlichen Sozialismus bis hin zur konkreten wissenschaftlichen Untersuchungsarbeit und politischen Praxis. Deswegen ist eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen besonders dringlich. Dies gilt um so mehr, da Bischoff und seine Mitarbeiter in den letzten Jahren eine äußerst umfangreiche Publikationstätigkeit entfaltet¹, wobei die mit Ge-

1 Joachim Bischoff arbeitet am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin im Rahmen der Projekte „Klassenanalyse“ und „Entwicklung des Marxschen Systems“. Von ihm und den Projektteilnehmern sind, abgesehen von kleineren Arbeiten, fünf Bücher mit insgesamt ca. 1800 Seiten Umfang erschienen; ein sechstes Buch ist angekündigt.

lehrsamkeit und wissenschaftlichem Aufwand dargelegten Konzeptionen in bestimmten Bereichen der Linken innerhalb der Bundesrepublik starken und weiterhin steigenden Einfluß gewonnen haben.

Unsere Kritik, die nicht das Gesamt der schriftlichen Äußerungen Bischoffs und der Projekte, sondern lediglich die genannten grundsätzlichen Positionen analysieren will, bezieht sich vornehmlich auf Bischoffs Buch „Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Über wissenschaftliche Dialektik“², weil diese Positionen hier, obzwar sie auch in anderen Arbeiten im Gang der Analysen zum Ausdruck kommen, explizit und systematisch dargelegt werden. (Hinzugenommen wird lediglich ein einschlägiger Passus aus „Das Kapitel vom Geld“³.)

Zu Fragen der Beziehung zwischen historischer Methode, Logik, Erkenntnistheorie und materialistischer Dialektik gibt es einen generellen „Stand der Diskussion“, der besonders durch die marxistische Philosophie in den sozialistischen Ländern geprägt ist. Es kann nicht das Ziel unserer Abhandlung sein, diesen allgemeinen Diskussionsstand hier einzubringen und einen Beitrag auf gleicher Ebene leisten zu wollen. Die vorliegende Kritik will in die Tagesauseinandersetzung zwischen Marxisten in der Bundesrepublik um die richtige wissenschaftliche Fundierung der nächsten Schritte der Arbeit und des Kampfes eingreifen. Die Möglichkeit, daß dabei auch gewisse verallgemeinerbare Resultate herauspringen, soll damit allerdings nicht ausgeschlossen sein.

Es wird davon ausgegangen, daß die zu analysierenden Konzeptionen Bischoffs und der Projekte einerseits und unsere Kritik daran andererseits nicht lediglich Niederschlag persönlicher Auffassungsunterschiede der Autoren sind, sondern Symptom objektiver Widersprüchlichkeiten des gegenwärtigen Entwicklungsstandes des wissenschaftlichen Sozialismus in der BRD. So gesehen kann es uns auch und gerade in der Polemik nicht primär darum gehen, Recht zu haben und zu behalten, sondern im Interesse der gemeinsamen Sache Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen — worin und bei wem diese Schwierigkeiten auch immer liegen mögen.

Der mögliche Nutzeffekt der drei folgenden Hauptteile für den Leser ist unterschiedlich: Im ersten Teil soll aufgewiesen werden, wie Bischoff durch einen fragwürdigen Umgang mit Marx- und Engelszitaten zu falschen Schlußfolgerungen über deren Konzeptionen hinsichtlich der Funktion der historischen Analyse kommt; die dazu notwendige genaue Zerlegung von Textstellen ist uns durch den kritisierten Bischoffschen Interpretationsstil aufgezwungen; möglicher Nutzen für den Leser ist hier einmal ein richtigeres Verständnis bestimmter berühmter Marx- und Engels-Passagen und zum anderen die präzisere Identifizierbarkeit und Überwindbarkeit eines verbreiteten Verfahrens der Klassiker-Ausschlachtung. Im darauf fol-

2 VSA (Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung), Berlin/West 1973.

3 „Projekt Entwicklung des Marxschen Systems“, VSA, Berlin/West 1973.

genden Hauptteil geht es darum, gegen Bischoff die zentrale Bedeutung der logisch-historischen Methode im „Kapital“ durch Explikation von Marx' *wirklicher Vorgehensweise* herauszuarbeiten; hier soll also ein Beitrag zum angemesseneren Verständnis der Methodik der Kritik der politischen Ökonomie geleistet werden. Im letzten Hauptteil wird, immer durch die Kritik an Bischoff hindurch, der Versuch gemacht, durch Einbeziehung des Aspektes der logisch-historischen Methode den Stellenwert der Erkenntnistheorie innerhalb materialistischer Dialektik zu verdeutlichen und ihre Bedeutung als Mittel zur Begründung und Förderung des Erkenntnisfortschritts im wissenschaftlichen Sozialismus und als Mittel des ideologischen Kampfes nach außen und innen herauszuheben: damit ist hier der Anschluß an die in dieser Zeitschrift im Gang befindliche Grundsatzdiskussion über materialistische Erkenntnistheorie (vgl. *Das Argument* 74, 77 und 81) gefunden (wenn wir auch unserer anderen Fragestellung wegen die Fäden der bisherigen Argumentationen nicht explizit aufgreifen konnten).

1. Bischoffs Weginterpretation der historischen Analyse aus dem Begründungszusammenhang der Kritik der politischen Ökonomie: Textausschlachtung als Sinnverfälschung

a) *Wie Bischoff Engels durch Marx „korrigiert“: „Identität“ heißt „Unterschied“ zwischen Logischem und Historischem*

Die Bischoffschen Darlegungen beanspruchen nicht, an irgendeiner Stelle von Marx und Engels abzuweichen oder über sie hinauszugehen; die Besonderheit des eigenen Interpretationsansatzes wird vielmehr darin gesehen, daß hier *in kritischer Absetzung von Verfälschungen und Verfälschungen der eigentliche Sinn der Marx-Engelschen Lehren wiederhergestellt wird*. „Die zu lösende Aufgabe besteht darin, einen Gedanken nachzudenken“ (22)⁴. Zur Verdeutlichung wird Hegel zitiert: „Nach einem gemeinen Irrtum scheint einem Gedanken nur dann der Stempel des Selbstgedachten aufgedrückt zu sein, wenn er abweichend von den Gedanken anderer Menschen ist, wo dann das Bekannte seine Anwendung zu finden pflegt, daß das Neue nicht wahr und das Wahre nicht neu ist; — sonst ist daraus die Sucht, daß *jeder sein eigenes System haben will*, entsprungen, und daß ein Einfall desto origineller und vortrefflicher gehalten wird, je abgeschmackter und verrückter er ist, weil er eben dadurch die Eigentümlichkeit und Verschiedenheit von dem Gedanken anderer am meisten beweist“ (22). — Wir haben also davon auszugehen, daß Bischoffs Konzeption über das Verhältnis von Logischem und Historischem in der Kritik der Politischen Ökonomie nicht seine eigene Auffassung, sondern Ergebnis einer geläufigen Meinungen korrigierenden Interpretation in vollem Einklang mit Marx und Engels sein soll. In welcher Weise versucht Bischoff, den

⁴ Seitenangaben ohne weitere Hinweise beziehen sich stets auf Bischoffs „Arbeit als Systembegriff“.

Anspruch auf ein richtigeres und tieferes Verständnis des Verhältnisses von Logischem und Historischem zu begründen?

Engels charakterisiert das Verhältnis zwischen Logischem und Historischem in einem berühmten Passus aus seiner Rezension von Marx' „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“:

„Die Kritik der Ökonomie, selbst nach gewonnener Methode, konnte noch auf zweierlei Weise angelegt werden: historisch oder logisch. Da in der Geschichte, wie in ihrer literarischen Abspiegelung, die Entwicklung im ganzen und großen auch von den einfachsten zu den komplizierteren Verhältnissen fortgeht, so gab die literargeschichtliche Entwicklung der politischen Ökonomie einen natürlichen Leitfaden, an den die Kritik anknüpfen konnte, und im ganzen und großen würden die ökonomischen Kategorien dabei in derselben Reihenfolge erscheinen wie in der logischen Entwicklung. Diese Form hat scheinbar den Vorzug größerer Klarheit, da ja die *wirkliche* Entwicklung verfolgt wird, in der Tat aber würde sie dadurch höchstens populärer werden. Die Geschichte geht oft sprungweise und im Zickzack und müßte hierbei überall verfolgt werden, wodurch nicht nur viel Material von geringerer Wichtigkeit aufgenommen, sondern auch der Gedankengang oft unterbrochen werden müßte; zudem ließe sich die Geschichte der Ökonomie nicht schreiben ohne die der bürgerlichen Gesellschaft, und damit würde die Arbeit unendlich, da alle Vorarbeiten fehlen. Die logische Behandlungsweise war also allein am Platz. Diese aber ist in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten. Womit diese Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs; ein korrigiertes Spiegelbild, aber korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt, indem jedes Moment auf dem Entwicklungspunkt seiner vollen Reife, seiner Klassizität betrachtet werden kann.“⁵

Bischoff zitiert aus diesem Passus von „Die logische Behandlungsweise . . .“ (110 f.) an, stellt in diesem Zusammenhang fest, daß Engels hier „die Identität von historischer und logischer Betrachtungsweise herausstellt . . .“ (110) und zieht als weitere Unterlagen für seine Interpretationen besonders zwei Marx-Zitate hinzu.

Marx⁶ legt im Zusammenhang der Darstellung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals den Unterschied zwischen den vergangenen historischen Entstehungsbedingungen des Kapitals und den kontemporärgeschichtlichen Bedingungen seiner Fortexistenz auseinander und kommt dabei zu folgender Aussage: „Andererseits, was viel wichtiger für uns ist, zeigt unsre Methode die Punkte, wo die historische Betrachtung hereintreten muß, oder wo die bürgerliche Ökonomie als bloß historische Gestalt des Produktionsprozesses über sich hinausweist auf frühere historische Weisen der Pro-

5 Karl Marx und Friedrich Engels, Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 13, S. 474 f.

6 Marx, Grundrisse, S. 363 ff.

duktion. Es ist daher nicht nötig, um die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie zu entwickeln, die *wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse* zu schreiben. Aber die richtige Anschauung und Deduktion derselben als selbst historisch gewordener Verhältnisse führt immer auf erste Gleichungen — wie die empirischen Zahlen z. B. in der Naturwissenschaft —, die auf eine hinter diesem System liegende Vergangenheit hinweisen. Diese Andeutungen, zugleich mit der richtigen Fassung des Gegenwärtigen, bieten dann auch den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit — eine Arbeit für sich, an die wir hoffentlich auch noch kommen werden. Ebenso führt diese richtige Betrachtung andererseits zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse — und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet.“⁷ — Bischoff zitiert diesen Text mit unterschiedlichen Aus- bzw. Weglassungen in „Arbeit als Systembegriff“ zweimal (auf 109 und auf 322); außerdem erscheint das Zitat auch in der Zelený-Kritik innerhalb des Buches „Das Kapitel vom Geld“⁸.

Im Kapitel „Die Methode der Politischen Ökonomie“ innerhalb seiner Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie kommt Marx nach komplexen Ausführungen über die richtige Reihenfolge der Darstellung der verschiedenen ökonomischen Kategorien (s. u.) zu folgender Feststellung: „Es wäre also untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.“⁹

Bischoff unternimmt es, den Engelsschen Passus aus der angeblich „so oft mißverstandenen Rezension von ‚Zur Kritik der politischen Ökonomie‘“ (110) auf dem Hintergrund der wiedergegebenen und weiterer Marx-Stellen (besonders der zuerst angeführten Stelle) zu interpretieren. Die Auffassung von einer solchen Interpretationsbedürftigkeit wird in einer Fußnote im Buch „Das Kapitel vom Geld“ bekräftigt. Dort ist auf den genannten Engels-Passus verwiesen und hinzugefügt: „Diese Aussagen wären auf jeden Fall vor dem Hintergrund der Aussagen zu interpretieren, die Marx in den Grundrissen S. 364 f. macht“ (179). Die Schritte solcher „Interpretationen“ seien im groben verfolgt.

Bischoff, der (wie angeführt) einerseits selbst sagt, Engels habe die „Identität von historischer und logischer Betrachtungsweise“ herausgestellt (110, Hervorh. K. H.), kommt andererseits im Zusammenhang der Überleitung von den genannten Marx-Stellen zum Engels-Zitat u. a. zu folgenden Darlegungen: „Unbestritten ist daher, daß die logische Darstellung des Systems der bürgerlichen Produktionsverhältnisse den Schlüssel für das Verständnis des historischen Prozesses liefert. Engels sieht diesen Unterschied zwischen logischer und histo-

7 Ebenda, S. 364 f.

8 Projektgruppe Entwicklung des Marxschen Systems, S. 178 f.

9 Marx, Grundrisse, S. 28, zit. bei Bischoff, S. 108.

rischer Betrachtungsweise und behauptet daher auch nicht, daß mit der Darstellung des Systems der Kritik der politischen Ökonomie bereits die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft geschrieben sei. Er betont in der sooft mißverstandenen Rezension von ‚Zur Kritik der politischen Ökonomie‘ im Gegenteil, daß zu einer solchen Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft alle Vorarbeiten fehlen. Erst nach dieser Aussage folgt der Hinweis, daß es dennoch eine *Verbindung von logischer und historischer Betrachtungsweise* gäbe: „Die logische Behandlungsweise war also allein am Platz. Diese ist aber in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten . . .“ (110 f., alle Hervorh. K. H.).

Mithin finden sich bei Bischoff, und das in einem Abschnitt, die Aussagen, Engels stelle die *Identität* zwischen Logischem und Historischem heraus, Engels sehe einen *Unterschied* zwischen Logischem und Historischem und Engels weise darauf hin, daß es eine *Verbindung zwischen Logischem und Historischem* gebe; gleich anschließend folgt dann das Engels-Zitat, in welchem die *logische Behandlungsweise als die historische*, entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten, charakterisiert wird. Als Ergebnis dieser „Interpretation“, die nichts ist als eine Aneinanderreihung widersprüchlicher Sätze im Gewande eines Gedankenganges, hält Bischoff für den Rest seines Buches die Ansicht fest, richtig im Sinne von Marx und Engels sei lediglich die Heraushebung eines *Unterschiedes* zwischen Logischem und Historischem. Dies ist (unabhängig davon, wie weit die Marx-Passagen angemessen verstanden wurden, s. u.) offensichtlich eine *Verfälschung des Engels-Zitates* (es sei denn, man wolle gelten lassen, Engels habe etwas anderes gesagt als er gemeint hat, und erst durch Bischoff sei Engels' wahre Auffassung zum Ausdruck gebracht). Noch zugespitzter zeigt sich dies im Buch „Das Kapitel vom Geld“. Dort heißt es, im Anschluß an ein Zitat von Marx' angeführter Passage¹⁰, das mit dem Satz „eine Arbeit für sich, an die wir hoffentlich auch noch kommen werden“ endet: „Da die Geschichte der Produktionsverhältnisse einer anderen Arbeit vorbehalten bleibt, ist es *müßig, bzw. falsch, sie im ‚Kapital‘ zu suchen und eine Einheit von logischer und historischer Ebene der Darstellung zu konstruieren*“ (179, Hervorh. K. H.). Auf der gleichen Seite findet sich die Fußnote mit dem Hinweis auf den Engels-Text, der auf dem Hintergrund der zitierten Marx'schen Aussagen „zu interpretieren“ sei. Tatsächlich könnte es sich hier in keinem Sinne mehr um eine Engels-*Interpretation*, sondern nur um eine radikale Engels-*Kritik* handeln, da ja gerade das Gegenteil von dem ausgesagt wird, was im Text von Engels steht. Indessen, Bischoff und die Projektteilnehmer bringen das Kunststück fertig, einerseits richtig darzulegen, Engels stelle die *Identität* von historischer und logischer Betrachtungsweise heraus („Arbeit als Systembegriff“, 110), andererseits es als „*müßig, bzw. falsch*“ zu bezeichnen, im „Kapital“ eine „*Einheit von logischer und historischer Ebene der Darstellung zu konstruieren*“ („Das Kapitel

10 Marx, Grundrisse, S. 364 f.

vom Geld“, 179), und dennoch den Anspruch, bloße „Interpretationen“ im Einklang mit Marx und Engels zu leisten, aufrechtzuerhalten.

Worin besteht nun in Bischoffs Sicht der Unterschied zwischen Logischem und Historischem? Bischoff nimmt — wie aus vielen Äußerungen, deren Wiedergabe hier zu weit führen würde, und dem Gesamtzusammenhang seiner Abhandlung hervorgeht — generell an, daß nur die logische Analyse, nicht aber die historische Betrachtung wesentlich für das Marxsche Vorgehen sei: „Das Zurückgreifen auf nichtbürgerliche Produktionsweisen ist also *nicht von konstitutiver Bedeutung für die Kritik der politischen Ökonomie*“ (321, Hervorh. K. H.). Prägnant zusammengefaßt ist diese Position in der Wiedergabe eines Diskussionsbeitrages des Projekts „Klassenanalyse“ auf einer Tagung des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF): Dort kritisieren die Projektteilnehmer eine „methodische Schwäche“ des IMSF: die falsche Auffassung einer Einheit von logischer und historischer Entfaltung der Kategorien im ‚Kapital‘ ... Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß im ‚Kapital‘ die ‚historische Dimension‘ lediglich in die logische Entwicklung ‚hereinspielt‘. Nur bei sorgfältiger Trennung dieser beiden Elemente kann die Marxsche Theorie adäquat rezipiert werden. Die Kategorien des ‚Kapital‘ dürfen immer nur ‚allgemein‘ und nicht historisch gesehen werden“¹¹. Bischoff trennt in Gedanken das Historische vom Logischen ab. Gemäß seiner Auffassung hat das Historische keine konstitutive Funktion im Begründungszusammenhang der Kritik der Politischen Ökonomie. — Es bleibt zu fragen, welche Funktion nach Bischoffs Meinung den historischen Darlegungen bei Marx statt dessen zukommen soll. Dazu finden sich zwei Arten von Überlegungen.

Bischoff greift aus dem genannten Marx-Passus¹² die Stelle heraus: „Diese Andeutungen, zugleich mit der richtigen Fassung des Gegenwärtigen, bieten dann auch den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit...“. Außerdem bezieht er sich mehrfach auf die berühmte Marx-Passage aus der „Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie“: „In der Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen. Die Andeutungen auf Höheres in den untergeordneten Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist. Die bürgerliche Ökonomie liefert so den Schlüssel zur antiken etc.“¹³. Von da aus sieht Bischoff sich berechtigt, in seinem Buch immer wieder zu behaupten, zunächst müsse die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft begriffen sein, erst dann verfolge man über den Schlüssel zum Verständnis anderer Gesellschaftsformen; so, wenn er aussagt: „Das Eingehen auf die der bürgerlichen Gesellschaft vorhergehenden Gesellschaften ... ist Resultat des Begreifens des inneren organischen Zusammenhangs des bürgerlichen Systems“ (321, Hervorh. K. H.). „Die Bezugnahme auf nicht-

11 „Sozialistische Politik“ 24, 1973, S. 73, Hervorh. K. H.

12 Marx, Grundrisse, S. 364 f.

13 Ebenda, S. 26.

bürgerliche Gesellschaften ist erst das Resultat der richtigen Fassung des gegenwärtigen sozialen Prozesses“ (322).

Diese Bischoffsche Deutung schließt ein, daß Marx' historische Darlegungen, da sie erst durch das Begreifen der gegenwärtigen Gesellschaftsformation ermöglicht werden, *selbst keinerlei Relevanz für das Verständnis dieser gegenwärtigen Gesellschaftsform haben, also lediglich vergangenheitsgerichtet, rein historisierender Natur seien.* Zunächst ist festzuhalten, daß auch diese Deutung im Widerspruch zur Auffassung von Engels steht, das Logische innerhalb der Kritik der Politischen Ökonomie sei nichts anderes als eine bestimmte Art des Historischen (wenngleich Bischoff auch hier versucht, fließende Übergänge zwischen seiner „Interpretation“ und dem Wortlaut von Engels' Aussagen herzustellen, 112). Darüber hinaus muß man sich fragen, *welches Interesse Marx eigentlich mit seinen historischen Ausführungen verfolgen soll, sofern sie tatsächlich als bloß historisierend zum Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft doch nichts beitragen.* Liegt es nicht näher anzunehmen, Bischoff habe die Marx'schen Aussagen, an die er mit seiner Deutung anknüpfen will, unzulänglich verstanden?

Neben Überlegungen, die die Annahme einer historisierenden Funktion von Marx' historischen Ausführungen umschließen, finden sich bei Bischoff (und den Projektmitgliedern) noch andersgerichtete Einschätzungen zu diesem Thema. — Bischoff räumt ein: „In der Tat führt Marx im ‚Kapital‘ zur Verdeutlichung bestimmter bürgerlicher Produktionsverhältnisse gelegentlich gesellschaftliche Strukturen vorbürgerlicher Produktionsweisen ... in die Argumentation ein“ und fährt dann fort: „Die Schlußfolgerung, daß diese gelegentlichen Bezugnahmen allenfalls den Charakter von Abschweifungen haben, ist sicher falsch. Der entgegengesetzte Schluß, daß Marx erst durch das Verfahren der transsozialen Relativierung¹⁴ sich die Dimension der wissenschaftlichen Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft erschließe, ist nicht minder falsch“ (317). Welcher Schluß denn nun richtig sei, darüber ist hier und im folgenden Text bei Bischoff nichts Genaueres zu erfahren. Als Hinweis bleibt nur das Wort „*Verdeutlichung*“. Größere Klarheit über das hier Gemeinte ist jedoch aus der Zelený-Kritik in „Das Kapitel vom Geld“ zu gewinnen. Dort ist an mehreren einschlägigen Stellen von „illustrieren“ (175) und „Illustration“ (177) die Rede, am prägnantesten in folgendem Satz: „Die Passagen im ‚Kapital‘, in denen auf historische Entwicklungen eingegangen wird, haben lediglich den Charakter der ‚Illustration ... (der) theoretischen Entwicklung“ (179, Hervorh. K. H.). Während

14 „Transsoziale Relativierung“ ist ein von W. F. Haug („Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie“, *Das Argument* 74, 14. Jg. 1972, S. 561—585) eingeführter Terminus für das Verfahren der Heranziehung anderer Produktionsweisen zur spezifizierenden Kennzeichnung der Warenproduktion. Bischoff setzt sich kritisch mit diesem Haugschen Aufsatz auseinander (315 ff.).

also Marx' historische Darlegungen in ihrer historisierenden Funktion außerhalb des Begründungszusammenhanges der Kritik der Politischen Ökonomie Einsichten über nichtbürgerliche Gesellschaftsformationen vermitteln sollen, wird im gegenwärtigen Zusammenhang von Bischoff (und den Projektteilnehmern) Marx' historischen Darlegungen, ebenfalls außerhalb des Begründungszusammenhanges der Kritik der Politischen Ökonomie, eine begleitende, *illustrative Funktion* für diesen Begründungszusammenhang zugeschrieben. Dabei bleibt allerdings im dunkeln, auf welche Weise das Historische im Bischoffschen Verständnis, als vom Logischen abgetrennt und ihm äußerlich gegenübergestellt, selbst die reduzierte Funktion einer Illustration des „logischen“ Begründungsverfahrens der Kritik der politischen Ökonomie soll erfüllen können. Fraglich bleibt auch, wie die so gefaßte Annahme einer illustrativen Funktion des Historischen vorsatzgemäß aus dem interpretativen „Nachdenken“ der Gedanken von Marx und Engels gerechtfertigt werden soll.

Wie sonst immer, so ist auch hier ein Klassiker-Zitat verwendet. In dem angeführten Satz „Die Passagen im ‚Kapital‘, haben lediglich den Charakter der ‚Illustration ... (der) theoretischen Entwicklung“ ist der letzte Teil als Zitat aus dem „Kapital“, (Bd. 1, S. 12), ausgewiesen („Das Kapitel vom Geld“, 179). Es hat also den Anschein, als wenn Marx an dieser Stelle selber die illustrative Funktion seiner historischen Ausführungen herausgestellt habe. Wie aber lautet der Originaltext bei Marx im Zusammenhang?

„Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse. Ihre klassische Stätte ist jetzt England. Dies der Grund, warum es zur Hauptillustration meiner theoretischen Entwicklung dient.“¹⁵

Nachdem man, wie in einem Vexierbild, im Marx-Text den (ungenau übernommenen) Satzketzen „Illustration ... (der) theoretischen Entwicklung“ entdeckt hat, muß man feststellen, daß Marx hier als *Bereich der Hauptillustration seiner theoretischen Entwicklung keineswegs die historischen Ausführungen im „Kapital“, sondern das zeitgenössische England nennt*. Bischoff und die Projektteilnehmer haben den zitierten Satzteil *aus seinem wirklichen Zusammenhang gerissen und in einen völlig anderen Sinnzusammenhang gestellt*. So wird vorgetäuscht, daß die Annahme der illustrativen Funktion der historischen Passagen im „Kapital“ einer Marxschen Auffassung entspricht. Damit ist die Grenzlinie von der Zitatausschlachtung über die Sinnverfälschung zur Zitatfälschung hier ganz und gar verwischt.

Dabei hätten Bischoff und die Projektteilnehmer gar nicht zu so groben Mitteln greifen müssen, um ihre „Illustrations“-These mit einem Klassiker-Zitat scheinbar zu belegen. Engels stellt in der gleichen Rezension von „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, aus der der Passus über das Logische als einer bestimmten Art des Histo-

15 Marx, MEW 23, S. 12.

rischen stammt, folgendes fest: „Man sieht, wie bei dieser Methode die logische Entwicklung durchaus nicht genötigt ist, sich im rein abstrakten Gebiet zu halten. Im Gegenteil, sie bedarf der historischen Illustration, der fortwährenden Berührung mit der Wirklichkeit. Diese Belege sind daher auch in großer Mannigfaltigkeit eingeschoben, und zwar sowohl Hinweisungen auf den wirklichen historischen Verlauf auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung wie auch auf die ökonomische Literatur, in denen die klare Herausarbeitung der Bestimmung der ökonomischen Verhältnisse von Anfang an verfolgt wird.“¹⁶ — Wieweit sich Bischoff tatsächlich zu Recht auf diese Engels-Stelle hätte berufen können, darauf kommen wir noch zurück.

b) Bischoffs Vermengung des realhistorischen mit dem logisch-historischen Aspekt der Analyse; seine „Interpretation“ von nicht bestehenden Widersprüchen zwischen Marx und Engels

In unserer bisherigen Argumentation wurde im wesentlichen darauf hingewiesen, daß Bischoff unter Heranziehung von Marx-Passagen die Engels'sche Konzeption über das Verhältnis zwischen Logischem und Historischem verdreht hat (wobei aus dieser Verdrehung weitere Irrtümer folgen). Nicht ausdiskutiert ist die Frage, wieweit von Bischoff die Marx-Passagen richtig verstanden worden sind. In dem Maße, als ein solches angemessenes Marx-Verständnis vorliegt, wäre gegen Bischoffs „Interpretationen“ lediglich einzuwenden, er hätte dabei auf wissenschaftlich fragwürdige Weise bestehende Widersprüche zwischen (und möglicherweise auch innerhalb) Marx' und Engels' Auffassungen über das Verhältnis zwischen Logischem und Historischem verschleiert und eine Übereinstimmung zwischen Marx, Engels und Bischoff vorgespiegelt: *Bischoffs Deutung könnte sich dabei aber immer noch mehr oder weniger im Einklang mit der Marx'schen Version befinden.* — Um diese Frage einer Klärung näherzubringen, vergleichen wir in einem ersten Generalisierungsschritt die angeführten bei Bischoff zitierten Textstellen von Engels einerseits und Marx andererseits bei Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes unter dem Aspekt etwaiger Widersprüche. Dabei ist zunächst der Engels-Text selbst näher zu betrachten.

Engels charakterisiert in seiner „Rezension“ auf hoher Verallgemeinerungsstufe Marx' „dialektische Methode“ in der „Kritik der Politischen Ökonomie“. Dabei wird von Engels auf ein entscheidendes Verdienst Hegels hingewiesen: „Er war der erste, der in der Geschichte eine Entwicklung, einen innern Zusammenhang nachzuweisen versuchte...“¹⁷ und weiterhin ausgeführt: „Diese epochemachende Auffassung der Geschichte war die direkte theoretische Voraussetzung der neuen materialistischen Anschauung, und schon hierdurch ergab sich ein Anknüpfungspunkt auch für die logische Methode.“ ... „Marx war und ist der einzige, der sich der Arbeit unterziehen konnte, aus der Hegelschen Logik den Kern herauszuschälen, der Hegels wirkliche Entdeckungen auf diesem Gebiet umfaßt, und

16 Engels, MEW 13, S. 477.

17 Engels, MEW 13, S. 474.

die dialektische Methode, entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen, in der einfachen Gestalt herzustellen, in der sie die allein richtige Form der Gedankenentwicklung wird. Die Herausarbeitung der Methode, die Marx' Kritik der politischen Ökonomie zugrunde liegt, halten wir für ein Resultat, das an Bedeutung kaum der materialistischen Grundanschauung nachsteht.¹⁸ Anschließend folgt der zitierte, von Bischoff benutzte Engelssche Passus: „Die Kritik der Ökonomie, selbst nach gewonnener Methode, konnte noch auf zweierlei Weise angelegt werden: historisch oder logisch...“ usw.

Engels sagt einmal aus, die Kritik der Ökonomie konnte „auf zweierlei Weise: historisch oder logisch“¹⁹ angelegt werden, und stellt zum anderen fest, die „logische Behandlungsweise ... ist aber in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten.“²⁰ Dieser scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man davon ausgeht, Engels hätte hier den Begriff „historisch“ in zwei unterschiedlichen Akzentuierungen gebraucht. Im Engels-Text spricht alles für diese Lesart: Sofern Engels von der *historischen Verfahrensweise ohne Spezifizierung des Historischen als eine besondere Art des Logischen spricht*, kommt er zu Kennzeichnungen wie: „Diese Form hat scheinbar den Vorzug größerer Klarheit, da ja die *wirkliche* Entwicklung verfolgt wird, in der Tat aber würde sie dadurch höchstens populärer werden. Die Geschichte geht oft sprungweise und im Zickzack und müßte hierbei überall verfolgt werden, wodurch nicht nur viel Material von geringer Wichtigkeit aufgenommen, sondern auch der Gedankengang oft unterbrochen werden müßte; zudem ließe sich die Geschichte der Ökonomie nicht schreiben ohne die der bürgerlichen Gesellschaft, und damit würde die Arbeit unendlich, da alle Vorarbeiten fehlen“²¹. Sofern Engels von der *historischen Verfahrensweise spezifiziert als eine besondere Art des Logischen spricht*, kommt er zu Kennzeichnungen wie: „Die logische Behandlungsweise ... ist in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten“²². Man hätte also in engster Anlehnung an den Wortlaut des Engels-Textes zwei Aspekte der „Methode“ der Kritik der Politischen Ökonomie zu unterscheiden, den *realhistorischen* Aspekt und den *logisch-historischen* Aspekt.

Wenn Engels mit Bezug auf das Marxsche Verfahren von „*logischer*“ Methode, Entwicklung etc. spricht, so ist damit — daran kann kein Zweifel bestehen — stets das Logische als eine besondere Art des Historischen, der *logisch-historische* Aspekt gemeint; wenn Engels von „Historischem“ spricht, so ist dagegen die „*wirkliche* Entwicklung“, der *realhistorische* Aspekt der „Methode“ gemeint.

Nun verdeutlicht sich auch die von uns angeführte Engels-Stelle, in der gesagt wird, „die logische Entwicklung“ bedürfe „der historischen *Illustration*, der fortwährenden Berührung mit der Wirklichkeit. Diese *Belege* sind daher auch in großer Mannigfaltigkeit

18 Ebenda.

19 Ebenda.

20 Ebenda, S. 475.

21 Ebenda.

22 Ebenda.

eingeschoben ...“²³. Dies heißt: Der *logisch-historische Aspekt* der Entwicklung bedarf der *Illustration*, der *Belege* durch *Einbeziehung des realhistorischen Aspektes* (s. u.).

Was ergibt nun ein Vergleich des so explizierten Engels-Passus mit den einschlägigen Aussagen der von Bischoff herangezogenen Marx-Passage²⁴, und was ist von der Auffassung zu halten, der Engels-Text sei „auf jeden Fall vor dem Hintergrund“ dieser Marx-Passage „zu interpretieren“ („Kapitel vom Geld“, 179)? — Die angeführten Marxschen Aussagen stehen, wie gesagt, im Zusammenhang mit der Analyse der Bedeutung der *ursprünglichen Akkumulation* für die Entwicklung des Kapitalismus. Marx weist auf, daß die ursprüngliche Akkumulation zu den „*historischen Voraussetzungen*“ des Kapitalismus gehört, „die eben als solche *historische Voraussetzungen* vergangne sind und daher der *Geschichte seiner Bildung* angehören, keineswegs aber zu seiner *kontemporären* Geschichte, d. h. nicht in das wirkliche System der von ihm beherrschten Produktionsweise gehören.“²⁵ Indem er diese Überlegungen weiterverfolgt, kommt Marx dann zu der Verallgemeinerung: „Andererseits, was viel wichtiger für uns ist, zeigt unsre Methode die Punkte, wo die historische Betrachtung hereintreten muß, oder wo die bürgerliche Ökonomie als bloß historische Gestalt des Produktionsprozesses über sich hinausweist auf frühere historische Weisen der Produktion. Es ist daher nicht nötig, um die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie zu entwickeln, die *wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse* zu schreiben. Aber die richtige Anschauung und Deduktion derselben als selbst historische gewordner Verhältnisse ...“ usw.²⁶.

Wenn Marx feststellt, es sei, um die Gesetze der bürgerlichen Ökonomie zu entwickeln, nicht nötig, die wirkliche Geschichte der Produktionsverhältnisse zu schreiben, und Engels darlegt, das explizite Verfolgen der wirklichen Entwicklung in ihren Sprunghaftigkeiten und Zufälligkeiten sei nicht die angemessene Form der Gedankenentwicklung, außerdem ließe sich die Geschichte der Ökonomie im Zusammenhang der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft gegenwärtig mangels Vorarbeiten nicht schreiben, so beziehen sich hier *Marx wie Engels* auf den *realhistorischen Aspekt* der Analyse und vertreten *beide* die Auffassung, *zum Begreifen des Kapitalismus sei das Schreiben seiner Realgeschichte nicht notwendig*. — Engels kommt *darüber hinaus* im Kontext seiner grundsätzlichen methodologischen Ausführungen noch zur Darlegung des Logischen als einer bestimmten Art des Historischen, also des *logisch-historischen Aspektes* der historischen Analyse. *Solche Darlegungen fehlen in der Marx-Passage weitgehend* (deuten sich lediglich in der Formulierung von der richtigen „Anschauung und Deduktion“ der bürgerlichen Ökonomie als „selbst historisch gewordner Verhältnisse“ an), wobei dieses Fehlen wiederum aus dem Kontext des Themas der Marxschen Überlegungen, der ursprünglichen Akkumulation, verständlich ist. — Marx und Engels, *sofern in den beiden Texten von der gleichen Sache die Rede ist, widersprechen*

23 Ebenda, S. 477. (Hervorhebung, K. H.)

24 Marx, Grundrisse, S. 364 f.

25 Ebenda, S. 363.

26 Ebenda, S. 364.

sich nicht, zeigen auch keinerlei Auffassungsdivergenzen, sondern sagen dem Sinne nach schlicht das gleiche aus. In den Textteilen, die von Verschiedenem handeln, können naturgemäß weder Widersprüche noch Übereinstimmungen auftreten. Der Engels-Text ist hier also keineswegs, wie Bischoff u. a. meinen, der Interpretation durch den Marx-Text bedürftig; wo beide Texte das gleiche aussagen, ist eine solche Interpretation unnötig, wo sich die Texte auf Verschiedenes beziehen, ist sie unmöglich.

Marx arbeitet bei der Erörterung der ursprünglichen Akkumulation eine besondere Funktion des realhistorischen Aspektes seines Verfahrens heraus, die Unterscheidung zwischen vergangenen historischen Voraussetzungen des Kapitalismus, die seine Entstehungsgeschichte ausmachen, aber nicht die prozessuale Selbsterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen, und eben dieser „kontemporären Geschichte“ des Kapitalismus (die selbst natürlich auch eine historische Entwicklung einschließt). — Diese Marxschen Darlegungen sind in einem doppelten Sinne speziell: Speziell in dem Sinne, daß hier nur der realhistorische, nicht aber der logisch-historische Aspekt der Analyse angesprochen ist, und speziell in dem Sinne, daß der Rückgriff auf vergangene historische Voraussetzungen nur eine, aber (wie im Blick auf die Marxsche „Kritik“ leicht ersichtlich) keinesfalls die einzige Funktion des realhistorischen Aspektes der Analyse ist (s. u.).

Wir haben also festzuhalten: Die in der Engelsschen „Rezension“ auseinandergelegte Unterscheidung zwischen dem realhistorischen und dem logisch-historischen Aspekt der Analyse, die Bestimmung des logischen Verfahrens als einer besonderen Art des historischen Verfahrens, ist durch die herangezogene Marx-Passage aus den Grundrissen weder zu korrigieren, noch zu modifizieren, noch auch zu „interpretieren“, sondern bleibt durch die Marxschen Ausführungen unangetastet. Es besteht im gegenwärtigen Zusammenhang keinerlei Berechtigung, irgend etwas am Wortlaut des Engels-Textes herumzudeuteln.

Von Bischoff und den Projektmitgliedern werden die zwei Aspekte von Marx' historischem Verfahren der „Kritik“, der realhistorische und der logisch-historische Aspekt in ihrer Unterschiedlichkeit und ihrem Zusammenhang nicht erkannt. Für sie ist das Historische das Nichtlogische und das Logische das Nichthistorische; sie kennen das Historische nur in einem Sinne, als Realhistorisches (wobei sie häufig das Realhistorische noch weiter im Sinne vergangener realhistorischer Voraussetzungen einengen). Wenn sie dagegen vom „Logischen“ reden, so mißdeuten sie dieses als einen vom Historischen (qua Realhistorischen) radikal befreiten Prozeß (s. u.). In diesem fundamentalen Unverständnis liegt — wie später gezeigt werden wird — ein entscheidender Grund für die Schwächen und Fehlerhaftigkeiten im Gesamt der Analysen von Bischoff und den Projekten.

Nun verdeutlicht sich auch, daß bei Bischoff u. a., weil sie das „Historische“ dem „Logischen“ ausschließend und äußerlich gegenüberstellen, die „Illustrations“-These in gänzlich anderem Zusammenhang steht als an der Stelle, wo bei Engels von „Illustration“ die Rede ist. Während nach Bischoff Marx' historische Darlegungen eine

lediglich begleitende, illustrative Funktion für die logischen (= nicht historischen) Analysen haben sollen, ist die Engelssche Aussage, wie gezeigt, zwingend so zu verstehen, daß *realhistorische Darlegungen illustrativen Wert für logisch-historische Entwicklung haben könnten*; von Wichtigkeit ist dabei, daß Engels die realhistorischen *Illustrationen* gleichzeitig als realhistorische *Belege* kennzeichnet (was dies bedeutet, darüber kann Genaueres erst gesagt werden, wenn wir später das Verhältnis zwischen Realhistorischem und Logisch-Historischem näher untersucht haben). Demnach ist festzuhalten, daß es Bischoff u. a. auch nichts genützt hätte, wenn sie statt des verfälschten Marx-Zitates die von uns eingebrachte Engels-Stelle herangezogen hätten: *Ihre „Illustrations“-These ist durch Marx wie durch Engels ungedeckt.*

c) *Hat bei Marx das Studium früherer Epochen keine Bedeutung für das Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft?*

Nachdem nun gezeigt wurde, daß Bischoff die Herauslösung des Historischen aus dem Begründungszusammenhang der Kritik der Politischen Ökonomie mit Bezug auf die diskutierten Stellen weder unter Berufung auf Marx und Engels rechtfertigen kann noch unter Berufung auf Marx gegen Engels rechtfertigen könnte, daß vielmehr gemäß der Engelsschen Darlegung das Historische als Logisch-Historisches diesen Begründungszusammenhang ausmacht, müssen noch die bisher nicht explizierten Teile der angeführten Textstellen in die Betrachtung gezogen werden, um zu prüfen, wieweit dadurch die von uns gezogenen Folgerungen fragwürdig werden und (soweit im Rahmen eines solchen Zitate-Vergleichs möglich) weitere Klärungen zu erreichen.

Wie gesagt, vertritt Bischoff in „Interpretation“ von Marx-Texten die Auffassung, das „Eingehen auf die der bürgerlichen Gesellschaft vorhergehenden Gesellschaften ... ist *Resultat des Begreifens des inneren organischen Zusammenhangs des bürgerlichen Systems*“ (321, Hervorh. K. H.). Die These einer *historisierenden Funktion* der historischen Passagen bei Marx, der gemäß das Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft Voraussetzung für das Verständnis früherer Epochen ist, aber das Verständnis früherer Epochen *seinerseits keinen Beitrag* zum Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft leistet, wird von Bischoff und den Projektteilnehmern immer wieder und in unterschiedlichen Zusammenhängen herausgestellt. Dabei wird (als Kritik an Zelený) etwa auch darauf hingewiesen, die Annahme eines (wie immer näher bestimmten) *Wechselverhältnisses zwischen dem Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft und dem Begreifen früherer Gesellschaftsformen* sei in Wahrheit ein *Zirkelschluß*, bei dem das Zu-Begreifende, die bürgerliche Gesellschaft, einmal Ergebnis und einmal Voraussetzung des Verständnisses früherer Gesellschaftsformen ist. „*Bevor jedoch die Entwicklungsgeschichte eines Gegenstandes gegeben werden kann, muß dieser Gegenstand selbst dargestellt worden sein*“ („Kapitel vom Geld“, 178, Hervorh. K. H.). — Sofern diese Auffassung sich belegen ließe, bedeutete dies eine *Problematisierung unserer bisherigen Explika-*

tionsversuche. Wenn das Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft Vorbedingung für die historische Analyse ist, kann die logisch-historische Analyse nicht den Begründungszusammenhang der „Kritik“ ausmachen. Damit befände sich Marx — sofern von Bischoff richtig interpretiert — nunmehr an dieser Stelle im Widerspruch zur Engelsschen Charakterisierung des Logischen als einer bestimmten Art von Historischem.

Die Marx-Stellen, auf die Bischoff u. a. hier ihre Ableitungen gründen wollen, sind die früher angeführten Passagen: „Die Andeutungen auf Höheres in den untergeordneten Tierarten können dagegen nur verstanden werden, wenn das Höhere selbst schon bekannt ist. Die bürgerliche Ökonomie liefert so den Schlüssel zur antiken etc.“²⁷; weiterhin: „Diese Andeutungen, zugleich mit der richtigen Fassung des Gegenwärtigen, bieten dann auch den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit — eine Arbeit für sich, an die wir hoffentlich auch noch kommen werden.“²⁸

Zur Präzisierung des Problems ist festzustellen: Es geht nicht darum, ob aus dem Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft auch Möglichkeiten zum Verständnis früherer Gesellschaftsformationen gewinnbar sind. Dies ist unbestritten. Strittig ist nur, wieweit aus den *Marx-Passagen abgeleitet werden kann, die bürgerliche Gesellschaft sei lediglich aus sich heraus, ohne historische Analysen, zu begreifen*. Die Voraussetzungen zur Klärung dieser Frage sind dann gegeben, wenn man sich deutlich macht, daß hier die Problemlage die Unterscheidung zwischen dem *Ansatz der Analyse* einerseits und der *Durchführung und dem Resultat der Analyse* andererseits erfordert. — Eine historische Analyse, die auf das Begreifen gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse gerichtet ist, hat notwendig an solchen gegenwärtigen Verhältnissen anzusetzen. Dies bedeutet, daß die *gegenwärtigen Verhältnisse* bereits bekannt und sogar bis zu einem gewissen Grade *gedanklich auseinandergelagt sein müssen* (was ja meist durch vorgängige wissenschaftliche Bearbeitung gesichert ist), damit die historische Analyse sinnvoll zu realisieren ist. Der *Ansatz der Analyse* ist aber nicht das gleiche wie die *Durchführung der Analyse* und ihr *Resultat*. Der *Erkenntnisprozeß der historischen Analyse führt vielmehr vom bloß Bekannten zum Erkannten und Begriffenen, von der bloßen Beschreibung und Auseinanderlegung bis zum Verständnis der inneren Zusammenhänge gegenwärtiger Verhältnisse*. — Alle einschlägigen Schwierigkeiten und Irrtümer bei Bischoff u. a. rühren daher, daß dieser Unterschied nicht gesehen wird (so ist auf S. 321 davon die Rede, daß auf frühere Gesellschaftsformen erst nach dem „Begreifen“ des inneren organischen Zusammenhanges der bürgerlichen Gesellschaft eingegangen werden kann; im „Kapitel vom Geld“, 178, heißt es dagegen, bevor die Entwicklungsgeschichte eines Gegenstandes gegeben werden könne, müsse dieser Gegenstand selbst „dargestellt“ worden sein).

Die Annahme, daß zwar die Kenntnis gegenwärtiger Gesellschaftsformen Vorbedingung für das Verständnis früherer sei, der umge-

27 Marx, Grundrisse, S. 26.

28 Ebenda, S. 364 f.

kehrte Weg aber ausgeschlossen werden müsse, könnte nur dann aus den entsprechenden Marxschen Passagen abgeleitet werden, wenn dort ein abgeschlossener Erkenntnisprozeß des Gegenwärtigen zum Verständnis des Vergangenen vorausgesetzt wäre. Davon ist aber keine Rede. Marx sagt nur, „das Höhere“ müsse „selbst schon bekannt“ sein (Hervorh. K. H.), bzw. die „richtige Fassung des Gegenwärtigen“ biete „dann auch den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit“ (Hervorh. K. H.). In den Marxschen Formulierungen ist also keineswegs ausgeschlossen, daß im Ansatz an „Bekanntem“ und der „richtigen Fassung des Gegenwärtigen“ über die historische Analyse zum Begreifen der inneren Zusammenhänge gegenwärtiger Verhältnisse gelangt werden könnte. — Auch die Behauptung von Bischoff u. a. über den „Zirkelschluß“, der in der Annahme einer Wechselwirkung des Verständnisses von Gegenwärtigem und Vergangenen liegen soll, erweist sich so als unhaltbar. Man setzt an gegenwärtigen Verhältnissen an, legt sie bis zu einem gewissen Grad gedanklich auseinander und gewinnt dann durch die historische Analyse von auf dieser Ebene vorverstandenen früheren Verhältnissen tieferen Einblick in die den gegenwärtigen Verhältnissen inhärenten inneren Zusammenhänge; dieser höhere Erkenntnisstand über das Gegenwärtige eröffnet gleichzeitig ein angemesseneres Verständnis des Vergangenen — wo ist da der Zirkel? Ein logischer Fehler würde nur dann in dieser Wechselwirkungs-Annahme liegen, wenn man nicht von der richtigen Vorstellung einer schrittweisen und unabschließbaren Erkenntnisprogression ausgeht, sondern, wie Bischoff u. a., das absolute Ende der Erkenntnis der bürgerlichen Gesellschaft als möglich ansieht und von da aus einen unsinnigen Alles-oder-Nichts- oder Erst-dann-Schematismus²⁹ unterstellte: Sofern erst alles an den gegenwärtigen Verhältnissen erkannt worden sein müßte, ehe man frühere gesellschaftliche Verhältnisse verstehen kann, dann wäre die Konsequenz, aus der historischen Analyse könne kein Beitrag zum Verständnis des Gegenwärtigen geleistet werden, in der Tat logisch zwingend, weil sie sich tautologisch aus dem (absurden) Vordersatz ergibt.

d) Die „Reihenfolge“ der ökonomischen Kategorien bei Marx und Engels: Doch noch ein Widerspruch?

Nachdem gezeigt werden konnte, daß auch durch Heranziehung von Marx' Ausführungen über die Bedeutung der Bekanntheit bzw. richtigen Fassung des Gegenwärtigen für das Verständnis des Vergangenen die Engelssche Heraushebung der Einheit von Logischem und Historischem im Begründungszusammenhang der „Kritik“ nicht relativiert werden kann, soll noch eine letzte scheinbare Unstimmigkeit zwischen den zitierten Engels- und Marx-Passagen diskutiert werden, die sich auf die Reihenfolge des Erscheinens bzw. der Darstellung der ökonomischen Kategorien bezieht.

29 Ein „Erst-dann-Schematismus“ ist, wie noch gezeigt werden wird, auch in anderen Zusammenhängen für Bischoffs Denkweise charakteristisch.

In der Engels-Passage aus der „Rezension“ heißt es: „Da in der Geschichte, wie in ihrer literarischen Ab Spiegelung, die Entwicklung im ganzen und großen auch von den einfachsten zu den komplizierteren Verhältnissen fortgeht, so gab die literargeschichtliche Entwicklung der politischen Ökonomie einen natürlichen Leit faden, an den die Kritik anknüpfen konnte, und im ganzen und großen würden die ökonomischen Kategorien dabei in derselben Reihenfolge erscheinen wie in der logischen Entwicklung.“³⁰ „Womit diese Geschichte anfängt, damit muß der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs; ein korrigiertes Spiegelbild, aber korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt, indem jedes Moment auf dem Entwicklungspunkt seiner vollen Reife, seiner Klassizität betrachtet werden kann.“³¹ — Ein früher als von Bischoff zitiert angeführter, bisher nicht explizierter Marx-Passus laute: „Es wäre also untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinanderfolgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben, und die genau das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.“³²

Bischoff zitiert den Marx-Passus (108) im Zusammenhang der Überlegungen, in denen er, wie früher gezeigt, die Engelssche Bestimmung des Logischen als einer bestimmten Art von Historischem schließlich mit Beziehung auf Marx weginterpretiert. In der Tat wendet sich Marx hier gegen ein Aufeinanderfolgenlassen der Kategorien in der realhistorischen Reihenfolge und scheint damit sowohl im Widerspruch zu Engels zu stehen, der ja gerade davon spricht, die ökonomischen Kategorien würden „im ganzen und großen“ in der logischen (= logisch-historischen) Analyse in der gleichen Reihenfolge erscheinen, wie in der wirklichen Geschichte, als auch Bischoff recht zu geben, der das Historische aus dem logischen Begründungszusammenhang der Kritik herauslösen will.

Eine Klärung bereitet sich hier vor, wenn man genauer betrachtet, welche Art von „ökonomischen Kategorien“ es sind, die bei Marx einerseits und bei Engels andererseits als der Beginn der Entwicklung betrachtet werden. — Marx wendet sich, indem er über die richtige „Einteilung“ nachdenkt, dagegen, mit der *Grundrente* und der *Agrikultur* zu beginnen: „Zum Beispiel nichts scheint naturgemäßer als mit der Grundrente zu beginnen, dem Grundeigentum, da es an die Erde, die Quelle aller Produktion und allen Daseins, gebunden ist, und an die erste Produktionsform aller einigermaßen befestigten Gesellschaften — die Agrikultur. Aber nichts wäre falscher.“³³ „Die Agrikultur wird mehr und mehr ein bloßer Industriezweig und ist ganz vom Kapital beherrscht. Ebenso die Grundrente. In allen Formen, worin das Grundeigentum herrscht, die Naturbeziehung noch vorherrschend. In denen, wo das Kapital

30 Engels, MEW 13, S. 474 f.

31 Ebenda, S. 475.

32 Marx, Grundrisse, S. 28.

33 Ebenda, S. 27.

herrscht, das gesellschaftlich, historisch geschaffne Element. Die Grundrente kann nicht verstanden werden ohne das Kapital. Das Kapital aber wohl ohne die Grundrente. Das Kapital ist die alles beherrschende ökonomische Macht der bürgerlichen Gesellschaft. Es muß Ausgangspunkt, wie Endpunkt bilden und vor dem Grundeigentum entwickelt werden. Nachdem beide besonders betrachtet sind, muß ihre Wechselwirkung betrachtet werden.“³⁴ Dann folgt „Es wäre also untubar ...“. — Engels müßte, wenn er auf der gleichen Ebene argumentieren würde, da er „im ganzen und großen“ eine Entsprechung zwischen realhistorischer und logisch-historischer Entwicklung annimmt, hier im Gegensatz zu Marx ein Beginnen bei der Agrikultur und Grundrente befürworten. Dies tut er aber keineswegs. Er stellt vielmehr fest: „Die politische Ökonomie fängt an mit der *Ware*.“³⁵

Nachdem wir nun gesehen haben, daß Marx und Engels, wenn sie vom Beginn oder Anfang der politischen Ökonomie reden, offensichtlich in verschiedenen Ebenen argumentieren, soll die „Reihenfolge“, wie sie bei Marx und bei Engels dargestellt ist, betrachtet werden. — Marx faßt als Resümee seiner Überlegungen am Schluß des Kapitels zusammen: „Die Einteilung offenbar so zu machen, daß 1) die allgemein abstrakten Bestimmungen, die daher mehr oder minder allen Gesellschaftsformen zukommen, aber im oben auseinandergesetzten Sinn. 2) Die Kategorien, die die innre Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft ausmachen und worauf die fundamentalen Klassen beruhen. Kapital, Lohnarbeit, Grundeigentum. Ihre Beziehung zueinander. Stadt und Land. Die drei großen gesellschaftlichen Klassen. Austausch zwischen denselben. Zirkulation. Kreditwesen (private). 3) Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des Staats. In Beziehung zu sich selbst betrachtet. Die ‚unproduktiven‘ Klassen. Steuern. Staatsschuld. Öffentlicher Kredit. Die Bevölkerung. Die Kolonien. Auswanderung. 4) Internationales Verhältnis der Produktion. Internationale Teilung der Arbeit. Internationaler Austausch. Aus- und Einfuhr. Wechselkurs. 5) Der Weltmarkt und die Krisen.“³⁶ — Aus dem Engels-Text ergibt sich folgende „Reihenfolge“: „Die politische Ökonomie fängt an mit der *Ware*, mit dem Moment, wo Produkte — sei es von einzelnen, sei es von naturwüchsigen Gemeinwesen — gegeneinander ausgetauscht werden.“³⁷ „Betrachten wir nun die *Ware* nach ihren verschiedenen Seiten hin, und zwar die *Ware*, wie sie sich vollständig entwickelt hat, nicht wie sie sich im naturwüchsigen Tauschhandel zweier ursprünglicher Gemeinwesen erst mühsam entwickelt...“^{37a}. „Nachdem nun Gebrauchswert und Tauschwert entwickelt sind, wird die *Ware* als unmittelbare Einheit beider dargestellt, wie sie in den *Austauschprozeß* eintritt. Welche Widersprüche sich hier ergeben, mag man p. 20, 21 nachlesen. Wir bemerken nur, daß diese Widersprüche nicht bloß theoretisches, abstraktes Interesse haben, sondern zugleich die aus der Natur des unmittelbaren Austauschverhältnisses, des einfachen Tauschhandels, hervorgehenden Schwierigkeiten

34 Ebenda.

35 Engels, MEW 13, S. 475.

36 Marx, Grundrisse, S. 28 f.

37 Engels, MEW 13, S. 475.

37 a Ebenda.

rigkeiten, die Unmöglichkeiten widerspiegeln, auf die erste rohe Form des Austausches notwendig hinausläuft. Die Lösung dieser Unmöglichkeiten findet sich darin, daß die Eigenschaft, den Tauschwert aller anderen Waren zu repräsentieren, auf eine spezielle Ware übertragen wird — das Geld.“^{37b} „Hiermit schließt die Entwicklung des ersten Hefts, dem zweiten den Übergang des Geldes ins Kapital vorbehaltend.“³⁸

Die von Marx in seiner „Einteilung“ angegebene Reihenfolge spiegelt tatsächlich in keiner Weise den wirklichen historischen Verlauf, auch nicht in abstrakter und theoretisch konsequenter Form (allerdings auch nicht seine Umkehrung, wie Marx vorher nahelegte). In der von Engels angegebenen „Reihenfolge“ findet sich dagegen wirklich im Großen und Ganzen die tatsächliche historische Entwicklung in von störenden Zufälligkeiten entkleideter Weise wieder. — Eine Auflösung dieses scheinbaren Widerspruchs ergibt sich, wenn man beide „Reihenfolgen“ aufeinanderprojiziert: Marx nennt (nach den „allgemeinen abstrakten Bestimmungen . . .“) das *Kapital als ersten Punkt der „Einteilung“*. Die von Engels angegebene Reihenfolge endet aber gerade mit dem Kapital, wie es aus dem Geld hervorgeht. Engels Darlegungen beschränken sich demnach ganz und gar auf diesen einen Punkt der Marxschen „Einteilung“. Engels gibt keine Einteilungsgesichtspunkte, sondern er deutet, bezogen auf den Punkt des Kapitals, die tatsächliche Durchführung der logisch-historischen Analyse an, die zum Begreifen des Kapitals führt. Marx' „Reihenfolge“ und Engels' „Reihenfolge“ stehen also sozusagen senkrecht aufeinander und schneiden sich in einem Punkt, dem Kapital.

Um dies zu verdeutlichen, ist uns wiederum die Unterscheidung zwischen dem Ansatz und der Durchführung der historischen Analyse von Nutzen. Marx geht es in seiner Diskussion der Einteilung um Fragen des Analyse-Ansatzes. Er stellt heraus, daß der Ansatz der Analyse an Grundrente und Agrikultur unangemessen wäre, weil an diesem unspezifischen Produktionsbereich die bürgerliche Gesellschaft in ihrer historischen Bestimmtheit niemals begreiflich gemacht werden könnte, und gibt dem Kapital den ersten Platz unter den historisch-spezifischen ökonomischen Kategorien, an denen die Analyse anzusetzen habe. Engels dagegen deutet die Durchführung der logisch-historischen Analyse des Begreifens der inneren Zusammenhänge des Kapitalverhältnisses an, weist darauf hin, daß eine solche Analyse mit der Ware zu beginnen habe, und zeigt die wesentlichen Stufen der Entwicklung von der einfachen Warenproduktion über das Geld zum Kapital auf. Das Kapital ist zwar, wie Marx richtig sagt, ohne die Grundrente zu verstehen, aber nicht, und dies kommt bei Engels ebenso richtig zum Ausdruck, ohne die Ware als dem Ursprungsverhältnis seiner Entstehung. — Der Umstand, daß bei Marx' Diskussion der „horizontalen“ Einteilungsgesichtspunkte für den Analyse-Ansatz die wirkliche historische Aufeinanderfolge keine Rolle spielt³⁹ ist mithin mühe-

37 b Ebenda, S. 476.

38 Ebenda, S. 477.

39 Der Charakter der Marxschen „Einteilung“ im ganzen, auf die er meines Wissens in dieser Form nicht wieder zurückgekommen ist, soll hier unerörtert bleiben.

mit dem Umstand zu vereinen, daß bei der von Engels angedeuteten Stufung der „vertikalen“ Durchführung der Analyse des Kapitals „im ganzen und großen“ die wirkliche historische Entwicklung widergespiegelt ist. Unstimmigkeiten oder Widersprüche sind nirgends mehr zu erblicken. Ebensowenig kann aus dem Marx-Passus eine Berechtigung abgeleitet werden, den historischen Charakter der begreifenden Analyse des Kapitals anzuzweifeln.

Mit unseren Darlegungen über das Problem der „Reihenfolge“ in den angeführten Textstellen von Marx und Engels sollte einmal gezeigt werden, daß es *sachlich unrichtig* ist, wenn Bischoff den Marx-Passus „Es wäre untubar und falsch . . .“ als Beleg in einem Gedankengang anführt, der die Bedeutungslosigkeit des historischen Verfahrens im Begründungszusammenhang der „Kritik der Politischen Ökonomie“ nachweisen will, und daß die Engelssche Charakterisierung des logisch-historischen Begründungsverfahrens auch aus einem so angesetzten, sich fälschlich auf Marx berufenden „Interpretations“-Versuch unbeschädigt hervorgeht.

e) Generelle Problematik der Ausmünzung „berühmter“ Klassikerstellen über die „Methode“; Marx' wirkliche Vorgehensweise ist zu explizieren.

Als Zusammenfassung unserer bisherigen Diskussion können wir im Blick auf Bischoff und die Projektteilnehmer festhalten, daß der von ihnen vertretenen Auffassung über das Verhältnis von Logischem und Historischem keineswegs, wie Bischoff beansprucht, aus dem „Nachdenken eines Gedankens“, einer tieferen und richtigen Interpretation der „Kritik der Politischen Ökonomie“, entspringen (s. o. S. 3 f.). Die Trennung von Logischem und Historischem, die Gleichsetzung von Historischem und Realhistorischem (oder gar vergangenen historischen Voraussetzungen), die Eliminierung des Historischen aus dem Begründungszusammenhang der „Kritik“, die Bestimmung des Logischen als Nichthistorischem, die Annahme, daß aus dem Verständnis früherer Gesellschaftsformationen kein Beitrag zum Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft geleistet werden kann, die Funktionsbestimmung des Historischen als bloß historisierend oder lediglich illustrativ etc., *keine einzige dieser Positionen kann sich legitimerweise auf Marx und Engels, oder auf Marx gegen Engels, berufen.* Es handelt sich hier *ausschließlich um Selbstgedachtes von Bischoff und den Projekten.* — Die Täuschung, daß Auffassungen, die *tatsächlich* zu den Marx-Engelsschen Positionen *in Widerspruch* stehen, *verständige Interpretation* von Marx und Engels seien, entsteht bei Bischoff (und sicherlich auch manchen Lesern) häufig durch eine Scheinargumentation, in der zwar auf in der Tat falsche Deutungen kritisch hingewiesen wird, dabei jedoch durch eine einseitig-unausgewogene Gedankenführung Übergeneralisierungen nach Art des „Das-Kind-mit-dem-Bade-Ausschüttens“ vollzogen werden, die den Standpunkt der Kritik selber falsch werden lassen. So wäre die Auffassung, *realhistorische* Deskriptionen seien ein zentrales Merkmal des Marxschen Begründungsverfahrens, in der Tat unan-

gemessen. Indem Bischoff u. a. kritisch darauf hinweisen, kommen sie aber ihrerseits zu der unangemessenen Auffassung, damit sei die historische Vorgehensweise bei Marx *überhaupt* getroffen, leugnen demnach generell die konstitutive Bedeutung historischer Analyse für den Beweisgang der Kritik; auch in ihrer Polemik unterstellen sie dann fremden Darlegungen das eigene beschränkte Verständnis des Historischen, tun so, als ob in den angegriffenen Auffassungen Historisches tatsächlich nur als Realhistorisches bzw. vergangene historische Voraussetzungen gemeint sei, und haben so leichtes Spiel, gegenüber den fälschlich unterschobenen Fehldeutungen ihr vermeintlich tieferes und richtigeres Verständnis in Szene zu setzen⁴⁰. — Die Denkfigur einer verfehlten Kritik verfehlter Aussagen findet sich, wie später zu zeigen sein wird, bei Bischoff noch in anderen Zusammenhängen. (Man muß sich davor hüten, Kritikern falscher Auffassungen unkritisch Kredit einzuräumen: Eine Kritik, die sich auf falsche Meinungen bezieht, kann dennoch auch selber falsch sein.)

Im Blick auf die positiven Resultate der bisherigen Überlegungen kann zusammenfassend festgestellt werden: Die (schon häufiger herausgestellte) Bedeutsamkeit der Unterscheidung eines realhistorischen und eines logisch-historischen Aspektes der historischen Analyse wurde gegen Bischoff zur Geltung gebracht; wir stoßen auf die (ebenfalls schon oft hervorgehobene) spezifische Funktion der realhistorischen Analyse bei Heraushebung der ursprünglichen Akkumulation als vergangener historischer Voraussetzung des Kapitalismus; die mögliche Illustrations- bzw. Belegfunktion des realhistorischen Aspektes für den logisch-historischen Aspekt der Analyse deutete sich an; die Unterscheidung zwischen dem Ansatz und der Durchführung der Analyse erwies sich als fruchtbar und klärend; etc. —

Im ganzen gesehen müssen wir dabei konstatieren, daß unser Verständnis der Funktion der historischen Analyse innerhalb der Marx-schen „Kritik“ bisher noch *ziemlich begrenzt blieb*. Zwar konnten wir u. E. aufweisen, welche Rückschlüsse man aus den von Bischoff angeführten Marx-Engels-Stellen *nicht* ziehen darf. Entscheidende *positive* Einsichten sind uns indessen bei der dazu notwendigen Zergliederung der jeweiligen Klassiker-Passagen kaum erwachsen: Wir haben in den bisherigen Ausführungen weder genügend Klarheit über das wirkliche Verhältnis zwischen dem realhistorischen und dem logisch-historischen Aspekt noch über das Verhältnis zwischen „Logischem“ und „Historischem“ innerhalb des logisch-historischen Aspektes, noch auch

40 Dieses „Kritik“-Verfahren liegt z. B. der Zelený-Kritik über weite Strecken zugrunde, so, wenn Zelený vorgehalten wird, die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld, die dieser aus der „Geschichte des gewordenen Gegenstandes“ begreifen will, sei „alles andere als ein vergangenes historisches Faktum“ („Kapitel vom Geld“, 177). Die „Kritik“ richtet sich hier auf etwas, das Zelený selbst niemals behauptet hat, daß ihm vielmehr von Bischoff u. a. auf Grund ihres beschränkten Verständnisses des Historischen lediglich unterstellt wird (was man selbst am Text nachvollziehen möge).

darüber, was in diesem Zusammenhang unter „logisch“ zu verstehen ist, schaffen können. Dies bedeutet auch eine wesentliche Einschränkung unserer bisherigen Bischoff-Kritik, da wir im wesentlichen den Wert seiner Text-Interpretationen *kaum aber* den (davon durchaus zu unterscheidenden) *eigenen wissenschaftlichen Gehalt* der Bischoffschen Positionen diskutieren konnten.

Die Auffassung könnte naheliegen, daß, um hier mehr Klarheit zu gewinnen, die Menge der heranzuziehenden Marx- und Engels-Zitate, sozusagen die „Text-Stichprobe“ erweitert werden müßte. Dies würde jedoch m. E., wenn dabei das gleiche Argumentationsverfahren wie bisher beibehalten würde, zu nichts führen. Die Mängel bisheriger Klärungsversuche lagen nämlich *nicht* in der *zu geringen Menge*, sondern in der *Auswahl und Verwendung* der Marx- und Engels-Zitate: Dem von Bischoff unternommenen und von uns auf gleicher Ebene kritisierten Versuch, über die Funktion des Historischen im Marxschen Verfahren der Kritik der politischen Ökonomie Klarheit zu gewinnen durch weitgehend ausschließliche Heranziehung von (meist berühmten, „geflügelten“) Marx- und Engels-Texten, in denen *über* das Verfahren der „Kritik“ Aussagen gemacht werden, und demgemäß eine „Interpretations“-Form, in der herausgefunden werden soll, was Marx und Engels in diesen Aussagen *gemeint* haben mögen. — Es gibt, wie bekannt, weder von Marx noch von Engels eine umfassende, systematische und ausgearbeitete Abhandlung über die „Methode“. Marx hat seinen Vorsatz, eine „Dialektik“ zu schreiben, nicht mehr verwirklichen können. Die vorhandenen Aussagen über das Verfahren der „Kritik“ finden sich in Einleitungen, Rezensionen, Briefen oder eingestreut in inhaltliche Analysen verschiedener Art. Diese Äußerungen tragen *notwendig den Stempel ihres jeweiligen Zweckes, der Stoßrichtung der Polemik, der angezielten Empfängerschaft, des spezifischen Zusammenhangs der inhaltlichen Analyse*; das letzte gilt (wie an Beispielen gezeigt) oft auch da, wo die Aussagen selbst eine hohe Verallgemeinerungsstufe haben, weil außerhalb eines systematischen Zusammenhangs der Inhalt, von dem aus verallgemeinert wurde, leicht in die Verallgemeinerung selbst durchschlägt⁴¹. — Sofern man bei der Interpretation solcher Äußerungen den Zweck bzw. den Kontext nicht hinreichend berücksichtigt, wie Bischoff mit seinen Verfahren des „interpretativen“ Ziehens von Verbindungslinien über den leeren Raum absolut verstandener

41 Dies gilt m. E. in besonderem Maße für die „Grundrisse“, zumal den berühmten Abschnitt über die „Methode“ (Grundrisse, S. 21 ff.). Hier ist neben dem Kontext auch der Zweck eines Vorentwurfs, damit der notwendig probierende, teilweise aphoristische Charakter der Ausführungen zu berücksichtigen (Marx hat nicht umsonst die „Einleitung“ von „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von der Veröffentlichung ausgeschlossen). Wer mit „Grundriß“-Zitaten unter Ausnutzung ihrer sprachlichen Kraft wie mit „absoluten“ Aussagen operiert, der erzeugt bei sich selbst Verwirrung und bei anderen Verwirrung.

Marx- und Engels-Zitate⁴², so werden die Schlußfolgerungen fragwürdig oder falsch; sofern man indessen eine solche Berücksichtigung versucht, wie wir in unserer Bischoff-Kritik, werden die Darlegungen zwangsläufig kompliziert, weil man *den immer wieder anderen Zweck oder Kontext so in Rechnung stellen muß, daß klar wird, wo von dem Gleichen und wo von Verschiedenem die Rede ist, welche Passagen man also wie aufeinander beziehen darf*. Diese Komplikationen sind dabei keineswegs nur sachlich erfordert, sondern nicht selten erzwungen durch die zufälligen Zweck- und Kontext-Divergenzen der verschiedenen Marx- und Engels-Texte. Demgemäß besteht hier die Gefahr, daß die Sache, um die es geht, statt klarer zu werden, eher hinter Verbalkomplizierungen immer mehr verschwindet. Mehr noch: Es ist bei alledem nicht sicher, ob dabei am Ende tatsächlich hinreichende Klarheit über das Marxsche Verfahren herauspringen kann: Es wäre ja auch denkbar, daß sich aus den vorhandenen Äußerungen von Marx und Engels über die „Methode“ die Funktion des Historischen im Begründungszusammenhang der „Kritik“ objektiv nicht hinlänglich rekonstruieren läßt.

Wir haben also einzusehen, daß unsere bisherige Argumentationsweise, da sie den Bischoffschen Argumentationen auf gleicher Ebene entgegentrat, *in der Kritik selbst noch ein Spiegelbild des Kritisierten bleiben mußte*. Wenn wir die Grenzen der bisherigen Klärungsbemühungen überwinden wollen, so ist die Frage des Verfahrens der Kritik der politischen Ökonomie auf andere Weise anzugehen. Im Mittelpunkt haben nicht Passagen von Marx und Engels über das Verfahren zu stehen, vielmehr muß die *wirkliche, durchgeführte Analyse von Marx im „Kapital“ auf das darin realisierte Verfahren hin befragt werden*. Was das „Logische“, das „Historische“ etc. hier zu bedeuten habe, dies muß aus der *tatsächlichen Funktion des „Logischen“ und „Historischen“ im Begründungszusammenhang der Analysen expliziert werden*. Demnach wären auch andersgeartete Textstellen bevorzugt zu berücksichtigen, nämlich solche, bei denen *in der inhaltlichen Argumentation und Ableitung bestimmte Verfahreneigentümlichkeiten besonders klar zum Ausdruck kommen*. Die „berühmten“ Zitate über die „Methode“ sind dabei keineswegs völlig zu vernachlässigen. Sie können allerdings lediglich als Hilfsmittel dienen⁴³, um aus den inhaltlichen Analysen auf richtige Weise Verallgemeinerungen des angewendeten Verfahrens zu erreichen. Die Zusammenhänge zwischen diesen Zitaten werden nicht von Interpretierenden über den leeren Raum hinweg „gestiftet“, sondern ergeben sich aus dem Stellenwert für das Verständnis des *wirklichen* Begründungszusammenhangs. — Da das in die inhaltliche Analyse eingeschlossene „metho-

42 W. F. Haug (*Das Argument* 81, 15. Jg. 1973, S. 559 ff.) hat den verbreiteten Typ des „Umgangs mit Klassikern“ verallgemeinernd gekennzeichnet, von dem das Bischoffsche Vorgehen eine besondere Variante darstellt.

43 Dies nicht, weil sie falsch oder ungenau wären — man muß in jedem Falle ihren Wortlaut voll respektieren — sondern weil sie in ihrer Gesamtheit für sich genommen zu wenig Information enthalten könnten.

dische“ Verfahren allein nach dem Erkenntnisgewinn zu bemessen ist, der mit ihm erzielt werden kann, sind auch die Bemühungen um Explikation dieses Verfahrens *nicht primär an Worten von Marx und Engels auf ihre Angemessenheit hin zu beurteilen, sondern danach, wieweit mit den Darlegungen der verschiedenen Momente des Verfahrens das Begreifen der bürgerlichen Gesellschaft durch die Marxsche Analyse verständlich gemacht werden kann.*

Diese Vorstellung von der Explikation des Marxschen Verfahrens der „Kritik“ ist natürlich nicht neu und schon oft mehr oder weniger eindeutig realisiert (wenn auch genausooft gegen sie verstoßen wurde). Wir wollen im konkreten Zusammenhang unserer Themenstellung den hier angedeuteten Weg ein kleines Stück zu gehen versuchen, um zu erproben und zu demonstrieren, wieweit so die Kritik an Bischoffs einschlägigen Ausführungen eine neue Qualität gewinnen kann, d. h. wieweit damit durch die Kritik hindurch bestimmte geartete, über das Bisherige hinausgehende Einsichten in das Verhältnis zwischen Logischem und Historischem zu erlangen sind.

2. Das logisch-historische Verfahren im „Kapital“

a) *„Notwendige logische Entwicklung“ der Geldform in Bischoffschem Verständnis und innerhalb Marx' wirklicher Analyse*

Entscheidende Voraussetzung für alle weitergehenden Klärungen ist eine Verständigung darüber, was im Begründungszusammenhang der Kritik der politischen Ökonomie die Bezeichnung „logisches“ Verfahren zu bedeuten habe. — Hier ist, wie anfangs angedeutet, nicht der Ort, um das Wesen der dialektischen Logik im Verhältnis zur von ihr eingeschlossenen formalen Logik umfassend zu diskutieren. Wir verbleiben im abgesteckten Rahmen unserer Bemühung um Verdeutlichung des Verhältnisses zwischen „Logischem“ und „Historischem“ aus der Kritik an Bischoff. Deswegen genügt es vor auszuschicken, daß lediglich logisch-analytische, formallogische Denkfiguren nicht gemeint sein können, wenn man Marx' Ableitungen im „Kapital“ als „logisch“ bezeichnet. Zwar ist die in diesem Sinne „logische“ Widerspruchsfreiheit des Denkens, wie für jede wissenschaftliche Aktivität, so auch für Marx' „Kritik“ die Voraussetzung richtiger Argumentation. Ebenso finden sich im Marxschen „Kapital“, auch dies als Gemeinsamkeit mit jeder wissenschaftlichen Bemühung, logisch-analytische Begriffsklärungen, Ableitungen und Umformungen aus den Prämissen erreichter Positionen etc. In der Rede vom „logischen“ Charakter des Marxschen Ableitungs- und Begründungsverfahrens, wie wir sie bisher kennengelernt haben, ist indessen die Besonderheit des Marxschen Vorgehens, mithin mehr und anderes als Formallogisches im landläufigen Sinne angesprochen. Wie also ist das „Logische“ als *Spezifikum der Marxschen Analyse* zu kennzeichnen?

Von Bischoff wissen wir bisher, daß er das *Logische vom Historischen scharf unterschieden wissen will*. Nun gibt es in seinem Buch

„Arbeit als Systembegriff“ zwar mehrere Kapitel, die sich mit dialektischer Logik bzw. Dialektik ausführlich befassen. Dort finden sich einerseits sehr allgemeine Aussagen, wie „Dialektik“ sei die Wissenschaft über den Zusammenhang zwischen Natur-, Gesellschafts- und Denkform, andererseits vielfältige kritische Abgrenzungen, so gegen eine verselbständigte Wissenschaftswissenschaft, gegen die Annahme, Marx hätte eine vorab entwickelte dialektisch-logische Methode lediglich auf die politische Ökonomie angewendet, gegen Hegels idealistische Dialektik etc. (wir kommen noch ausführlich darauf zurück). Genaueres darüber, wie nach Bischoff das „logische“ Verfahren im Kapital nun tatsächlich in seinen operativen Bestimmungen zu fassen ist, und woran man seine Verbindlichkeit und Stringenz zu bemessen habe, findet sich dagegen hier nicht.

Aus Engels' Festlegungen, die wir gegen alle „Interpretationen“ und Relativierungen behaupten konnten, ist das *Logische bei Marx als das Historische*, entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten, gekennzeichnet worden, wobei die logische Entwicklung als Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form des historischen Verlaufs, korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt, gekennzeichnet ist. Offen bleibt hier, *was eine historische Ableitung sein kann, die der historischen Form entkleidet ist*, weiterhin, wie man die *störenden Zufälligkeiten zu bestimmen und zu identifizieren habe*, von denen die logische Form der historischen Gedankenentwicklung zu entkleiden ist, und von was dabei *abstrahiert wird*, weiterhin, *auf welche Weise die theoretische Konsequenz in die logisch-historische Behandlungsweise zu bringen ist*, und *nach welchen Kriterien das Spiegelbild des wirklichen historischen Verlaufs dabei korrigiert werden muß*.

Wie können wir nun angesichts der Gegenpositionen⁴⁴ zwischen Bischoff, der das Logische als das Nichthistorische faßt, einerseits, und Engels, der das Logische als eine bestimmte Art des Historischen, als Logisch-Historisches faßt, andererseits, die Diskussion vorantreiben, da die eine wie die andere Position nach den bisher herangezogenen Unterlagen nicht hinreichend ausgeführt erscheint? — Wir wollen uns an den Vorsatz halten, den Versuch einer Explikation des Verhältnisses zwischen Logischem und Historischem aus Marx' wirklichen inhaltlichen Analysen im „Kapital“ zu machen, um daraus weiterführende Dimensionen der Kritik an Bischoff zu gewinnen. Wir beschränken uns dabei auf den ersten Abschnitt des 1. Bandes des „Kapital“, „Ware und Geld“. — Bei Bischoff u. a. („Das Kapital vom Geld“) findet sich eine Passage, wo ihr Verständnis des „Logischen“ im „Kapital“ in der Darstellung der Marxschen Ableitung von Ware und Geld sich verdeutlicht, wobei verstreute Hinweise hier verdichtet und zusammengefaßt erscheinen. Wir wollen diese Passage zunächst im Zu-

44 Es kümmert uns jetzt nicht mehr, daß Bischoff das Bestehen solcher Gegenpositionen leugnet und seine Auffassung als eine an Marx-Passagen orientierte Engels-„Interpretation“ hinstellt, da wir gezeigt zu haben glauben, daß in Wahrheit Bischoffs Vorstellungen über das Verhältnis von Logischem und Historischem sich mit denen von Engels in einem durch nichts wegzuinterprierenden Widerspruch befinden.

sammenhang wiedergeben, dann zergliedern und durch eine Analyse von Marx' wirklichem Vorgehen kritisch durcharbeiten, wobei die Engelsschen Bestimmungen schrittweise wieder in die Diskussion einbezogen werden.

Zwar ist die Ware „die einfachste wirkliche Erscheinungsform der gesellschaftlichen Arbeit, sie ist aber selbst schon ein *entwickeltes* Verhältnis, das schon auf einer polarischen Struktur der Warenwelt basiert. Diese Struktur muß zuvor *entwickelt* werden, oder, was dasselbe ist, das *Geld muß aus den Bestimmungen der Ware abgeleitet werden.*“ „Deshalb zerlegt Marx die Ware in ihre einfachen Bestandteile, Gebrauchswert und Wert, und betrachtet diese zunächst getrennt jede für sich. Es zeigt sich, daß der Wertcharakter der Ware nur zur Erscheinung kommt dadurch, daß Gebrauchswert und Wert ineinander reflektiert sind. Da die gesellschaftliche Substanz der Ware nur im Verhältnis zu einer anderen Ware erscheint, wird die Naturalform dieser anderen Ware zur Erscheinungsform des Werts der ersten Ware.“ „Aus den inneren Widersprüchen der einfachen Wertform ergibt sich eine *notwendige logische Entwicklung*, deren Ergebnis die allgemeine Äquivalentform als adäquater Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit ist. Nur wenn sich alle anderen Waren auf eine bestimmte Ware beziehen, drücken sie sowohl ihre allseitige Beziehung als auch ihren gemeinsamen gesellschaftlichen Charakter aus. Die *Formentwicklung endet mit dem Resultat*, daß eine bestimmte Ware die Rolle des allgemeinen Äquivalents übernehmen muß. Wie dies geschieht und welcher Ware diese Rolle zunächst, kann nicht mehr in der *Formanalyse* gezeigt werden, bei der es um die Bestimmungen der Ware als solcher, also jeder Ware geht.“ „Diese Polarisation der Warenwelt kann nur Resultat der gesellschaftlichen Aktion der Warenbesitzer sein, des Austauschprozesses, den Marx im 2. Kapitel untersucht. Als Personifikation der ökonomischen Verhältnisse realisieren sie instinktiv die Gesetze der Warennatur. Sie stellen so den inneren Gegensatz der Ware als äußeren dar. Die Ware verdoppelt sich in Ware und Geld. Damit schaffen sie praktisch die Bewegungsform, in der sich die gegensätzliche Natur der Ware realisieren kann.“ „Dieser Prozeß ist *alles andere als ein vergangenes historisches Faktum*. Indem die Warenbesitzer ihre Waren tagtäglich auf das gesellschaftlich gültige allgemeine Äquivalent beziehen, reproduzieren sie fortwährend das Geld. Es ist *beständig werdendes Resultat*. Die Darstellung des Austauschprozesses ist somit notwendiges Glied der *logisch-genetischen Darstellung*. Ohne sie wäre die Ableitung des Geldes und damit der preisbestimmten Ware nicht geleistet.“ „*Erst im Anschluß* an dieses Moment der *systematischen Darstellung* im 2. Kapitel gibt Marx dann eine *Illustration der historischen Genesis des Geldes*“ („Kapitel vom Geld“, 176, alle Hervorh. K. H.).

Kern dieses Passus unter dem Aspekt unserer Fragestellung ist der Satz von der *notwendigen logischen Entwicklung* aus den inneren Widersprüchen der einfachen Wertform, deren Ergebnis die allgemeine Äquivalentform ist. Im gleichen Sinne heißt es, die Struktur der Warenwelt müsse zuvor *entwickelt*, oder, was dasselbe sei, *das Geld aus den Bestimmungen der Ware abgeleitet* werden, wobei auch von „*Formentwicklung*“ oder „*Formanalyse*“ die Rede ist. Nicht

explizit gemacht wird dabei, worauf sich hier „Entwicklung“ bezieht, ob auf die Sache oder eine gedankliche Operation. Aus dem Argumentationszusammenhang, in dem etwa „Entwicklung“ und „Ableitung“, ebenso „Formentwicklung“ und „Formanalyse“ gleichgesetzt werden, können wir jedoch entnehmen, daß mit Entwicklung hier im wesentlichen eine *gedankliche Entwicklung* gemeint ist. „Notwendige logische Entwicklung“ bedeutet demnach *„notwendige logische Gedankenentwicklung“*⁴⁵. Demzufolge ist hier, wenn von „Ergebnis“ oder „Resultat“ gesprochen wird, *das Resultat bzw. Ergebnis einer logischen Ableitung (nicht aber des wirklichen Prozesses) gemeint*. — Was hat in diesem Zusammenhang die Formulierung von der *logisch-genetischen Darstellung* zu bedeuten? Bischoff u. a. sagen aus, die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld sei *kein vergangenes historisches Faktum, sondern beständig werdendes Resultat*. Diese Unterscheidung geht auf die angeführte Lieblingsstelle Bischoffs u. a. aus den „Grundrissen“ (363 ff.) zurück, in der Marx die ursprüngliche Akkumulation abhandelt und dabei zwischen der *kontemporären Geschichte* des Kapitals und der ursprünglichen Akkumulation als *vergängerer historischer Voraussetzung des Kapitals* unterscheidet (wir haben die falsche, übergeneralisierende Ausmünzung dieser Stelle durch Bischoff ja ausführlich abgehandelt). *Logisch-genetische Darstellung* heißt hier *logische Ableitung der Genesis des Geldes als beständig werdendem Resultat der bürgerlichen Gesellschaft*. — Den „logischen“ Gedankenentwicklungen, Ableitungen, Resultaten der Marxschen Analyse, die auch als *systematische Darstellung* gekennzeichnet werden, ist die *historische Darstellung* abhebend gegenübergestellt. Marx gebe erst *im zweiten Kapitel im Anschluß an die systematische Darstellung eine Illustration der historischen Genesis des Geldes* (die von der „logischen“, „systematischen“, *Darstellung* scharf zu trennen sei).

Unklar bleibt in den Ausführungen von Bischoff u. a., wie die Marx hier unterstellten „logischen“ Ableitungen und Resultate als *wissenschaftlich zwingende Begründungszusammenhänge* ausweisbar sein sollen, und was es dabei heißen soll, wenn man den „logischen“ *Gedankenentwicklungen* „Notwendigkeit“ zuspricht. — Wieso ist an den inneren Widersprüchen der einfachen Wertform eine Gedankenentwicklung anzusetzen, die mit „logischer Notwendigkeit“ die allgemeine Äquivalentform ergibt, wieso ist das Geld *logisch notwendig* aus den Bestimmungen der Ware abzuleiten, etc.? Formallogische Notwendigkeit im Sinne eines analytisch-logischen Deduktionsverhältnisses kann hier nicht gemeint sein; eine solche *formal-logische Notwendigkeit läßt sich für Ableitungen wie die genannten auch keinesfalls in Anspruch nehmen*: es gibt keine logische Umformungs-

45 Abweichend von diesem Sprachgebrauch ist nicht die Gedankenentwicklung, sondern die wirkliche Entwicklung angesprochen, wo die Ware als „selbst schon entwickeltes Verhältnis“ bezeichnet wird, ebenso ist nicht ein gedankliches Resultat, sondern ein wirkliches Resultat gemeint, wo vom Geld als „beständig werdendes Resultat“ die Rede ist.

regel, der gemäß aus der allgemeinen Äquivalentform das Geld folgt. Was aber ist dann hier mit „logisch“ und „Notwendigkeit“ gemeint? Aus den Darlegungen von Bischoff u. a. ergibt sich darauf weder hier noch anderswo eine Antwort.

Betrachten wir nun, um unsere Überlegungen voranzutreiben, in aller Kürze die Passagen im ersten Teil des „Kapital“, die Bischoff u. a. zusammenfassend kennzeichnen wollen, darauf hin, wie Marx dort tatsächlich vorgeht. Die explizit, auch für Bischoff als solche erkennbaren „historischen“ Teile der Marxschen Analyse lassen wir dabei vorerst beiseite. Darauf kommen wir später zurück.

Marx legt im ersten Kapitel des „Kapital“ zunächst die Ware als widersprüchliches Verhältnis zwischen Gebrauchswert und Wert und den daraus sich ableitenden Doppelcharakter der Arbeit als konkret nützliche und abstrakt-menschliche Arbeit auseinander, kommt dann zur Analyse der Wertform, charakterisiert dabei erst die einfache Wertform und stellt (auf dem Wege zur Ableitung der Geldform) beim Übergang von der einfachen zur entfalteten Wertform folgendes fest: „Das Arbeitsprodukt ist in allen gesellschaftlichen Zuständen Gebrauchsgegenstand, aber nur eine historisch bestimmte Entwicklungsperiode, welche die in der Produktion eines Gebrauchsdinges verausgabte Arbeit als seine ‚gegenständliche‘ Eigenschaft darstellt, d. h. als seinen Wert, verwandelt das Arbeitsprodukt in Ware. Es folgt daher, daß die einfache Wertform der Ware zugleich die einfache Warenform des Arbeitsprodukts ist, daß also auch die Entwicklung der Warenform mit der Entwicklung der Wertform zusammenfällt.“ „Der erste Blick zeigt das Unzulängliche der einfachen Wertform, dieser Keimform, die erst durch eine Reihe von Metamorphosen zur Preisform heranreift.“⁴⁶ Nachdem Marx sodann die entfaltete relative Wertform gekennzeichnet hat, stellt er deren „Mängel“ dar, die darin bestehen, daß der relative Wertausdruck unfertig ist, weil er eine unabschließbare Kette bildet, bei der jede neu auftretende Warenart das Material für einen neuen Wertausdruck liefert, weil die verschiedenen Wertausdrücke in ein buntes Mosaik auseinanderfallen etc., wobei die Mängel der entfalteten relativen Wertform sich in den Mängeln der ihr entsprechenden Äquivalentform spiegeln, und kommt von da aus zur allgemeinen Wertform. — Die Besonderheit der allgemeinen Wertform (III) wird in Abhebung von der einfachen (I) und der entfalteten (II) Wertform nach Art einer Entwicklungsprogression dargestellt: „Die erste Form ergab Wertgleichungen wie: 1 Rock = 20 Ellen Leinwand, 10 Pfd. Tee = 1/2 Tonne Eisen usw. Der Rockwert wird als Leinwandgleiches, der Teewert als Eisengleiches usw. ausgedrückt, aber Leinwandgleiches und Eisengleiches, diese Wertausdrücke von Rock und Tee, sind ebenso verschieden wie Leinwand und Eisen. Diese Form kommt offenbar praktisch nur vor in den ersten Anfängen, wo Arbeitsprodukte durch zufälligen und gelegentlichen Austausch in Waren verwandelt werden.“ „Die zweite Form unterscheidet vollständiger als die erste den Wert einer Ware von ihrem eignen Gebrauchswert, denn der Wert des Rocks z. B. tritt jetzt seiner Naturalform in allen möglichen Formen gegenüber, als Leinwandgleiches,

46 Marx, MEW 23, S. 76. Die Hervorhebungen in diesem Petit-Teil stammen durchweg von mir.

Eisengleiches, Teegleiches usw., alles andre, nur nicht Rockgleiches. Andererseits ist hier jeder gemeinsame Wertausdruck der Waren direkt ausgeschlossen, denn im Wertausdruck je einer Ware erscheinen jetzt alle andren Waren nur in der Form von Äquivalenten. Die entfaltete Wertform kommt zuerst tatsächlich vor, sobald ein Arbeitsprodukt, Vieh z. B., nicht mehr ausnahmsweise, sondern schon gewohnheitsmäßig mit verschiedenen andren Waren ausgetauscht wird.“ „Die *neugewonnene Form* (die allgemeine Wertform, K. H.) drückt die Werte der Warenwelt in einer und derselben von ihr abgesonderten Warenart aus, z. B. in Leinwand, und stellt so die Werte aller Waren dar durch ihre Gleichheit mit Leinwand. Als Leinwandgleiches ist der Wert jeder Ware jetzt nicht nur von ihrem eignen Gebrauchswert unterschieden, sondern von allem Gebrauchswert, und ebendadurch als das ihr mit allen Waren Gemeinsame ausgedrückt. Erst diese Form bezieht daher wirklich die Waren aufeinander als Werte oder läßt sie einander als Tauschwerte erscheinen.“⁴⁷ „Die allgemeine Wertform, welche die Arbeitsprodukte als bloße Gallerten unterschiedsloser menschlicher Arbeit darstellt, zeigt durch ihr eignes Gerüste, daß sie der gesellschaftliche Ausdruck der Warenwelt ist. So offenbart sie, daß innerhalb dieser Welt der *allgemein menschliche Charakter der Arbeit ihren spezifisch gesellschaftlichen Charakter bildet.*“⁴⁸ „Dem Entwicklungsgrad der relativen Wertform entspricht der *Entwicklungsgrad der Äquivalentform*. Aber, und dies ist wohl zu merken, die Entwicklung der Äquivalentform ist nur Ausdruck und Resultat der Entwicklung der relativen Wertform⁴⁹.“ „Die einfache oder vereinzelte relative Wertform einer Ware macht eine andre Ware zum einzelnen Äquivalent. Die entfaltete Form des relativen Werts, dieser Ausdruck des Werts einer Ware in allen andren Waren, prägt ihnen die Form verschiedenartiger besondrer Äquivalente auf. Endlich erhält eine besondere Warenart die allgemeine Äquivalentform, weil alle andren Waren sie zum Material ihrer einheitlichen, allgemeinen Wertform machen.“⁵⁰ — Nunmehr kann der Übergang zur Ableitung der *Geldform* vollzogen werden: „Die allgemeine Äquivalentform ist eine Form des Werts überhaupt. Sie kann also jeder Ware zukommen. Andererseits befindet sich eine Ware nur in allgemeiner Äquivalentform . . ., weil und sofern sie durch alle andren Waren als Äquivalent ausgeschlossen wird. Und erst *vom Augenblick, wo diese Ausschließung sich endgültig auf eine spezifische Warenart beschränkt hat die einheitliche relative Wertform der Warenwelt objektive Festigkeit und allgemein gesellschaftliche Gültigkeit gewonnen.*“ „Die spezifische Warenart nun, mit deren Naturalform die Äquivalentform gesellschaftlich verwächst, wird zur *Geldware oder funktioniert als Geld*. Es wird ihre spezifisch gesellschaftliche Funktion, und daher ihr gesellschaftliches Monopol, innerhalb der Warenwelt die Rolle des allgemeinen Äquivalentes zu spielen.“⁵¹ „Diesen bevorzugten Platz hat unter den Waren . . . *eine bestimmte Ware historisch erobert, das Gold.*“⁵² „Der Fortschritt besteht nur darin, daß die

47 Marx, MEW 23, S. 80.

48 Ebenda, S. 81.

49 Ebenda.

50 Ebenda, S. 82.

51 Ebenda, S. 83.

52 Ebenda.

Form unmittelbarer allgemeiner Austauschbarkeit oder die allgemeine Äquivalentform jetzt durch gesellschaftliche Gewohnheit endgültig mit der spezifischen Naturalform der Ware Gold verwachsen ist.“⁵³

Im zweiten Kapitel des „Kapital“ kommt Marx in Erweiterung der Ableitung des Geldes zu folgenden, in unserem Zusammenhang entscheidenden Ausführungen: „Der Geldkristall ist ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander tatsächlich gleichgesetzt und daher tatsächlich in Waren verwandelt werden. Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdopplung der Ware in Ware und Geld. In demselben Maße daher, worin sich die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren, vollzieht sich die Verwandlung von Ware in Geld.“⁵⁴ „Im unmittelbaren Produktaustausch ist jede Ware unmittelbar Tauschmittel für ihren Besitzer, Äquivalent für ihren Nichtbesitzer, jedoch nur soweit sie Gebrauchswert für ihn hat. Der Tauschartikel erhält also noch keine von seinem eignen Gebrauchswert oder dem individuellen Bedürfnis der Austauscher unabhängige Wertform. Die Notwendigkeit dieser Form entwickelt sich mit der wachsenden Anzahl und Mannigfaltigkeit der in den Austauschprozeß eintretenden Waren. Die Aufgabe entspringt gleichzeitig mit den Mitteln ihrer Lösung. Ein Verkehr, worin Warenbesitzer ihre eignen Artikel mit verschiednen andren Artikeln austauschen und vergleichen, findet niemals statt, ohne daß verschiedene Waren von verschiedenen Warenbesitzern innerhalb ihres Verkehrs mit einer und derselben dritten Warenart ausgetauscht und als Werte verglichen werden. Solche dritte Ware, indem sie Äquivalent für verschiedene andre Waren wird, erhält unmittelbar, wenn auch in engen Grenzen, allgemeine oder gesellschaftliche Äquivalentform.“⁵⁵ „In demselben Verhältnis, worin der Warenaustausch seine nur lokalen Bande sprengt, der Warenwert sich daher zur Materiatur menschlicher Arbeit überhaupt ausweitet, geht die Geldform auf Waren über, die von Natur zur gesellschaftlichen Funktion eines allgemeinen Äquivalents taugen, auf die edlen Metalle.“⁵⁶

In diesen Marxschen Ausführungen ist, wie in den Bischoffschen Darlegungen, die sich darauf beziehen, von „Entwicklung“ und „Notwendigkeit“ die Rede, diese Ähnlichkeit der Wortwahl ist aber nur äußerlich. Die von Marx geleistete Erklärung der Geldform ist nämlich keineswegs, wie Bischoff u. a. glauben machen wollen, eine von den historischen Darlegungen ausschließend abhebbare, bloß „logische“ oder „systematische“ Ableitung, der dann im Laufe des zweiten Kapitels eine historische Illustration nachfolgt, sondern von allem Anfang an die wissenschaftliche Begründung des Wesens der

53 Ebenda, S. 84.

54 Marx, MEW 23, S. 102.

55 Ebenda, S. 103.

56 Ebenda, S. 104.

Geldform durch eine bestimmt geartete Rekonstruktion der Stufen ihrer historischen Gewordenheit. Wenn dabei von „Entwicklung“ die Rede ist, so bedeutet dies keine „logische“ Gedankenentwicklung, sondern die wirkliche Entwicklung des materiellen gesellschaftlichen Lebensprozesses, „Notwendigkeit“ heißt hier nicht „logische“ Denknötwendigkeit, sondern „Notwendigkeit“ unter Voraussetzung einer immer fortschreitenden historischen Entwicklung des gesellschaftlichen Lebensprozesses, mithin materielle Entwicklungsnotwendigkeit.

Marx spricht von „Unzulänglichkeiten“ oder „Mängeln“ der einfachen Wertform bzw. entfalteten Wertform, die zur Herausbildung der entfalteten Wertform bzw. allgemeinen Wertform führen. Diese Unzulänglichkeiten und Mängel sind Schranken, die einer materiellen gesellschaftlichen Weiterentwicklung entgegenstehen und die in der historischen Progression gesellschaftlichen Lebens jeweils durchbrochen wurden. Wenn Marx die jeweilige höhere Stufe der Wertform aus ihrem Hervorgehen aus der jeweils niedrigeren Stufe begreift, so begreift er die höhere Stufe aus ihrer Gewordenheit unter Voraussetzung der Entwicklungsnotwendigkeiten historisch-gesellschaftlicher Progression (man überprüfe dies durch Nachlesen der zitierten Marxschen Passagen). Die verschiedenen Stufen der Wertform (einfache, entfaltete und allgemeine) samt den zugehörigen Äquivalentformen sind also keine bloß „logischen“ oder „systematischen“ Ableitungs-Stufen, sondern wirkliche Stufen der materiellen gesellschaftlichen Entwicklung (allerdings auf eine bestimmte Weise abstrahierend gedanklich reproduziert, s. u.).

Die Geldform wird dadurch aus ihrer historischen Gewordenheit begriffen, daß sie als letzte Konsequenz immer universal, lokale Grenzen sprengender Tauschbeziehungen, also Entwicklungsnotwendigkeiten im Zuge gesellschaftlichen Fortschritts, in welchem alle Stufen der Warenform bis hin zur Geldform durchlaufen wurden, herausgearbeitet ist. Bereits am Schluß des 1. Kapitels resümiert Marx: „Und erst vom Augenblick, wo diese Ausschließung sich endgültig auf eine spezifische Warenart beschränkt, hat die einheitliche relative Wertform der Warenwelt objektive Festigkeit und allgemein gesellschaftliche Gültigkeit gewonnen.“ „Die spezifische Warenart nun, mit deren Naturalform die Äquivalentform gesellschaftlich verwächst, wird zur Geldware oder funktioniert als Geld.“⁵⁷ „Der Fortschritt besteht nur darin, daß die Form unmittelbarer allgemeiner Austauschbarkeit oder die allgemeine Äquivalentform jetzt durch gesellschaftliche Gewohnheit endgültig mit der spezifischen Naturalform der Ware Gold verwachsen ist.“⁵⁸

Im 2. Kapitel gebraucht Marx selbst das Wort „Notwendigkeit“, und zwar nicht im Sinne von bloß logischer Notwendigkeit (wie Bischoff u. a. meinen), sondern im von uns explizierten Sinne mate-

57 Marx, MEW 23, S. 83.

58 Ebenda, S. 84, Hervorhebung, K. H.

rieller gesellschaftlicher Entwicklungsnotwendigkeit: „Der Geldkrisisfall ist ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander tatsächlich gleichgesetzt und daher tatsächlich in Waren verwandelt werden. Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld.“⁵⁹ „Die Notwendigkeit dieser Form entwickelt sich mit der wachsenden Anzahl und Mannigfaltigkeit der in den Austauschprozeß eintretenden Waren. Die Aufgabe entspringt gleichzeitig mit den Mitteln ihrer Lösung.“⁶⁰ „In demselben Verhältnis, worin der Warenaustausch seine nur lokalen Bande sprengt, der Warenwert sich daher zur Materiativ menschlicher Arbeit überhaupt ausweitet, geht die Geldform auf Waren über, die von Natur zur gesellschaftlichen Funktion eines allgemeinen Äquivalents taugen, auf die edlen Metalle.“⁶¹

Das mangelnde Verständnis von Bischoff u. a. über „logisch notwendige Entwicklung“ im „Kapital“ wird auch dadurch nicht angemessener, daß sie — wie gesagt (s. o., S. 27) — den Austauschprozeß als „beständig werdendes Resultat“ der bürgerlichen Gesellschaft charakterisieren und das Geld in einer „logisch genetischen Darstellung“ daraus ableiten wollen. — Es ist unbezweifelt, daß die bürgerliche Gesellschaft in der Totalität ihrer Glieder „beständig werdendes Resultat“ ist, wobei auch die beständige Realisation der Ware in Geld innerhalb des Austauschprozesses zu diesem beständigen Werden gehört. Falsch ist jedoch die Vorstellung, die „logisch notwendige Entwicklung“ bei Marx, die mit der „einfachen Wertform“ beginnt, und deren „Ergebnis die allgemeine Äquivalentform“ ist, sei eine Ableitung, nicht aus der historischen Gewordenheit, sondern aus einem solchen beständigen Werden der bürgerlichen Gesellschaft. Die von Marx herausgearbeiteten drei Entwicklungsstufen, die der einfachen, entfalteten und allgemeinen Wertform und der zugehörigen Äquivalentformen, sind, wie aus seiner Analyse absolut eindeutig hervorgeht (s. o., S. 28 ff.), keineswegs Stufen des beständigen Werdens der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft; es ist gänzlich ungereimt, behaupten zu wollen, daß jetzt und hier immer wieder die „einfache Wertform“ vorkommt, aus der sich dann (in einer Art Aktualgenese) „beständig die entfaltete und allgemeine Wertform entwickelt; vielmehr ist die Einsicht eine elementare Voraussetzung für das Verstehen der Marxschen Ableitung des Geldes, daß es sich bei den drei Stufen der Formentwicklung um Stufen des historischen Auseinanderhervorgehens handelt und daß das Geld hier aus der

59 Ebenda, S. 101 f.

60 Ebenda, S. 103.

61 Ebenda, S. 104.

Entwicklungsnotwendigkeit seiner historischen Gewordenheit abgeleitet wird ⁶².

b) *Das logisch-historische Verfahren: Analyse des Geschichtsprozesses unter dem Aspekt materieller gesellschaftlicher Entwicklungsnotwendigkeit*

Wenn wir aus den bisherigen Darlegungen verallgemeinerbare Konsequenzen ableiten wollen, so müssen wir zunächst genauer sagen, was es bedeutet, wenn wir bei Explikation der Marxschen Ableitung des Geldes „Notwendigkeit“ als materielle gesellschaftliche *Entwicklungsnotwendigkeit* bestimmt haben. — „Entwicklungsnotwendigkeit“ ist hier keinesfalls als *kausal-mechanische historische Entwicklungszwangsläufigkeit* zu verstehen. „Notwendig“ im Marxschen Sinne ist das, was *getan werden muß, um die gesellschaftliche „Not“ zu „wenden“*, wobei das *Wenden der Not* und die *materielle gesellschaftliche Weiterentwicklung* in der menschlichen Geschichte ein und derselbe Prozeß sind. — Das so verstandene „Notwendige“ hängt ab von den *objektiven Entwicklungsmöglichkeiten* auf einer je bestimmten gesellschaftlichen Stufe. Die Entwicklungsmöglichkeit verändert sich mit der historischen Entwicklung selber. Die jeweilige objektive Entwicklungsmöglichkeit ist vorausgesetzt, damit das Entwicklungsnotwendige verwirklicht werden *kann*; das heißt aber nicht, daß es sich tatsächlich mit mechanischer Zwangsläufigkeit auch verwirklichen *muß*; ob das Mögliche im gesellschaftlich „Notwendigen“ verwirklicht wird, das hängt ab von der *gesellschaftlichen Praxis der Menschen*, einer Praxis, die sich nicht „automatisch“ aus den objektiven gesellschaftlichen Bedingungen ergibt, sondern bei Voraussetzung der sie ermöglichenden objektiven Bedingungen dennoch als *Lebenstätigkeit bewußter, sich zur Welt und zu sich selbst „verhaltender“ menschlicher Subjekte spezifischen Determinationen* unterliegt, die zwar auch strenge Gesetzmäßigkeiten repräsentieren, wobei diese Gesetzmäßigkeiten aber nicht die der mechanischen Hervorbringung aus den gesellschaftlichen Bedingungen sind. Die gesellschaftliche Praxis kann einerseits durch die *Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten geleitet*, damit bewußte Erfüllung der objektiven Entwicklungsmöglichkeiten einer bestimmten historischen Stufe sein; insoweit ist sie *Träger der Verwirklichung der gesellschaftlich „notwendigen“ Entwicklung*; gesellschaftliche Praxis kann aber auch gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungsnotwendigkeiten *einsichtslos und bewußtlos* verlaufen, damit die gesellschaft-

62 Die beständige Realisierung der Ware in Geld als gegenwärtiger Prozeß darf nicht mit der Verdoppelung der Ware in Ware und Geld als historischem Entstehungsprozeß verwechselt werden; der gegenwärtige Prozeß der beständigen Umsetzung von Ware in Geld kann vielmehr nur in seinem Wesen verstanden werden, wenn man die Herausbildung einer besonderen Geldware, die allen anderen Waren als allgemeines Äquivalent gegenübersteht, als historischen Prozeß des Gewordenseins aus der einfachen, entfalteten und allgemeinen Wertform (und Äquivalentform) begriffen hat.

lichen Entwicklungsnotwendigkeiten verfehlen; insoweit werden die *gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten nicht zur historischen Wirklichkeit*. Die Alternative zur historischen Entwicklung gemäß gesellschaftlichen „Not-Wendigkeiten“ ist demnach stets *Stagnation, Verfall, Untergang einer gesellschaftlichen Lebenseinheit*. — Die Entstehung objektiver Möglichkeiten wie auch ihre Verwirklichung durch menschliche Praxis schließen, da hier kein mechanisch zwangsläufiger Prozeß vorliegt, stets auch „Zufälligkeiten“⁶³, *realhistorische Gegebenheitszufälle* ein, die die „notwendige“ Entwicklung vorantreiben oder hemmen können. Ein so verstandener vorantreibender Gegebenheitszufall wäre etwa die früher diskutierte „ursprüngliche Akkumulation“, die zwar einerseits selbst Bestandteil einer „notwendigen“ Entwicklung zum Kapitalismus hin ist, aber andererseits auch zufällige, „außerstrukturelle“ Faktoren enthält, die als realhistorische Voraussetzungen die Entstehung des Kapitalismus förderten; ebenso kann etwa der Umstand, daß in den „edlen Metallen“ ein weitgehend ideales Material für die Herstellung der Geldware zur Verfügung stand, als Gegebenheitszufall angesehen werden, der im Prozeß der entwicklungsnotwendigen Herausbildung der Geldform ein begünstigendes Moment darstellte, etc. Hemmende Gegebenheitszufälle sind zunächst antagonistische, nicht oder nicht voll kontrollierbare Naturkräfte jeder Art, damit vermittelt aber auch verschiedenartige Unkontrollierbarkeiten der gesellschaftlichen „Natur“ des Menschen, die (auf einer bestimmten Stufe) einer von der Einsicht in gesellschaftliche Notwendigkeiten geleiteten gesellschaftlichen Praxis entgegenstehen, etc.⁶⁴.

Beim Ansatz seiner Analyse an den *gegenwärtigen Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft* konnte Marx voraussetzen, daß die *historische Entwicklung „im ganzen und großen“ gemäß den materiellen Entwicklungsnotwendigkeiten verlaufen ist, die zur bürgerlichen Gesellschaft geführt haben* (da diese ja tatsächlich existiert). So war die Möglichkeit gegeben, gegenwärtige Verhältnisse durch *historische Herausarbeitung der in ihnen aufgehobenen Vorstufen* auf die darin enthaltenen wesentlichen Beziehungen hin zu analysieren (etwa die Geldform in ihrem Hervorgegangensein aus den verschiedenen Stufen der Wert- bzw. Äquivalentform als Geldware mit dem Gebrauchswert der Ermöglichung universellen Tauschs zu be-

63 „Zufälle“ liegen nicht außerhalb der Determiniertheit des Weltgeschehens, sondern sind auch als Zufälle „notwendig“, sofern man Notwendigkeit im unspezifischen Sinne notwendiger Determiniertheit versteht. Wenn von „Zufälligkeiten“ die Rede ist, so heißt dies nur Zufälligkeit im Hinblick auf eine *bestimmte* gesetzmäßige Entwicklung, hier die gesellschaftliche Entwicklungsnotwendigkeit (als eine spezifische historische Weise der „Not-Wendigkeit“), nicht aber im Hinblick auf Gesetzmäßigkeit überhaupt. Genaueres über Zufall und Notwendigkeit etwa bei Hörz, W.: *Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft*, Berlin 1971.

64 Wir kommen auf die Alternative: Entwicklungszwangsläufigkeit der Entwicklungsnotwendigkeit, später, im erkenntnistheoretischen Teil, noch ausführlich zurück.

greifen). „Die sogenannte historische Entwicklung beruht überhaupt darauf, daß die letzte Form die vergangnen als Stufen zu sich selbst betrachtet . . .“⁶⁵

Marx' Analyse, *sofern dabei die historische Entwicklung lediglich unter dem Aspekt der „Vorstufen“ betrachtet wird, die aus Entwicklungsnotwendigkeiten einer jeweils früheren Stufe entstanden sind, wobei alle Vorstufen zusammen eine entwicklungsnotwendige Folge von auseinander hervorgegangenen Stadien*⁶⁶ sind, die zur bürgerlichen Gesellschaft (in dem jeweils untersuchten Verhältnis) geführt haben, ist der *logisch-historische Aspekt*⁶⁷ der historischen Analyse, wie ihn Engels charakterisiert hat.

Die „*störenden Zufälligkeiten*“, derer hier die „historische Behandlungsweise“ entkleidet ist, sind die historischen Gegebenheitszufälle, die *temporär und regional zu einer Abweichung von der Folge entwicklungsnotwendiger Stadien* (Stagnation, Verfall) geführt haben (wobei die „*wirkliche Entwicklung*“, obwohl sie häufig „sprungweise und im Zickzack“ verläuft, dennoch „im ganzen und großen“ der entwicklungsnotwendigen Stufung gefolgt sein muß, da sie ja zur bürgerlichen Gesellschaft, dem Ansatzpunkt der Analyse, geführt hat): weiterhin die *historischen Gegebenheitszufälle, die einen jeweils nächsten „notwendigen“ Entwicklungsschritt ermöglicht oder gefördert haben, obwohl sie nicht als Bestimmungsstücke der „notwendigen Entwicklung“ begriffen werden können.*

Jetzt verstehen wir auch besser, was es heißt, wenn Engels die „logische“ Darstellung als Spiegelbild des historischen Verlaufs, „nur in abstrakter und theoretisch konsequenter Form“, kennzeichnet: Abstrahiert wird hier von den genannten *historischen Gegebenheitszufällen*; was übrig bleibt, *sind jene Aspekte des wirklichen historischen Verlaufs, unter denen dieser Verlauf als konsequente Folge entwicklungsnotwendiger, durch menschliche Praxis erreichter Stufen erfaßbar wird.*

Schließlich kann jetzt gesagt werden, inwiefern eine solche „logische“ Darstellung, die „*historische, nur entkleidet der historischen Form*“ sein kann: Zur Darstellung der entwicklungsnotwendigen Stufenfolge, die in einem gegenwärtigen Verhältnis aufgehoben ist, der *logisch-historischen Stufenfolge*, ist es keinesfalls nötig, die *metrisch-zeitlichen Koordinaten des realhistorischen Verlaufs* („dies geschah vor x Jahren“) mit anzugeben, lediglich die entwicklungsnotwendige Stufenfolge ist hier relevant. Ebenso wenig ist es erforderlich, innerhalb der logisch-historischen Analyse *geographisch festzulegen, an welchen Orten* jeweils bestimmte logisch-historische Entwicklungsstufen sich realisiert haben und ob eine logisch-historische Entwicklungsstufe überhaupt jemals an einem bestimmten Ort, und

65 Marx, Grundrisse, S. 26.

66 Die dialektischen Entwicklungsgesetze eines solchen Auseinander-Hervorgehens werden später (vgl. S. 58 ff) diskutiert.

67 Der Begriff des „Logisch-Historischen“ ist seit Engels in der Geschichte des Marxismus vielfältig diskutiert worden, was hier nicht nachgezeichnet werden kann.

zu einer bestimmten Zeit, „rein“ vorgekommen ist; ausschlaggebend ist die Struktur der Produktionsweise auf einer jeweiligen Stufe, die als entwicklungsnotwendige Überwindung der Struktur der vorangegangenen Stufe und als objektive Möglichkeit für die entwicklungsnotwendige Progression zur Struktur der nächsthöheren Entwicklungsstufe herausgearbeitet wird. — Weiterhin wird die logisch-historische Stufenfolge zwar „im ganzen und großen“, sie muß aber keinesfalls im einzelnen der realhistorischen Abfolge entsprechen; vielmehr sind hier Umkehrungen, Ungleichzeitigkeiten, Relikte früherer in späteren logisch-historischen Stufen möglich⁶⁸. — Schließlich müssen die Daten, die die sinnlich-wirkliche Beschaffenheit konkreter Träger des historischen Prozesses (wirkliche, bestimmte Menschen, dieses bestimmte, von Menschen bearbeitete Material etc.) in der logisch-historischen Darstellung nicht bezeichnet sein. — Auch entkleidet der „historischen Form“, also der verschiedenen realhistorischen Spezifikationen, bleibt das „Logische“, wie Engels es bestimmt hat, dennoch das „Historische“.

Das „Logische“, wie es hier verstanden werden muß, ist — dies kann jetzt zusammenfassend festgestellt werden — keineswegs eine primär gedankliche Entwicklung, sondern die „Logik“ des wirklichen gesellschaftlich-historischen Entwicklungsprozesses, die man dann aufspüren kann, wenn man an diesem historischen Prozeß abstrahierend die Momente heraushebt, die die Entwicklungsnotwendigkeiten der historischen Progression (d. h. die Entwicklungsnotwendigkeiten unter Voraussetzung der historischen Progression) einschließen. Bei einer derartigen abstrahierenden Analyse verdeutlicht sich an dem wirklichen historischen Vorgang der Aspekt, der die „logische“ Konsequenz des Auseinanderhervorgehens verschiedener struktureller Entwicklungsstufen, also seine „Entwicklungslogik“ ausmacht; dabei muß allerdings immer im Auge behalten werden, wovon hier abstrahiert wurde, nämlich von den realhistorischen Voraussetzungen, Randbedingungen, außerstrukturellen Bewegungsmomenten, etc.; nur so kann der folgenschwere Irrtum vermieden werden, der historische Entwicklungsprozeß als solcher sei eine Folge von mit „logischer“ Zwangsläufigkeit auseinander hervorgehenden Entwicklungsstufen. — Bei der analysierenden Herausarbeitung der entwicklungslogischen Aspekte des wirklichen historischen Prozesses, der logisch-histori-

68 So konnte Marx etwa (im Abschnitt über den „Fetischcharakter der Waren“) feststellen: „Für die Betrachtung gemeinsamer, d. h. unmittelbar vergesellschafteter Arbeit brauchen wir nicht zurückzugehen zu der naturwüchsigen Form derselben, welche uns an der Geschichtsschwelle aller Kulturvölker begegnet. Ein näherliegendes Beispiel bildet die ländlich-patriarchalische Industrie einer Bauernfamilie, die für den eigenen Bedarf Korn, Vieh, Garn, Leinwand, Kleidungsstücke usw. produziert.“ (MEW 23, S. 92). Zur Veranschaulichung einer bestimmten logisch-historischen Entwicklungsstufe, der unmittelbar vergesellschafteten Arbeit, sind hier sowohl urgesellschaftliche Formen wie auch die Bauernfamilie als gegenwärtiges Relikt urgesellschaftlicher Produktionsweisen (was natürlich cum grano salis zu nehmen ist) geeignet.

schen Analyse, muß nun allerdings, *in dem Maße, wie die reale Entwicklungslogik angemessen gedanklich reproduziert ist, auch in der Gedankenentwicklung sich die Stringenz der nachgezeichneten historischen Entwicklungsaspekte wiederfinden.* Insoweit kommt dann auch der Ableitung der logisch-historischen Entwicklungsstufen die *Konsequenz eines „logischen“ Gedankenganges zu; wie der zu erfassende historische Prozeß selber, nicht als solcher, sondern nur unter dem Aspekt der entwicklungsnotwendigen Stufenfolge, „logischen“ (= entwicklungslogischen) Charakter hat, so kann auch die „Logik“ seiner gedanklichen Reproduktion niemals einen geschlossenen analytisch-logischen Deduktionszusammenhang darstellen; die realhistorischen Gegebenheitszufälle, außerstrukturellen historischen Bewegungsmomente, müssen auch da als Bestimmungsmomente in die logisch-historische Analyse eingehen, wo durch Entkleidung von der „historischen Form der Darstellung“ realhistorische Spezifikationen nicht vorgenommen sind.* — Die logisch-historische Analyse, da sie den historischen Prozeß nur betrachtet, *sofern in ihm notwendige Entwicklungsstufen gesellschaftlicher Progression explizierbar sind, ist empirisch voraussetzungsvoll und muß diese Voraussetzungen in sein methodisches Selbstverständnis einbeziehen.* — Engels, indem er logizistische Fehldeutungen des Marxschen Wertgesetzes als Mißverständnisse zurückweist, kommt zu folgender gültiger Kennzeichnung von Marx' logisch-historischem Vorgehen: Es wird „... nicht genug berücksichtigt, daß es sich hier nicht nur um *einen rein logischen Prozeß handelt, sondern um einen historischen Prozeß und dessen erklärende Rückspiegelung im Gedanken, die logische Verfolgung seiner inneren Zusammenhänge.*“⁶⁹

c) Das Verhältnis zwischen logisch-historischem und realhistorischem Aspekt der Analyse

Bei der präzisen Bestimmung der Relation zwischen dem *logisch-historischen* und dem *realhistorischen Aspekt* der Analyse muß man (dies versteht sich nach dem Gesagten von selbst) davon ausgehen, daß sich beide Aspekte auf die *gleiche Wirklichkeit*, den gesellschaftlich-historischen Prozeß, beziehen und daß in der logisch-historischen Analyse an diesem Prozeß lediglich die entwicklungsnotwendigen Progressionen abstrahierend herausgehoben sind, die das Begreifen der inneren Zusammenhänge und Widersprüchlichkeiten gegenwärtiger Verhältnisse erlauben. Sodann ist es erforderlich, hier zwischen dem Vorgang des *Erkenntnisgewinns* und der *Darstellung* zu unterscheiden.

Da die logisch-historischen Stufen Bewegungsmomente der wirklichen geschichtlichen Progression sind, kann *ihre wissenschaftliche Erkenntnis grundsätzlich nur in immer erneuem Durchgang von Material über wirkliche realhistorische Ereignisse gewonnen worden sein.* Die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld z. B. ist Ergebnis bestimmter Stufen wirklicher historischer Entwicklungsnotwendig-

69 Engels, MEW 25, S. 905.

keiten; die wissenschaftliche Begründung der Annahme einer solchen Verdoppelung ist die abstrahierende Herausarbeitung dieser entwicklungsnotwendigen Stufen am realhistorischen Prozeß. In dem Maße, als der entwicklungslogische Zusammenhang am historischen Material aufgewiesen worden ist, erhalten weitere realhistorische Daten immer weniger die Funktion der Ableitungsgrundlage, immer mehr die der Bestätigung der Richtigkeit der Ableitung. — Aus der Aufarbeitung des realhistorischen Materials ergibt sich mit der Einsicht in die entwicklungsnotwendigen Progressionen gleichzeitig Aufschluß darüber, welche Momente am realhistorischen Prozeß sich nicht entwicklungslogisch auf den Begriff bringen lassen, sondern nur die realen Voraussetzungen für die Entstehung objektiver Entwicklungsmöglichkeiten, die Faktoren der Behinderung der Realisierung solcher Möglichkeiten, die „zufälligen“ materialen Träger der gesellschaftlichen Bewegung ausmachen. Diese realhistorischen Momente, von denen, weil sie entwicklungslogisch nicht „aufgehen“, bei der Heraushebung der entwicklungsnotwendigen Progression abstrahiert ist, dürfen deswegen aber keinesfalls beiseite gelassen werden, sondern sind, mindestens der jeweiligen Typik ihrer Funktion nach, wissenschaftlich mitzuerfassen: Nur so ist das gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnis, in seiner Bedingtheit durch das Zueinander und Ineinander von „logischen“ *und* bloß realhistorischen Prozessen, entwicklungsnotwendigen *und* bloß faktisch zufälligen Momenten umfassend und richtig aus seinen verschiedenen Bestimmungen zu begreifen.

In der *Darstellung* des Begründungszusammenhanges und der Resultate der Analyse muß sich nun keineswegs das Verhältnis zwischen logisch-historischen und realhistorischen Aspekten genau so wiederfinden wie im Vorgang der Erkenntnisgewinnung selbst. Vielmehr wird dabei die in einem gegenwärtigen Verhältnis aufgehobene entwicklungsnotwendige Folge des Auseinanderhervorgehens verschiedener Stufen möglichst „rein“, „entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten“, dargestellt werden müssen, damit ihre „logische“ Stringenz voll erfaßbar wird. Die realhistorischen „Hinweisungen auf den wirklichen historischen Verlauf auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung“ sind hier seligierend dem historischen Material entnommen, von dem im Forschungsprozeß die entwicklungsnotwendige Progression herausgearbeitet wurde, und haben die von Engels herausgehobene Funktion der „*Illustration*“ und des „*Belegs*“ im Hinblick auf die logisch-historische Stufenfolge. — Wenn Marx (im 1. Kapitel des „*Kapital*“) etwa darlegt, die einfache Wertform „kommt offenbar praktisch nur vor in den ersten Anfängen, wo Arbeitsprodukte durch zufälligen und gelegentlichen Austausch in Waren verwandelt werden“. Die „entfaltete Wertform kommt zuerst tatsächlich vor, sobald ein Arbeitsprodukt, Vieh z. B., nicht mehr ausnahmsweise, sondern schon gewohnheitsmäßig mit verschiedenen andren Waren ausgetauscht wird“⁷⁰

70 Marx, MEW 23, S. 80.

etc., so hat er keineswegs zunächst, wie Bischoff u. a. meinen, die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld in einer „notwendigen logischen Entwicklung“ aus der bürgerlichen Gesellschaft als „beständig werdendem Resultat“ abgeleitet, wobei dann für die Stufen dieser „logischen“ (d. h. bei Bischoff: nichthistorischen) Entwicklung sich auf geheimnisvolle Weise Illustrationen aus früheren realhistorischen Stadien beibringen lassen: Marx führt hier *umgekehrt realhistorisches Material von der Art an, wie es im Forschungsprozeß zur abstrahierenden Gewinnung der logisch-historischen Stufen durchgearbeitet wurde*. Daraus versteht es sich, daß die *logisch-historischen Ableitungen in der Darstellung in beliebigem Umfang und beliebiger Genauigkeit realhistorisch konkretisiert werden können*, so in den eben angeführten kurzen Hinweisen, oder (immer im Hinblick auf die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld) im 2. Kapitel ausführlicher unter genauerer Einbringung zeitlicher und geographischer Koordinaten⁷¹, etc. An welchen Stellen und in welchem Umfang solch realhistorisches Material eingeführt wird, dies bestimmt sich ausschließlich danach, *welche Erfordernisse der Illustration und des Belegs im Rahmen logisch-historischer Ableitungen sich aus dem Darstellungsgang ergeben*. — Darüber hinaus müssen sich realhistorische Ausführungen innerhalb der Darstellung noch in anderer Funktion finden: Sie müssen nämlich überall da, wo historische Voraussetzungen, historisch „zufällige“ Träger der Entwicklung etc. in der entwicklungsnotwendigen Progression nicht aufgehen, solche bloß realhistorischen Momente scharf herausheben, um so die *Grenze der logisch-historischen Ableitung sichtbar zu machen*; dies ist sowohl im Sinne einer Abgrenzung des logisch-historischen Verfahrens, damit seiner „reinen“ Darstellung, wie auch im Sinne des Aufweisens einer Begrenzung dieses Verfahrens, damit einer Verdeutlichung des Zueinander der Herausarbeitung von Notwendigkeiten und dem Rekurs auf bloße Faktizitäten im Begründungszusammenhang methodisch unerläßlich. (Im Hinblick auf unser Beispiel, die Verdoppelung der Ware in Ware und Geld, ist der historisch zufällige, entwicklungslogisch nicht ausweisbare Tatbestand, daß im Geschichtsprozeß das allgemeine Äquivalent sich an die edlen Metalle, Gold und Silber geheftet hat, im 1. Kapitel, S. 83 f., und im 2. Kapitel, S. 104, dargelegt; vgl. dazu auch einschlägige Hinweise bei der Ableitung des Geldes als Zirkulationsmittel im 3. Kapitel.) — Im Interesse einer richtigen Einschätzung der Bedeutung realhistorisch ausgeführter Passagen im Darstellungszusammenhang des „Kapital“ sind die *beiden angegebenen Funktionen, Beleg und Illustration im Hinblick auf logisch-historische Entwicklungen und Aufweis der Grenzen der logisch-historischen Ableitung*, streng voneinander zu unterscheiden. Im ersten Fall sind solche realhistorische Gegebenheiten angeführt, aus denen die Einsicht in entwicklungsnotwendige Progressionen abstrahierend gewonnen wurde, im zweiten Falle solche Gegebenheiten, die einer entwicklungslogischen Ableitung *gerade nicht* zu unterwerfen sind.

71 Marx, MEW 23. S. 102 ff.

Durch den damit abgeschlossenen Aufweis der Bedeutung des „Logischen“ als „Entwicklungslogischem“ im logisch-historischen Aspekt der Analyse und des Verhältnisses zwischen Logisch-Historischem und Realhistorischem verdeutlichte sich, daß die Auffassungen von Bischoff u. a. über das „Logische“ als „Nichthistorisches“, die Gleichsetzung von Historischem mit Realhistorischem (meist sogar vergangenen historischen Voraussetzungen), die These von der Funktionslosigkeit des Historischen im Begründungsverfahren, dem bloß historisierenden Stellenwert von Marx' realhistorischen Ausführungen etc., nicht nur — wie früher gezeigt — aus den angeführten Marx- und Engels-Stellen über das Verfahren der „Kritik“ un belegbar sind, sondern daß hier die tatsächliche Vorgehensweise im „Kapital“, das Zueinander von Logisch-Historischem und Realhistorischem und die Bedeutung der Durcharbeitung bzw. Anführung wirklichen historischen Materials im Begründungs- bzw. Darstellungszusammenhang der Marxschen Analyse, von Bischoff u. a. prinzipiell verfehlt wird. Die Berechtigung der Kritik sollte hier auf dem Wege über erreichte weiterführende Klärungen, in deren Mittelpunkt die Explikation des Konzeptes der „materiellen Entwicklungsnotwendigkeit“ steht, sich ausweisen.

d) Die Frage der Verallgemeinerbarkeit

Man könnte unseren Ausführungen über Marx' logisch-historische Vorgehensweise entgegenhalten, wir hätten dieses Verfahren doch nur an einer äußerst begrenzten Entwicklungslinie der Marxschen Argumentation, im wesentlichen der Analyse der Wertform, dargestellt, so daß es unzulässig sei, Marx' „Methode“ der Kritik der politischen Ökonomie *generell als logisch-historisch* zu charakterisieren.

Dazu wäre festzustellen, daß die Formanalyse ja nicht irgendein Abschnitt im „Kapital“ ist, sondern in gewisser Hinsicht den *zentralen Ableitungszusammenhang* der „Kritik“ überhaupt darstellt. In der Analyse der Wertform ist der Doppelcharakter der Ware als Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert, darin der Doppelcharakter der Arbeit als Widerspruch zwischen konkret-nützlicher und abstrakt-menschlicher Arbeit ⁷² durch Aufweis der *Entwicklungsnotwendigkeit* dieser Widersprüche logisch-historisch begriffen, damit die Keimform erfaßt, die *alle anderen Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft als historisch bestimmter und transitorischer Gesellschaftsform* aus sich hervortreibt. In den Ausführungen über den „Fetischcharakter der Ware“, wo Marx die Resultate der bisherigen Formanalyse in ihrer Konsequenz entwickelt, ist mit der Aufdeckung der Verkehrung der Warenform in eine Naturform, der

⁷² Wir haben an anderer Stelle aufgewiesen, daß die wissenschaftlich begründete Unterscheidung zwischen bloßen Widersprüchen im Denken und gesellschaftlichen Realwidersprüchen nur durch die logisch-historische Ursprungs- und Differenzierungsanalyse möglich ist; vgl. Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis — Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Psychologisches Institut der FUP Texte zur Kritischen Psychologie, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973.

Verkehrung des darin liegenden Verhältnisses zwischen Menschen in ein Verhältnis zwischen Sachen, damit der Verkehrung von Subjekt und Objekt, das *Grundverhältnis durchschaut, aus welchem alle anderen „Verkehrungen“ gesellschaftlich notwendiger Bewußtseinsformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft entspringen.* — Da die Herausarbeitung der historischen Bestimmtheit und Transitorik der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Widersprüchlichkeit der entscheidende wissenschaftliche Fortschritt ist, durch den Marx über die klassische politische Ökonomie hinausgelangte, ist es schon unter diesem Gesichtspunkt berechtigt, das *logisch-historische Vorgehen in der Formanalyse als exemplarisch für die Besonderheit der Marx-schen Methode* zu behandeln.⁷³

Darüber hinaus ist festzuhalten, daß die Formanalyse ja nicht mit dem ersten Kapitel beendet ist, sondern das *formanalytische Vorgehen die gesamte Darstellung im Kapital durchzieht* und überall da in den Vordergrund tritt, wo die historische Bestimmtheit der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft auf immer erweiterter Stufenleiter aus dem inneren Entwicklungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft entfaltet wird, so bei Auseinanderlegung der Verwandlung von Geld in Kapital, der Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, der kapitalistischen Kooperation, der Lohnformen etc. Da bei dieser Ausweitung der Analyse auch immer neues empirisches Material einbezogen wird, sind auch immer neue logisch-historische Ableitungen erforderlich.

Es muß allerdings eingeräumt werden, daß der Gesamtaufbau des „Kapital“ nicht hinreichend gekennzeichnet ist, wenn man die einzelnen Abschnitte und Kapitel lediglich als einfache Darstellung der Aufeinanderfolge entwicklungsnotwendiger Stufen des Gewordenseins der bürgerlichen Gesellschaft auffaßt. Marx konnte ja die „Totalität“ der bürgerlichen Gesellschaft nicht simultan und in einem Griff erfassen, sondern mußte das tatsächlich in der Vielfalt gesetzmäßig aufeinander bezogener Bestimmungen *gleichzeitig* gegebene Ganze der bürgerlichen Gesellschaft *nacheinander* gedanklich reproduzieren. Dabei ist vom *Prozeßcharakter des wirklichen Gewordenseins* der bürgerlichen Gesellschaft einmal die eigenen Determinationen unterliegende *Prozeßnatur* analytisch-synthetischer Wirklichkeitsaneignung durch das *forschende Denken* und die davon wiederum zu unterscheidende, wiederum ihren eigenen Regeln unterliegende *Prozeßnatur der Darstellung* zu unterscheiden; bei alldem bestehen noch verschiedene *Ebenen der Analyse*, so die Ebene der Kritik der politischen Ökonomie als vorfindlicher bürgerlicher Wissenschaft und die Ebene der durch ihre wissenschaftlichen Entäußerungen hindurch erfolgenden Kritik der bürgerlichen Gesellschaft selbst; weiterhin muß die früher dargestellte, verschiedenartige Illustrations- und Belegfunktion der *Heranziehung realhistorischer Daten* den Aufbau mitbestimmen, etc. Daraus versteht sich eine *äußerst komplexe und vielschichtige Architektonik des „Kapital“*, der hier nicht im einzelnen nachgegangen werden kann.

73 Vgl. dazu Haug, W. F.: Einführung in „Das Kapital“. Köln 1974.

Bei der Herausarbeitung des Stellenwertes einzelner Teilabschnitte des „Kapital“ in ihrer Funktion sowohl im Hinblick auf die zu entfaltende „Sache“, wie auch im Hinblick auf ihre Darstellung mag die früher (S. 15 f) von uns angeführte Unterscheidung zwischen dem *Ansatz und der „horizontalen“ Reihenfolge der Analyseschritte* einerseits und der *„vertikalen“ Durchführung der Analyse* andererseits hilfreich sein, um die Eingebettetheit der vertikalen, logisch-historischen Durchführung der Analyse in den übergreifenden Gang der Untersuchung und Darstellung zu verdeutlichen. Dabei kann man den Gang der Kategorien im „horizontalen“ Darstellungszusammenhang durchaus als *„systematischen“ Aspekt der Marxschen Darstellung* bezeichnen. — Unangemessen wäre es jedoch, die logisch-historischen und die „systematischen“ Momente hier äußerlich gegenüberzustellen; auch im übergeordneten Gesamtaufbau des „Kapital“ setzt sich im „systematischen“ Untersuchungsgang, obzwar auf komplexe Weise, das *reale Entwicklungsgesetz des Gewordenseins der kapitalistischen Gesellschaft* in der Ableitung durch. Überall, wo notwendige Zusammenhänge verschiedener Glieder der bürgerlichen Gesellschaft *bei oberflächlicher Sicht als bloß „logisch-systematische“ Zusammenhänge* erscheinen mögen, erweist sich bei eindringender, logisch-historischer Betrachtung, daß es sich dabei um *entwicklungslologisch notwendige Zusammenhänge* handelt. — Vollends falsch ist es, wenn man, wie Bischoff u. a., den „systematischen“ Gang der Kategorien mit Marx' Ableitungsgang überhaupt gleichsetzt, indem man den logisch-historischen Charakter des Marxschen *Begründungsverfahrens* leugnet. Sofern das logisch-historische Verfahren als zentrales Merkmal der Marxschen „Methode“ eliminiert ist, wird es ganz und gar unmöglich, den *Wirklichkeitsgehalt*, die *empirische Begründetheit* von Marx' Ableitung der Gewordenheit, historischen Bestimmtheit und des transitorischen Charakters der bürgerlichen Gesellschaft zu begreifen und begreiflich zu machen. Was übrigbleibt, ist dann nur noch ein leerer Schematismus, innerhalb dessen man unter dogmatischer Voraussetzung seiner Gültigkeit verschiedene Deduktionen und „Interpretationen“ vornehmen kann. Bei derartigen bloß „systematischen“ bzw. nichthistorisch-„logischen“ Ableitungsversuchen erscheint, was tatsächlich Resultat empirisch-gesellschaftswissenschaftlicher Forschung auf dem Wege erklärender Rückspiegelung des historischen Prozesses im Gedanken ist, als ein wirklichkeitsentbundenes, selbstgenügsames und in seinen verschiedenen Bestimmungen immer nur auf sich selbst zurückweisendes Gedankenspiel ⁷⁴.

74 Das IMSF kritisierte Bischoff und die Projekte im gleichen Sinne: „Die Aufgabe der Einheit von logischer und historischer Seite der Entwicklung der Kategorien bei Marx und Engels führt unausweichlich dazu, daß kein marxistischer Begriff verständlich wird, daß die in allen Begriffen enthaltene Realität nicht mehr erkannt wird, daß marxistische Begriffe auf mathematische Formeln reduziert werden, aus denen dann nach Belieben ein ‚System‘ konstruiert werden kann“ (Sozialistische Politik 24, 1973, S. 74).

Bischoffs Verkennung des logisch-historischen Charakters der „Methode“ der Kritik der politischen Ökonomie und seine Vorspiegelung eines vom Historischen abgetrennten, bloß „logisch-systematischen“ Begründungsverfahrens steht im Zusammenhang mit einer viel allgemeineren Fehlkonzeption: Dem Abstreiten der Legitimität materialistischer Erkenntnistheorie auf Grund eines unzulänglichen Verständnisses von materialistischer Dialektik überhaupt. — Um dies aufzuweisen, müssen wir unsere Analyse im neuen Einsatz auf generellerem Niveau fortsetzen.

3. Gegen Bischoffs Angriff auf die materialistische Erkenntnistheorie

a) *Bischoffs These von der Überflüssigkeit dialektischer Methode und materialistischer Erkenntnistheorie innerhalb der Kritik der politischen Ökonomie*

„Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“⁷⁵ Mit diesem berühmten Satz hat Marx ein Problem richtig formuliert, aber keinesfalls schon seine Lösung benannt. In der Aussage, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, ist nämlich noch nichts darüber gesagt, wie diese Bestimmtheit beschaffen ist, wie das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein angemessen gefaßt werden muß; weiterhin bleibt hier offen, wie es zu verstehen ist, daß das „Bewußtsein“, obwohl es durch das gesellschaftliche Sein bestimmt ist, in bezug auf dieses Sein sowohl falsch als auch wahr sein kann, wie der Weg des menschlichen Denkens vom (relativen) Irrtum zur (relativen) Wahrheit grundsätzlich als möglich begreifbar wird, und wie das wissenschaftliche Verfahren, die „Methode“ charakterisiert werden muß, mit welcher (im Rahmen jeweiliger historischer Möglichkeiten) Irrtümer zurückgedrängt und wissenschaftliche Erkenntnisse über das gesellschaftliche Sein befördert werden können. Das Bemühen um Klärungen innhalb dieses Fragenkomplexes wäre Aufgabe *marxistischer Erkenntnistheorie, Wissenschaftstheorie und Methodologie*.

Bischoff ist hier anderer Meinung. Für ihn ist der Marxsche Satz, das gesellschaftliche Sein bestimme das Bewußtsein, nicht lediglich die *richtige Formulierung*, sondern bereits die *Lösung* der Frage des Verhältnisses zwischen Sein und Bewußtsein. Nach Bischoffs Auffassung (die in „Arbeit als Systembegriff“ immer wieder in unterschiedlichsten Zusammenhängen zum Ausdruck gebracht wird) ist Marx' Aussage über die Bestimmtheit des Bewußtseins durch das gesellschaftliche Sein gleichbedeutend mit der Aussage, das Denken sei in

75 Marx, MEW 13, S. 9.

dem Sinne bloßer „Reflex“ der gesellschaftlichen Bewegung⁷⁶, daß die Denkform weitgehend Produkt und unmittelbarer Niederschlag der Gesellschaftsform ist. Auch die *materialistische Dialektik* und der *wissenschaftliche Sozialismus* wären demnach nichts weiter als ein solcher Reflex: „... die Entwicklung der Wissenschaft hängt mit der wirklichen Bewegung der Gesellschaft zusammen und ist letztlich nur der theoretische Ausdruck der realen Entwicklung. Die wissenschaftliche Einsicht in diesem Zusammenhang ist auch dieser Abhängigkeit unterworfen. Dialektik als Wissenschaft von den Zusammenhängen und eine alle bisherigen Vorstellungen übergreifende Bewußtseinsform ist Produkt eines Entwicklungsstandes der gesellschaftlichen Arbeit, wie er in der bürgerlichen Gesellschaft erreicht ist.“ („Arbeit als Systembegriff“, 77). — Seine Auffassung vom Denken als bloßem Reflex der gesellschaftlichen Bewegung führt Bischoff dazu, die Berechtigung erkenntnistheoretisch-methodologischer Fragestellungen im Marxismus überhaupt anzuzweifeln. So hält er es in „Interpretation“ eines Engels-Zitates für ein *Mißverständnis*, „wollte man daraus die Notwendigkeit einer materialistischen Erkenntnistheorie oder Methodologie ableiten“ (76, Hervorh. K. H.). An anderer Stelle heißt es bündig: „Die wissenschaftliche Kritik der bürgerlichen Gesellschaft ist keineswegs das Resultat einer Anwendung eines bestimmten theoretischen Prinzips oder einer bestimmten Methode“ (290, Hervorh. K. H.). — Die Auffassungen Bischoffs über das Denken als Reflex der gesellschaftlichen Bewegung und der Entbehrlichkeit bzw. Fragwürdigkeit marxistischer Erkenntnistheorie und Methodologie stehen in einem Argumentationszusammenhang, der in seiner Widersprüchlichkeit exemplarisch ist für bestimmte aus der Verfehlung des logisch-historischen Verfahrens sich herleitenden Schwierigkeiten einer richtigen Fassung des Erkenntnis- und Methodenproblems im wissenschaftlichen Sozialismus, und der deswegen von uns verfolgt werden muß.

Bischoff wendet sich vielfach mit Nachdruck gegen die falsche idealistische Konzeption, Erkenntnistheorie, Methodologie, Methode sei ein dem Zu-Erkennenden gegenüber äußerliches, lediglich formales Instrumentarium, das aus sich heraus, in bloßem Denken begründbar ist und danach in Anwendung auf jeden beliebigen Inhalt richtige Erkenntnis gewährleistet: Die Rede vom „dialektischen Denken“ hat nichts gemein mit der „Auffassung, daß das Denken an sich leer sei, gegenüber dem Stoff oder dem Inhalt als gleichsam äußere Form zu bestimmen sei und letztlich die Struktur der Form für die reale Erkenntnis, die Erkenntnis des Inhalts, ausschlaggebend sei.

⁷⁶ Die Bezeichnung „Reflex“ hat Bischoff (vgl. etwa S. 75) von Engels übernommen, der feststellt: „Damit aber wurde die Begriffsdialektik selbst nur der bewußte Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt, und damit wurde die Hegelsche Dialektik auf den Kopf, oder vielmehr vom Kopf, auf dem sie stand, wieder auf die Füße gestellt“ (MEW 21, S. 293). Gleichwohl stimmt die Art und Weise, in der Bischoff mit der Bezeichnung „Reflex“ umgeht, keineswegs mit den Auffassungen von Marx und Engels überein (was weiter unten klar werden wird).

Dialektisches Denken . . . ist nicht bestimmt als abstraktes Kategoriengerüst, das auf jedweden Gegenstand applizierbar ist, sondern inhaltlich als ein Vermittlungszusammenhang, der Aufschluß über die innere Einheit von Natur-, Gesellschafts- und Denkform gibt“ (59): „. . . in bezug auf die dialektische Entwicklungsmethode kann nicht mit der Vorstellung von der Applikation einer reinen Form der Gedankenentwicklung auf einen dieser Form fremden Inhalt operiert werden“ (115). Bei dieser Kritik befindet sich Bischoff natürlich in vollem Einklang mit Marx und Engels und hat keine Mühe, entsprechende Begründungen beizubringen und seine Kritik zu belegen. Allein: In der Ablehnung der Konzeption einer Erkenntnistheorie und Methodologie als *idealistisch-verselbständigter* Wissenschaftswissenschaft wird von Bischoff *jede* Art von Erkenntnistheorie und Methodologie abgelehnt und geleugnet, daß es eine Wissenschaftswissenschaft geben könne, die korrekt im dialektischen Geschichtsmaterialismus gegründet ist. Damit steht er nun keineswegs mehr im Einklang mit Marx und Engels, die erkenntnistheoretische und methodologische Probleme des Verfahrens der Kritik der politischen Ökonomie in vielfältigen Zusammenhängen erörtert haben. Die pauschalisierend-unausgewogene Kontamination der Zurückweisung falscher idealistischer Erkenntnistheorie etc. mit der Zurückweisung jedweder Erkenntnistheorie ist ein neues Beispiel für die früher (anlässlich Bischoffs Gleichsetzung der realhistorischen Deskription mit der historischen Methode überhaupt) gekennzeichnete Bischoffsche Argumentations-Unausgewogenheit, die an tatsächlich kritikwürdigen Momenten ansetzt, dabei aber „das Kind mit dem Bade ausschüttend“ zu Übergeneralisierungen gelangt, die in der Fragwürdigkeit der Kritik die Fragwürdigkeit des eigenen Standpunktes enthüllen (s. o. S. 20 f). Da Bischoff auch hier die Rechtfertigung seiner Auffassungen durch die Klassiker anstrebt, muß er wiederum zu „Interpretationen“ greifen, in welchen Aussagen, die tatsächlich im Widerspruch zu Marx und Engels stehen, als deren *einzig richtige* und tiefe Deutung vorge spiegelt sind. Die Denkfiguren, deren sich Bischoff dabei bedient, ähneln den aus seinen früheren „Interpretationen“ schon bekannten.

So läßt sich auch im gegenwärtigen Zusammenhang der früher (S. 16) von uns erwähnte „*Erst-dann-Schematismus*“ sichtbar machen. — Bischoff, indem er zunächst richtig die Auffassung von methodischen Prinzipien des Denkens als verselbständigt, in sich selbst gegründet, dem historischen Prozeß entzogen und auf ihn äußerlich angewendet kritisiert, dabei zu der für sich treffenden Formulierung vom Umschlag von „Theorie“ bzw. „Resultat“ in „Methode“ (etwa 55) kommt, deutet sodann das von ihm hier faktisch angesprochene erkenntnistheoretische Problem in eines der zeitlichen Reihenfolge um. Er stellt in Ausmünzung bestimmter Klassikerzitate (was hier nicht mehr dokumentiert werden soll) immer wieder heraus, die Prinzipien des Denkens, die Dialektik, die Methode etc. *stünden nicht schon vor der wissenschaftlichen Analyse der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung, sondern ergäben sich erst am Ende dieser Analyse, als deren Resultat*. „Es kann keine Wissenschaft der allgemeinsten Gesetze geben, solange nicht die Vermitt-

lung zwischen Natur und Gesellschaft einerseits und Sein und Denken andererseits dechiffriert ist“ (62). „Die Lehre vom Denken auf Basis der materialistischen Geschichtsauffassung ist Resultat der Revolutionierung der Wissenschaft, nicht dessen Voraussetzung“ (76). „Insofern kann vorab der Untersuchung der Bewegung in Natur und Geschichte über deren Form nichts gesagt werden, es sei denn, man kann diese Untersuchung als durchgeführt, als Resultat voraussetzen und folglich den Umschlag von Theorie in Methode nutzen“ (77).

Der Schematismus, dem gemäß „erst“ die Untersuchung abgeschlossen sein muß, „dann“ verfüge man über die Prinzipien des dialektischen Denkens, „dann“ schlage die „Theorie“ in „Methode“ um etc. (der dem früher, S. , dargestellten Schematismus des „Erst“ des Begreifens des Gegenwärtigen und des „Dann“ des nur noch historisierenden Begreifens früherer Gesellschaftsformen entspricht), enthält wiederum die *unangemessene Vorstellung des endgültigen Abschlusses der Erkenntnis eines Gegenstandes*. Wann ist denn die Vermittlung zwischen Natur und Gesellschaft einerseits und Sein und Denken andererseits „dechiffriert“, wann ist die „Revolutionierung der Wissenschaft“ abgeschlossen, wann kann die Untersuchung der Bewegung in Natur und Geschichte als „durchgeführt“ vorausgesetzt werden? Weder kommt menschliche Erkenntnis jemals auf diese Weise zu Ende, noch gibt es Kriterien, nach denen entschieden werden könnte, ob die Erkenntnis hier zu Ende gekommen sei. Die Erlangung der Prinzipien des dialektischen Denkens, die Gewinnung der „Methode“ (durch den Umschlag von Theorie in Methode) ist also *in Wahrheit ins Unendliche hinausgeschoben*. Wir haben es hier *nicht nur mit der Absurdität der Behauptung zu tun, Denkprinzipien und Methoden stünden erst dann, wenn man sie nicht mehr braucht, nämlich nach der Untersuchung, zur Verfügung; vielmehr folgt faktisch aus dem Erst-dann-Schematismus, daß einem für wirklich durchzuführende Untersuchungen der bürgerlichen Gesellschaft die Prinzipien des dialektischen Denkens und die „Methode“ nie zur Verfügung stehen werden*. Bischoff scheint mithin dem Ziel seiner „Interpretation“ nähergekommen: Er hat einmal dem Rechnung getragen, daß bei den Klassikern von der dialektischen Methode etc. die Rede ist, zum anderen aber hat er die Anwendung der „Methode“ ins Virtuelle abgeschoben, womit der Beibehaltung von Bischoffs These, Erkenntnistheorie und Methodologie seien überflüssig, nichts im Wege stünde.

Damit sind allerdings noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Bischoff muß einräumen, daß es Passagen bei Marx und Engels gibt, die sich nun keinesfalls der Auffassung fügen wollen, die dialektische Methode sei nicht das Verfahren der Kritik der politischen Ökonomie, sondern spränge erst an deren Ende heraus: „Gegen die These, daß die Darstellung der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft erst die Begründung für die materialistische Dialektik liefere, sprechen nun all jene Bemerkungen von Marx und Engels, in denen sie auf die im ‚Kapital‘ angewandte Methode hinweisen“ (78). Bischoff zitiert aus der schon angeführten Engels-Passage in der „Rezension“, wo u. a. ausgesagt ist: „Die Herausarbeitung der Methode, die Marx' Kritik der politischen Ökonomie zugrunde liegt, halten wir für ein Resultat, das an Bedeutung kaum der materialisti-

schen Grundanschauung nachsteht.“⁷⁷ Sodann kommentiert er diese Stelle: „Wie diese Aussage über eine Anwendung der dialektischen Methode auf die ökonomische Wissenschaft vereinbar sein soll mit der These, daß die Dialektik im System der Kritik der politischen Ökonomie ihre theoretische Begründung erhalten hat und daß Methode überhaupt nur als Resultat dieser Untersuchung bestimmt werden kann, erscheint *einigermaßen rätselhaft*. Dieses *Unbehagen* wird noch verstärkt, wenn man die Bemerkungen von Marx aus dem Nachwort zur zweiten Auflage des ‚Kapital‘ hinzunimmt: ‚Die im ‚Kapital‘ angewandte Methode ist wenig verstanden worden, wie schon die einander widersprechenden Auffassungen derselben beweisen“ (79, Hervorh. K. H.).

Zur Weginterpretation der Divergenz zwischen seinen Auffassungen zur „Methode“ und denen von Marx und Engels, damit zur Reduzierung seines „Unbehagens“, kommt Bischoff zu langen und komplexen Ausführungen, in denen einerseits immer wieder richtig herausgestellt wird, die dialektische Methode dürfe nicht von der Bewegung des bestimmten Inhalts abgetrennt werden, andererseits aber Bischoffs Unfähigkeit manifestiert ist, sich eine Methode vorzustellen, die sich *nicht* von dem bestimmten Inhalt abtrennt und *dennoch* „Methode“ bleibt. Demnach muß Bischoff konsequenterweise Marx' und Engels' Ausführungen über die in der „Kritik“ angewendete Methode relativieren und verwässern. An greifbareren Deutungen ergibt sich dabei im wesentlichen folgendes: „Die Kenntnis der dialektischen Gesetze *erleichtert* . . . das Zusammenfügen des Zusammengehörigen und ermöglicht eine Anordnung der Kategorien ohne eine Vernachlässigung einzelner Vermittlungsglieder. Es kann daher festgehalten werden, daß die Methode der Behandlung des Stoffes oder die dialektische Entwicklungsmethode durch die Bewegung des Inhaltes selbst bestimmt bleibt. Nur weil diese Bewegung des Inhaltes allgemeinen Gesetzen entspricht, kann die Kenntnis dieser Gesetze eine Bearbeitung des Stoffes *erleichtern*“ (101, Hervorh. K. H.). — Hier findet sich eine andere Bischoffsche „Interpretations“-Figur, die, wie das Erst-dann-Schema, schon früher in anderen Zusammenhängen von uns dargestellt wurde: Bischoff will die *dialektische Methode aus dem Begründungszusammenhang des „Kapital“ eliminieren*; die „Methode“ ist seiner Auffassung nach *nicht konstitutiv* für den Erkenntnisgang der „Kritik“. Die dialektische Methode hat Marx die Arbeit „*erleichtert*“: Dies kann nur heißen, Marx hätte seine Analyse der bürgerlichen Gesellschaft *auch ohne* die dialektische Methode, nur mit mehr Mühe, leisten können. (Die Elimination der dialektischen Methode aus dem Begründungszusammenhang der Kritik, indem der „Methode“ lediglich eine Erleichterungs-Funktion zugeschrieben wird, folgt dem gleichen fehlerhaften Interpretationsmuster wie die Elimination des historischen Verfahrens aus dem Begründungszusammenhang der „Kritik“, indem dem Historischen lediglich eine Illustrationsfunktion zugeschrieben wird; vgl. S. 8 ff. In beiden Fällen besteht die „Interpretation“ aus falschen Übergeneralisierungen: der Kontamination der Elimination einer dem Inhalt äußerlichen Methode mit der Elimination der Methode überhaupt bzw. der Kontamination der Elimination der realhistorischen Deskription mit der Elimination des

77 Engels, MEW 13, S. 474.

historischen Verfahrens überhaupt aus dem Begründungszusammenhang des „Kapital“.)

Wenn wir nun Bischoffs „Interpretationen“ im Rahmen des Erstdann-Schematismus hinzunehmen, so stehen hier folgende Feststellungen nebeneinander: Marx verfügt bei der Kritik der politischen Ökonomie *nicht* über die dialektische Methode, die „Methode“ entsteht vielmehr erst als „Resultat“ der noch nicht abgeschlossenen „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“; Marx verfügt bei der Kritik der politischen Ökonomie *doch* über die dialektische Methode, da sie ihm ja zur Erleichterung seiner Arbeit dient. Abgesehen von der Problematik der Begründetheit solcher Aussagen: sie befinden sich schlicht im Widerspruch. — In jedem Falle hat Bischoff mit seinen fragwürdigen Hin- und Herüberlegungen die Problemsituation so weit vernebelt, daß er sich berechtigt sieht, trotz aller Darlegungen von Marx und Engels über die dialektische Methode im „Kapital“ bei der Auffassung von der Bedeutungslosigkeit der Dialektik für die wirkliche Untersuchungsarbeit in der Kritik der politischen Ökonomie und der Ablehnung der Notwendigkeit marxistischer Erkenntnistheorie und Methodologie zu bleiben.

b) *Ableitung der Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem sozialen Lebensprozeß anstelle materialistischer Erkenntnistheorie?*

Wenn nun also der wissenschaftliche Sozialismus keine „Methode“ haben soll, und wenn demgemäß auch keine Begründung seines Erkenntnisanspruchs durch marxistische Erkenntnistheorie und Methodologie für möglich und nötig erachtet wird: Wie kann der wissenschaftliche Sozialismus dennoch seinen Wissenschaftscharakter ausweisen und den Anspruch begründen, daß er wirkliches Wissen über die bürgerliche Gesellschaft sei? Die Antwort Bischoffs auf diese Frage ergibt sich aus seiner Auffassung, daß, wie jedes wissenschaftliche Denken, auch der wissenschaftliche Sozialismus samt seiner dialektischen Methode nichts weiter als einen Reflex und ein Produkt der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft darstelle: Bischoff stellt heraus, daß es „... keine erkenntnistheoretische Begründung für die systematische Ableitung der Dialektik als höchste Form des Denkens geben kann, sondern die systematische Ableitung der Dialektik *innerhalb der Analyse der modernen bürgerlichen Produktionsweise* erfolgt, deren Produkt sie als bestimmte Bewußtseinsform ist“ (64, Hervorh. K. H.). „Die Erkenntnis des inneren Zusammenhangs von gesellschaftlichen und politischen Daseinsformen mit den religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweisen ist der gleichen Abhängigkeit unterworfen, die für die einfachen Bewußtseinsformen auch gilt. Es ist daher eine zentrale Bestimmung des wissenschaftlichen Sozialismus, daß *an die Stelle irgendwelcher in der Wissenschaftswissenschaft üblichen erkenntnistheoretischen Begründungen die Ableitung der eigenen Genesis aus dem sozialen Lebensprozeß* tritt. Jedwede Interpretation der von Marx und Engels begründeten materialistischen Geschichtsauffassung, in der der *wissenschaftliche Sozialismus nicht allen anderen Bewußtseinsformen gleichgestellt* und nicht als bestimmte Bewußtseinsform aus der bürgerlichen Form

des sozialen Lebensprozesses abgeleitet wird, bleibt in den bürgerlichen Bewußtseinsformen befangen, vermag also die metaphysische Denkweise nicht zu überwinden“ (53, Hervorh. K. H.).

Bischoff ist zunächst in der Auffassung zuzustimmen, es sei ein wesentliches Merkmal der Wissenschaftlichkeit des wissenschaftlichen Sozialismus, daß er im Untersuchungsgang die gesellschaftlichen Bedingungen seiner eigenen Möglichkeit und damit die eigene gesellschaftliche Funktion mituntersucht, im Gegensatz zur historischen Bewußtlosigkeit der bürgerlichen Sozialwissenschaft, die auf einem scheinhaften Standpunkt außerhalb des gesellschaftlichen Prozesses, den sie erforschen will, steht, wobei gerade darin die besondere Art ihrer blinden Verhaftetheit in diesem Prozeß zum Ausdruck kommt. Insoweit ist der Hauptteil des Bischoffschen Buches (175 ff.), in welchem (wesentlich im Anschluß an Marx' „Theorien über den Mehrwert“) der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und der Entwicklung ihres wissenschaftlichen Begriffs in der politischen Ökonomie, bis hin zur Marxschen „Kritik“, nachgezeichnet wird, nützlich Wissen. Zu problematisieren ist aber, wieweit der Ursprung des wissenschaftlichen Sozialismus in der gesellschaftlichen Bewegung so als bloßer Reflex dieser Bewegung aufgefaßt werden darf, daß die *Ableitung der Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus aus dem materiellen Lebensprozeß an die Stelle der wissenschaftlichen „Methode“ und der erkenntnistheoretisch-methodologischen Begründung ihres Geltungsanspruchs treten kann.*

Das Dilemma der Bischoffschen Ersetzung der „Methode“ durch die „Ableitung der Genesis“ liegt darin, daß einerseits *geleugnet wird*, daß die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft „das Resultat einer Anwendung eines bestimmten theoretischen Prinzips oder einer *bestimmten Methode*“ sei (290, Hervorh. K. H.), andererseits aber die vorgeblich an Stelle der „Methode“ tretende „Ableitung der eigenen Genesis“ des wissenschaftlichen Sozialismus „aus dem sozialen Lebensprozeß“ *selber ein wissenschaftliches Verfahren sein muß*, das mithin als solches *notwendig auf bestimmte Weise, also nach irgendeiner „Methode“ i. w. S. vorgeht*, wobei der Anspruch, mit der Ableitung der Genesis seien *wissenschaftlich fundierte Resultate* gewonnen worden, oder zu gewinnen, nur im *Rekurs auf die Ableitungsmethode begründet* werden könnte. Ausgeschlossen ist dabei, daß es sich hier um die von Marx und Engels herausgearbeitete „dialektische Methode“ handeln kann, da, wie aufgewiesen, nach Bischoff die Dialektik ja erst Resultat der Ableitung der Genesis sein soll, also als Methode der Ableitung selbst noch nicht zur Verfügung steht (bzw., in anderer Version, keinen konstituierenden, sondern nur „erleichternden“ Charakter für die Ableitung hat). Der Widerspruch, daß die „Ableitung der Genesis“ einerseits keiner Methode, auch nicht der dialektischen Methode folgen soll, andererseits aber faktisch ein methodisches und aus der Methode wissenschaftlich zu begründendes Verfahren darstellt, führt dazu, daß alle Bischoffschen Ausführungen, die sich auf das „Wie“ der „Ableitung der Genesis“ beziehen,

vage und widersprüchlich sein *müssen*, wobei noch erschwerend hinzukommt, daß Bischoff, obgleich er marxistische Konzeptionen der dialektischen Methode explizit ausgeschlossen hat, auch hier im Einklang mit Marx und Engels argumentieren möchte.

Charakteristisch in diesem Zusammenhang sind *reduktive Denkbewegungen*, etwa von der Art: die „formale Logik“ wird „zum Moment der Dialektik *herabgesetzt*“; „die dialektische Logik getrennt von der Darstellung der allgemeinen Bewegungsgesetze *existiert nicht*“; jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang „verschwindet . . . in der positiven Wissenschaft von Natur und Geschichte“ (66, Hervorh. K. H.). Da mithin die formale in der dialektischen Logik und die dialektische Logik in der positiven Wissenschaft verschwunden ist, steht jetzt nicht mehr das *Verhältnis* zwischen formaler Logik, dialektischer Logik und positiver Wissenschaft zur Diskussion; übrig bleibt lediglich die positive Wissenschaft, in die die formale Logik und die dialektische Logik so „herabgesetzt“ sind, daß das Verfahren der positiven Wissenschaft des wissenschaftlichen Sozialismus und seine Geltungsbegründung nicht einmal mehr als Problem identifiziert werden kann.

Weiter finden sich, wenn es um die Frage der Geltungsbegründung des wissenschaftlichen Sozialismus geht, quasi *zirkuläre Denkfiguren* und, was schwerer wiegt, auch *dogmatisierende* Postulate. — Quasi zirkulär ist etwa der Satz: „Es zeigt sich also, daß Denkgesetze und Gesetze der Außenwelt notwendig übereinstimmen, wenn sie richtig erfaßt worden sind“ (75). Einmal deckt sich diese Aussage mindestens partiell mit der tautologischen Formulierung: Das Denken ist richtig, wenn es richtig ist. Zudem bleibt hier ganz und gar offen, *wie*, d. h. *mit welcher Methode* man denn die Bedingungen erfüllen kann, die Gesetze der Außenwelt im Denken richtig zu erfassen, und *woran man erkennt*, ob diese Gesetze richtig erfaßt worden sind. — An anderer Stelle heißt es: „Wäre der wissenschaftliche Sozialismus ideologisch bestimmtes Wissen, so wäre ausgehend von der ökonomischen Entwicklung zu zeigen, wie die Umwälzung der Produktionsverhältnisse sich in politischen und juristischen Verhältnissen ausdrückt und wie vermittelt dieser gesellschaftlichen Sphären des Überbaus eine Veränderung in der Philosophie zustande kommt. *Da es sich aber um wissenschaftliches Wissen handelt, kann seine Genesis nicht durch diesen Vermittlungszusammenhang bewirkt worden sein*“ (144, Hervorh. K. H.). Dieser Passus ist (abgesehen von der fragwürdigen unvermittelten Gegenüberstellung von „ideologisch“ und „wissenschaftlich“) deswegen aufschlußreich, weil hier, ohne daß Bischoff dies merkt, ein *erkenntnistheoretisches Problem* angesprochen ist, allerdings in *verdrehter Form*: Es kann *nicht vorausgesetzt* werden, sondern ist *zu begründen*, daß es sich im wissenschaftlichen Sozialismus um wissenschaftliches Wissen handelt. Wenn man unbefragt postuliert, wissenschaftlicher Sozialismus sei als solcher „wissenschaftliches Wissen“, so hat man sich *zwar das Problem der erkenntnistheoretisch-methodologischen Begründung des Verfahrens des wissenschaftlichen Sozialismus vom Halse geschafft, aber um den Preis einer dogmatischen Setzung außerhalb des Ableitungszusammenhangs*. Solche dogmatische Voraussetzungen finden sich bei Bischoff auch an anderen Stellen, so wenn er die aus der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft als Resultat zu gewin-

nende Dialektik als „das gewöhnliche und bisherige wissenschaftliche Bewußtsein *überbietende* Bewußtsein“ (53), „*höchste* Form des Denkens“ (64) herausstellt, ohne daß irgendwo in seiner Abhandlung aus dem Argumentationszusammenhang ausgewiesen ist, wie der Anspruch der Dialektik, bisherige Wissenschaft überbietendes Bewußtsein, höchste Form des Denkens zu sein, begründet werden könne (diese Begründung kann freilich *gar nicht erst zum Problem werden*, wenn man marxistische Erkenntnistheorie und Methodologie als illegitim ausgeklammert hat). — Mit dem Rückgriff auf solche dogmatischen Setzungen ist der Bereich des wissenschaftlichen Sozialismus notwendig verlassen. Marxismus und Dogmatismus schließen einander aus.

Wo Bischoff, obgleich er dies seiner eigenen Auffassung nach eigentlich gar nicht kann, dennoch, quasi inoffiziell, Angaben über das Marxsche Denken macht, sind seine Ausführungen (bei seinem Ansatz notwendigerweise) äußerst vage, etwa von der Art: „Das theoretische Denken besteht in der Zerlegung dieser oberflächlichen Vorstellungen in ihre einzelnen Momente und der anschließenden Vereinigung der zusammengehörigen Elemente zu einer Einheit. ‚Das Konkrete ist konkret ...‘“ usw., das bekannte Marxsche „Grundriß“-Zitat (68). Die „beschriebene Prozedur des menschlichen Hirns, zunächst die Zergliederung des vorgestellten Konkreten in einfache, abstrakte Kategorien und anschließend die Synthese dieser Abstrakta zur Einheit in der Mannigfaltigkeit wird in der Regel nicht von einem einzigen wissenschaftlichen Kopf bewerkstelligt werden. Allein das Herausschälen der einfachen Bestimmungen ist oft selbst ein langwieriger Prozeß, an dem mehrere Generationen von Wissenschaftlern beteiligt sein können“ (69). In solchen, mit Formeln aus Marx' „Methoden“-Teil aus den Grundrissen verbrämten Darlegungen wird *nirgends deutlich, wie Marx tatsächlich wissenschaftliche Erkenntnis* über die inneren Realzusammenhänge und -widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer Vermitteltheit zu den notwendigen „Verkehrungen“ der Oberfläche je hat gewinnen können. Was Bischoff hier über Zergliederung, Abstraktion, Synthese etc. sagt, charakterisiert in nichtssagender Weise so gut wie jedes wissenschaftliche Vorgehen, ist also gänzlich ungeeignet, die Besonderheit gerade des Marxschen Vorgehens und des damit gewonnenen wissenschaftlichen Ertrages zu kennzeichnen.

Bemerkenswert ist die folgende Passage, nicht nur deswegen, weil hier besonders eindrucksvoll illustriert ist, daß Bischoffs Aussagen über das Marxsche Vorgehen, weil dabei von Marx' „Methode“ nicht die Rede sein darf, nichtssagend sein *müssen*, sondern auch deswegen, weil hier einer der wesentlichen Ansatzfehler Bischoffs klar zum Ausdruck kommt. — „Für die Erkenntnis, daß sich hinter der Ware als der Elementarform des bürgerlichen Reichtums, weil sie Einheit von Gebrauchswert und Wert ist, eine doppelte Bestimmtheit der Arbeit verbirgt, bedarf es einer bestimmten Abstraktionskraft, welche erst auf Grundlage einer bestimmten ökonomischen Entwicklung und nach vergeblichen Versuchen der Ökonomen, die Einheit des Mannigfaltigen zu entwickeln, möglich ist. Marx kritisiert einerseits Ricardo wegen seiner mangelnden Abstraktionskraft: ...“. „Die Basis dieser Kritik ist aber *nicht die Anwendung der dialektischen Methode, sondern ein sehr eingehendes Studium der empirischen Verhältnisse und eine intensive Auseinandersetzung mit*

den bisherigen Ansätzen und theoretische Verarbeitung dieser Verhältnisse“ (93, Hervorh. K. H.). — Was hier, abgesehen von der „Abstraktionskraft“, mit der Marx die Einheit des Mannigfaltigen entwickeln kann, am Marxschen Verfahren hervorgehoben wird, ist sein „sehr eingehendes Studium der empirischen Verhältnisse“ und seine „intensive Auseinandersetzung mit den bisherigen Ansätzen“ etc. Darin dokumentiert sich nicht nur die Hilflosigkeit der Annahme, Marx habe lediglich deswegen den Doppelcharakter der Arbeit in seinem Wesen richtig bestimmen können, weil er *im Vergleich zu den bürgerlichen Ökonomen der sorgfältigere Wissenschaftler* war, der empirische Verhältnisse eingehender studiert und sich mit bisherigen Ansätzen intensiver auseinandergesetzt hat; darüber hinaus wird das eingehende Studium empirischer Verhältnisse und die intensive Auseinandersetzung mit bisherigen Ansätzen zur *Anwendung der dialektischen Methode in eine Art Ausschlussverhältnis gebracht*: „Die Basis dieser Kritik ist aber nicht die Anwendung der dialektischen Methode, sondern ein sehr eingehendes Studium der empirischen Verhältnisse“ etc. (Hervorh. K. H.). Bischoff ist offensichtlich außerstande zu sehen, daß die „dialektische Methode“ ein eingehendes Studium empirischer Verhältnisse etc. nicht ausschließt, sondern zwingend einschließt, allerdings nicht irgendein beliebiges, sondern ein ganz bestimmtes Verfahren eines solchen empirischen Studiums (s. u.).

Die Bischoffsche Auffassung, der wissenschaftliche Sozialismus schließe keine erkenntnistheoretisch-methodologisch zu begründende „Methode“ ein, sondern gründe sich in der „Ableitung“ seiner eigenen „Genesis aus den sozialen Lebensverhältnissen“, eine Auffassung, durch die die Frage nach der Methode der „Ableitung“ selbst sozusagen in theoretisches Niemandsland gerät, reduziert sich, wenn man alle argumentativen Verbrämungen beiseite läßt, im wesentlichen auf die fehlerhafte Denkfigur einer „*petitio principii*“, in der das *Zu-Begründende in der Begründung schon als begründet vorausgesetzt wird*; das Zu-Begründende ist hier der Anspruch des wissenschaftlichen Sozialismus, zu wahren wissenschaftlichen Aussagen über die bürgerliche Gesellschaft zu kommen; dieser Anspruch soll durch die Ableitung der Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus aus der bürgerlichen Gesellschaft begründet werden; die Ableitung selbst ist ja aber ein Verfahren des wissenschaftlichen Sozialismus, dessen Anspruch, zu wissenschaftlich wahren Aussagen über die bürgerliche Gesellschaft zu kommen, demnach bereits als begründet voraussetzen wäre.

Die aufgewiesenen Ungereimtheiten, Vagheiten, Widersprüchlichkeiten von Bischoffs Darlegungen im Zusammenhang mit dem Problem marxistischer Erkenntnistheorie, Methodologie, Methode, bis hin zur logisch falschen Denkfigur des Aus-sich-selbst-Begründetseins des wissenschaftlichen Sozialismus, sind, wie schon deutlich wurde, nicht voneinander unabhängige Ergebnisse zufälliger Ungenauigkeiten und Denkfehler; diese „Mängel“ sind vielmehr zwingendes Implikat eines Argumentationszusammenhanges, in dem einerseits der unangemessenen Bestimmung der Erkenntnistheorie und Methodologie als eines vom Inhalt abgetrennten und auf den Inhalt äußer-

lich angewendeten Formalismus, der gedanklichen Ablösung der „Methode“ vom wirklichen gesellschaftlichen Entwicklungszusammenhang, deren Teil sie doch ist, etc. entgegengetreten wird, in der andererseits mit dieser richtigen Kritik die Frage nach den erkenntnistheoretischen, methodologischen, methodischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus überhaupt als überflüssig bzw. falsch gestellt denunziert ist, was, wie gezeigt, gleichbedeutend ist mit dem *Verzicht auf eine Begründung der Wissenschaftlichkeit des wissenschaftlichen Sozialismus*. — Wenn es uns gelingen soll, darzulegen, auf welche Weise in einem Argumentationszusammenhang wie dem Bischoffschen richtige Darlegungen mit falschen Konsequenzen verknüpft sind, und wie das Problem hier angemessen zu entwickeln ist, so müssen wir Bischoffs anfangs eingeführte umfassendere Vorstellung über das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein, die Bestimmung der *Denkform als einen bloßen „Reflex“ der Gesellschaftsform*, genauer betrachten.

c) *Bischoffs Bestimmung der Denkform als „Reflex“ der Gesellschaftsform: Ökonomistische Prämissen eines versteckten erkenntnistheoretischen Mechanizismus*

Der Hintergrund für die Bischoffsche Auffassung vom Denken als „Reflex“ der gesellschaftlichen Bewegung ist ein fragwürdiges *ökonomistisches Verständnis* der marxistischen Konzeption des Geschichtsverlaufs, ein Ökonomismus, der in den Arbeiten Bischoffs und den Projekten immer wieder in unterschiedlichem Kontext deutlich wird. Im Zusammenhang mit dem Problem der erkenntnistheoretisch-methodologischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus besonders wichtig ist dabei die ökonomistische Vorstellung von sozialistischer Perspektive in der bürgerlichen Gesellschaft und der Transformation des Kapitalismus zum Sozialismus, wie sie etwa in folgenden Passagen zum Ausdruck kommt: „Bei der Nachzeichnung des bürgerlichen Gesamtproduktionsprozesses muß also verfolgt werden, wie diese Verkehrung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Personen in gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen sich weiterentwickelt, wie diese *reelle Mystifikation sich im Bewußtsein der Produktionsagenten niederschlägt* und wie aus diesen Verhältnissen *zwangsläufig jene bewußte Assoziation der unmittelbaren Produzenten herauswächst*, mittels und in der die Äußerlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse aufgehoben wird“ (295, Hervorh. K. H.). „Die Entwicklung der gesellschaftlichen Potenzen der Arbeit in ihren gegensätzlichen Formen *erzeugt zwangsläufig eine politische und soziale Bewegung*, in der die vom Kapital gesetzte objektive Assoziation in eine *bewußte gesellschaftliche Organisation* der unmittelbaren Produzenten verwandelt ist“ (316, Hervorh. K. H.). — Diese Annahme eines *zwangsläufigen* Herauswachsens, einer *zwangsläufigen* Erzeugung des Sozialismus aus der Entwicklung der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft teilt die fundamentale Schwäche aller ökonomistischen Ansichten, daß die *Möglichkeit und Notwendigkeit gesellschaftlicher Praxis der Menschen, im besonderen*

der politischen Praxis des Proletariats, hier nicht begriffen und begreiflich gemacht werden kann. Da der gesellschaftliche Entwicklungs- und Transformationsprozeß aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zwangsläufig hervorgehen soll, bleibt für den Menschen nur die Rolle des Zuschauers des von selbst ablaufenden Geschichtsprozesses. Diese Konsequenz des Ökonomismus, eine kontemplative, nicht aber eine praktische Haltung zur historischen Entwicklung, muß auch zu einem Unverständnis der Notwendigkeit und Funktion der marxistischen Partei der Arbeiterklasse führen. Die Bischoffsche Vorstellung vom zwangsläufigen Herauswachsen des Sozialismus aus der gesellschaftlichen Bewegung läßt keinen Raum, innerhalb dessen Fragen der Strategie und Taktik des proletarischen Kampfes, der Organisation der proletarischen Partei sinnvoll gestellt werden könnten. Nicht einmal die Meinung, die Arbeiterpartei habe lediglich die Aufgabe, den Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft zu beschleunigen⁷⁸, läßt sich hier wirklich aus dem Ableitungszusammenhang rechtfertigen, da es keinen Sinn ergibt, „Zwangsläufigkeiten“ „beschleunigen“ zu wollen, es sei denn, man betrachte die Beschleunigung selber als Moment der Zwangsläufigkeit, womit sie sich allerdings als Aufgabe politischer Praxis selbst aufhebt⁷⁹.

Auch die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins ist für Bischoff, wie aus den zitierten Passagen hervorgeht, ein zwangsläufiges Produkt der gesellschaftlichen Bewegung; er behauptet ja, daß die bewußte Assoziation bzw. Organisation der unmittelbaren Produzenten als „allen anderen Bewußtseinsformen gleichgestellt“ zwangsläufig durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugt wird. Damit kann menschliches Bewußtsein nicht mehr als potentiell Bewegungsmoment der gesellschaftlichen Entwicklung begriffen werden, die Subjektivität als Bestimmungsmoment der materiellen Bewegung ist ausgeklammert, jede Bewußtseinsform, auch das Klassenbewußtsein des Proletariats erscheint auf der Objektseite und eingegebenet in beliebige ideologische Äußerungsformen der bürgerlichen Gesellschaft. Bischoff hat dieses Problem, das ist aus manchen seiner Formulierungen ersichtlich, zwar gesehen, aber er kann es von seinem ökonomistischen Grundansatz aus nicht lösen. Erich Hahns Kritik an Bischoff ist demnach berechtigt: „Dann nämlich ist keine andere Schlußfolgerung möglich, als die, daß die Entwicklung der Alternative zum bürgerlichen Bewußtsein, die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins eben auf die gleiche Weise erwartet wird, wie die spontane Produktion und Reproduktion der bürgerlichen Ideologie. Die gleichen Mechanismen und Erkenntnisprozesse, über die sich die massenhafte Herausbildung bürgerlichen Bewußtseins im Alltagsbewußtsein der Produktionsagenten vollzieht, wird für die Entwicklung des proletarischen Klassen-

⁷⁸ Vgl. *Sozialistische Politik* 24, 1973, S. 73 f.

⁷⁹ Die falschen politischen Konsequenzen der ökonomistischen Fehler Bischoffs und der Projekte können hier nicht näher diskutiert werden (vgl. dazu die Bischoff-Kritik von Erich Hahn, *Konsequent Sonderheft* Nr. 1, 1972, S. 79 ff).

bewußtseins in Anspruch genommen“⁸⁰. — Die ökonomistische Vorstellung von der zwangsläufigen Erzeugung des Bewußtseins aus der gesellschaftlichen Bewegung, wobei menschliche Praxis und Subjektivität ausgeklammert sind, steht im Zusammenhang jenes *mechanischen Materialismus*, wie ihn Marx in der 1. Feuerbachthese kritisiert: „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbachschen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des *Objekts oder der Anschauung* gefaßt wird; nicht aber als *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis*; nicht subjektiv.“⁸¹

Aus den somit angedeuteten umfassenderen Zusammenhängen wird klar, was es bei Bischoff heißt, wenn er die Denkform als „Reflex“ der Gesellschaftsform betrachtet und auch den *wissenschaftlichen Sozialismus* als „Produkt“ des Entwicklungsstandes der bürgerlichen Gesellschaft verstehen will: Wie *jedes* Bewußtsein, auch das proletarische Klassenbewußtsein, „zwangsläufig“ aus den gesellschaftlichen Verhältnissen „hervorwächst“, so wird *jedes wissenschaftliche Wissen*, mithin auch der *wissenschaftliche Sozialismus mit Zwangsläufigkeit* als „Reflex“ der gesellschaftlichen Bewegung durch diese selbst „erzeugt“⁸². Der wissenschaftliche Sozialismus ist also nach Bischoff zwar der „Reflex“ einer *entwickelteren* Form der gesellschaftlichen Bewegung, aber dabei *genauso* „Reflex“ wie jedes Denken. Der Grundfehler liegt hier *nicht primär in der falschen Bestimmung des wissenschaftlichen Sozialismus, sondern in der falschen Bestimmung des Verhältnisses von Denken und wissenschaftlichem Wissen zum gesellschaftlichen Sein überhaupt*. „Reflex“, das heißt bei Bischoff eine *zwangsläufig* „erzeugte“ *mechanische Verdoppelung der gesellschaftlichen Bewegung im Denken und in der Wissenschaft*. Wenn man das — etwa von Wittich herausgehobene⁸³ — doppelte Widerspiegelungsverhältnis der menschlichen Erkenntnis in Rechnung stellt, die Widerspiegelung der materiellen Welt und des gesellschaftlichen Entwicklungsstandes, so kann man Bischoffs „Reflex“-These als ein hinter die dialektisch-materialistische Widerspiegelungstheorie weit zurückfallendes, *mechanistisches Abbild-Konzept in bezug auf die gesellschaftliche Bewegung kennzeichnen*. — Bischoff irrt sich

80 Ebenda, S. 82.

81 Marx, MEW 3, S. 5.

82 Bischoff hat, dies geht aus einer früher (S. 50) angeführten Stelle hervor, das Problem einer Nivellierung allen wissenschaftlichen Wissens auf der Ebene des zwangsläufigen gesellschaftlichen „Reflexes“ gelegentlich gesehen: „Wäre der wissenschaftliche Sozialismus ideologisch bestimmtes Wissen . . .“ (vgl. S. 144). Allein: Er kann, wie wir gezeigt haben, dieses Problem nicht lösen, sondern muß stattdessen zu einer dogmatischen Setzung greifen.

83 Wittich, D.: Widerspiegelung und gesellschaftliche Praxis. Über zwei erkenntnistheoretisch relevante Widerspiegelungsbeziehungen. — *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Sonderheft „Probleme und Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie“, 30—44, Berlin (DDR) 1968.

also, wenn er meint, durch seine Vorstellung von der *Ableitung der Genesis* des wissenschaftlichen Sozialismus aus den gesellschaftlichen Verhältnissen die Erkenntnistheorie als überflüssig und illegitim aus seinem Ansatz eliminiert zu haben. Seinen Auffassungen liegt, wenn er das auch nicht weiß, die *erkenntnistheoretische Abbild-Konzeption des reduktiv-mechanischen Materialismus* (in ökonomistischer Wendung) zugrunde. Bischoff teilt an dieser Stelle die Blindheit gegenüber den erkenntnistheoretischen Voraussetzungen des eigenen Denkens mit allen mechanistisch-reduktiven Konzeptionen (bis hin zum sprachanalytisch verbrämten neopositivistischen „Physikalismus“), bei denen die Praktik, Erkenntnistheorie zum „Scheinproblem“ zu erklären, selber eine reduktive „Erkenntnistheorie“ einschließt, die nur nicht im System mitbedacht ist, sondern lediglich faktisch, „von außen“, sich im Denkprozeß durchsetzt.

Der allgemeinen Unfähigkeit ökonomistischer Vorstellungen, die *Möglichkeit und Notwendigkeit gesellschaftlicher Praxis* richtig zu begreifen, entspricht die spezielle Unfähigkeit der Bischoffschen „Reflex“-Vorstellung, die *Möglichkeit und Notwendigkeit der „Methode“ als der besonderen Art von Praxis der Forschung im wissenschaftlichen Sozialismus* richtig zu begreifen. Wie der historische Prozeß überhaupt, so kann auch der historische Prozeß der Wissenschaftsentwicklung hier lediglich *kontemplativ*, „in der Form des Objektes oder der Anschauung“, „nicht aber als *sinnliche menschliche Tätigkeit, Praxis*“, nicht „subjektiv“ gefaßt werden. Da menschliche Subjekte die Zwangsläufigkeit der Verdoppelung der gesellschaftlichen Bewegung in der Denkform nur „anschauen“ können, aber *keinen Ansatzpunkt haben, um mit ihrer wissenschaftlichen Praxis in diesen Prozeß einzugreifen*, kann sich hier die *Frage nach der „Methode“ samt ihrer Geltungsbegründung und Reflexion in Methodologie und Erkenntnistheorie gar nicht erst stellen*. Das bewußte Voranschreiten der Menschen auf dem Wege vom Irrtum zur Wahrheit scheint überflüssig, ja denk unmöglich: das Risiko des Irrtums, damit auch die Chance der Wahrheit, bestehen nur für Subjekte in ihrer wirklichen, sinnlichen Lebenstätigkeit; *zwangsläufig-mechanische Vorgänge der Erzeugung von Denkformen dagegen sind weder falsch noch wahr, sondern bloße blinde Faktizität*. — Die Bischoffs Denkvollzug unexpliziert zugrundeliegende ökonomistisch-mechanistische Prämisse ist es also, die dazu führt, daß er, wie immer er seine Argumentationsversuche drehen und wenden mag, die *Frage nach der Begründung des Wahrheitsanspruchs des wissenschaftlichen Sozialismus durch dogmatisches Für-Wahr-Setzen* ausklammern muß.

Wir können diese Überlegung noch zuspitzen: Wenn der wissenschaftliche Sozialismus bloßer „Reflex“ entwickelter Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft ist, dann ist nicht nur eine bewußte Übernahme der Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus als Aufgabe für Marxisten unmöglich, da er sich sowieso automatisch und von selbst herausbildet, der wissenschaftliche Sozialismus ist als bloße Verdoppelung der materiellen gesellschaftlichen Bewegung auch *ganz und gar unnötig*; das entwickelte gesellschaftliche Bewußtsein

des wissenschaftlichen Sozialismus ist *nichts als eine Begleiterscheinung* der entwickelten gesellschaftlichen Verhältnisse, dieses entwickelte Bewußtsein könnte mithin *genausogut wegbleiben, an der wirklichen gesellschaftlichen Bewegung würde sich damit nichts ändern* (hier zeigt sich wieder die Verwandtschaft der Bischoffschen Bewußtseinsvorstellung mit dem traditionellen mechanischen Materialismus, in diesem Falle der Auffassung des Bewußtseins als bloßes „Epiphänomen“ des materiellen Prozesses). — Was für den wissenschaftlichen Sozialismus gilt, das muß auch für das *Nachdenken über sein Wesen*, etwa durch Bischoff, gelten. Wenn der wissenschaftliche Sozialismus bloßer Reflex der gesellschaftlichen Bewegung ist, so muß für Bischoff auch seine *eigene Analyse desselben*, etwa die Ableitung der Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus aus den sozialen Verhältnissen, *bloßer Reflex, in diesem Falle quasi der Reflex eines Reflexes*, sein. Statt der zwangsläufigen Verdoppelung sehen wir uns hier einer Art von zwangsläufiger Verdreifachung gegenüber. — Die wissenschaftliche Anstrengung Bischoffs und der Projekte wäre gemäß der in ihrer Konzeption implizit enthaltenen ökonomisch-mechanistischen Erkenntnistheorie nicht nur als Anstrengung unverständlich, da sie ja sowieso abläuft, sondern *als Epiphänomen bzw. Epiphänomen eines Epiphänomens der unabhängig davon geschehenden gesellschaftlichen Bewegung auch zutiefst überflüssig*. Bischoffs Konzeption würde sich, konsequent zu Ende gedacht, als *Teil der zwangsläufigen gesellschaftlichen Entwicklung, die rätselhafterweise die Fähigkeit hat, ihre eigene Zwangsläufigkeit auch noch im Bewußtsein ihrer Träger zu spiegeln, quasi selbst aufheben*. — Bischoffs erkenntnistheoretisches Wegbeweisen der Möglichkeit von Erkenntnistheorie bietet das Schauspiel aller reduktiv-mechanistischen Positionen, die lediglich daraus immer neue Impulse für ihr eigenes Fortbestehen gewinnen, daß sie die einzige Instanz sind, die die Behauptung ihrer eigenen Überflüssigkeit gegenüber allen Angriffen zu verteidigen imstande ist.

d) *Lösung von Bischoffs erkenntnistheoretischem Dilemma durch Rekurs auf den logisch-historischen Charakter der Methode materialistischer Dialektik*

Der Weg heraus aus dem damit dargelegten Labyrinth verschiedener miteinander verbundener Fehlargumentationen und Widersinnigkeiten eröffnet sich, wenn die *Eliminierung der historischen Vorgehensweise* aus dem *Begründungszusammenhang* der Kritik der politischen Ökonomie auch innerhalb der methodisch-methodologisch-erkenntnistheoretischen Diskussion als *Kardinalfehler* identifiziert wird.

Sobald begriffen ist, daß die „Methode“ des Marxismus im Kern nichts anderes ist als das früher geschilderte *logisch-historische Verfahren*, wird von selbst klar, daß mit der Herausstellung der „Methode“ des „Kapital“ keineswegs, wie Bischoff (s. o., S. 44 f) meint, der äußerlichen Applizierung der Methode auf einen ihr fremden Inhalt das Wort geredet ist. Das logisch-historische Verfahren ist,

dies wurde eingehend expliziert, nicht die Anwendung eines formalen Methodenkanons auf einen beliebigen Inhalt, sondern, indem es *das Wesen des Gegenstandes aus der Entwicklungslogik seines Gewordenseins begreift*, auf den je besonderen, *wirklichen materiellen Entwicklungsprozeß* verwiesen, als dessen Resultat das jeweils *historisch bestimmte* zu begreifende Verhältnis vorliegt. Damit verdeutlicht sich auch der Grund für die Unsinnigkeit der früher (S. 51 f) angeführten Bischoffschen Alternative: *nicht* die Anwendung der „Methode“, *sondern* „ein sehr eingehendes Studium der empirischen Verhältnisse“. Das logisch-historische Verfahren *schließt* nämlich ein „*eingehendes Studium der empirischen Verhältnisse*“ *nicht etwa aus*, sondern, wie dargelegt, *zwingend ein*, allerdings nicht irgendein „Studium“, sondern ein Studium, in dem *durch das historische Material hindurch* das zu begreifende Verhältnis *als Resultat entwicklungsnotwendig auseinander hervorgehender Stufen* verstanden und mit den realhistorisch-zufälligen Determinanten richtig in Beziehung gebracht ist (s. o., S. 33 ff). Mithin erfordert das logisch-historische Verfahren allerdings die von Bischoff (s. o., S. 51) akzentuierte „*Abstraktionskraft*“, aber wiederum nicht irgendeine, sondern die *abstrahierende Herausarbeitung der entwicklungsnotwendigen Stufen* im wirklichen Gang der Geschichte. — Im logisch-historischen Vorgehen ist der *Gegensatz zwischen der Verallgemeinerbarkeit der Methode und der inhaltlich adäquaten Aufschließung des Gegenstandes überwunden*, indem die Verallgemeinerbarkeit hier gerade darin liegt, daß jedes gewordene Verhältnis durch Aufdeckung der Entwicklungslogik seines Gewordenseins in seiner *historischen Bestimmtheit und Konkretheit* begriffen werden kann.

Hat man einmal eingesehen, daß die Marxsche „Methode“ nur dann methodologisch richtig erfaßt ist, wenn man sie als logisch-historische versteht, so sind nun auch die Voraussetzungen für ein *angemessenes Verständnis materialistischer Dialektik* gegeben. Die *logisch-historische Vorgehensweise*, wie sie Engels charakterisierte, ist nämlich, wie angeführt, nichts anderes als „*die dialektische Methode, entkleidet von ihren idealistischen Umhüllungen*“⁸⁴, mithin die *Methode der materialistischen Dialektik*. Die „Einheit von Logischem und Historischem“ in dialektischem Denken bedeutet, „*daß die Reproduktion des Wesens irgendeiner Erscheinung im Denken gleichzeitig die Enthüllung ihrer Geschichte ist*“⁸⁵.

Die materialistische Dialektik als *umfassendste und inhaltsreichste „Entwicklungslehre“* wird von Lenin generalisierend so gekennzeichnet: „*Eine Entwicklung, die die bereits durchlaufenen Stadien gleichsam noch einmal durchmacht, aber anders, auf höherer Stufe (Negation der Negation), eine Entwicklung, die nicht geradlinig, sondern sozusagen in der Spirale vor sich geht; eine sprunghafte, mit Katastrophen verbundene, revolutionäre Entwicklung; „Abbrechen der*

84 Engels, MEW 13, S. 474.

85 Koptin, P. V.: „Dialektik, Logik, Erkenntnistheorie. Lenins philosophisches Denken, Erbe und Aktualität“, Berlin (DDR) 1970, S. 238.

Allmählichkeit'; Umschlagen der Quantität in Qualität; innere Entwicklungsantriebe, ausgelöst durch den Widerspruch, durch den Zusammenprall der verschiedenen Kräfte und Tendenzen, die auf einen gegebenen Körper einwirken oder in den Grenzen einer gegebenen Erscheinung oder innerhalb einer gegebenen Gesellschaft wirksam sind; gegenseitige Abhängigkeit und engster, unzertrennlicher Zusammenhang *aller* Seiten jeder Erscheinung (wobei die Geschichte immer neue Seiten erschließt), ein Zusammenhang, der einen einheitlichen, gesetzmäßigen Weltprozeß der Bewegung ergibt — das sind einige Züge der Dialektik . . .“⁸⁶ Diese von Lenin umschriebenen „Züge der Dialektik“, die auch als „dialektische Grundgesetze“ („Negation der Negation“, „Umschlag von Quantität in Qualität“, „Einheit und Kampf der Gegensätze“) zusammengefaßt werden, stellen keineswegs Prinzipien dar, die unabhängig vom historischen Prozeß in sich selbst gegründet sind und die man dann auf diesen Prozeß äußerlich anwendet; sie bezeichnen auch keine in dieser Allgemeinheit und Bestimmungsarmut wirklich vorkommenden Bewegungsformen, die damit eine Art von metaphysischen Universalien des Weltgeschehens wären. Die dialektischen Gesetze sind vielmehr *durch Abstraktion gewonnene* allgemeinste Kennzeichnungen der vorantreibenden Kräfte historischer Prozesse, denen eben *als Abstraktionen* keine selbständige Wirklichkeit zukommen kann, sondern die bei der logisch-historischen Herausarbeitung des entwicklungsnotwendigen Hervorgehens einer Entwicklungsstufe aus der jeweils vorigen Stufe je nach der Beschaffenheit der durchgearbeiteten geschichtlichen Wirklichkeit als *generelle Charakteristika immer wieder anderer, historisch bestimmter, konkreter Bewegungsmomente* der historischen Progression erscheinen. — Es ist demgemäß eine abgeschmackte Vorstellung, die „dialektischen Grundgesetze“ seien in irgendeinem Sinne als selbständige „*Resultate*“ der Forschung zu betrachten. Der Marxismus richtet sich nicht auf die Erkenntnis von „ersten“ oder „letzten“ Prinzipien des realen Weltgeschehens, deren höchster Allgemeinheit ihre absolute Inhaltsleere entspricht, sondern darauf, *ein jeweiliges historisch bestimmtes Verhältnis in seiner Gewordenheit, damit den in ihm liegenden objektiven Entwicklungsmöglichkeiten, aus dem realen Gesamtzusammenhang heraus durch begreifendes inhaltliches Wissen zu erfassen*. Die dialektischen Grundgesetze sind in diesem Zusammenhang lediglich allgemeinste *Regulative* des wirklichen Forschungsprozesses: In der logisch-historischen Analyse *müssen* die Dimensionen herausgearbeitet werden, auf denen die Momente, deren Negation zur Entstehung einer bestimmten Entwicklungsstufe aus der vorigen beigetragen hat, innerhalb der neuen Stufe auf höherer Ebene wiederum negiert sind; diejenigen Widersprüche *müssen* in allseitiger gedanklicher Durchdringung des Gesamtprozesses erfaßt werden, die den entscheidenden vorantreibenden Faktor der objektiven Möglichkeit zur Höherentwicklung darstellen; die „Sprünge“ *müssen* in sorgfältiger Analyse am historischen Prozeß

aufgedeckt werden, durch welche sich aus der bloß quantitativen Veränderung eine neue Qualität ergibt: *Nur unter dieser Voraussetzung* kann ein gegenwärtiges Verhältnis in logisch-historischer Analyse aus den entwicklungsnotwendigen Stufen, die zu ihm geführt haben, durch „Enthüllung seiner Geschichte“, in seinem Wesen begriffen werden. Das Ziel der Forschung sind mithin nicht jene dialektischen Grundgesetze selbst, sondern eben die mit dem methodischen Regulativ der dialektischen Gesetze zu gewinnende Erkenntnis über *das Wesen des gegenwärtigen Verhältnisses in seiner ganzen konkreten historischen Besonderheit*⁸⁷.

Da Bischoff nicht sieht, daß man die materialistische Dialektik verfehlen muß, wenn man die *dialektische Methode* nicht als *logisch-historisches Verfahren* begreift, kommt es zu einer besonderen Art Verwirrung: Bischoff gibt auf der einen Seite vor, ein Buch über „wissenschaftliche Dialektik“ geschrieben zu haben, redet unausgesetzt über „Dialektik“ als Wissenschaft des Gesamtzusammenhanges von Natur-, Gesellschafts- und Denkform etc., weiß aber auf der anderen Seite mit Dialektik recht eigentlich nichts anzufangen, schiebt sie vielmehr auf die verschiedensten Arten immer wieder von sich weg, will sie als „Resultat“ an ein imaginäres Ende des Wissenschaftsprozesses setzen, spricht ihr lediglich „erleichternde“ Funktion außerhalb des eigentlichen Forschungsprozesses zu etc., versucht damit faktisch, *den wissenschaftlichen Sozialismus von Dialektik freizuhalten*. Daraus verstehen sich auf konkreter Ebene auch die früher aufgewiesenen Mängel Bischoffscher Denkmethodik, die Erst-dann-Schematismen, die verschiedenen einseitig-maximalistischen, äußerlich kategorisierenden Weisen des „Das-Kind-mit-dem-Bade-Ausschütten“, die diffus-logizistischen Vorstellungen von „logischer“ oder „systematischer“ Analyse, die mechanistische Vorstellung von der Denkform als Verdoppelung der Gesellschaftsform etc. All diese Mängel sind nämlich verschiedenartiger Ausdruck eines zentralen Mangels: *undialektischer Untersuchungsführung*. — Nur wenn man in der dialektischen Methode das logisch-historische Vorgehen wirklicher marxistischer Forschung zu entdecken vermag, wenn man die dialektischen Grundgesetze nicht als ein irgendwann zu erlangendes „Resultat“ abschiebt, sondern als methodisches Regulativ je gegenwärtiger wissenschaftlicher Arbeit erkennt, entgeht man dem Bischoffschen Fehler, „Dialektik“ so hoch auf ein Podest zu setzen, daß keiner mehr heranreichen kann. Man versteht dann, daß dialektische Gedankenentwicklung der Prüfstein alltäglicher wissenschaftlich-politischer Arbeit von Marxisten, immer wieder neu zu gewinnende Grundlage von Kritik und Selbstkritik im Forschungsprozeß des wissenschaftlichen Sozialismus sein muß.

87. Genauere Ausführungen über die dialektischen Grundgesetze als durch Abstraktion gewonnene allgemeinste Charakteristika historischer Bewegung einerseits und allgemeinste methodische Regulative für neue logisch-historische Forschungen andererseits sind hier nicht möglich.

e) *Materialistische Erkenntnistheorie: Logisch-historische Erforschung der Erkenntnisbeziehung im Rahmen materialistischer Dialektik*

Das richtige Verständnis von materialistischer Dialektik als umfassender „Entwicklungslehre“ und des logisch-historischen Charakters dialektischer „Methode“ ermöglicht nun auch ein angemessenes Erfassen des Wesens und der Funktion *marxistischer Erkenntnistheorie*. Von da aus läßt sich genauer sagen, wie die Problemlage so zu entwickeln ist, daß klar wird: Die Einsicht in die Bestimmtheit des Bewußtseins durch das gesellschaftliche Sein, des Denkens durch die gesellschaftliche Bewegung berechtigt keinswegs, wie Bischoff meint, zur Leugnung der „Notwendigkeit einer materialistischen Erkenntnistheorie“ und ihrer *Ersetzung* durch die „Ableitung der Genesis“ des wissenschaftlichen Sozialismus „aus den sozialen Lebensverhältnissen“. Zum Leitfaden für die weiteren Verdeutlichungen nehmen wir die Aussage von Lenin: „Die Dialektik . . . *schließt aber in sich das ein*, was man heute *Erkenntnistheorie, Gnoseologie* nennt, die ihren Gegenstand *gleichfalls historisch betrachten muß*, indem sie die *Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis*, den Übergang von der *Unkenntnis zur Erkenntnis* erforscht und verallgemeinert.“⁸⁸

Materialistische Erkenntnistheorie ist keine Grundlagendisziplin im Sinne der bürgerlichen Wissenschaftsvorstellung: Sie kann keinesfalls aus sich heraus allgemeine Prinzipien entwickeln, aus denen die Möglichkeit menschlicher Erkenntnis ableitbar ist und nach denen sich das menschliche Denken zu richten hat, wenn es zu Erkenntnissen gelangen will. Demnach hat Bischoff recht, soweit er feststellt, daß es „ . . . keine erkenntnistheoretische Begründung für die systematische Ableitung der Dialektik . . . geben kann“. Die *materialistische Erkenntnistheorie ist keine Instanz außerhalb der materialistischen Dialektik, die den „Erkenntnisanspruch“ der Dialektik begründen könnte*. Die umgekehrte Feststellung, daß die Dialektik den Geltungsanspruch erkenntnistheoretischer Aussagen begründen kann, wäre allerdings genauso falsch. Das Verhältnis ist nur dann richtig zu explizieren, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Dialektik weder selbständige „Erkenntnisse“ formuliert, deren Geltung zu begründen wäre, noch ein Beweisverfahren darstellt, durch welches der Erkenntnischarakter von Aussagen belegt werden könnte. Materialistische Dialektik ist, wie angedeutet, allgemeinste „Entwicklungslehre“, sowohl Resultat wie umfassendstes methodisches Regulativ des Sich-Anmessens menschlichen Denkens an die wesentlichen Züge des wirklichen Ganges historischer Progression. Diesem methodischen Regulativ unterliegen alle Verfahrensweisen marxistischer Forschungstätigkeit, also auch die der materialistischen Erkenntnistheorie, wenn sie „Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis . . . erforscht“; in diesem Sinne „schließt“ die Dialektik die Erkenntnistheorie „in sich ein“.

Auch die Beziehung der materialistischen Erkenntnistheorie zur *positiven Forschungsarbeit* des wissenschaftlichen Sozialismus ist nicht so zu verstehen, als ob die erkenntnistheoretische Klärungsarbeit *vorausgesetzt* sei, damit die positive Untersuchungstätigkeit nach den Prinzipien der Erkenntnistheorie zu angemessenen Erkenntnissen gelangen kann. Materialistische Erkenntnistheorie „*erforscht*“ vielmehr (wie Lenin es ausdrückt) die „Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis“ und ist demgemäß selbst ein *Teil der positiven Forschungsarbeit*. Wie alle marxistische Untersuchungstätigkeit, hat mithin auch die erkenntnistheoretische Forschung wirkliches geschichtliches Material in *logisch-historischer Analyse* durchzuarbeiten, um ein *jeweils gegenwärtiges Verhältnis* aus den *entwicklungslogischen Stufen seines Gewordenseins* in seinem Wesen begreifbar zu machen. Da die materialistische Erkenntnistheorie die „Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis“ erforscht, ist das gegenwärtige Verhältnis, auf das sich hier die logisch-historische Analyse richtet, das *Verhältnis zwischen Erkenntnis und Erkanntem, dem Subjekt und dem Objekt der Erkenntnis* unter den je gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen.

Der Forschungsgegenstand materialistischer Erkenntnistheorie, die Erkenntnisbeziehung, hat insofern eine Eigentümlichkeit gegenüber anderen Forschungsgegenständen, als er *allgemeiner, quasi übergeordneter* Natur ist. Die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Aktivitäten haben die Gemeinsamkeit, daß sie in mehr oder weniger hohem Grade Erkenntnis sind. Diesen *gemeinsamen Aspekt wissenschaftlicher Forschungsstätigkeit und Forschungsergebnisse*, den *Erkenntnisaspekt*, macht die Erkenntnistheorie zu ihrem Forschungsgegenstand. — Jede angestrebte oder real vorliegende wissenschaftliche Erkenntnis ist als solche mehr oder weniger falsch oder richtig, sie befindet sich an irgendeiner Stelle des Übergangs „von der Unkenntnis zur Erkenntnis“. Die „Entwicklung der Erkenntnis“ ist demgemäß stets *Erkenntnisfortschritt*. Die in materialistischer Erkenntnistheorie zu leistende logisch-historische Analyse der Erkenntnisbeziehung ist mithin das Begreifen von Art und Grad des Erkenntnisstandes wissenschaftlicher Aussagen in *seinem Gewordensein aus den entwicklungsnotwendigen Stufen des Erkenntnisfortschritts*, als deren *Resultat der gegenwärtige Erkenntnisstand vorliegt*. Auch die *Erkenntnis* ist also zu analysieren unter dem Aspekt der „*Notwendigkeiten*“ (und dem Komplement realhistorischer Zufälligkeiten) *materieller gesellschaftlicher Weiterentwicklung*; der Erkenntnisfortschritt ist zu verstehen als abhängig von den auf einer je bestimmten gesellschaftlichen Stufe gegebenen *objektiven Entwicklungsmöglichkeiten der Erkenntnis* und der *Praxis der Erkenntnisgewinnung* (Methode), soweit sie *bewußte Erfüllung der objektiven Entwicklungsmöglichkeiten der Erkenntnis* auf der jeweiligen Stufe ist; auch in diesem Zusammenhang müssen die außerstrukturellen, *realhistorisch „zufälligen“* Momente der *Behinderung* gesellschaftlich notwendigen Erkenntnisfortschritts miterforscht werden, wobei die Praxis menschlicher Erkenntnistätigkeit, soweit sie *hinter den gegebenen*

objektiven Möglichkeiten des Erkenntnisfortschritts zurückbleibt, zu solchen Behinderungsmomenten gehört (vgl. dazu unsere allgemeineren Ausführungen auf S. 33 f.).

Wenn materialistische Erkenntnistheorie den Wissenschaftsprozess (und darüber hinaus den Prozess menschlicher Wissensgewinnung überhaupt) unter einem allgemeinen Aspekt, dem des Erkenntnisfortschritts, erforscht, so ist sie dabei *von der wirklichen, positiven, inhaltlichen Forschung keineswegs abzutrennen*. Man muß davon ausgehen, daß bei jedem Akt menschlicher Wissensgewinnung die Frage, wieweit es sich dabei um einen Erkenntnisfortschritt handelt, wovon er abhängt und wie man ihn bestimmen kann, „*immer schon*“ *in irgendeinem Grade mitreflektiert* wird und in die Forschungstätigkeit zurückwirkt. Materialistische Erkenntnistheorie „erfindet“ mithin keine neue Fragestellung, sondern *greift* im Prozess der Forschung als bewußter Lebenstätigkeit *zwangsläufig eingeschlossene Selbstreflexionen der Forschungsaktivität lediglich arbeitsteilig auf* und hebt sie auf ein *allgemeineres Niveau der gedanklichen Durchdringung*; deswegen kann Lenin feststellen, daß die Erkenntnistheorie „den Übergang von der Unkenntnis zur Erkenntnis erforscht und *verallgemeinert*“ (Hervorh. K. H.).

Das menschliche Wissen, indem es im geschichtlichen Prozess in Verwertung kumulierter gesellschaftlicher Erfahrung die Wirklichkeit auf immer adäquatere Weise widerspiegelt, gewinnt auch ein immer entwickelteres Bewußtsein nicht nur der Realität, sondern auch *seiner selbst als Erkenntnistätigkeit*. Die *entwicklungsnotwendige Stufenfolge* immer adäquaterer Widerspiegelung der Wirklichkeit und eines immer wachsenden und qualitativ sich wandelnden *Selbstbewußtseins der Erkenntnis als Erkenntnis* sind also zwei Seiten des gleichen Vorgangs. Ein immer richtigerer und umfassenderer Begriff der Erkenntnis von sich selbst im Prozess der Wissenschaftsentwicklung ist nicht nur Reflexion des Erkenntnisfortschritts, sondern, indem das Reflexionsergebnis unmittelbar auf den Forschungsprozess zurückwirkt, *ein vorantreibendes Moment des Erkenntnisfortschritts selbst*.

f) *Das erkenntnistheoretische Begreifen des wissenschaftlichen Sozialismus aus seiner gesellschaftlichen Entwicklungsnotwendigkeit*

In materialistischer Dialektik samt den von ihr eingeschlossenen Resultaten und Methoden logisch-historischer Analyse manifestiert sich, wie dargestellt, eine Stufe der Wissenschaftsentwicklung, in welcher gegenwärtige Verhältnisse aus ihrem historischen Gewordensein begriffen werden, also die Einheit der Erfassung des Wesens einer Erscheinung und der „*Enthüllung ihrer Geschichte*“ Leitfaden des Erkenntnisgewinns ist. Mit dieser Stufe ist gleichzeitig eine *neue Stufe des Selbstbewußtseins der Erkenntnis als Erkenntnis* erreicht: Wissenschaftliches Selbstbewußtsein hat sich hier als *historisches Selbstbewußtsein* in der Weise entfaltet, daß sich der *gesellschaftliche Mensch in seiner historischen Gewordenheit bewußt zum Ge-*

gegenstand der Erkenntnis setzt, sich zum Bewußtsein bringt, daß er sich nur durch Enthüllung seiner Geschichte in seinem Wesen erkennen kann. Marxistische Erkenntnistheorie repräsentiert das so verstandene historische Selbstbewußtsein des wissenschaftlichen Sozialismus in verallgemeinerter und systematisierter Weise. Sie erforscht das Problem des Erkenntnisfortschritts der dialektischen „Entwicklungslehre“ und logisch-historischen Methode, indem sie die entwicklungsnotwendigen Stufen, die als Vorstufen in der Stufe des wissenschaftlichen Sozialismus aufgehoben sind, selber in logisch-historischer Analyse herausarbeitet. Soweit materialistische Erkenntnistheorie den in der historischen Forschungsweise des wissenschaftlichen Sozialismus repräsentierten Erkenntnisfortschritt, damit seine wissenschaftliche Überlegenheit gegenüber anderen Denkweisen und Methoden präzise auf den Begriff bringen kann, führt sie zu einer bewußteren, konsistenteren und konsequenteren Verwirklichung der logisch-historischen Methode unter dem Regulativ der dialektischen Grundgesetze in der positiven Forschungsarbeit des wissenschaftlichen Sozialismus, dient als Instrument der Kritik von Fehlern in den eigenen Reihen und wird somit durch Rückspiegelung ihrer Ergebnisse in den Forschungsprozeß selbst zu einem Bewegungsmoment des Erkenntnisfortschritts marxistischer Wissenschaft.

Die Frage der Bestimmtheit des Bewußtseins durch das gesellschaftliche Sein in der Bischoffschen Spezifizierung als Frage nach der Ableitung der Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus aus den sozialen Lebensverhältnissen stellt sich mithin von vornherein ganz anders, als Bischoff dies meint. Da Bischoff nicht sah, daß die dialektische Methode als logisch-historisches Verfahren das entscheidende Wesensmerkmal des wissenschaftlichen Sozialismus ist, mußte ihm auch verborgen bleiben, was hier eigentlich aus den „sozialen Lebensverhältnissen“ abzuleiten ist, nämlich die „Genesis“ der historischen Forschungsweise des wissenschaftlichen Sozialismus; ebenso wenig konnte für Bischoff sichtbar werden, wie eine solche „Ableitung der Genesis“ des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfolgen hat, nämlich durch die logisch-historische Analyse. Andernfalls hätte auch deutlich werden müssen, worum es sich hier tatsächlich handelt: um das Begreifen des in der besonderen „historischen“ Denk- und Vorgehensweise des wissenschaftlichen Sozialismus repräsentierten Erkenntnisfortschritts aus seinem entwicklungsnotwendigen Gewordensein. Eine solcherart richtig gefaßte „Ableitung der Genesis“ des wissenschaftlichen Sozialismus kann nun allerdings keineswegs mehr als etwas ausgegeben werden, das „an die Stelle“ der materialistischen Erkenntnistheorie zu treten habe; diese „Ableitung“ ist nämlich nichts anderes als die geschilderte zentrale Aufgabenstellung materialistischer Erkenntnistheorie selbst.

Wenn das Problem der gesellschaftlichen Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus angemessen im Zusammenhang materialistischer Erkenntnistheorie, wie wir sie dargestellt haben, angegangen wird, entkommt man der gedanklichen Eingeengtheit, in welcher man diese gesellschaftliche Genesis nicht anders denn als bloßen „Reflex“ im

Sinne mechanischer Verdoppelung der „entwickelten“ bürgerlichen Gesellschaft in der „entwickelten“ Denkform des wissenschaftlichen Sozialismus auffassen kann. Man sieht dann auch, wie man die in dieser Auffassung enthaltene ökonomistisch-mechanistische Erkenntnistheorie, der Bischoff unvermerkt aufgesessen ist, unter nun explizit erkenntnistheoretischen Gesichtspunkten überwinden kann.

Die Abhängigkeit der Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus von bestimmten Entwicklungsformen der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet keineswegs, daß der wissenschaftliche Sozialismus in seiner fertigen Gestalt von der bürgerlichen Gesellschaft automatisch hervorgebracht, quasi abgesondert worden ist; auch die von uns herausgearbeitete Präzisierung, daß es dabei zentral um die Frage der Entstehung der dialektischen Entwicklungslehre und historischen Methode gehen muß, wäre praktisch wieder zurückgenommen, wenn man nunmehr die Dialektik und ihre „Methode“ als einfache Absonderungen der bürgerlichen Gesellschaft betrachten würde. Aus dem *logisch-historischen Forschungsansatz* materialistischer Erkenntnistheorie ergibt sich vielmehr, daß es sich hier um die Ableitung des wissenschaftlichen Sozialismus aus den *Entwicklungsnotwendigkeiten* der bürgerlichen Gesellschaft handeln muß. Entwicklungsnotwendigkeit im Sinne der logisch-historischen Analyse ist jedoch — dies wurde ausführlich gezeigt (vgl. S. 33 f und S. 53 ff.) — keine mechanische Entwicklungszwangsläufigkeit, sondern auf einer bestimmten historischen Stufe gegebene *objektive Entwicklungsmöglichkeit*, die in gesellschaftlicher Praxis als das gesellschaftlich „Notwendige“ verwirklicht worden ist bzw. verwirklicht werden kann. Die Ableitung der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der wissenschaftlichen Entwicklungsstufe des „historischen“ Verständnisses der Erforschung des Menschen, wie es sich frühestens Ende des 18. Jahrhunderts als konsistente Angehensweise durchgesetzt hat und im 19. Jahrhundert in Darwins Evolutionstheorie, die ihrerseits im umfassenderen Konzept der materialistischen Dialektik negiert und aufgehoben ist, sich voll ausprägte⁸⁹, ist also der Aufweis der *gesellschaftlichen Bedingungen der objektiven Möglichkeit* der materialistischen Dialektik und des wissenschaftlichen Sozialismus⁹⁰. — So-

89 Genauerer über diesen Zusammenhang kann hier nicht gesagt werden.

90 In Marx' berühmter (auch von Bischoff gern zitierter) Stelle aus den „Grundrissen“ (S. 25), in der ausgeführt wird, die Gleichgültigkeit gegen eine bestimmte Art der Arbeit setze eine erst in der modernsten bürgerlichen Gesellschaft erreichte „Totalität wirklicher Arbeitsarten voraus, von denen keine mehr die beherrschende ist“, erst auf dieser Stufe höre die Arbeit auf, „nur in besondrer Form gedacht werden zu können“, seien demnach die realen gesellschaftlichen Bedingungen für die „Abstraktion der Kategorie ‚Arbeit‘, ‚Arbeit überhaupt‘, Arbeit sans phrase“ gegeben, ist keineswegs behauptet, die genannte entwickelte bürgerliche Produktionsweise sondere automatisch und zwangsläufig die ökonomische Kategorie der „Arbeit“ ab. Es ist vielmehr unter logisch-historischem Aspekt ausgesagt, daß erst die Totalität verschiedener Arbeitsarten in der bürgerlichen Gesellschaft das Denken der allgemeinen Kategorie der

fern begriffen ist, daß allein die *objektive Möglichkeit* des wissenschaftlichen Sozialismus, allein die (durch die sich verschärfenden Antagonismen zwischen wachsender Vergesellschaftung der Produktion und fortbestehender privater Aneignung vorangetriebene⁹¹) *Aufhebung der gesellschaftlichen Entwicklungsbeschränkung*, die der Herausbildung der höheren Bewußtseinsform materialistischer Dialektik *im Wege* stand, *entwicklungslogisch ableitbar* ist, ist auch die *ökonomistisch-kontemplative Verfehlung gesellschaftlicher wie wissenschaftlicher Praxis* des Sozialismus überwunden.

Es kann nun eingesehen werden, daß hier die *Verwirklichung* der gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, damit des gesellschaftlich „Notwendigen“, *keineswegs auch* durch den *gesellschaftlichen Prozeß von selbst hervorgebracht* wird, sondern Ergebnis des *bewußten emanzipatorischen Kampfes* der Arbeiterbewegung ist, aus der heraus die *materialistische Dialektik*, die *theoretische Grundlage und Leitlinie des proletarischen Kampfes*, geschaffen wurde. Daraus versteht sich, daß auch die *zukünftige Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft* hin zum Sozialismus zwar in ihrer objektiven Möglichkeit von der Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus abhängig ist, aber aus diesen nicht „zwangsläufig erzeugt“ wird, sondern eine *Aufgabe der bewußten, organisierten politischen Praxis* des Proletariats und seiner Partei, darin auch der *bewußten, „methodischen“ Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus*, darstellt.

g) *Das historische Bewußtsein materialistischer Dialektik als Grundlage für die erkenntnistheoretische Begründbarkeit des Wahrheitsanspruchs des wissenschaftlichen Sozialismus*

Von der Position materialistischer Erkenntnistheorie aus ist die ökonomistische Verkennung des Problems der gesellschaftlichen Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus und die darin verborgene reduktiv-mechanistische Erkenntnistheorie noch unter umfassenderen Gesichtspunkten kritisch durchdringbar. — Die gesellschaftliche Genese des wissenschaftlichen Sozialismus bedeutet, wie ausgeführt, die gesellschaftliche Genese des in materialistischer Dialektik ge-

Arbeit, damit die Erreichung einer höheren Stufe der politischen Ökonomie (bei Adam Smith) *objektiv möglich* mache, d. h., daß hier bestimmte *Beschränkungen der möglichen Wissenschaftsentwicklung* überwunden sind, die aus der Beschränktheit der gesellschaftlichen Verhältnisse sich ergaben; ähnlich argumentiert Marx stets in solchen Zusammenhängen, etwa wenn er (im „Kapital“, MEW 23, S. 73 f.) darauf hinweist, daß für Aristoteles, den „großen Forscher“, trotz allen Scharfsinns eine vollständige Ableitung der Wertform wegen der „*historischen Schranke*“ der Unentwickeltheit der Sklavenhaltergesellschaft, deren Produktionsweise er explizierte, *objektive unmöglich* war. Marx wäre nie auf den Gedanken verfallen, die wissenschaftlichen Kategorien, seien es die von Adam Smith, seien es die von Aristoteles etc., als zwangsläufig-mechanische Produkte der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft bzw. der Sklavenhaltergesellschaft hinzustellen.

⁹¹ Dies ist nur als globale Veranschaulichung gemeint.

gründeten Erkenntnisfortschritts. Gerade diese Frage des Erkenntnisfortschritts bleibt, dies wurde ausführlich gezeigt, im Zusammenhang der Bischoffschen These des verdoppelnden Reflexes der Gesellschaftsform in der Denkform unerklärbar: Durch die „Gleichstellung“ aller Bewußtseinsformen in ihrer „Hervorgebrachtheit“ von der Gesellschaftsform ist Bischoff generell unfähig, zwischen Ideologie und wissenschaftlichem Wissen begründet zu unterscheiden und weiterhin, Kriterien für den unterschiedlichen Erkenntnisgrad verschiedener wissenschaftlicher Ansätze zu explizieren. Deswegen ist ihm auch die Begründung des im wissenschaftlichen Sozialismus liegenden Erkenntnisfortschritts schon als Fragestellung von vornherein verschlossen. Sein verfehelter erkenntnistheoretischer Grundansatz führt Bischoff demgemäß zwangsläufig dazu, den überlegenen Wahrheitsgehalt des wissenschaftlichen Sozialismus dogmatisch voraussetzen zu müssen.

Um an dieser Stelle den Ausweg zu verdeutlichen, genügt es nicht, daß wir die Präzisierung der gesellschaftlichen Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus als Entstehung seiner gesellschaftlichen Möglichkeit in die Überlegungen einbezogen haben. Dazu müssen wir im Zusammenhang unserer gegenwärtigen erkenntnistheoretischen Erörterung noch einen anderen Aspekt der Bischoffschen Fehlkonzeption reaktualisieren: Die in der mechanischen „Reflex“-Vorstellung liegende *Einschränkung* des Problems der „Ableitung der Genesis“ des wissenschaftlichen Sozialismus auf die *Ableitung der Genesis* aus dem entwickeltsten Stand der *bürgerlichen Gesellschaft*. Solange man den wissenschaftlichen Sozialismus lediglich „kontemporärgeschichtlich“, aus dem „beständigen Werden“ etc. des Kapitalismus verstehen will, ist es prinzipiell *unmöglich*, einen Ansatz für die Begründung seines Charakters und Ranges als *wissenschaftliche Erkenntnis* zu finden. Man bleibt hier mit allen Begründungsversuchen unausweichlich in der Situation dessen, der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen will. Das kurzschlüssige Auf-einander-Beziehen der Denkform und der kontemporären Gesellschaftsform ist in bezug auf das Erkenntnisproblem ein bodenloser *historischer Relativismus*. Man ist mit seinem Denken in die gesellschaftliche Entwicklungsstufe, der man zugehört, rettungslos eingeschlossen, findet *nirgends einen festen Standort*, von dem aus durch gesellschaftliche Entwicklungsfortschritte ermöglichte *Erkenntnisfortschritte*, mithin auch der *Erkenntnisfortschritt des wissenschaftlichen Sozialismus*, als solche beurteilbar sein können.

Die objektive Möglichkeit des wissenschaftlichen Sozialismus auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft bedeutet, wie dargelegt, die objektive Möglichkeit der „historischen“ Denk- und Forschungsweise, wie sie in der materialistischen Dialektik verwirklicht wurde. Die *gesellschaftliche Bewegung hat hier selbst einen Erkenntnisansatz* möglich gemacht, der in *historischem Bewußtsein* die *Begrenzungen der eigenen Gesellschaftsform durch Einbeziehung ihrer historischen Entwicklung* überschreitet, damit das *Gegenwärtige* durch Enthüllung seiner Geschichte in seinem Wesen

begreifen kann. Unter erkenntnistheoretischer Fragestellung heißt dies: In *materialistischer Erkenntnistheorie* als Aspekt der materialistischen Dialektik kann die durch die bürgerliche Gesellschaft ermöglichte Erkenntnisweise des wissenschaftlichen Sozialismus — indem sie die Gesellschaftsform, in der ihre Möglichkeitsbedingungen liegen, in historischem Selbstbewußtsein transzendiert — die historischen Stufen des Erkenntnisfortschritts, die zu ihr geführt haben, rekonstruieren: Damit ist hier der Ansatz gegeben, um die *Erkenntnisweise* des wissenschaftlichen Sozialismus *durch Enthüllung ihrer Geschichte* in ihrem Wesen, mithin auch ihrer möglichen *Überlegenheit gegenüber anderen Erkenntnisweisen*, zu begreifen und begreiflich zu machen. Im historischen Selbstbewußtsein der menschlichen Erkenntnis ist der Standort erreicht, der *einerseits* sich in seiner Möglichkeit als *Produkt des historischen Prozesses* verstehen muß, dem er selbst zugehört, der *andererseits* aber durch *Eröffnung der historischen Dimension* die *Position des eigenen Erkenntnisstandes* auf dem Wege von der „Unkenntnis zur Erkenntnis“ reflektierbar und erforschbar macht. Im Standort der materialistischen Erkenntnistheorie ist die Antinomie der bürgerlichen Wissenschaftstheorie: Anerkennung der Geschichtlichkeit des Erkenntnisprozesses, damit der Agnostizismus des historischen Relativismus *oder* Forderung nach Begründbarkeit des Erkenntnisanspruchs, damit Fiktion eines Beurteilungsstandortes außerhalb des Geschichtsprozesses, überwunden.

Vom Standort des historischen Selbstbewußtseins der Erkenntnis in materialistischer Erkenntnistheorie ist der geschichtliche Prozeß der fortschreitenden Kumulation gesellschaftlicher Erfahrung (samt seinen naturgeschichtlichen Voraussetzungen) in logisch-historischer Analyse auf die entwicklungsnotwendige Stufenfolge der Erkenntnisentfaltung hin durchzuarbeiten, eine Stufenfolge, bei der in der jeweils folgenden Stufe die Errungenschaften der vorhergehenden negiert und aufgehoben sind. Die *Begründung der Behauptung von Erkenntnisfortschritten* schließt dabei stets zweierlei ein: Einmal den Aufweis der Herausbildung jeweils neuer gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsstufen, in denen die *Schranken gesellschaftlich möglicher Erkenntnis* schrittweise überwunden wurden, und zum anderen den Aufweis *menschlicher Erkenntnistätigkeit als Bestimmungsmoment einer gesellschaftlichen Praxis*, in welcher die jeweiligen objektiven Entwicklungsmöglichkeiten bewußt als das *gesellschaftlich „Notwendige“* verwirklicht wurden. *Wissenschaftskritik als Erkenntniskritik* kann demgemäß ebenfalls auf grundsätzlich zweierlei Weise erfolgen: Einmal als Nachweis von Mängeln wissenschaftlicher Konzeptionen durch Auseinanderlegung der *gesellschaftlichen Entwicklungsschranken*, die eine weitergehende Erkenntnis objektiv unmöglich machten (dieser Art ist die erwähnte Kritik von Marx an Aristoteles); zum anderen als Nachweis von Mängeln wissenschaftlicher Konzeptionen durch Auseinanderlegung des *Zurückbleibens des jeweils wirklich erreichten Erkenntnisstandes hinter dem gesellschaftlich möglichen Erkenntnisstand*, womit die *Unzulänglichkeit der Wissenschaft an ihrem Versagen gegenüber den Notwendigkeiten gesellschaftlicher Praxis* ge-

messen ist (dieser Aspekt der Wissenschaftskritik ist am schärfsten ausgeprägt im Kampf gegen das Apologetikum, in welchem die wissenschaftliche Erkenntnis im Interesse der Unterdrückung gesellschaftlich notwendiger Praxis verraten wird).

Auch der Anspruch eines *überlegenen Wahrheitsgehaltes des wissenschaftlichen Sozialismus* kann nur unter der Voraussetzung begründet werden, daß man in historischer Rekonstruktion der entwicklungslogischen Stufen des Erkenntnisganges herausarbeitet, wieweit die Einseitigkeiten und Verkürzungen des Erkenntnisstandes in den jeweiligen Stufen jeweils so negiert, in der nächsthöheren Stufe aufgehoben und ihrerseits in „Negation der Negation“ negiert worden sind, daß die entwicklungsnotwendigen Stufen des Erkenntnisfortschritts tatsächlich als Vorstufen materialistische Dialektik aufgefaßt werden können, mithin der wissenschaftliche Sozialismus der Möglichkeit nach ein *Stadium des Erkenntnisfortschritts darstellt, das alle wissenschaftlichen Errungenschaften früherer Stadien auf* (bisher) *höchster Ebene in sich aufhebt*. In welchem Maße im wissenschaftlichen Sozialismus die gesellschaftlich mögliche Erkenntnis *tatsächlich* im Sinne gesellschaftlicher Notwendigkeiten vorangetrieben wird, dies ist nur durch an den jeweiligen konkreten Bedingungen orientierte Analyse der *im wissenschaftlichen Sozialismus reflektierten und angeleiteten politischen Praxis* festzustellen. „Die objektive Beschaffenheit der Praxis erlaubt keine Willkür darüber, was in bezug auf sie als Erkenntnis gelten kann.“⁹² — Die *Wissenschaftskritik der materialistischen Erkenntnistheorie* als Analyse von Erkenntnismängeln durch objektive gesellschaftliche Beschränkungen möglicher Erkenntnis und durch Zurückbleiben wirklicher hinter gesellschaftlich möglicher Erkenntnis erfährt ihre besondere Zuspitzung im *ideologischen Kampf* des wissenschaftlichen Sozialismus. Hier gilt es zuvörderst, die bürgerliche Wissenschaft und Wissenschaftstheorie in ihrer Einseitigkeit und Beschränktheit durchsichtig zu machen, deren Angriffe auf den Marxismus zurückzuschlagen und den wissenschaftlichen Sozialismus als bewußte Reflexion und Leitlinie lebensnotwendiger politischer Praxis vom Standort des Proletariats zur Weiterentwicklung und Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft immer eindeutiger und umfassender durchzusetzen. Weiterhin ist materialistische Erkenntnistheorie aber auch Mittel des ideologischen Kampfes gegen das *Eindringen* falscher idealistischer, agnostizistischer, ökonomistischer, mechanistischer Positionen in die *eigenen Reihen des wissenschaftlichen Sozialismus*, Mittel des dem wissenschaftlichen Sozialismus seinem Wesen nach inhärenten *permanenten Prozesses der Selbstkritik*, in welchem der eigene Erkenntnisanspruch immer wieder neu unter den Gesichtspunkten der mate-

92 Wittich, D.: Die Allgemeingültigkeit des marxistisch-leninistischen Begriffs „Objektive Wahrheit“, *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 19, 1971, S. 944. — Genauere Ausführungen über „Praxis“ als Kategorie der materialistischen Erkenntnistheorie sind hier nicht möglich; vgl. etwa Haug, W. F.: Was soll materialistische Erkenntnistheorie? *Das Argument* 81, 15. Jg. 1973, S. 559—573.

rialistischen Dialektik in Frage gestellt und ausgewiesen werden muß. Herausragendes Beispiel für materialistische Erkenntnistheorie als Mittel des ideologischen Kampfes gegen Verfall und Selbstzerstörung des wissenschaftlichen und damit politischen Bewußtseins in den eigenen Reihen ist Lenins philosophisches Hauptwerk „Materialismus und Empirio-kritizismus“⁹³.

Die Überwindung der Befangenheit des Denkens in der eigenen Gesellschaftsformation durch die Eröffnung der historischen Dimension menschlichen Bewußtseins in materialistischer Dialektik, damit die Erkennbarkeit der Gewordenheit, der historischen Bestimmtheit und des transitorischen Charakters der je gegebenen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe, schließt unter erkenntnistheoretischem Aspekt nicht nur die Möglichkeit der logisch-historischen Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus als bisher höchster Stufe der Wissenschaftsentwicklung ein, sie ermöglicht auch die Einsicht in die *notwendigen Erkenntnisgrenzen* der jeweils *historisch konkreten Entfaltungsforn des wissenschaftlichen Sozialismus*. Die gesellschaftliche Möglichkeit der Herausbildung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus innerhalb eines bestimmten Stadiums der bürgerlichen Gesellschaft stellt ja nicht das Ende der Geschichte, also auch nicht das Ende des Erkenntnisfortschritts dar. Demgemäß sind auch hier gesellschaftliche Erkenntnismöglichkeit und gesellschaftlich bedingte Erkenntnisbeschränkung zwei Seiten des gleichen Prozesses: Wie der gegenwärtige Erkenntnisstand des wissenschaftlichen Sozialismus aus der Negation der Negation früherer Entwicklungsstufen hervorgegangen ist, so wird diese Erkenntnisstufe ihrerseits im Zuge gesellschaftlicher Weiterentwicklung, die umfassendere Erkenntnismöglichkeiten hervorbringt, in einem entwickelten Erkenntnisstand des wissenschaftlichen Sozialismus negiert und aufgehoben werden. *Was in Beziehung auf überwundene Entwicklungsstufen Erkenntnisfortschritt ist, ist in Beziehung auf den unabgeschlossenen und unabschließbaren Gesamtprozeß gesellschaftlicher und damit wissenschaftlicher Entwicklung Erkenntnisbegrenztheit*⁹⁴. — Mit

93 Lenin-Werke, Bd. 14. — Vgl. etwa Tomberg, F.: Über den praktischen Sinn des Widerspiegelungs-Theorems, *Das Argument* 81, S. 613—628, 15. Jg. 1973. Als neuen Beitrag materialistischer Erkenntnistheorie zum ideologischen Kampf vgl. Domin, G., Lanfermann, H.-M., Mocek, R. und Pälke, D.: *Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf*, Berlin (DDR) 1973.

94 So läßt sich auch eine der scheinbaren Aporien bürgerlicher Erkenntnistheorie, die „Aporie“, daß jede Geltungsbegründung wiederum eine Geltungsbegründung erfordert, so daß hier ein unendlicher Regreß entsteht, auflösen. Die jeweils umfassendere Begründung eines gegebenen Erkenntnisstandes ist nicht ein logisches Verhältnis, sondern ein Verhältnis historischer Weiterentwicklung möglicher Erkenntnis, so daß, was hier als unendlicher gedanklicher „Regreß“ erscheint, in Wirklichkeit ein unabgeschlossener „Progreß“ der realen gesellschaftlich-historischen Entwicklung der Erkenntnis ist. Dies bedeutet, daß die jeweils höchste Entwicklungsstufe der Erkenntnis zwar die Stufen, die zu ihr geführt haben, da sie deren Kategorien in sich aufgehoben und überwunden hat, voll

dem Hinweis auf die *Relativität* der Erkenntnis der gegenwärtigen Entfaltungsform des wissenschaftlichen Sozialismus, da sie eine historisch *bestimmte* Stufe gesellschaftlich möglicher Erkenntnis auf dem unabschließbaren historischen Wege von der „Unkenntnis zur Erkenntnis“ verwirklicht, ist keineswegs der früher zurückgewiesene Agnostizismus des historischen Relativismus wieder eingeführt. Lenin hat in seiner Unterscheidung zwischen *relativer und absoluter Wahrheit* das Relativitäts-Konzept der materialistischen Erkenntnistheorie klar umschrieben: „... die *Grenzen* der Annäherung unserer Kenntnisse an die objektive, absolute Wahrheit“ sind „geschichtlich bedingt, *unbedingt* aber ist die Existenz dieser Wahrheit selbst, unbedingt ist, daß wir uns ihr nähern“⁹⁵. „Die Dialektik *schließt in sich* ... ein Moment des Relativismus, der Negation, des Skeptizismus *ein*, aber sie *reduziert sich nicht* auf den Relativismus. Die materialistische Dialektik von Marx und Engels ... erkennt die Relativität aller unserer Kenntnisse an nicht im Sinne der Verneinung der objektiven Wahrheit, sondern in dem Sinne, daß die Grenzen der Annäherung unserer Kenntnisse an diese Wahrheit geschichtlich bedingt sind.“⁹⁶

Abschließend sei daran erinnert, daß wir hier nur eine *korrekte Bestimmung* des Stellenwerts, der Aufgaben und der Methode von Erkenntnistheorie im Rahmen der materialistischen Dialektik aus der Kritik Bischoffscher Fehlkonzeptionen heraus leisten wollten, wobei auch die *Grundlagen* des Verfahrens der Erkenntnisbegründung und Wissenschaftskritik materialistischer Erkenntnistheorie verdeutlicht werden sollten. Damit ist aber *keineswegs* auch schon die *Vorgehensweise in Anwendung gebracht* (oder ihre Anwendung referiert), durch welche materialistische Erkenntnistheorie *tatsächlich* Ideologie von Wissenschaft unterscheidet, verschiedene Ausprägungsgrade wissenschaftlicher Erkenntnis heraushebt und den Wissenschaftsfortschritt des wissenschaftlichen Sozialismus begründet sowie im ideologischen Kampf nach außen und innen durchsetzt. Derartige erkenntnistheoretische Beweise sind nicht durch Grundlagenreflexionen, wie wir sie zur Zurückweisung falscher Bischoffscher Grundannahmen angestellt haben, zu gewinnen und prinzipiell nicht aus allge-

erfassen kann, sich selbst aber immer nur partiell und begrenzt kritisch zu durchschauen vermag: Das volle kritische Verständnis und die Ableitung des Erkenntnisfortschritts wie der Erkenntnisgrenzen einer gegebenen Stufe kann erst in historischer Analyse auf der jeweils nächsthöheren Entwicklungsstufe menschlicher Erkenntnis gelingen (vgl. dazu Marx, Grundrisse, S. 26: „Die sogenannte historische Entwicklung...“ etc.). Die bestehenden sozialistischen Gesellschaften müßten, mit wachsender Ausprägung der neuen Gesellschaftsform immer ausgeprägter, auch eine neue Stufe möglicher menschlicher Erkenntnis repräsentieren, von der aus eine tiefere Einsicht in das Wesen und die Grenzen des wissenschaftlichen Sozialismus, wie er in der bürgerlichen Gesellschaft als entwicklungslogisch niedrigerer Stufe möglich wurde, erreichbar ist. (Wie weit solche Möglichkeiten gegenwärtig realisiert werden, ist eine andere Frage).

95 Lenin-Werke, Bd. 14, S. 130.

96 Ebenda, S. 131 f.

meinen Prämissen abzuleiten oder zu deduzieren. Erkenntnistheoretische Begründungen sind hier vielmehr, wie alle Begründungen des Marxismus, Resultat der *Durcharbeitung wirklichen historischen Materials* unter den Leitgesichtspunkten der dialektischen Grundgesetze und logisch-historischer Methodik, also *empirische* Begründungen einer bestimmten Art⁹⁷. — Lenin hat nicht umsonst ausgesagt, daß die Analyse der Entstehung und Entwicklung der Erkenntnis für die materialistische Erkenntnistheorie eine *Forschungsaufgabe* darstellen muß.

Jenseits der Perspektivlosigkeit Bischoffschen Denkens

Wir knüpfen an unsere einleitenden Überlegungen an: Aus unserem kritischen Aufweis der Bischoffschen Verkennung des logisch-historischen Verfahrens als wesentliche Bestimmung dialektischer Methode und der darin eingeschlossenen falschen Vorstellungen von Erkenntnistheorie läßt sich ableiten, welche Art von „Konsequenzen für die Denk- und Vorgehensweise des wissenschaftlichen Sozialismus bis hin zur konkreten wissenschaftlichen Untersuchungsarbeit und politischen Praxis“ daraus entstehen müssen: Diese Konsequenzen liegen in einer gravierenden *Vereinseitigung und Verarmung marxistischer Wissenschaft und Verkümmern ihrer Perspektiven als vorantreibendes Moment bewußter gesellschaftlicher Praxis*.

Das Mißverständnis, die gesellschaftliche Genesis des wissenschaftlichen Sozialismus *schließe eine besondere „Methode“* aus, die Verfehlung der Tatsache, daß diese gesellschaftliche Genesis gerade in der *objektiven Möglichkeit der dialektischen Methode* besteht, weiterhin, daß die dialektische Methode als solche ihrem Gegenstand nicht äußerlich ist, sondern das Wesen jeder konkreten Erscheinung durch Enthüllung ihrer Geschichte zu begreifen vermag, müssen Bischoff u. a. dazu führen, die *Erforschung neuer Gegenstandsbereiche* in marxistischer Wissenschaft *grundsätzlich dem Verdacht einer äußerlichen Applizierung der „Methode“ auf einen ihr fremden Gegenstand* auszusetzen: Da es keine *verallgemeinerbare Methode*, die ihrem Gegenstand gleichwohl angemessen ist, geben kann, gibt es für Bischoff u. a. genau besehen *überhaupt keine* identifizierbare marxistische Methode, mit der man jetzt und hier Forschungsarbeit leisten kann.

Die daraus resultierende Skrupelhaftigkeit gegenüber wirklicher positiver Forschung schließt eine weitgehende *Fixierung des Blickes auf den Marxschen Text der Kritik der politischen Ökonomie ein*.

97 Wirkliche Analysen solcher Art können hier nicht dargestellt und diskutiert werden. Eine eigene Arbeit unter dieser Fragestellung ist der Versuch, die Eigenarten und Begrenzungen der Wahrnehmungstätigkeit im Gesamtprozeß der menschlichen Erkenntnis aus der logisch-historischen Analyse des naturgeschichtlichen und gesellschaftlich-historischen Gewordenseins der Wahrnehmung zu begreifen (Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis, a.a.O.).

Man setzt voraus, daß Marx in seiner „Kritik“ zu überragenden wissenschaftlichen Erkenntnissen gekommen ist (wenn man auch nicht recht sagen kann, wie), und kann sich somit, *sofern man im Bereich des Marxschen Textes bleibt*, quasi auf *gesichertem Gelände bewegen*. Tatsächlich befinden sich auf den bisher von Bischoff und den Projekten publizierten 1800 Buchseiten so gut wie ausschließlich Interpretationen von Marx-Texten und kritische Auseinandersetzungen mit anderen Interpretationen von Marx-Texten (Erst in dem angekündigten neuen Buch sollen die Ergebnisse einer *empirischen* Untersuchung der Klassenstrukturen in der BRD vorgelegt werden; es ist abzuwarten, wie dabei das Problem der Verallgemeinerbarkeit der Methode gelöst ist). Da sie das neue, umfassende *historische* Bewußtsein materialistischer Dialektik nicht ausmachen können, entgeht Bischoff u. a., daß Marx' „Kritik“ schon als solche keineswegs bloß „Reflex“ und „Dechiffrierung“ des bürgerlichen Entwicklungsgesetzes des Kapitalismus, die Herausarbeitung der historischen Bestimmtheit der bürgerlichen Produktionsweise, aus methodischen Gründen eine *allseitige Ausweitung des Blicks über die bürgerliche Gesellschaft hinaus notwendig einschließt*⁹⁸. Die Kritik der politischen Ökonomie weist an allen Ecken und Enden über sich hinaus, enthält selbst schon ethnologische, anthropogenetische, biologische, psychologische Forschungsansätze, fordert darüber hinaus zwingend eine *universelle Umorientierung wissenschaftlicher Forschung überhaupt*, die umfassende Neureflexion und Weiterführung menschlichen Wissensgewinns auf der Grundlage des neuen Erkenntnisniveaus materialistischer Dialektik. Marx' und Engels' umfangreiche und bedeutende Untersuchungen auf dem Gebiet der Ethnologie und Anthropologie, Engels' biologisch-naturwissenschaftliche Forschungsarbeit etc. haben den Weg gewiesen, den seither Wissenschaftler verschiedener Disziplinen in marxistischer Durchdringung und Weiterentwicklung ihrer Wissensgebiete gegangen sind. — Bischoff u. a., da sie diese Forschungen nicht als zwingende Konsequenz der Kritik der politischen Ökonomie begreifen können, bleibt nichts anderes übrig, als sie zu ignorieren, sie in eine ferne Zukunft abzuschieben oder ihnen am Maßstab der eigenen Selbstbeschränktheit die Legitimität abzusprechen.

Ein besonders schwerwiegendes Implikat der Verkennung der historischen Methodik materialistischer Dialektik ist die *faktische Ausklammerung der Natur als Gegenstand marxistischer Forschung*. — Zwar redet Bischoff unausgesetzt von Dialektik als Wissenschaft des Zusammenhanges zwischen Natur-, Gesellschafts- und Denkform, betont im Anschluß an Klassiker-Zitate die Einheit von Natur und

98 Dabei sind vielfältige Abstraktionen zur Heraushebung allgemeiner Züge der gegenwärtigen Produktionsweise erfordert. Daß solche Abstraktionen, wie Marx in den Grundrissen (S. 7) darlegt, „verständige Abstraktionen“ sein müssen, d. h. nicht als konkrete Struktureigenarten historisch bestimmter Produktionsverhältnisse reifiziert werden dürfen, versteht sich aus dem Charakter der logisch-historischen Methode. — Bei Bischoff finden sich auch dazu fragwürdige „Interpretationen“ (etwa S. 30 ff.), die wir nicht eigens analysiert haben.

Geschichte etc., verlegt die dialektische Erforschung der Natur aber in letzter Konsequenz nach bewährtem Erst-dann-Schematismus an das Ende der Zeiten: „Solange nun eine systematische Naturanschauung auf Basis der Einsicht in den Gesamtzusammenhang des Weltganzen nicht entwickelt ist, bleibt es bloße Hypothese, daß die dialektischen Gesetze wirkliche Entwicklungsgesetze der Natur und daher auch für die theoretische Naturforschung gültig sind“ (326). — Nur wenn man das Wesen der materialistischen Dialektik als umfassende Entwicklungslehre begriffen hat, kann einem auch deutlich werden, daß die historische Dimension des neuen Bewußtseins der Dialektik keineswegs nur die gesellschaftlich-historische Entwicklung des Menschen umfaßt, sondern seine *naturgeschichtliche Entwicklung zwingend einbezieht*. „Jetzt auch die ganze Natur in Geschichte aufgelöst, und die Geschichte nur als Entwicklungsprozeß *selbstbewußter* Organismen von der Natur verschieden⁹⁹.“ Den gesellschaftlichen Menschen in seiner wirklichen, sinnlich-materiellen Lebenstätigkeit aus seinem Gewordensein begreifen, heißt, ihn durch logisch-historische *Herausarbeitung der entwicklungsnotwendigen Stufen seines naturgeschichtlichen und gesellschaftlich-historischen Gewordenseins in seiner gesellschaftlichen Natur begreifen*¹⁰⁰. — Die Abspaltung und Aussonderung der naturwissenschaftlichen Forschung und ihrer erkenntnistheoretischen Reflexion aus dem wissenschaftlichen Sozialismus, der Glaube, man könne den gesellschaftlichen Menschen unter bloß „sozialwissenschaftlichem“ Aspekt erforschen (und die Naturwissenschaft anderen überlassen) ist eine soziologistische Verirrung, eine Projektion des idealistischen Fehlansatzes der Soziologie als bürgerlicher Sozialwissenschaft par excellence auf den wissenschaftlichen Sozialismus¹⁰¹. — Engels' „Dialektik der Natur“ war weder ein Hobby noch eine Entgleisung, sondern die erste Ausarbeitung eines in Marx' „Kritik“ angelegten entscheidenden Aspektes marxistischer Wissenschaft.

Die Vereinseitigung und Verarmung einer Konzeption, der die dialektische Methode als Instrument der Erforschung neuer Wirklichkeit nicht zur Verfügung steht und die sich deshalb immer wieder auf den Text von Marx' „Kritik“ als Anfang und Ende aller Wissenschaft zurückverwiesen sieht, läßt sich noch unter einem anderen Aspekt aufweisen. Sofern gesellschaftliche Lebenserscheinungen jeder Art nicht in logisch-historischer Analyse durchdrungen, sondern lediglich am Kriterium des Marxschen Textes gemessen werden, bedeutet dies ein *Einfrieren der Forschung auf dem Entwicklungsstand des „Kapital“*. Die Tatsache, daß mit der gesellschaftlichen Entwicklung sich auch die objektiven Erkenntnismöglichkeiten entwickeln müssen, und daß der Marxismus, da er die *Abhängigkeit seiner eigenen Möglichkeit von der gesellschaftlichen Ent-*

99 Engels, MEW 20, S. 504.

100 Vgl. Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis, a.a.O.

101 Vgl. Schurig, V.: Naturwissenschaftliche Grundlagen der Psychologie. Psychologisches Institut der Freien Universität Berlin: Texte zur Kritischen Psychologie, Bd. 3, Frankfurt, voraussichtlich 1974.

wicklung bewußt wissenschaftlich mitverarbeitet, kein fertiges „System“ ist (und auch niemals werden kann), sondern einen sich aus sich heraus stetig wandelnden und sich selbst optimierenden Wissenschaftsprozeß darstellt, wird so ausgeklammert. — Die darin gegebene Erkenntnisbeschränkung wird besonders deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß durch die Festschreibung des wissenschaftlichen Sozialismus auf den historischen Stand von Marx' „Kritik“ die schwerwiegende Tatsache, daß der *Sozialismus jetzt nicht mehr nur eine gesellschaftliche Möglichkeit darstellt, sondern zur historischen Realität geworden ist*, mit den Denkmitteln Bischoffs und der Projekte auf keinen Fall adäquat theoretisch zur Kenntnis genommen werden kann. Entscheidende Bedingungen wissenschaftlichen Fortschritts im Marxismus liegen gegenwärtig in der Verwirklichung solcher objektiv möglich gewordenen neuen Forschungsperspektiven, in der Ausnutzung der ungeheueren Chancen des Erkenntnisgewinns, die durch die realhistorische Gleichzeitigkeit der logisch-historisch verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalismus und Sozialismus bestehen¹⁰². Die Bischoffsche Grundkonzeption, da sie sich solche Perspektiven verschließt, bleibt auch unter diesem Aspekt hinter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Möglichkeiten wissenschaftlicher Erkenntnis zurück.

Der theoretische und methodische Arbeitsansatz Bischoffs und der Projekte müßte durch Rekonstruktion der ausschlaggebenden Bedeutung der umfassenderen Entwicklungslehre materialistischer Dialektik für die Methodik alltäglicher wissenschaftlich-politischer Arbeit von Grund auf umgewälzt werden. Nur unter dieser Voraussetzung wäre hier die Restriktivität einer Wissenschaftshaltung, die dazu tendiert, den „Text“ an Stelle der Wirklichkeit zu setzen, in Richtung auf eine Erfassung der Wirklichkeit durch den Text hindurch und über ihn hinaus zu überwinden und die entscheidende Stärke des Marxismus zur Geltung zu bringen: Eine inhaltlich-methodische Konzeption zu sein, die als selbstbewußte wissenschaftliche Triebkraft gesellschaftlicher Entwicklung sich in Anmessung an den Stand dieser Entwicklung stetig zu verwandeln vermag, ohne ihre Identität aufzugeben, so aus der wissenschaftlichen Analyse jeder konkret-historischen Situation und Entwicklungstendenz die richtigen politischen Schlußfolgerungen ableitbar macht.

102 Die dabei erwachsenden neuen methodologischen und erkenntnistheoretischen Probleme können hier nicht behandelt werden. Vgl. etwa Schurig: In Schurig, V. u. Wolf, F. O.: Psychologie und Gesellschaftsform. Psychologisches Institut der FUB: Texte zur Kritischen Psychologie, Bd. 2, Frankfurt 1974.

Hansgeorg Conert

Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus?

Produktionsverhältnisse und Ideologie (2. Teil *)

IV. Tendenzen der jugoslawischen Marxismus-Rezeption

1. Dominanz der Entfremdungs-Thematik

Ein Kennzeichen der soziologischen sowie geschichts- und sozialphilosophischen Beiträge in der hier besprochenen jugoslawischen Literatur ist die zentrale Rolle, die Reflexionen über die Entfremdungsproblematik einnehmen. Diese Eigenart hat zumindest *eine* Ursache in der Situation jugoslawischer Philosophen und Soziologen in der jüngeren Vergangenheit¹. Die unverkennbar enthusiastische Rezeption der Entfremdungskonzeption in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ drückt zunächst ein entsprechendes Nachholbedürfnis jener jugoslawischen Philosophen aus, die während ihres Studiums in der UdSSR in den ersten Nachkriegsjahren und später auch noch in Jugoslawien nicht mit diesem Aspekt des Marxismus konfrontiert wurden und denen vermutlich in dieser Zeit die sich an die Erstveröffentlichung von 1932 anschließenden Interpretationen und Diskussionen nicht zugänglich waren. Ob jugoslawische Philosophen und Soziologen erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit Richtungen der Marxismus-Rezeption und -Interpretation wie der des jungen Lukács', Korsch's, Lefébvres, der „Kritischen Theorie“ überhaupt bekannt wurden, oder ob erst seit dieser Zeit der entsprechenden philosophischen Diskussion öffentlich Raum gegeben wurde, sei dahingestellt. Offensichtlich ist jedenfalls die zustimmende, nicht selten unkritische Aufnahme dieser Versionen der

* Der erste Teil dieser Arbeit ist veröffentlicht in *Das Argument* 82, „Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus“, 15. Jahrgang 1973, S. 735—767. Es werden folgende Bücher besprochen: 1. Marković: Dialektik der Praxis; 2. Vranički: Mensch und Geschichte; 3. Petrović: Wider den autoritären Marxismus; 4. Petrović (Hrsg.): Revolutionäre Praxis; 5. Supek: Soziologie und Sozialismus; 6. Stojanović: Kritik und Zukunft des Sozialismus; 7. Kardelj: Zur gesellschaftlichen Funktion der Kritik; 8. Supek und Bosnjak (Hrsg.): Jugoslawien denkt anders; 9. Horvat: die jugoslawische Gesellschaft. — Im folgenden wird nur auf die hier gegebenen Buch-Nummern verwiesen; die genauen bibliographischen Angaben finden sich in *Das Argument* 82, S. 736.

1 Zur Einschätzung der Lage der jugoslawischen Philosophie in jüngerer Vergangenheit und Gegenwart aus der Sicht des „Praxis-Kreises“ vgl. Einleitung und Anhang von Nr. 4.

Marx-Interpretation als Reaktion auf die bis dahin — auch nach dem politischen Bruch mit der UdSSR noch! — an der sowjetischen Ausformung ausgerichtete Gestalt des offiziellen jugoslawischen Marxismus. Die nun erkennbare Neigung, marxistische Theorie auf philosophisch und anthropologisch formulierte Fragestellungen zu verkürzen, erinnert an entsprechende Tendenzen in der BRD in den fünfziger Jahren, wie sie z. B. in Arbeiten von Thier und Popitz und in den „Marxismusstudien“ deutlich wurden. Vorab sei schon kritisch vermerkt, daß das Beharren der Mehrzahl der jugoslawischen Autoren auf dem Entfremdungsbegriff der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ nicht dessen soziologische Wendung und Konkretisierung zu ökonomischen Verdinglichungen in Gestalt des Waren-, Geld- und Kapitalfetischismus reflektiert, was dann z. B. einige Autoren der Frage enthebt, wieweit die von ihnen konstatierten Entfremdungsphänomene in Jugoslawien Folge der Restauration marktwirtschaftlicher Mechanismen sind.

Die Faszination, die von der Rekonstruktion der Entfremdungskonzeption des jungen Marx in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ausging, lenkte in der Folge einen Teil der philosophischen Diskussion in Jugoslawien in fragwürdige Bahnen. Das findet Ausdruck in der Tendenz, Marxismus auf „Entfremdungslehre“ zu reduzieren oder in dieser doch seinen wichtigsten Bestandteil zu sehen. Marxistische Philosophie wird damit verkürzt zu einer Version normativer Anthropologie. Gleichzeitig wird ein idealistisches Element deutlich: dem Ideal der autonomen, entfalteten, moralischen Persönlichkeit wird der empirische Mensch gegenübergestellt, und die Diskrepanz wird als Indiz der Defekte der Gesellschaft herausgestellt. Daraus resultieren wiederum Tendenzen zu einer Konvergenzkonzeption: die Menschen sind im Spätkapitalismus wie im etatistischen Sozialismus, aber auch im unvollkommenen jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus entfremdet. Unterschiede zwischen den realen und je dominierenden Entfremdungsursachen werden dabei zwar konzediert und teilweise beschrieben; Entfremdung selbst gilt jedoch als charakterisierendes Signum der Gesellschaften, das alle sozioökonomischen und politischen Strukturdifferenzen überlagert. Zwar insistieren die Autoren zumeist auf der Konsistenz der Marxschen Theorie und polemisieren gegen die Behauptung von Gegensätzen zwischen dem Werk des „jungen“ und des „alten“ Marx. Solcher falschen Trennung leisten sie jedoch selbst Vorschub durch ihre Beschränkung, wenn nicht auf die Schriften, so doch auf ein Hauptthema des jungen Marx.

Diese Konzentration auf das Problem der Entfremdung ist wohl auch der Ausgangspunkt für die Neigung einiger jugoslawischer Autoren zu Versionen der Existenzphilosophie, wie z. B. der Heideggerischen, die zwar nicht in den hier besprochenen Schriften, u. a. aber in mehreren Ausgaben der Zagreber Zeitschrift „Praxis“ Ausdruck findet. Die hier hervorgehobenen Tendenzen jugoslawischer Marxismus-Rezeption seien nachfolgend anhand einiger Beispiele aus der in diese Sammelbesprechung aufgenommenen Literatur belegt.

Der Aufsatz „Sozialismus und Humanismus“ von Zagorka Pešić-Golubović (in: Nr. 8, S. 75 ff.) ist kennzeichnend für jene jugoslawischen Autoren, die, ausgehend von der Kategorie und der realen Erscheinung der Entfremdung, Versionen eines „ethischen Sozialismus“ variieren, der mit dem marxistischen wenig gemein hat. Daß die Autorin nicht einmal die grundlegendsten Merkmale marxistischer sozialistischer Theorie verstanden hat, beweist der nachfolgend zitierte Satz, der genau auf den utopischen Sozialismus zutrifft, aber den Marxschen meint: „Dem Kapitalismus im Anfangsstadium der Akkumulation als Verkörperung einer skrupellosen Ausbeutung und politischen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse wurde der Sozialismus entgegengestellt, der mit seinen im damals gegebenen Rahmen definierten Zielen und Idealen die Lösung für die bestehenden historischen Widersprüche sein sollte“ (76). Zu folgendem Unsinn würden sich seriösere bürgerliche Autoren kaum versteigen: „Viele der Ziele, für die die Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts im Namen des Sozialismus gekämpft hat, sind heute in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern bereits erreicht; von einer Ausbeutung der Arbeiterklasse im klassischen Sinn, wie sie Marx in seinem Kapital beschreibt, kann in den USA ... keine Rede sein“ (77). Trotz dieser enormen Fortschritte hat jedoch der Kapitalismus nicht alle „Grundprobleme des modernen Menschen“ (77) gelöst. Von C. W. Mills, D. Riesman, W. F. Whyte und E. Fromm hat die Autorin erfahren, „... daß das Problem der Entfremdung des Menschen heute genauso aktuell ist wie zu Marx' Lebzeiten ...“ (77). Daß die Lösung dieses Problems nicht identisch ist mit der Errichtung sozialistischer Produktionsverhältnisse (78), ist richtig. Die Autorin beruft sich auf die Marxsche These, daß die politische Emanzipation *Voraussetzung* der menschlichen sei und interpretiert den Sozialismus als Phase der Schaffung dieser Voraussetzung, als „Vorstufe einer humanen Gemeinschaft“ (78). In ihren Formulierungen negiert die Verfasserin jedoch die Totalität des dialektischen historischen Prozesses bei Marx, die Emanzipation von Herrschaft, Ausbeutung und materieller Bedürftigkeit und wachsende Chancen zu freier Entfaltung der Menschen als sich bedingende Momente umfaßt. Bei Pešić-Golubović wird dagegen die Aufhebung der Entfremdung des Menschen als Sollen dem Sein unvermittelt konfrontiert. Der „Sozialismus muß ... ein neues Wertesystem schaffen ...“ (78); Folge der sozialistischen Revolutionen in ökonomisch-zivilisatorisch rückständigen Ländern war dagegen eine „mangelhafte Definition der Ziele und des Idealzustandes des Sozialismus ...“ (78). Der bisherige praktische Sozialismus beging nach Meinung der Autorin den Fehler, alle Energien auf die Transformation der sozioökonomischen Verhältnisse zu konzentrieren und dabei die „menschliche Emanzipation“ als Ziel zu vergessen. Daß diese jedoch einer materiellen Basis bedarf, leugnet sie implizit durch Diskriminierung ökonomischer Zielsetzungen. Der Mangel an sozialistischen Persönlichkeitsstrukturen ist so für die Autorin weniger eine durch unzureichende materielle Voraussetzungen vermittelte Konsequenz, sondern der Vernachlässigung der

Marx'schen Anthropologie durch sozialistische Theoretiker geschuldet (84). Marxismus ist seiner Substanz nach bei der Autorin mithin gleichsam ein System normativer Anthropologie und Ethik; die Verwirklichung der sozialistischen Kernziele wird vom realen historischen Prozeß gelöst und voluntaristisch gefaßt. Wir haben hier ein Beispiel für die Tendenz zu einer idealistischen Depravierung des Marxismus, wie sie auch bei einigen anderen der hier besprochenen Autoren festzustellen ist. Ungeachtet dieser grundsätzlichen Schwächen und Fehler des Marxismus-Verständnisses der hier zitierten Autorin, darf nicht übersehen werden, daß ihre Argumentation im heutigen Jugoslawien eine zumindest partiell positive Funktion hat: sie bezieht ihre Kritik auch auf Erscheinungen, die Konsequenzen der dominierenden gesellschaftspolitischen Orientierung, der freigesetzten Marktmechanismen und privatwirtschaftlichen Tendenzen sind. Im entsprechenden Teil ihres Aufsatzes (88 ff.) gelangt die Verfasserin zu einigen sehr zutreffenden Feststellungen und Urteilen, auf die bereits oben verwiesen wurde.

Die Tendenz, Probleme marxistischer Theorie auf Fragestellungen des jungen Marx zu beschränken, findet, wenn auch anders akzentuiert und kenntnisreicher als bei der soeben besprochenen Autorin, bei Gajo Petrović², einem der Mitglieder des engeren Zagreber „Praxis“-Kreises ebenfalls Ausdruck. Sein Buch „Wider den autoritären Marxismus“ (Nr. 3) ist eine Sammlung von Essays, bei der als äußeres Manko zunächst das Fehlen von Herkunftsnachweisen der einzelnen Beiträge auffällt. Das wird hier nicht aus formal-konventionellem Grund moniert; gerade Arbeiten jugoslawischer Autoren kann man nur durch eine Besprechung im Kontext der jeweiligen kulturpolitischen und gesellschaftlichen Situation gerecht werden. Die Zusammenstellung einer größeren Anzahl von Aufsätzen des Autors über verwandte Themen bedingt im übrigen häufige Wiederholungen von Denkfiguren und Argumentationsmustern. Bei seiner Marx-Interpretation beschränkt sich Petrović nicht, wie andere Autoren, auf die Frühschriften, sondern zitiert das Gesamtwerk. Thematisch ist der Autor jedoch vorrangig am jungen Marx orientiert: es geht ihm um das Verhältnis Mensch — Natur, um die „Natur des Menschen“, um menschliche Praxis, die Entfremdung des Menschen und die Chancen ihrer Überwindung. Zur Verdeutlichung der Marx-Rezeption Petrovićs seien einige Beispiele referiert:

Das Thema „Der ‚junge‘ und der ‚alte‘ Marx“ behandelt Petrović knapp in Thesenform (27 ff.). Seine Polemik gegen Interpretationen, die Widersprüche zwischen den Marx'schen mehr philosophischen frühen und den ökonomischen späteren Arbeiten behaupten, ist zutreffend, aber nicht originell. Bemerkenswerterweise wird die Gefahr angesprochen, daß jugoslawische Autoren als Reaktion auf die vordem offiziöse Negierung der Frühschriften ins andere Extrem

2 Vgl. auch die Interpretationen Marx'scher Philosophie und Theorie in Petrovićs Buch „Philosophie und Revolution“, Hamburg 1971, das in diese Sammelbesprechung nicht einbezogen wurde.

verfallen und nur den jungen Marx für den „wahren“ halten könnten (28). Zur Begründung der Kontinuität des Marxschen Denkens führt Petrović an, die Entfremdung des Menschen sei auch „der Leitgedanke“ des reifen Marx gewesen. Dieses Argument scheint mir fragwürdig, wenn es nicht Akzentverschiebungen in der Marxschen Entfremdungskonzeption berücksichtigt. Zwar steht die der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ nicht im Widerspruch zu der des „Kapital“, hier findet sie jedoch eine konkretere Fassung, die sich in Paradigmen wie dem Waren-, Geld- und Kapitalfetischismus, den „ökonomischen Charaktermasken der Personen“, den Mystifikationen der Warenwelt konkretisiert. Dieser für Jugoslawien durchaus aktuelle Aspekt der Entfremdungsproblematik wird von der Mehrzahl der hier besprochenen Autoren nicht oder nur beiläufig aufgegriffen.

In den Essays Petrovićs findet sich nicht die bei anderen Autoren anklingende Tendenz einer ontologischen Hypostasierung des „Wesens des Menschen“. Er konstatiert („Der Menschenbegriff bei Marx“, 63 ff.), es sei umstritten, ob das Marxsche Werk eine Konzeption „der Natur“ oder „des Wesens“ des Menschen im Sinne anthropologisch konstitutiver, allgemeiner und überzeitlicher Charakteristika enthalte. Zwar handele Marx in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von „dem“ Menschen, in der „Deutschen Ideologie“ distanzieren er sich aber von der Fragestellung nach der „Natur“ oder „dem Wesen“ „des“ Menschen (Der Autor hätte hier auf die sechste der Feuerbach-Thesen verweisen können). Andererseits gebe es Stellen aus dem „Kapital“ (Bd. I und III), wo Marx in affirmativer Weise von der „Natur des Menschen“ spreche. So bleibt für Petrović zu fragen, „... was der Mensch ist ... wodurch der Mensch jenes integrale Wesen ist, das sich seinem Wesen nach von allem anderen Seienden unterscheidet“ (71). Die Marxsche Antwort sieht der Verfasser in der Bestimmung des Menschen als „Wesen der Praxis“ (74), wobei er Praxis interpretiert im Sinne „... einer alles-schaffenden und selbst-schaffenden Tätigkeit, einer Tätigkeit, in der der Mensch seine Welt und sich selbst verwandelt und erschafft“ (75). Die Charakterisierung des Menschen als „Wesen der Praxis“ leitet nach Petrović hin zum Begriff der Entfremdung, und zwar im Sinne der Nichteinlösung jener Chancen der Persönlichkeitsentfaltung, die Ergebnis bisheriger Praxis der Menschen sind. „Den Menschen nur zu begreifen, hieße nur zu begreifen, was der Mensch bereits war. Aber der Mensch ist nicht nur, was er gewesen ist; in erster Linie ist er, was er sein kann und sein sollte. Marx' Wendung zur Praxis folgt hieraus in dem Sinne, daß sein Begriff vom Menschen nicht ein reiner Begriff bleiben kann, sondern auch eine Kritik des entfremdeten Menschen darstellt, der seine menschlichen Möglichkeiten nicht erkennt und verwirklicht, und er ist ein humanistisches Programm des Kampfes um Menschlichkeit“ (77).

Nachdem Petrović im Anschluß die Endfremdungskonzeption der „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ referiert, nimmt er

nochmals die Frage nach dem Wesen des Menschen als Maßstab für entfremdetes Sein auf. Die bereits gegebene Antwort paraphrasierend, schreibt er: „Ich glaube, dem Geist der gesamten Marxschen philosophischen Konzeption entsprechend kann es (das Wesen des Menschen, C.) nur als seine historisch geschaffene menschliche Möglichkeit begriffen werden, wobei hier Möglichkeit nicht als die impotente bloße Möglichkeit verstanden wird, die tief unter dem Niveau der Wirklichkeit liegt, sondern als die reale Möglichkeit, die darüber steht. Daß sich der Mensch von seiner Natur entfremdet, würde dann bedeuten, daß sich der Mensch von der Verwirklichung seiner historisch geschaffenen menschlichen Möglichkeit entfremdet“ (81). Schließlich stellt Petrović die Frage, ob Entfremdung mit dem Dasein des Menschen strukturell und universal verbunden, oder ob sie historisch begrenzt sei. Nach Andeutung der Antworten einiger nichtmarxistischer Philosophen unterstreicht er die Marxsche Konzeption des Kommunismus als der Gesellschaft der „positive(n) Aufhebung aller Entfremdung“.

Diesem Thema der Aufhebung der Entfremdung wendet sich der Verfasser in extenso in einem anderen Aufsatz zu (131 ff.). Nach gleicher Bestimmung des Wesens des Menschen und seiner Entfremdung stellt er die Frage, ob die reale historische Tendenz in Richtung der Verstärkung oder der Minderung der Entfremdungsphänomene weise. Im Resultat scheinen Petrović die möglichen Indikatoren für eine Beantwortung der Frage so widersprüchlich, daß er ihr ausweicht. Aus seiner Konzeption vom Wesen des Menschen als Praxis, als Potenz, die nie ein für allemal erfüllt werden könne, gelangt der Autor schließlich zu der Konsequenz, Entfremdung sei unaufhebbar (147). Dagegen — und doch wohl in gewissem Widerspruch dazu — hält er es für möglich, „...eine grundsätzliche nicht entfremdete Gesellschaft zu schaffen, die die Entwicklung nicht entfremdeter, wahrhaft menschlicher Individuen anregt“ (ebenda). Dabei müsse die Aufhebung der Entfremdung der Gesellschaft und der Menschen „eng miteinander verbunden“ verlaufen. Er insistiert darauf, daß Änderungen der Produktionsverhältnisse nicht notwendig die Minderung der Entfremdung der Gesellschaft zur Folge haben müssen. Auch die Selbstverwaltung der Produzenten sei zwar notwendige, aber noch nicht zureichende Voraussetzung der Aufhebung „der Entfremdung in der ökonomischen Sphäre des menschlichen Lebens ...“ (149). „Einige Formen der Entfremdung in der Produktion haben ihre Wurzeln in der Natur der heutigen Produktionsmittel und in der Organisation der Produktionsprozesse, so daß sie nicht durch eine bloße Veränderung in der Form der Produktionsleitung ausgeschaltet werden können“ (150). Diese Andeutung ist noch die konkreteste Aussage zum Verhältnis philosophischer Grundpositionen und allgemeinsten Postulate des Marxismus zur gegenwärtigen sozioökonomischen Realität Jugoslawiens. Petrović gehört zu den jugoslawischen Autoren, die sich als Marxisten verstehen. Bedeutet es aber nicht, hinter Marx zurückzufallen, wenn akute gesellschaftliche Probleme nur in Form philosophischer Fragestellungen aufge-

griffen und in so präformierter Abstraktheit und Allgemeinheit abgehandelt werden?

Eine der entwickelten Marxschen m. E. näherstehende Konzeption von Entfremdung formuliert Predrag Vranicki („Sozialismus und das Problem der Entfremdung“ in: Nr. 2, S. 88 ff.). Kern des Entfremdungsphänomens ist für ihn folgender Sachverhalt: „Solange . . . das eigene Werk des Menschen als etwas ihm Äußerliches besteht (Sphäre der Politik, der Religion, Markt, Geld usw.) und sich ihm widersetzt als Macht über ihn, sprechen wir von Entfremdung. Die Welt des Menschen war bisher immer eine geteilte Welt“ (89). Wie im Titel seines Aufsatzes angezeigt, geht es Vranicki um Entfremdungserscheinungen in sozialistischen Gesellschaften. Er befindet sich in Übereinstimmung mit allen hier besprochenen Autoren, wenn er die Meinung, sozialistische Produktionsverhältnisse schlossen a priori Entfremdung des Menschen aus, als Mythos bezeichnet. Andererseits betont er jedoch: „Jede Form der Entfremdung hat . . . einen bestimmten historischen Inhalt und kann nicht identisch bewertet werden“ (89), eine Einsicht, die andere Autoren vermissen lassen. Im Waren-, Geld- und Kapitalfetischismus sieht der Autor die wesentlichsten Ausdrucksformen von Entfremdung der bürgerlichen Gesellschaft. Die vielfältigen Formen von Entfremdung, die der Kapitalismus hervorbringt, hinterläßt er als Erbe der sozialistischen Gesellschaft. Dieses Fortbestehen von Entfremdungsphänomenen ist für Vranicki, auch hier im Gegensatz zu anderen jugoslawischen Autoren, keineswegs für sich schon ein Indiz sozialistischer Fehlentwicklung. Er hält es für zunächst unvermeidlich und betont, „. . . daß in einer wirklich sozialistischen Entwicklung diese Formen der Entfremdung andere Vorzeichen und Bedeutungen bekommen“ (93). Allerdings müsse der Sozialismus, wolle er seine historische Funktion erfüllen, mit Entschiedenheit für die allmähliche Überwindung der Ursachen der menschlichen Entfremdung wirken. „Der Sozialismus kann deshalb nicht auf den Kategorien aufbauen, die die entscheidenden Kategorien der bürgerlichen Gesellschaft sind. Und da sein Ziel die Überwindung jener Formen menschlicher Existenz ist, innerhalb derer der Mensch ein entfremdetes Wesen ist, wird die Abschaffung der entfremdeten Formen des gesellschaftlichen Lebens zum Zentralproblem des Sozialismus“ (94). An dieses Postulat schließt Vranickis Kritik am Stalinismus an, den er als „typisches Beispiel für die Mißachtung wichtiger Probleme des Sozialismus“ (94) bezeichnet. Die Rechtfertigung — oder zumindest Erklärung — der Mystifikation gesellschaftlicher Verhältnisse aus einem unentwickelten Stand der Produktivkräfte, die der Verfasser allgemein formuliert (95), müßte er jedoch wohl auch für die sowjetische Entwicklung gelten lassen. Etatismus, Bürokratie und Technokratie sind für Vranicki die spezifischen Erscheinungsformen von Entfremdung im stalinistisch deformierten Sozialismus, für die er jedoch, und diesen Mangel teilt er mit den anderen Autoren, einen materialistischen Erklärungsansatz vermissen läßt. Das hat zur Folge, daß er auch die realen Bedingungen für die allmähliche Überwindung von

Entfremdung im Sozialismus nicht analysiert, sondern nur postuliert, daß z. B. „... der Sozialismus den Hauptakzent auf den Menschen legen und die freiere Persönlichkeit als Bedingung für die Freiheit der Gesellschaft voraussetzen“ (98) müsse. In welchen Formen sozialer Beziehungen sich die Verwirklichung dieser allgemeinen Forderung konkretisieren muß, ist wiederholt angedeutet: „Die Abschaffung von Verhältnissen, in denen der Arbeiter ferngehalten wird von der Teilnahme an der Organisation der Arbeit, der Produktion, der Planung und der Distribution des Mehrwerts der Arbeit, ist die *conditio sine qua non* bei der Lösung dieses fundamentalen Problems der modernen Zivilisation“ (102). Allein das Faktum, daß in den heute existenten verschiedenartigen Ausformungen sozialistischer Gesellschaft die Realisierung der Selbstbestimmung der „assoziierten Produzenten“ auf vielfältige schwerwiegende Hindernisse objektiver und subjektiver Art stößt und nirgends weit fortgeschritten ist, beweist die Notwendigkeit einer umfassenden sozioökonomischen, politologischen, psychologischen Analyse der entsprechenden Bedingungen. Hier zeigt sich die Grenze der philosophischen, im wesentlichen auf allgemeinen — und in dieser Allgemeinheit auch kaum bestrittenen — sozialistischen Grundforderungen insistierenden Behandlung der Thematik. Sie erweist sich als wenig wirksam gegenüber ökonomistischer und technokratischer Apologetik unzulänglich entwickelter Formen sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen.

Ein zentrales Thema der in dem Buch „Soziologie und Sozialismus“ zusammengefaßten Aufsätze Rudi Supeks^{2a} (Nr. 5) ist das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Der Autor postuliert gesellschaftliche Bedingungen, die freie Entfaltung und Autonomie der Persönlichkeit erlauben und fördern. Behindern die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und die politischen Machtstrukturen jene autonome Entfaltung des Individuums, gelangt der empirische Mensch nicht zu seiner wesensgemäßen Bestimmung („Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen und dem vergesellschafteten Wesen des Menschen“, 210) und bleibt mithin entfremdet. Von diesem Diktum aus kritisiert Supek Kapitalismus und etatistischen Sozialismus bzw. Stalinismus, wobei, wie bei den anderen Autoren, das Schwergewicht der Kritik auf den als deformiert begriffenen sozioökonomischen und politischen Verhältnissen der Übergangsgesellschaften sowjetkommunistischen Typs liegt. Hierbei drücken manche Formulierungen Supeks eine Position aus, die in der Nachfolge z. B. Stirners zu orten ist: zumindest implizit wird der Primat des Individuums gegenüber der Gesellschaft postuliert und diese generell mit Mißtrauen bedacht.

Supek hält in seinen Aufsätzen im übrigen keinen einheitlichen Entfremdungsbegriff durch: eine ziemliche idealistische Version, die hinter den jungen Marx zurück auf Hegel geht, dominiert; in den im 3. Abschnitt des Buches („Persönlichkeit und Kultur“) zusammen-

2a Im ersten Teil dieses Aufsatzes wird behauptet, Supek sei tot. Diese Angabe beruht auf einer Fehlinformation.

gefaßten Aufsätzen klingt hingegen stärker die materialistische Entfremdungskonzeption des „Kapital“ an (z. B. 210/11). Distanziert er sich hier explizit „von einer aprioristischen Konzeption der menschlichen Natur — sei es als ‚ideales Wesen‘ oder als ‚ursprüngliche Natur‘ (210), so weckt eine Formulierung wie: „Wenn wir von der Entfremdungstheorie in der Marxschen Soziologie sprechen, stellt sich uns unausweichlich auch die Frage nach ihren anthropologischen Grundlagen . . .“ (32) den Verdacht, daß er hier auf ein „. . . dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum“ (Marx, 6. Feuerbach-These) hinzielt. Nachfolgend benennt er zwar zutreffend Problemstellungen einer materialistischen Entfremdungstheorie (z. B. „. . . das Verhältnis zwischen menschlicher Praxis und Produktion . . . das Verhältnis Gemeinschaft-Individuum . . . die Differenzierung des sozialen Bewußtseins und seine Mystifikationen . . .“, 32), aber diese wurzeln doch wohl primär in jeweiligen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen und weniger in von Supek nicht weiter explizierten „anthropologischen Grundlagen“. Wie nachdrücklich er jedoch auf diesen insistiert, zeigt folgende Formulierung: „Es braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß die Verleugnung der anthropologischen Grundlagen nicht nur jegliche humanistische Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft unmöglich macht, sondern den Marxismus überhaupt nicht mehr zur Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus befähigt . . .“ (33). Dieser Reduktion marxistischer Kapitalismuskritik auf den Vorwurf der Entfremdung entspricht die behauptete Dominanz des Entfremdungstheorems innerhalb der marxistischen Theorie überhaupt (vgl. 59 ff.). Der Vorwurf der Einseitigkeit, den Supek in diesem Kontext immer wieder gegen den Stalinismus wegen seiner Ignorierung der Entfremdungsproblematik erhebt, läßt sich gegen ihn selbst umkehren: der sozioökonomische Grundsachverhalt der Ausbeutung der Lohnarbeiter in Form der Aneignung von Mehrarbeit durch die über die sachlichen Produktionsbedingungen verfügenden gerät völlig aus dem Blickpunkt der Kapitalismuskritik, die damit doch wohl ihre materialistische Basis verliert. „Wir können keine erfolgreiche Kritik irgendeines ökonomischen Systems durchführen, wenn wir nicht die natürlichen Anlagen des Menschen als Arbeiter oder Produzenten kennen. Deshalb sind auch die sich nur im Bereich der politischen Ökonomie, der sozialen, Klassen- und Gruppenbeziehungen bewegenden Autoren nicht imstande, die Widersprüche zwischen den natürlichen Anlagen des Menschen und dem gesellschaftlichen System der Produktion, das heißt der Arbeit, wie sie sich in den sozialen Kategorien äußert, grundlegend zu kritisieren“ (75). Marxistische Gesellschafts- und Geschichtstheorie wird so tendenziell überhaupt auf Entfremdungstheorie reduziert: „. . . die Theorie der Entfremdung ist nichts anderes als die Methode und Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung des Menschen“ (82). Da sich der authentische Marxismus doch wohl zu offensichtlich gegen die Verkürzung Supeks sperrt, wirft er Marx implizit vor, die Konsequenzen seiner ursprünglichen Entfremdungstheorie nicht weiter verfolgt zu haben: „Sie (die Theorie der Entfremdung, C.) ist unver-

gleichlich vielseitiger als hier angedeutet; sie vermag viel mehr zu leisten, als Marx in seinen Analysen mit ihrer Hilfe geleistet hat . . .“ (82/83). Dieses Desiderat ausfüllend, modifiziert Supek die Marxsche Geschichtstheorie: an die Stelle der historischen Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen, der die Entfaltung von Klassenkämpfen als Erscheinungsform der widersprüchlich-dialektischen Beziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zugrunde liegt, setzt er die These von gleichzeitiger Entfaltung der Individuen im Gefolge der Entwicklung der Produktivkräfte und Zerfall der „menschlichen Gemeinschaften“, in denen der Mensch gemäß seinem Gattungswesen, mithin nicht oder wenig entfremdet leben konnte. Ohne „. . . ein allgemeines Verständnis der Gleichzeitigkeit von Verfall der Gemeinschaft und Aufstieg des Individuums (ist es) unmöglich . . . , die Theorie der Entfremdung und ihre sozialen Voraussetzungen zu begreifen. Wenn man nicht das Ziel der historischen Entwicklung ins Auge faßt, wie es sich aus der bisherigen Geschichte ergibt, kann man den zentralen Charakter einer von der Entfremdungstheorie ausgehenden Sozialkritik nicht verstehen . . .“ (70). Supek gelangt mithin zu einer teleologischen Geschichtskonzeption; Aufhebung der Entfremdung ist dem Geschichtsverlauf als Ziel vorgegeben.

2. Marxismus und Ethik

Fragen marxistischer Ethik werden in mehreren der hier angezeigten Essays aufgeworfen. Im folgenden sehe ich von den nur mehr beiläufigen Behandlungen dieser Problematik ab und beschränke mich auf Arbeiten Stojanovićs und Markovićs, die diese Thematik grundsätzlich aufgreifen.

Stojanović (Nr. 6, 7. Kapitel) geht von der Frage aus: „Wie konnte es geschehen, daß eine revolutionäre Bewegung, deren Ziel die Verwirklichung der radikalsten humanistischen Ideale darstellt, noch immer keine ausgearbeitete Ethik besitzt?“ (137). In der Geschichte des Marxismus lägen zwei Interpretationen seiner Philosophie im Widerstreit, eine ethische und eine a-ethische. Stojanović stellt sich auf den Standpunkt, „. . . das Marxschen Denken enthalte ethische Werte, die als Ausgangspunkt für die marxistische Ethik dienen könnten“ (138). Angesichts zahlreicher, zum Teil voluminöser Abhandlungen zu diesem Thema z. B. in der UdSSR und der DDR ist der hier benutzte Konjunktiv ebenso unangebracht, wie die zuvor zitierte Feststellung unrichtig. Wenn er hier trotzdem ein Desiderat konstatiert, drängt sich der Verdacht auf, Stojanović ziele auf ein System *universaler*, der Geschichts- und Klassenbedingtheit enthebener Normen des sittlichen Verhaltens und der moralischen Werte ab. Eine solche Forderung widerspräche marxistischer Theorie; hingegen ist dem Verfasser soweit beizupflichten, daß im Marxschen „. . . Denken auch eine ethische Dimension enthalten ist“ (141). In Abgrenzung vom utopischen Sozialismus formuliert Stojanović das Verhältnis von Marxismus und Ethik zutreffend: „Sein (Marxens, C.) Humanis-

mus ist nicht moralisierend, auch nicht in erster Linie moralisch . . . sondern praktisch, revolutionär. Dieser Humanismus ist bestrebt, bis zu den Ursprüngen der inhumanen Gesellschaftsordnung vorzudringen . . . Der Marxsche Humanismus rechnet nicht mit dem humanen Appell und dessen Einfluß, sondern mit etwas viel Tieferem: dem *Interesse* der Arbeiterklasse. Seine Theorie hat die Aufgabe, das Bewußtsein der Arbeiterklasse von ihren Interessen mit zu wecken“ (142 f.). Marx habe die kapitalistische Produktionsweise *auch* moralisch bewertet, empfand jedoch „ . . . nicht das Bedürfnis, die Prinzipien dieser Beurteilung zu formulieren und zu begründen“ (143). Das moralischen Prinzipien, die dem Marxschen Werk inhärent seien, zu explizieren und zu systematisieren. Daß diese marxistische Ethik sich von der klassisch-normativen vor allem dadurch zu unterscheiden habe, daß sie eine soziale, eine Ethik der revolutionären Bewegung sein müsse, wird hervorgehoben (143).

Im folgenden wirft er die Frage nach dem Verhältnis von Ethik und historischem Determinismus auf. Seine These, Marx habe in der Frage des Determinismus „unbewußt zwischen zwei Ansichten, die einander ausschließen“ (146) geschwankt, halte ich für unzutreffend. Marxens Ausdrucksweise („naturgesetzlich“, „naturgeschichtlicher Prozeß“) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß historische Notwendigkeit bei Marx stets bewußtes Handeln der Subjekte einschließt. Stojanović wendet sich gegen die Auffassung, die Abschaffung der Ausbeutung des Proletariats sei das *eine* grundlegende, ethische Kriterium des Marxismus. „Aufhebung der Entfremdung, Freiheit, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit . . . Verschwinden der Gesellschaftsklassen, Absterben des Staates und Schaffung einer selbstverwalteten Assoziation der Produzenten und anderes mehr“ (150) bilden für ihn vielmehr die „humanistisch-ethische Basis“ des Marxschen Werkes. In der „Radikalisierung und Konkretisierung dieser Werte“ liege die Aufgabe der marxistischen Ethik. Daß die Orientierung an den historischen Interessen des Proletariats als ethisches Kriterium abgelehnt wird, entspringt wohl eher der Aversion gegen bestimmte zu Schlagworten geronnene Formulierungen, als der Logik seiner Argumentation, da, wie er selbst konzediert, diese Interessen die Realisierung der genannten Werte einschließt (151). Abschließend nimmt Stojanović nochmals die Frage auf, welcher unter diesen Werten als „das höchste ethische Kriterium“ (152) verstanden werden könne. Nach Aussonderung einiger bleiben für ihn (unter Berufung auf M. Fritzhand) übrig: „Gesellschaftlichkeit und allseitige Entwicklung der menschlichen Potenzen“ (153). Zwischen beiden Werten vermutet der Autor eine latente Antinomie; er sieht jedoch im Marxschen Werk keinen verbindlichen Hinweis darauf, welchem der beiden Prinzipien der Primat zukomme.

In ähnlicher Weise greift Marković Fragen der ethischen Dimension des Marxismus auf („Marxistischer Humanismus und Ethik“, in: Nr. 1). Er referiert vier Begründungen, die von bürgerlicher Seite für die Unmöglichkeit einer ethischen Theorie innerhalb der marxi-

stischen Philosophie vorgetragen werden (Determinismus, Ableitung der Moral aus ökonomischen Verhältnissen, Leugnung der Universalität moralischer Normen durch Betonung ihrer Funktion bei der Aufrechterhaltung von Klassenherrschaft, Unterordnung der Moral unter die Politik). Marković weist diese Argumente zurück, indem er u. a. den Charakter historischer und gesellschaftlicher Gesetze präzisiert (gegen den Determinismus-Vorwurf), unter Berufung auf die Engelsschen Altersbriefe eine relative Autonomie von Überbau-bereichen konzidiert bzw. die Kompliziertheit ihrer Vermittlung mit der ökonomischen Basis hervorhebt, und indem er auch die Universalität bestimmter moralischer Normen einräumt. „Solche Normen wären z. B. diejenigen, die Grundpflichten gegenüber Kindern, Eltern, Freunden, der Gemeinschaft vorschreiben; Normen, die Lüge, Betrug, Diebstahl, Mord zu verhindern suchen, die eine elementare Ordnung in die Sexualbeziehungen einzuführen suchen usw.“ (67). Zutreffend ergänzt er jedoch, „... daß diese allgemeinen Werte nicht isoliert existieren, sie sind immer in einer spezifischen Form, zusammen mit anderen Normen veränderlicher Klassennatur, gegeben“ (67). So entsprechen den ökonomischen Gesellschaftsformationen und politischen Herrschaftsverhältnissen bestimmte Moralsysteme. Die Moral der jeweils progressiven Klasse drückt in universaler Weise jene menschlichen Ideale aus, die die alte Gesellschaft zu realisieren nicht fähig war. Es komme darauf an, daß die Vertreter der neuen Moral deren Normen nicht nur deklarieren, sondern in Einklang mit ihnen handeln (68/69). In der Phase des Kampfes für die Emanzipation der eigenen Klasse bestünde im allgemeinen Konkordanz der Interessen der Individuen und der Klasse, so daß die individuellen moralischen Aspirationen kaum in Gegensatz zur Moral der Klasse gerieten. Schließlich betont Marković das Postulat der Entsprechung von Mitteln und Zielen im politischen Befreiungskampf der proletarischen Klasse und weist damit die Behauptung der Unterordnung moralischer Normen unter die Erfordernisse der Politik zurück. „Der Schluß dieser Erörterung lautet, daß eine humanistische ethische Theorie mit den Grundthesen des historischen Materialismus durchaus vereinbar ist“ (71).

Die höchste Forderung marxistischer Ethik, nach der Stojanović fragte, sieht Marković in der nach Überwindung der Entfremdung. Klarer als andere jugoslawische Autoren wendet er sich jedoch gegen eine Ontologisierung der Entfremdungskonzeption. Durch die Verbindung eines deskriptiven Begriffs der menschlichen Natur, den die empirischen Wissenschaften zu entwickeln haben, mit einem von der Ethik geprägten normativen sei es möglich, „... jede Konzeption dessen, was der Mensch sein soll, auf (die) objektive Einschätzung der realen Möglichkeiten seiner Evolution (zu) gründen...“ (72). Der marxistische Humanismus beruhe auf einer wissenschaftlichen Grundlage, die erlaube, empirisch überprüfbare Kriterien für die Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklungen nach dem Grad der Verwirklichung der objektiven Möglichkeiten menschlicher Entfaltung zu definieren (73). „Der Charakter des Werts, des Ideals, erhält eine

historische Möglichkeit durch den menschlichen Akt der Extrapolation, durch die Projektion dessen in die Zukunft, was, in Übereinstimmung mit den wesentlichen Bedürfnissen, von mehreren realen Alternativmöglichkeiten ausgewählt worden ist“ (73 f.). Kategorisch postuliert Marković abschließend in paradigmatischer Form die menschliche Emanzipation (76). Daß er in diesem Essay die realen sozioökonomischen Voraussetzungen fortschreitender Verwirklichung sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen und der Möglichkeiten personaler Entfaltung ignoriert, ist ihm insofern weniger als anderen der hier besprochenen Autoren anzulasten, als er an anderer Stelle sehr wohl diese Probleme aufgreift.

Neben der Frage nach der ethischen Dimension des Marxismus greifen Stojanović und Marković in ähnlicher Weise ein weiteres diesem Kontext zugehöriges Problem auf: das des Charaktertyps, den die nachrevolutionären gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse begünstigen, und seines Verhältnisses zum marxistisch-revolutionären Persönlichkeitsideal. Stojanović (in: Nr. 6, 8. Kapitel „Charakterologische Bahn der sozialistischen Revolution“) will vom vorherrschenden Charaktertypus in der nachrevolutionären Gesellschaft auf deren ethischen Gehalt rückschließen (154). „Die marxistische Ethik muß den ideologisch-moralischen Schleier auch von der Gesellschaft ziehen, die sich selbst sozialistisch nennt. Sie muß sich zum *eigentlichen* Gesellschaftssystem und *eigentlichen* Charaktertypus vorkämpfen, den dieses begünstigt“ (155). Die revolutionäre Phase brachte nach Stojanović den revolutionär-kollektivistischen Charaktertypus hervor. Dieser hätte mit der Konsolidierung und Fortentwicklung der revolutionären Errungenschaften dem „demokratisch-sozialistischen Typus des Menschen“ (156) weichen sollen; die Degeneration der Revolution begünstigte dagegen die Herausbildung des anarcho-liberalistischen Typus. Offiziell würden zwar die dem revolutionär-kollektivistischen Typus entsprechenden ethischen Normen aufrechterhalten, hinter ihrer Fassade hätten sich jedoch Verhaltensregeln durchgesetzt, die der Sicherung von Gruppenprivilegien dienen (159).

Stojanović beschreibt zunächst eine Variante der Deformation einer nachrevolutionären Gesellschaft, die er als „oligarchisch-etatistisches System“ bezeichnet. Er sieht eine ausgeprägte gesellschaftlich-politische Hierarchie als konstitutiv für dieses System an, an deren Spitze eine „oligarchisch-etatistische Klasse“ stehe, deren Angehörige einen entsprechenden Charaktertypus verkörpern. Für die Verwirklichung „des Ideals der demokratisch-sozialistischen Persönlichkeit“ (164) sei dagegen das System der integralen gesellschaftlichen Selbstverwaltung notwendige Bedingung. „Die Überwindung der Kluft zwischen dem ‚egoistischen Individuum‘ und dem ‚abstrakten Bürger‘ ist nur in einem System möglich, das auf dem *konkreten Bürger* gründet. Der Sozialismus engagiert den Menschen zur Führung der Geschäfte der Gesellschaft und zur Bestimmung der gesellschaftlichen Interessen und versetzt ihn so in die Lage, jeden Tag ein wirklicher und konkreter Bürger zu sein“ (164 f.). Der Autor konstatiert sodann, daß Jugoslawien weit von der Verwirklichung umfassender gesellschaft-

licher Selbstverwaltung entfernt sei. Wie das gesellschaftliche System zwischen Etatismus und Anarcholiberalismus schwanke bzw. Elemente beider Deformationsvarianten aufweise, so auch der von diesem System geprägte Charaktertypus. Nachfolgend beschreibt Stojanović die Merkmale des demokratisch-sozialistischen Charaktertyps (166 ff.). Dieser müsse die positiven Elemente des revolutionär-kollektivistischen Typs bewahren (z. B. Altruismus, Pflichtbewußtsein, solidarisches Engagement etc.). Mit manchen negativen Eigenschaften seien aber auch die positiven dieses Charaktertypus verlorengegangen; eine der Ursachen der Ausprägung der beiden genannten depravierten Sozialcharaktere.

Wie über weite Passagen seines Buches hin läßt Stojanović auch in diesem Kapitel selbst den Ansatz zu einer materialistisch-sozialwissenschaftlichen Analyse der Ursachenkomplexe struktureller Fehlentwicklungen nachrevolutionärer Übergangsgesellschaften vermischen. Die Ergebnisse jener Entwicklungen werden als fertige Begriffe („oligarchisch-etatistisches System“, „anarcho-liberalistisches System“, dazu die entsprechenden Charaktertypen) eingeführt, ohne daß auf die Genese der zugrundeliegenden Prozesse reflektiert wird. Im Vorherrschen des revolutionär-kollektivistischen Charaktertyps sieht der Autor allerdings einen Grund für spätere Fehlentwicklungen: „Viele Paradoxe der revolutionären kommunistischen Bewegung entstehen deshalb, weil eine in vielem autoritäre Persönlichkeit die Bedingungen für eine Gesellschaft ausgesprochen demokratischer Persönlichkeiten schaffen soll“ (171). Ohne zu leugnen, daß hier ein Problem der Konsolidierungs- und Aufbauphase nach der Revolution angesprochen ist, muß dieses in seiner Bedeutung doch wohl relativiert werden. Die Negation der materiellen Bedingungen nachrevolutionärer Entwicklungsprozesse verleiht der Argumentation ungeachtet einiger zutreffender kritischer Feststellungen gewisse dogmatische und idealistische Züge zugleich.

Dem gleichen Thema geht Marković („Die moralische Integrität der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft“, in: Nr. 1, 166 ff.), allerdings in weniger psychologisierender und stärker konkret-gesellschaftskritischer Weise, nach. Die seinen Aufsatz einleitende kategorische These: „Im entwickelten, demokratisierten Sozialismus wird die Existenz ganzer, moralisch integrierter Persönlichkeiten zur Vorbedingung für die Realisierung aller übrigen moralischen Werte der gesellschaftlichen Gemeinschaft“ (166), deckt sich mit der Position Stojanovićs. Ähnlich wie dieser kennzeichnet Marković den Charaktertypus des Kämpfers in der revolutionär-heroischen Phase als selbstlos, opferbereit, den revolutionären Idealen tief ergeben. Persönliche Ansprüche, die in dieser Phase die Gemeinschaft ohnehin nur auf niedrigem Niveau zu befriedigen erlaubte, spielten bei der Motivation für das kämpferische Engagement keine Rolle (169). Der aus dem geringen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte resultierende Zwang, die persönlichen Bedürfnisse auch in der auf den Sieg folgenden Aufbauphase zurückzustellen, habe Konfliktsituationen geschaffen. Diese führten in Jugoslawien zur faktischen Abkehr von

kollektiven, solidarischen, tendenziell auch asketischen Normen und zur Forcierung gesellschaftlicher Sonderinteressen und individueller Ambitionen: „... da einmal die Auffassung gesiegt hat, die Befriedigung individueller Bedürfnisse könne nicht aufgeschoben werden, da ein ökonomisches System und auch ein allgemeines Klima in der Gesellschaft geschaffen worden ist, in dem der einzelne nahezu alles bekommen kann, was er bezahlen kann — kam es zur raschen Umorientierung des Individuums von allgemeinen, gesellschaftlichen, kollektiven Zielen auf persönliche, familiäre Kleingruppen-Ziele“ (173). So entstand eine schizophrene soziokulturelle Lage: offiziell gelten sozialistische Normen und Werte, sie werden bei jeweiligem Bedarf emphatisch deklariert. Das sozioökonomische System, gegründet auf Konkurrenz zwischen weitgehend autonomen Trägern von Gruppeninteressen, erfordert hingegen ganz andere Verhaltensorientierungen. Daß diese vor allem durch die freigesetzten Geld-Ware-Beziehungen zwischen kollektiven Privatproduzenten erzwungen werden, spricht der Verfasser aus: „Den Prozeß der Desintegration, von dem hier die Rede ist, wird die sorgfältige Analyse in allen Bereichen des gesellschaftlichen Schaffens entdecken. Am besten sichtbar ist er in der Ökonomie. Die Waren-Geld-Wirtschaft zieht notwendig Elemente einer entsprechenden Moral nach sich... Daher sind wir tagtäglich Zeugen einer paradoxalen Situation: wir entwerfen Vorschriften und proklamieren ökonomische Prinzipien, die eine bestimmte Art von Praxis stimulieren, und rebellieren dann gegen diese Praxis und erinnern daran, daß man des Dinars wegen den Menschen nicht vergessen dürfte“ (179 f.). Auch der BdKJ sei nicht in der Lage, der gesellschaftlichen Desintegration Einhalt zu gebieten, da er selbst durchsetzt sei mit Vertretern der verschiedenen Sonderinteressen. Diese sozioökonomische, politische und soziokulturelle Lage widerspreche zwar „dem Geist und dem Wortlaut“ des Programms des BdKJ (188), da jedoch die Integrität der Politik „im großen und ganzen“ fehle, wird dieser Widerspruch nicht einmal reflektiert. Obgleich das politische Handeln verbal den wissenschaftlichen Sozialismus für sich reklamiere, stütze sich die Politik in Wirklichkeit weder auf Wissenschaft, noch sei sie geleitet von den sozialetischen Implikationen des Marxismus (183). Dieser platt-utilitaristische Grundzug der Politik in Jugoslawien sei Ausdruck bürokratischer Machtstrukturen. „Begreifen wir die Moral als historisches Phänomen, dessen Normen sich konstituieren und ihren vollen Sinn erst unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen bekommen, so kann Amoralität der Politik in der Gesellschaft der Übergangsperiode nichts anderes bedeuten als den Ausdruck ihrer Bürokratisierung“ (184). Anschließend skizziert Marković die Wirkungen der Bürokratie auf die Zersetzung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Kollektive und auf die Zerstörung der moralischen Integrität der Personen (184 ff.). Die Bürokratie, als Ausdruck der Professionalisierung politischen Handelns, könne auch nicht interessiert an der Realisierung der Ziele der gesellschaftlichen Selbstverwaltung sein. Diese Feststellung führt zu dem Ergebnis, daß die Wahrung der morali-

schen Integrität der Persönlichkeit in Jugoslawien heute den Kampf gegen jene institutionellen Bedingungen, sozioökonomischen Strukturen und soziokulturellen Normen verlangt, die die Entwicklung zur realen gesellschaftlichen Selbstverwaltung hemmen. „Wenn unsere Gesellschaft nur eine Übergangsform in einem langen historischen Prozeß ist, wenn die Revolution nicht nur *war*, sondern *noch andauert*, dann kann keiner nur deshalb als Revolutionär angesehen werden, weil er gestern einer war, sondern nur insofern, als er auch heute, unter viel komplizierteren Bedingungen, für dieselben revolutionären Ideale kämpft“ (189 f.).

Dieser Essay enthält unter der hier angezeigten jugoslawischen Literatur am konsequentesten eine von marxistischer Position aus geführte Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung in der SFRJ. Daß er nicht in jeder Hinsicht den Ansprüchen einer materialistischen Analyse genügt, liegt auch am soziaethischen Ausgangspunkt der Fragestellung. Dazu müssen wohl auch bestimmte Grenzen der Publikationsmöglichkeit in Jugoslawien in Rechnung gestellt werden.

3. Zum Begriff der Praxis

Die Mehrzahl der hier besprochenen jugoslawischen Autoren gehört dem Redaktionsrat oder der Redaktion der Zeitschrift „Praxis“ an³. Reflexionen über den Begriff „Praxis“ finden sich auch in einigen der vorliegenden Essays. Dabei handelt es sich überwiegend um Rekonstruktionen der Kategorie „Praxis“ aus den Marxschen Frühschriften, nicht jedoch um eine Konkretisierung dessen, was z. B. sozialistische gesellschaftliche und politische — oder selbst philosophische — Praxis in Jugoslawien gegenwärtig bedeutet und erfordert. Die Meidung einer wirklich praktischen Wendung und Konkretisierung drückt ein hier wiederholt bezeichnetes Charakteristikum der neueren jugoslawischen Marxismus-Rezeption aus: die Hervorhebung des subjektiven Elements im gesellschaftlichen Prozeß und die Vernachlässigung der materiellen Bedingungen, auf deren Basis sich menschliche Praxis erst entfalten kann und die ihre Möglichkeiten und Grenzen bestimmen. Ich beschränke mich darauf, wenige Beispiele zu referieren.

Der Essay „Praxis und Dogma“ von Danko Grlić (in: Nr. 4, 110 ff.) gibt durchaus eine „praktische“ Intention zu erkennen: der Autor will unter Berufung auf die Marxsche Praxis-Konzeption die allgemeine Notwendigkeit der Kritik der sozioökonomischen, politischen, kulturellen Verhältnisse in nachkapitalistischen Übergangsgesellschaften und die Legitimität von Revisionen der marxistischen Theorie begründen. In seiner Interpretation der Marxschen Kategorie Praxis hebt er das aktivistische Element hervor: „Versuchen wir, diesen zentralen Begriff im Denken von Marx auf negative Weise im Anschluß an die *wesentlichen* Definitionen von Marx zu bestimm-

3 Die Zusammensetzung dieser Organe siehe in Nr. 4, S. 17, Fußnote 2. Seit 1965 erscheint die „Praxis“ auch in einer deutschen Ausgabe.

men . . . so können wir feststellen, daß der menschlichen Praxis alles Passive, rein Kontemplative, Unschöpferische entgegensteht, all das, was sich an die Welt anpaßt, sich den natürlichen und sozialen Gegebenheiten beugt . . . Allein unter diesem Aspekt könnten wir die menschliche Praxis — im Gegensatz zur Anpassung der Tiere — definieren als *effektive Veränderung der Welt*, als Veränderung mit historischer Relevanz, als *aktiver Eingriff* in die Struktur der Realität selbst“ (112 f.). Im Zusammenhang mit der Kennzeichnung von Praxis als *Prozeß* polemisiert der Autor gegen die Vorstellung der Möglichkeit der Realisierung eines idealen, fertigen gesellschaftlichen Zustands, der Praxis im Sinne der progressiven Überwindung des Erreichten ein Ende setzen würde. Durch die besondere Betonung der Veränderbarkeit und Wandlungsbedürftigkeit des Gegenstands menschlicher Praxis, vor allem der gesellschaftlichen Verhältnisse, legt Grlić den Akzent gleichsam auf die Marxsche Feststellung, daß die Menschen ihre Geschichte selbst machen, und negiert den Zusatz, wonach sie dabei in vielfältiger Weise gebunden sind an die Totalität der Bedingungen. „Deshalb läßt sich diese menschliche Praxis auch nicht in ein allgemeines System, in ein Schema von übermenschlichen Kräften oder materiellen Bedingungen einordnen; vielmehr liegt ihre Bedeutung in dem Selbstbewußtsein, dem Wissen, daß es der Mensch ist, der die Existenz jener Kräfte ermöglicht, der diese Bedingungen schafft und verändert“ (114). Die vorrangige Absicht des Autors besteht offenbar nicht in einer aus der Marxschen Praxis-Konzeption abgeleiteten Legitimation der Forderung nach progressiver Veränderung der sozioökonomischen und politischen Verhältnisse Jugoslawiens, sondern in der Anwendung des Postulats permanenter Kritik auf die Marxsche Theorie selbst: „Es ist . . . völlig absurd, im Namen von Marx hartnäckig und bis ins letzte Detail auf dem zu beharren, was Marx irgendwann zu einer bestimmten Gelegenheit geschrieben oder gesagt hat. Denn alles . . . kann eines Tages zum Dogma werden“ (115). Aussagen wie diese wecken Mißtrauen. Die wörtlichen Formulierungen („ . . . bis ins letzte Detail, . . . irgendwann zu einer bestimmten Gelegenheit . . .“) machen die Feststellung zum Gemeinplatz. Ist einmal allgemeine Zustimmung gewonnen, fallen — so etwa bereits bei Bernstein — unversehens konstitutive Elemente der Marxschen Theorie unter jene „Details“. Ähnlich doppeldeutig ist die Frage, die Grlić für die entscheidende hält: „wie . . . läßt sich das marxistische Denken *weiterentwickeln* . . ., wenn wir nicht in einigen Fragen auch *andere* Gedanken haben dürfen als die Klassiker?“ (117) Der Autor plädiert für eine undogmatische, schöpferische Rezeption und Fortentwicklung marxistischer Theorie, ohne darzulegen, welche Kriterien er der Unterscheidung zwischen gesicherten und obsoleten Elementen des Marxismus zugrunde legen will. Die aus der Erfahrung, daß allgemeine revisionistische Plädoyers konkretisiert oft in platten Antimarxismus umschlagen, resultierende Skepsis gegenüber der Argumentation des Autors darf allerdings nicht übersehen, daß seine Intentionen im spezifisch jugoslawischem Kontext möglicherweise durchaus berechtigt und progressiv

sind: für die gesellschaftlich-politische Situation der sechziger Jahre war charakteristisch die unvermittelte Gleichzeitigkeit von unreflektiertem Festhalten an teils vulgärmarxistischer Scheinorthodoxie und exzessivem praktischen Revisionismus, insbesondere im ökonomischen Bereich. Deshalb wäre Grlić beizupflichten, polemisierte er im Namen der Praxis gegen die Erstarrung der Theorie, um sie wieder fruchtbar für eine marxistische Kritik der realen gesellschaftlichen Verhältnisse zu machen. Er expliziert seine Kritik allerdings nur im Ansatz für den politisch weniger brisanten Bereich des kulturellen Schaffens (122 f.).

Anders als bei Grlićs Essay ist die „praktische“ Absicht des Artikels „Zum Problem der Praxis“ von Vranicki (in: Nr. 2, 104 ff.) nicht so klar erkennbar. Es handelt sich hier um eine Rekonstruktion des Marxschen Praxis-Begriffs auf recht abstraktem Niveau. Erfasse man die menschliche Geschichte nicht in ihrer ganzen Komplexität, entstehe der Eindruck der Möglichkeit der Trennung von Theorie und Praxis. Die Auffassung von „Praxis als Fundament des Menschlichen, (als) philosophische Bestimmung des Menschen“ (105) und das Verständnis des Menschen als „das Wesen der Praxis par excellence, das Wesen der bewußten und freien Transformation seines Lebens“ (ebenda), schließe die Theorie als Moment der Praxis ein. „Kein praktisches Verhältnis des Menschen zur Welt, so primär und einfach es immer sein mag, ist ohne eine bestimmte ‚Theorie‘, ohne bestimmte Konzeption oder Idee möglich. . . Die Isolierung beider Momente käme der Behauptung gleich, es sei eine Praxis möglich, die weder Bewußtsein noch Hypothesen und Theorie impliziert; und es sei Theorie möglich, die nicht die gesamte Erfahrung menschlicher sinnlicher Tätigkeit impliziert“ (107 f.). Vranicki charakterisiert Geschichte als permanente Veränderung der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt durch den Menschen, der sich dabei selbst verändert, seine kognitiven, schöpferischen, kommunikativen Potenzen entfaltet. „Bezeichnet man das gesamte Schaffen des Menschen mit dem Begriff ‚Praxis‘, so folgt daraus, daß der Mensch seine Geschichte schafft, sein historisches Leben, entsprechend den *Möglichkeiten seiner eigenen Praxis*“ (106). Der Begriff der Praxis umfaßt nach Vranicki drei Dimensionen, eine sinnlich-konkrete, eine theoretisch-abstrakte und eine emotional-erlebnismäßige. „Praxis ist unmöglich ohne ein bestimmtes emotionales Verhältnis im Sinne von Befriedigung irgendeines Bedürfnisses; ebensowenig, wenn Gegenstand und Wirklichkeit nicht sinnlich verändert und geschaffen werden; und schließlich ist die sinnliche Veränderung eines Gegenstandes unmöglich, wenn diese nicht bewußt, planmäßig, theoretisch und frei geschieht“ (107). Der Verfasser hebt wiederholt die Totalität der praktischen, erzeugenden, geschichtlichen Tätigkeit der Menschen hervor. „Die Geschichte als einheitliches Leben des Menschen ist also die einheitliche Geschichte der menschlichen Veränderung der Welt und der Schaffung neuer historischer Strukturen. . .“ (109). Unter Berufung auf Marx charakterisiert Vranicki Formen des Fetischbewußtseins als Ausdruck eines niedrigen Niveaus der praktischen Aneignung und Umformung der Wirklich-

keit, u. a., weil es den Schein der Selbständigkeit der einzelnen Bereiche und Formen praktischen Handelns einschließt.

Die emphatische Betonung von Praxis als dem Menschen wesensmäßiges Verändern der natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt bei Vranicki verwischt eine wie mir scheint wesentliche Grenze im historischen Prozeß: zwar lebte der Mensch seit je in gesellschaftlichen Formationen, und praktisches Handeln bewirkte deren ständige Transformation. Vor der Erforschung der allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen und historischen Entwicklung fehlte diesem praktischen Handeln jedoch das Moment der Bewußtheit, die sozialen Prozesse vollzogen sich weithin naturwüchsig. Die Kenntnis der Triebkräfte jener Prozesse und ihrer Verlaufstendenzen hebt die menschliche Praxis der Möglichkeit nach auf ein höheres, durch Bewußtheit des Handelns gekennzeichnetes Niveau. Die Verwirklichung dieser Chance ist nicht zuletzt eine Frage der historischen Interessen der Klassen, mithin des Kampfes zwischen ihnen. Die Abstraktheit seiner Argumentation, der Verzicht auf jede inhaltliche Bestimmung geschichtlich-gesellschaftlicher Praxis heute, macht es Vranicki jedoch möglich, ohne Berücksichtigung von Klassengegensätzen über Praxis zu reflektieren.

4. Zur Kontroverse über dialektischen Materialismus

Thema einer Reihe der hier angezeigten Essays, insbesondere aus den frühen sechziger Jahren, ist die Kritik der in der UdSSR vorherrschenden Version marxistischer Philosophie. Offenbar sind die Gründe dafür, daß diese Polemik in Jugoslawien Anfang der sechziger Jahre ziemlich breit einsetzte, einerseits darin zu suchen, daß die offizielle jugoslawische Philosophie bis Ende der fünfziger Jahre ein Marxismus-Verständnis vertrat, das ungeachtet des zu dieser Zeit bereits eklatanten Abweichens des sozioökonomischen Systems Jugoslawiens von dem der UdSSR, in den Grundzügen mit dem sowjetischen übereinstimmte; andererseits wurde wohl erst seit dieser Zeit die Publikation abweichender philosophischer Auffassungen in Form der Kritik der bisher vom BdkJ gestützten Version marxistischer Philosophie administrativ geduldet. Neben dem in diesem Zusammenhang an die Adresse des in der Stalinära ausgeformten sowjetischen Marxismus' wiederholt gerichteten Vorwurf, die Thematik der Marxschen Frühschriften, d. h. vor allem das Entfremdungsproblem, zu ignorieren, steht die Auffassung von Dialektik im Zentrum dieser Polemiken. Ich referiere bzw. zitiere im folgenden die Hauptargumente der jugoslawischen Autoren exemplarisch, ohne sachlich näher auf sie einzugehen, weil sie m. E. keine Originalität beanspruchen können, sondern Ausdruck der Rezeption des Dialektik-Verständnisses vor allem Lukács', Korsch's und Lefébvres sind. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Argumenten der jugoslawischen Kritiker müßte deshalb die gesamte Kontroverse um die Bestimmung der Grundlagen marxistischer Philosophie aufgreifen, was Absicht und Möglichkeiten dieser Sammelbesprechung übersteigen würde.

Läßt Petrović in seinem 1961 veröffentlichten Artikel „Marxismus gegen Stalinismus“ (in: Nr. 3, 5 ff.) noch offen, ob sich die Marxsche Konzeption materialistischer Dialektik mit Engels' Auffassung einer Dialektik der Natur deckt, und bezeichnet das als eine der Fragen, „... denen sich die jugoslawischen Philosophen gegenübergestellt sahen, nachdem sie die dogmatisch-nihilistische Einstellung gegenüber dem philosophischen Erbe des Marxismus preisgegeben hatten“ (11), so behauptet er in einem späteren Essay (Nr. 3, 48 ff.), die Unvereinbarkeit von Marxscher Philosophie und dialektischem Materialismus (wobei er nicht nur die Version der Stalinära, sondern auch die auf Engels, Plechanow und Lenin zurückgehende Dialektik-Konzeption meint, 54 f.). Engels' „Grundfrage der Philosophie“ sei unbefriedigend gestellt und beantwortet. „Es wäre seltsam, wenn die Frage nach dem Verhältnis eines Teils des Menschen zur Materie oder Natur die Grundfrage der Philosophie bilden sollte. Ist nicht das Verhältnis des integralen Menschen gegenüber der Welt, in der er lebt, eine wichtigere Frage?“ (57) Die Argumente, die Petrović anschließend gegen die Widerspiegelungskonzeption der Erkenntnis, in der er einen konstitutiven Bestandteil des dialektischen Materialismus sieht, anführt, scheinen mir unzureichend, gleichgültig, ob man ihm im Ergebnis beipflichtet oder nicht. Sein Haupteinwand, diese erkenntnistheoretische Konzeption sei unvereinbar mit der Marxschen Auffassung des Menschen als einem Wesen der Praxis („Wenn der Mensch wirklich ein freies und schöpferisches Wesen ist, wie kann dann seine Erkenntnistätigkeit eine reine Widerspiegelung der Realität sein?“, 59), unterstellt eine derart krud-mechanistische Konzeption von Widerspiegelung, wie sie weder von Engels und Lenin noch im heutigen sowjetischen Verständnis des dialektischen Materialismus vertreten werden. In der Behauptung des Primats des Seins vor dem Denken und in der Widerspiegelungstheorie sieht Petrović die wesentlichsten materialistischen Aspekte der Dialektik, die er für unvereinbar mit der Marxschen Philosophie hält. Weniger eindeutig ist sein Urteil über die Dialektik-Konzeption des „dialektischen Materialismus“. Zutreffend geht er davon aus, daß sie im Anschluß an Engels und Lenin als Realdialektik zu begreifen ist. Auch hier führt der Verfasser die „Marxsche Vorstellung vom Menschen als einem freien schöpferischen Wesen der Praxis“ (60) ins Feld gegen die Behauptung des Wirkens dialektischer Gesetze. Dieser Einwand ist überhaupt nur verständlich, wenn im Verhältnis von Mensch und Natur und Mensch und Gesellschaft gerade keine dialektischen, sondern mechanistisch-deterministische Beziehungen unterstellt werden. Abschließend bezeichnet der Autor den dialektischen Materialismus (in der von ihm kritisierten Version) als „... eine mögliche philosophische Konzeption... (die) ernsthaft untersucht und kritisiert und weder deklamatorisch akzeptiert noch stillschweigend fallengelassen werden sollte“ (62).

Vranicki („Über Dialektik“, in: Nr. 2, 77 ff.) wirft der Dialektik-Konzeption der Theoretiker der II. Internationale wie der der Stalinära vor, die praktisch handelnden, sich ihre natürliche und soziale

Umwelt aneignenden und umformenden Menschen als Subjekt der Geschichte, ähnlich Hegel, zu mediatisieren durch „objektiv“, unabhängig von ihnen waltende Gesetze. Dagegen habe die anthropologische Richtung der Marxismus-Rezeption „mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gut Teil philosophischer Interpretationen bei den Marxisten bloßer Vulgärmaterialismus oder kritischer Realismus ist, daß das fundamentale Problem bei Marx der Mensch als Wesen der Praxis ist...“ (78). Dem dominierenden Marxismus-Verständnis der II. Internationale und der Bolschewiki wirft Vranicki vor, Hegels „Ontologismus der Idee einfach ... durch einen Ontologismus der Materie“ (ebenda) ersetzt zu haben. Mit den anderen hier besprochenen Autoren insistiert er dagegen auf der Kennzeichnung des Menschen als Wesen der Praxis, der sich die natürliche und gesellschaftliche Umwelt aneigne, verändere, und seine menschlichen Potenzen selbst in diesem Prozeß entfalte. Dieses Verhältnis Mensch-Umwelt, dessen Grundstruktur Vranicki zutreffend beschreibt (79), sei durch dialektische Beziehungen gekennzeichnet. Dem Menschen und dem Objekt seiner Praxis ist Materialität gemeinsam. „Möglichkeit und Tatsache der Praxis... zeigen, daß die beiden Seiten (ohne die es keine Praxis gibt) etwas Gemeinsames haben, wodurch ihr Verhältnis überhaupt erst möglich wird... Ohne die Materialität des Menschen und der von ihm verwandelten Natur ist Praxis im materialistischen Marxschen Sinne unmöglich“ (80 f.). Die Ablehnung der Zuordnung des Menschen zum Bereich des materiellen Seins hält der Verfasser für ebenso unbegründet wie die Erhebung der Praxis zum einheitlichen Prinzip des Anorganischen und Organischen. Praxis sei eine ausschließlich menschliche Kategorie (81).

Die Einheit der menschlich-gesellschaftlichen und der übrigen Sphäre der Natur im Materiellen „... weist hin auf gewisse gemeinsame dialektische Merkmale...“ (83). Wenn Vranicki mithin, anders als Petrović, die Konzeption einer Dialektik in der Natur nicht verwirft, so wendet er sich doch implizit gegen deren abschließende Fixierung in einige „Grundgesetze“ und hebt die Besonderheit der Sphäre menschlicher Praxis hervor. Ihre Ignorierung bedeute „... stecken(zu)bleiben im dialektischen Ontologismus oder im Vulgärmaterialismus“ (84 f.). Letzterer identifiziere Mensch und Natur und verfehle damit die konstitutive Bestimmung des Menschen als Wesen der Praxis; ersterer „dagegen meint, er habe das Problem des Menschen gelöst, wenn er allgemeine dialektische Prinzipien auf die Geschichte angewandt und sie zu Gesetzen proklamiert hat“ (85). Die in der gemeinsamen Materialität begründeten allgemeinsten Prinzipien, die auf die Strukturmerkmale des Seienden und auf die Formen seiner Entwicklung verweisen, sind jedoch „... völlig unzureichend für das Verständnis der menschlichen Existenz“ (86). „Die besondere Dialektik des Historischen, die Dialektik (der) eigenen Praxis (des Menschen) und aller widersprüchlichen Phänomene, die die Praxis hervorbringt, wird daher zum Bereich seines vorrangigen Interesses...“ (87).

In der Allgemeinheit, in der Vranicki seine Position expliziert, läßt sie Übereinstimmung mit beiden der eingangs verkürzt als konträr gekennzeichneten Konzeptionen materialistischer Dialektik zu: er konzediert sehr allgemein dialektische Prozeßstrukturen in der außermenschlichen Natur, insistiert jedoch auf der Besonderheit der Sphäre menschlicher Praxis als dem eigentlichen Bereich dialektischer Beziehungen. Das Spezifische der Erscheinungs- und Wirkungsweise dialektischer Gesetze in Geschichte und Gesellschaft wird jedoch auch von den Vertretern des dialektischen Materialismus in der von den jugoslawischen Autoren kritisierten Version hervorgehoben. Die Verdeutlichung der tatsächlichen Differenzen verlangt eine präzisere Explikation der Positionen. Wie bei anderen der hier besprochenen Autoren ist die Argumentation M. Zivotićs („Die Dialektik der Natur und die Authentizität der Dialektik“, in: Nr. 4, 141 ff.) einseitig geprägt vom Verständnis der Marx'schen Philosophie als „umfassende(r) Theorie der Entfremdung . . .“ (143). Programatisch für den Marxismus sei die Aufhebung der Entfremdung, deshalb sei er eine „Philosophie der Aktion, die die Bedingungen und Möglichkeiten einer Veränderung, einer Humanisierung der Welt im Auge hat“ (144). Kritisiert wird die „Wandlung des Marxismus zu einer Art positiver wissenschaftlicher Erkenntnis des faktischen Systems der Wirklichkeit“ (143). Nun läßt sich sicher, wie z. B. bei Petrović (in: Nr. 3, 48 ff.), diskutieren, ob marxistische Theorie Philosophie ist; unbestreitbar ist sie das aber keinesfalls ausschließlich. Als Kritik der politischen Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise ist Marxismus Aufdeckung der Bewegungsgesetze dieser Gesellschaftsformation und damit natürlich „wissenschaftliche Erkenntnis der Wirklichkeit“; aber das nicht zuletzt unter dem Aspekt der Erforschung der Bedingungen der Aufhebung „einer inadäquaten Objektivierung des Menschen“ (143). Das ständige Insistieren auf der Entfremdungsproblematik bei Ignorierung oder gar Diskreditierung der erkenntnismäßigen, sachlich-materiellen und praktisch-politischen Erfordernisse ihrer realen Lösung rückt diese jugoslawischen Autoren in die Nähe vormarxistischer, quasi junghegelianischer Positionen.

Dem dialektischen Materialismus in der in der UdSSR dominierenden Version wirft Zivotić eine positivistische, ontologisierende und szientistische Wendung vor: „Alle dialektischen Prinzipien wurden — statt daß man sie als Prinzipien der totalen, revolutionären, kritischen Aktion zur Veränderung der gesamten bestehenden Wirklichkeit begriff — zu ontologischen Kategorien, mit denen man die allgemeinste Struktur der Welt nur noch ‚erkennt‘, aber nicht mehr revolutionär-kritisch zerstört“ (151). Mit der Zurückweisung der Konzeption von Dialektik als Lehre von den allgemeinsten Struktur- und Bewegungsprinzipien alles Seienden wendet sich Zivotić explizit gegen die Differenzierung zwischen dialektischem und historischem Materialismus (153).

Kritik des dialektischen Materialismus aus der Stalinära ist auch Thema einiger Artikel des Sammelbandes Rudi Supeks „Soziologie

und Sozialismus“ (in: Nr. 5, „Dogmatismus oder Revisionismus?“, 23 ff.; „Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis“, 91 ff.). Da sich die Argumente Supeks im grundsätzlichen — und oft auch im Detail — mit denen der zuvor zitierten Autoren decken, sollen sie hier nicht referiert werden. Nur zwei Anmerkungen: 1. Wie kategorisch man immer den Sowjetmarxismus der Stalinära kritisieren mag; es scheint mir doch abwegig, ihn den organozistischen Gesellschaftslehren zuzuordnen und in die Nachfolge der Theorien von de Maistre und de Bonald zu stellen (35 f.). 2. Supek unternimmt einen merkwürdig idealistischen Ansatz zur Erklärung des Stalinismus (93 f.): der Nachweis, daß der Stalinismus „... in theoretisch-dialektischer Hinsicht eine Abweichung von den marxistischen Prinzipien oder deren Revision bedeutet...“ (einen) eigenartigen Mißbrauch der Kategorie ‚Totalität‘...“ (91), soll belegen, „... daß der Stalinismus keine historisch notwendige Erscheinung war, sondern eine besondere Form des Mißbrauchs der objektiven historischen Möglichkeiten, wie sie jede Revolution eröffnet“. Die eigentlich zu analysierenden Gründe dafür, daß aus der historischen Möglichkeit des Stalinismus Wirklichkeit wurde, liegen doch wohl primär im sozioökonomischen, politischen und soziokulturellen Bereich, nicht aber im ideologischen!

5. Exkurs: Supek: Soziologie und Sozialismus

Von den hier angezeigten Büchern wurden nur die beiden einzeln besprochen (Nr. 7 und 9), in denen ein Thema geschlossen abgehandelt wird. Die Rezension der übrigen, zumeist Aufsatzsammlungen, wurde nach Themenkomplexen gegliedert. Aus dieser Einteilung fällt lediglich eines der Themen des Essaybandes Supeks (Nr. 5) heraus: Seine Ausführungen zum Thema „Soziologie und Sozialismus“ bzw. „Marxismus und Soziologie“ sind keineswegs konsistent. Reflexionen über konstituive Elemente marxistischer Theorie stehen unkritische Rezeption und Apologie von Methoden und Aussagen bürgerlicher Sozialwissenschaften gegenüber. Ob das Supek eklektischer Neigung geschuldet ist oder eine Entwicklung seines Denkens ausdrückt, läßt sich schon durch das Fehlen von Erscheinungsnachweisen der einzelnen Aufsätze schwer entscheiden.

Bereits im Vorwort erklärt Supek, zentrale Absicht einer Reihe seiner Artikel sei die Kritik des dogmatischen Marxismus. Soziologie als Wissenschaft sei in Jugoslawien zwar seit 1956 verbal anerkannt, bis 1965 seien die Lehrbücher jedoch nur Paraphrasierungen des sowjetischen historischen Materialismus gewesen. In den ersten beiden Artikeln (13 ff. und 23 ff.) kritisiert Supek den „dogmatischen“, „stalinistischen“ Marxismus in einer Weise, die ihn völlig blind macht für die erkenntniskritische Bedeutung der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie. In diesem Teil des Buches entsteht der Eindruck, daß der Verfasser Soziologie zumeist implizit mit bürgerlicher Soziologie identifiziert. Er trifft jedenfalls nicht nur keine auf den erkenntnistheoretischen Ansatz reflektierende Unterscheidung zwischen marxistischer und bürgerlicher

Soziologie, sondern wendet sich explizit gegen diese Unterscheidung (31). Es müsse vielmehr zwischen „... dem universalen und einheitlichen Charakter einer Wissenschaft (und) den ideologischen Einflüssen ... , die in verschiedenen Theorien zum Ausdruck gelangen“, differenziert werden. Wohl in Anwendung dieses Kriteriums bezeichnet Supek die polnische Soziologie als die fortgeschrittenste in den sozialistischen Ländern (16) und belegt dieses Urteil mit dem Verweis auf nichtmarxistische polnische Soziologen. Marxistische Soziologie ist für ihn nicht gekennzeichnet durch eine spezifische, nämlich materialistisch-dialektische Theorie der Struktur und der Entwicklungsgesetze ökonomischer Gesellschaftsformationen, des Verhältnisses zwischen dem System der materiellen Reproduktion einer Gesellschaft und ihren übrigen Sphären, durch eine entsprechende Theorie der sozialen Klassen und der Beziehungen zwischen diesen etc., sondern zuallererst — wenn nicht ausschließlich — durch die Theorie der Entfremdung und die Bestimmung des Menschen als Wesen der Praxis (31 ff.). Obgleich er sich an späterer Stelle des Buches von einer solchen Version distanziert, ist hier Supeks Entfremdungsbegriff ein rein philosophisch-anthropologischer. Als progressiv gelten ihm alle wie elitär und spekulativ auch immer gearbeteten Programme, die auf maximale Freiheit, Autonomie, Entfaltungsmöglichkeit *des einzelnen* hinzielen. Nur von hier aus leitet Supek Andeutungen von Kapitalismuskritik ab: „Es braucht nicht weiter hervorgehoben zu werden, daß die Verleugnung der anthropologischen Grundlagen nicht nur jegliche humanistische Kritik der gegenwärtigen Gesellschaft unmöglich macht, sondern den Marxismus überhaupt nicht mehr zur Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus befähigt ...“ (33). Die Betonung des Postulats der Autonomie des Individuums, dessen Ignorierung der Autor immer wieder zum Kernpunkt seiner Kritik des Stalinismus macht, nimmt in diesem Teil des Buches geradezu gesellschaftsfeindliche Züge an. Seine Berufung auf den jungen Marx übersieht: bei diesem ist die freie Entfaltung des Individuums zwar das aus der Kritik der verkehrten Welt kapitalistischer Mystifikation und Realität resultierende Postulat. Die Verwirklichung personaler Autonomie setzt aber gesellschaftliche Verhältnisse voraus, die die progressive Entfaltung *aller* Mitglieder der Gesellschaft ermöglichen. Diese Verhältnisse zu schaffen, ist die historische Aufgabe der *kollektiven*, solidarischen, bewußten Aktion des Proletariats. Supek proklamiert jedoch den Primat des Individuums, *bevor* diese gesellschaftlichen Bedingungen realisiert sind.

Auch der Essay, dessen Thema dem Titel des Sammelbandes am präzisesten entspricht („Soziologie und Marxismus“, 40 ff.) ist geprägt von Supeks Marxismus-Verständnis. Er will eine Antwort auf drei Fragen geben: 1. Welches Verhältnis besteht zwischen Marxismus und Soziologie? 2. Welches sind die grundlegenden Kategorien einer marxistischen Soziologie? 3. Welches Verhältnis besteht zwischen Soziologie und anderen Sozialwissenschaften? Zu 1.: Die Differenz zwischen Marxismus und Soziologie (wobei zunächst unklar

bleibt, ob hier marxistische oder bürgerliche gemeint ist), sieht der Autor allgemein formuliert darin, daß der Marxismus, gemäß dem oben angedeuteten Verständnis, gesellschaftliche Verhältnisse in historischer Perspektive unter dem Aspekt von Entfremdung und Überwindung von Entfremdung untersucht, mithin „... ohne Zweifel eine ontologische oder philosophisch-anthropologische Komponente als Mittel zur Analyse der historischen Wirklichkeit und als Haltung dieser gegenüber enthält, (während) die Soziologie auf dem Niveau der Untersuchung gesellschaftlicher Bedingungen der historischen Existenz des Menschen stehen(bleibt)“ (46). Supek versteht die (offenbar doch marxistische?) Soziologie ferner als positive, wenn auch nicht wertfreie Wissenschaft, die dem Proletariat in seinem Emanzipationskampf keine Ideologie liefert, keine Ziele setzt, die aber „... die Theorie und Praxis der revolutionären Bewegung wissenschaftlich begründet (und) ... der Subjektivität der gesellschaftlichen Kritik und Aktion die Objektivität wissenschaftlicher Argumentation ...“ verleiht (46). Diese „in den Marxismus integrierte Soziologie“ werde ihren Ehrgeiz darauf richten, „... revolutionäre Kritik mit wissenschaftlicher Objektivität zu verbinden“ (47).

Zu 2.: Grundlegende Kategorie marxistischer Soziologie ist nach Supek „die schöpferische und selbsterzeugende *Praxis des Menschen*“ (47). Der positivistischen Soziologie wirft er zutreffend vor, die Dialektik des Einzelnen und Allgemeinen, von Individuum und Gesellschaft zu ignorieren. Den gleichen Vorwurf wendet er gegen den historischen Materialismus in sowjetischer Version. Diese Dialektik sei bei Marx im Begriff des „Gattungswesens“ enthalten. Von hier aus stellt der Verfasser wiederum eine Verbindung her zum Postulat der Aufhebung der Entfremdung und der Verwirklichung der Autonomie des Individuums. An dieser Stelle räumt er allerdings ein: „... bevor der Mensch die Möglichkeit zu einer freien Vereinigung erhält, muß er den Klassenkampf durchstehen, und das bedeutet, daß er das persönliche Interesse der Gruppe unterordnen muß, daß er sich aufopfert und zum Verzicht bereit ist“ (49). Zu Recht betont Supek die Bedeutung des Marxschen Nachweises der Mystifikationen des Bewußtseins als Folge der Warenform menschlicher Arbeitsprodukte für die Soziologie; seine anschließende Kritik des Theorems der Abhängigkeit des gesellschaftlichen Bewußtseins von den Produktionsverhältnissen bleibt äußerst unbestimmt und so auch unverständlich (51, auch 56 f.). Die Grundkategorien der materialistischen Gesellschaftstheorie sowie deren wesentliche Theoreme scheinen Supek, auch in der Version des historischen Materialismus, notwendige und ausreichende analytische Instrumente einer marxistischen Soziologie im engeren Sinne. Wie betont, wirft er jedoch der sowjetischen Theorie die Ausblendung der Probleme des Individuums vor. Um diese in eine marxistische Soziologie einbeziehen zu können, müsse diese ergänzt werden durch Sozialpsychologie und Sozialanthropologie (dieses Postulat beantwortet die Frage drei).

Soweit einige Beispiele der Gedankenführung Supeks. Im einzelnen gelangen im Argumentationsgang immer wieder Elemente

richtiger Marxismus-Rezeption zum Ausdruck, die aber überlagert werden durch solche unkritischer Anpassung an Methoden und Aussagen der bürgerlichen Soziologie sowie einer zu undifferenzierten (und für die zweite Hälfte der sechziger Jahre auch zu uninformierten!) Polemik gegen Marxismus und Soziologie der sozialistischen Länder.

Der zweite Abschnitt des Sammelbandes umfaßt eine Reihe von Artikeln soziologischer Thematik, in denen jedoch das Verhältnis Marxismus — Soziologie nicht mehr behandelt wird. Gemessen an den Ansprüchen materialistischer Gesellschaftsanalyse ist das Niveau dieser Arbeiten recht unterschiedlich. Zu den fundierteren gehört z. B. der Artikel „Marx und die Automation“ (150 ff.). In den Essays „Die psychologischen und sozialen Folgen der Automation“ (121 ff.) und „Automation — Technokratie — Bürokratie“ (135 ff.) fällt hingegen wieder auf: Supek übernimmt häufig unkritisch Thesen und Aussagen der bürgerlichen Industrie-, Betriebs- und Organisationssoziologie, insbesondere in bezug auf die gesellschaftlichen Folgen der Automation. Diese versteht Supek offenbar ausschließlich als Konsequenzen der Technik, die völlig losgelöst von den Produktionsverhältnissen behandelt werden. Die fundamentale Unterscheidung von Arbeits- und Kapitalverwertungsprozeß ignoriert der Autor, eine wohl zwingende Folge seines einseitigen Marxismus-Verständnisses. Auch in diesen Aufsätzen finden sich Ansätze von Kapitalismuskritik, jedoch viel stärker kulturkritischer und sozialpsychologischer als materialistischer Observanz. Dazu zitiert Supek wiederholt Fromm und Riesman. Zuweilen sinkt hier seine Kritik auf das Niveau Packards ab (vgl. 136 f., 139, 147). Bei der Behandlung der aktuellen gesellschaftlichen Probleme in diesem Abschnitt des Buches finden jedenfalls Supeks abstrakte und theoretische, zuweilen durchaus zutreffende Einsichten über marxistische Soziologie keine Anwendung.

Kritisches Resümee

Zum Schluß seien die Hauptpunkte der Kritik der hier angezeigten jugoslawischen philosophischen und sozialwissenschaftlichen Literatur nochmals in aller Kürze zusammengefaßt:

Alle in dieser Sammelbesprechung zu Worte gekommenen Autoren verstehen sich unverkennbar als Sozialisten, die Mehrzahl wohl als Marxisten. Dieser Anspruch verpflichtet auch und gerade in der nachkapitalistischen Übergangsgesellschaft zur theoretischen und praktischen Kritik jener sozioökonomischen und politischen Bedingungen, die die Realisierung der tatsächlichen Möglichkeiten sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen hemmen. Dem kommen nur zwei der hier besprochenen Autoren nach: Stojanović in sehr kategorischer, aber allgemeiner Form (im 6. Kapitel seines Buches, Nr. 6) und Marković in einigen Essays seines Sammelbandes (Nr. 1) mit einer konkreteren gesellschaftskritischen Argumentation. Die Mehrzahl der übrigen Bücher und Essays (ausgenommen Nr. 7 und Nr. 9, deren ausführliche Kritik hier nicht noch einmal resümiert werden soll)

lassen sich zwei Themenbereichen zuordnen: der Rekonstruktion der Philosophie und Gesellschaftskritik des jungen Marx und (häufig in Verbindung damit) der Kritik des sowjetischen Marxismus der Stalinära.

Die enthusiastische Entdeckung des jungen Marx hatte die intensive Aneignung der Frühschriften, die Rekonstruktion der Entfremdungskonzeption und die Rezeption eines Marxismus-Verständnisses zur Folge, das durch Namen wie Lukács, Korsch, Lefëbvre, Marcuse charakterisiert werden kann. Zahlreiche Essays der vorliegenden Sammelbände (Nr. 2, 3, 4, 5, und 8) enthalten kaum mehr als Variationen der Aneignung jener Marxismus-Interpretationen. Neue und originelle Gedanken und Argumente vermochte ich hier so gut wie überhaupt nicht zu entdecken. Wenn es ein gemeinsames Spezifikum dieser Arbeiten gibt, ist es ein äußerst fragwürdiges, nämlich die Tendenz, marxistische Theorie zu reduzieren auf die Entfremdungsproblematik, die vom Standpunkt des vereinzelt Individuums her gesehen wird.

Für die Beurteilung der Beiträge zur Kritik der Theorie und Praxis des Stalinismus ist m. E. weniger ausschlaggebend, ob man ihnen, wie der Rezensent, im *Ergebnis* zustimmt. Zu kritisieren ist: 1. die Beschränkung auf emphatische Kritik der Erscheinungsformen stalinistischer Deformation von Übergangsgesellschaften, ohne materialistische oder überhaupt nur sozialwissenschaftliche Analyse ihrer Genese, 2. die oft unklare Abgrenzung zwischen stalinistischem und poststalinistischem „Etatismus“, die den Eindruck intensierter Gleichsetzung bei häufig unzureichendem aktuellem Informationsstand weckt, 3. die Konzentration auf dieses Thema, das doch für jugoslawische Marxisten in Anbetracht des spezifischen Charakters der akuten sozioökonomischen Fehlentwicklungen der eigenen Gesellschaft nicht das vorrangige sein dürfte.

Ein im Grunde wesentlicher Aspekt der Kritik, auf den ich im Besprechungsteil nicht eingegangen bin, sollte hier zumindest noch angedeutet werden: in den vorgestellten Büchern findet sich kein Beitrag zu einer aktuellen Kapitalismus- und Imperialismusanalyse!

Abschließend sollen einige Fragen aufgeworfen werden, die begründet zu beantworten mir mein Informationsstand allerdings nicht erlaubt. Vielleicht ist es jedoch gerechtfertigt, durch diese Fragen die vorstehend kritisch zusammengefaßten Charakteristika der besprochenen Literatur unter einem zusätzlichen Aspekt zu beleuchten: Hat, ob so intendiert oder nicht, die Überbetonung der Entfremdungsproblematik nicht eine partiell progressive Funktion in einer Gesellschaftsordnung, in der wesentliche Erscheinungsformen der Entfremdung durch eine mangelhaft beherrschte und begriffene Weise gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion noch aktuell sind? Verbirgt sich hinter der Kritik am stalinistischen „Etatismus“ nicht Kritik an den ungeachtet aller Selbstverwaltungsdeklamationen oligarchisch verfestigten politischen Machtverhältnisse der SFRJ? Ist die gesellschaftliche und politische Außenseiterstellung von In-

tellektuellen, die aus vielen der hier angezeigten Beispiele spricht, nicht *auch* eine Methode der Immunisierung bestehender Machtverhältnisse gegen Kritik mit sozialistischen Intentionen? Reagieren die Machttträger auf „linke“ Kritik an den Fehlentwicklungen des Landes nicht empfindlicher und entschlossener als auf von „rechts“ kommende Stellungnahmen? ⁴

Schließlich muß nochmals darauf verwiesen werden, daß die hier besprochene Auswahl jugoslawischer Literatur von liberalen und reformistischen Leser- und erwerbswirtschaftlichen Verlegerinteressen bestimmt und so möglicherweise entsprechend selektiert ist. Allerdings habe ich einige Gründe zur Vermutung, daß Themenschwerpunkte und Art der Themenbehandlung in den hier angezeigten Büchern für die entsprechende neuere jugoslawische Literatur nicht untypisch sind ⁵.

4 Z. B. wurde 1969 der Belgrader Ökonom D. Zivković zu neun Monaten Gefängnis wegen der Vervielfältigung des Manuskripts zu einem Buch „Was ist das, politische Ökonomie des Sozialismus?“ verurteilt, in dem er eine kapitalistische Restauration in Jugoslawien behauptet habe (siehe die Zeitschrift „osteuropa“. Stuttgart, Nr. 8/1970 S. A 574). Dagegen sind — oder waren zumindest bis Herbst 1972 — markt- und profitwirtschaftlichen, selbst privatwirtschaftlichen Plädoyers offensichtlich keinerlei Grenzen gesetzt. — Ein aktuelles Indiz für meine These: nach einer Meldung vom 29.9.73 („Weserkurier“, Bremen) wurde in Belgrad den Professoren Stojanović und Marković die Pässe entzogen. Gerade diese Autoren habe ich oben als die vergleichsweise konsequentesten sozialistischen Kritiker der sozioökonomischen Verhältnisse der SFRJ unter den hier besprochenen bezeichnet.

5 Z. B. wird das an mehreren Stellen der Einleitung und des Anhangs zum Sammelband „Revolutionäre Praxis“ (Nr. 4) konstatiert.

Besprechungen

Philosophie

Streisand, Joachim: Kritische Studien zum Erbe der deutschen Klassik. Fichte — W. v. Humboldt — Hegel. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1971 (141 S., br., 6,— DM).

Es handelt sich bei dem vorliegenden Band um eine Zusammenstellung verschiedener Aufsätze, die Streisand in wissenschaftlichen Zeitschriften der DDR veröffentlicht hat. Dabei zeichnet sich die Anthologie durch eine Geschlossenheit aus, die bei zufälliger Sammlung von Gelegenheitsarbeiten nicht erreichbar ist. Sie liegt nicht nur darin, daß Streisand die Diskussion der sozialphilosophischen und politischen Konzeptionen der Übergangsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland innerhalb eines bereits aufbereiteten sozialgeschichtlichen Zusammenhangs führt, sondern auch darin, daß er die Fragestellung, mit der er an historisch überkommene Theorien herangeht, nicht auf geistesgeschichtliche Besonderheiten, wohl aber auf wissenschaftssoziologische Gesetzmäßigkeiten hin formuliert. So geben die Essays weniger eine Darstellung von Leben und Werk der drei „Klassiker“ als vielmehr eine Analyse der in ihren Werken widergespiegelten gesellschaftlichen Prozesse. Da es sich um eine Zeit handelt, die den Charakter einer formationsgeschichtlichen Nahtstelle besitzt, kann dabei die Dialektik des historischen Fortschritts besonders prägnant studiert werden.

Als „bedeutendste Erscheinung des demokratischen Kleinbürgertums in Deutschland um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts“ (10) sieht Streisand Fichte. Nun war (und ist) das Kleinbürgertum eine Schicht, deren Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß äußerst widersprüchlich ist. Dem entspricht ein schwankendes Bewußtsein und eine politische Widersprüchlichkeit. Wenn Streisand in Fichtes Werk vier Perioden unterscheidet, so unternimmt er es, diese Perioden mit den geschichtlichen Veränderungen und der ideologischen Haltung des Kleinbürgertums hierzu in Einklang zu bringen. Die unterschiedliche Prononcierung der fortschrittlichen und reaktionären Momente kleinbürgerlicher Kritik in den einzelnen Phasen des Fichteschen Werks sind zugleich systematische Kriterien zur Beurteilung dieser Ideologie.

Die erste Periode (1793—94) steht ganz im Zeichen der Parteinahme für die französische Revolution. Sie kennzeichnet also eine politisch-ideologische Übereinstimmung mit den Prinzipien auch der

Großbourgeoisie und dem mit ihnen korrespondierenden objektiven Idealismus, z. B. Hegels. Diese Verteidigung der französischen Revolution fällt freilich zusammen mit der kleinbürgerlichen Machtübernahme durch die Jakobiner; zuvor setzte Fichte noch auf Reformen von oben. Den Höhepunkt jener Periode bildet zweifelsohne die Schrift „Beitrag zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution“ von 1793, in der Fichte die Rechtmäßigkeit revolutionärer Veränderungen von Staatsverfassungen durch das Volk ableitet. Hier tritt schon jener „Demokratismus“ zutage, der ihm später als „Atheismus“ angekreidet wurde und zu seiner Entlassung von der Universität Jena führte.

Die zweite (1794—99) und dritte (1800—06) Periode, in der Fichte die erkenntnistheoretische Fundierung des subjektiven Idealismus und die gesellschaftstheoretische Begründung kleinbürgerlicher Demokratie unternimmt, ist durch die zentralen Widersprüche des Übergangs zum Kapitalismus gezeichnet, an denen die Konzeption Fichtes schließlich scheitern mußte und die seine Resignation in der dritten Periode erklären. Der in dieser Zeit stattfindende „Differenzierungsprozeß innerhalb der idealistischen Philosophie“ (24) war der Ausdruck zunehmender Widersprüche zwischen Kleinbürgertum und Großbourgeoisie. Die wohlhabende Bourgeoisie, auch am politischen Übergang zu kapitalistischen Verkehrsformen interessiert, strebte in ihrem Kampf gegen den Feudalismus nach einem Klassenkompromiß unter ihrer Führung. Das Kleinbürgertum hingegen hatte ein „System kleinbürgerlicher Diktatur zur Durchsetzung der Gesellschaft kleiner Eigentümer mit maximaler Vermögensgleichheit“ (27) vor Augen. Mit jakobinischen Zügen vermengt, stellt es im wesentlichen die Sehnsucht nach einer ökonomisch rückschrittlichen Gesellschaftsformation dar. Diese Konzeption, die aus ihren materiellen Voraussetzungen heraus den Kampf gegen den Feudalismus gar nicht mit der Perspektive seiner geschichtlichen Überwindung aufnehmen konnte, findet ihre theoretische Zusammenfassung in Fichtes Werk „Der geschlossene Handelsstaat“ von 1800.

In der letzten Periode (1806—14) schließlich wird die ökonomisch-regressive Position durch eine politisch-nationalistische konterkariert, in der die durchaus fortschrittliche Funktion des Kleinbürgertums innerhalb der nationalen Befreiungsbewegungen in Europa nach 1806/07 zum Ausdruck kommt. Von jetzt an, so Streisands These, werden die napoleonischen Kriege imperialistisch, die nationalen Widerstände durchaus zu einer fortschrittlichen Kraft, deren Kulmination später dann die Revolution von 1848 bilden wird. Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen auch Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ nicht als chauvinistische Hetzpropaganda, wie so manche Ideologiekritik es mit der Unterstellung behauptet, von Fichte zu Göbbels führe ein gerader Weg. Vielmehr stellen die „Reden“ den für die historische Situation fortschrittlichen Zusammenhang zwischen Demokratie und Nation heraus.

Am Beispiel des Essays über Fichte kommen der Vorzug und das Kritikwürdige des von Streisand betriebenen Verfahrens zum Vor-

schein; während in der Betrachtung Fichtes die Vorzüge überwiegen, zeitigt das Vorgehen in den drei das Buch dominierenden Aufsätzen zu Hegel einige Überspitzungen. Vorzüglich ist der Nachweis, daß die Kritik politischer und sozialer Theorien nur aus dem historischen Funktionszusammenhang heraus begreifbar ist. Das bedeutet zugleich, daß die Frage nach der Aktualitätsbezogenheit nicht als Aufforderung zu platter Anwendung auf beliebige Situationen, logischen All-Sätzen gleich, mißverstanden werden darf. Der Begriff des „Erbes“ schließt gerade solche Übertragungen, die die bürgerliche Rezeptionsgeschichte weitgehend bestimmt haben, aus. Die aktuelle Aussagekraft geschichtlich überkommener Theorien läßt sich nur ermitteln, wenn die Entwicklung ihres Bezugsrahmens zugrunde gelegt wird. So hat z. B. der Demokratismus des Kleinbürgertums Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts dessen progressive Bedeutung nicht „zeitlos“ geprägt; vielmehr haben in der Heraus- und Fortbildung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft die bürgerlichen Mittelschichten zu äußerst heterogenen ideologischen Konzepten Zuflucht genommen, wie auch andererseits der jakobinische Demokratiebegriff in seinen fortschrittlichen wie rückschrittlichen Momenten in anderen sozialen Theorien aufgegangen ist. Weder ist also Fichte bruchlos der Theoretiker des Kleinbürgertums, noch ist dies Kleinbürgertum Fichtes Prototyp aller historisch relevanten Mittelschichten.

Das „Erbe“ einer Theorie ist also nur anzutreten, wenn es als Moment entwickelterer Erkenntnis gegenwärtiger Gesellschaft aufhebbar ist. Der Funktionswandel ihres sozialen Trägers spielt dabei eine entscheidende Rolle.

Neben dieser wissenschaftssoziologisch fruchtbaren Behandlungsart der Theoriegeschichte als Element der Sozialgeschichte bringt jedoch der von Streisand verfolgte Ansatz auch einige Unklarheiten mit sich. Sie gründen in dem Versuch, theoretische Positionen — also Überbauphänomene — in direkter Analogie zu einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsetappe oder einer sozialen Gruppe erschöpfend erklären zu wollen. Gerade die bürgerliche Ideologie ist gekennzeichnet von dem Bestreben der Bourgeoisie — und m. E. eben auch der Mittelschichten — zu den verschiedensten wissenschaftlichen Theorien in apologetischem Verlangen Zuflucht zu suchen. Das hat dazu geführt, daß gleichzeitig einander energisch befehdende Ideologien als adäquate Widerspiegelung bürgerlichen Interesses an Wissenschaft sich entwickeln konnten, z. B. der Positivismus des Wiener Kreises und die Existenzphilosophie Heideggers. Auf der anderen Seite sind z. B. Fichte und Hegel in den Sog der Reklamation durch ein Bürgertum geraten, das seine progressiven Aspirationen längst begraben hatte. Als sich zeigte, daß die Theorie Hegels diesem apologetischen Anspruch nicht genügen konnte, kam die Phase, in der Hegel als „toter Hund“ behandelt wurde.

Die Parallelisierung zwischen Ideologie, sozialem Träger und historischer Epoche, so fruchtbar und notwendig sie ist, birgt also die Ge-

fahr in sich, bei ihrer Überprüfung durch die gegenwärtige Analyse der Gesellschaft zum unfruchtbaren Vergleich zu verkümmern. Dieser Gefahr muß begegnet werden.

In seinen Aufsätzen über die Hegelsche Theorie vertritt Streisand die zentrale These, „die Philosophie Hegels (bilde) eine Widerspiegelung dieses Prozesses (des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, G. A.) vom Standpunkt derjenigen Teile des deutschen Bürgertums, der die bürgerliche Umgestaltung auf dem Wege der Reform von oben anstrebten, also in der Form eines Klassenkompromisses zwischen Adel und Bürgertum unter der Führung des Bürgertums“ (61). Damit sei zugleich das objektive Interesse der anderen antifeudalen Klassen und Schichten vertreten gewesen. Der Grund für diese These ist recht exakt von Streisand aus den Kontexten der Hegelschen Theorie abgeleitet; einerseits aus der Notwendigkeit zur Etablierung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse in Deutschland als Vorbedingung welthistorischen Fortschritts, andererseits aus Hegels Furcht vor revolutionären Massenbewegungen — objektiv begründet in der noch unentwickelten Form frühproletarischer Organisation, die z. T. noch durchaus feudal strukturiert und orientiert war.

Daß aber der Hegelsche Staat als Ausdruck ebendieses Klassenkompromisses sich als Chimäre, freilich als eine analytisch sehr aufschlußreiche, erwies, daß er nicht zu leisten vermochte, was ihm Hegel zuschrieb — das zeigt, daß die Widerspiegelung der objektiven Verhältnisse ihre eigene, nicht-mechanische Gesetzmäßigkeit besitzt. Denn den bürgerlichen Staat Hegels gab es nie und konnte es nicht geben, und zwar aus drei Gründen: 1. war er als klassenneutrale Herrschaftsinstanz über die bürgerliche Gesellschaft konzipiert, ein Konzept, das an der klassenmäßigen Natur staatlicher Macht vorbeiging; 2. setzte Hegel in die administrative Hierarchie den feudalen Part der Kompromißparteien hinein, der dann die bürgerliche Vorherrschaft garantieren sollte, in der Hoffnung, die feudalen Schichten durch staatliche Insignien klassenmäßig neutralisieren zu können; 3. schließlich sollte der Staat in der bürgerlichen Gesellschaft jene Gesetzmäßigkeiten aufheben oder wenigstens hemmen, die zur Hervorbringung eines revolutionären Proletariats führten: nämlich die Akkumulation auf der einen, die Ausbeutung auf der anderen Seite.

Mit dieser inneren „Vernünftigkeit“ seiner Staatskonstruktion, die ein Konglomerat realistischer Analyse und dialektischer Spekulation darstellt, verstieß Hegel jedoch gegen die Interessen von Bourgeoisie und feudaler Reaktion, ohne außerhalb dieser Klassen das neue revolutionäre Subjekt schon vorzufinden und demnach greifen zu können: das Proletariat. Streisand selbst kennzeichnet diesen Widerspruch sehr richtig und relativiert damit zugleich das in seinem Verfahren Kritisierte, wenn er schreibt: „Die bürgerlich-rationale Form der Begründung des Klassenkompromisses zwischen Adel und Bürgertum (...) war in der nun beginnenden Epoche nicht mehr tragbar — unüberhörbares Signal dafür, daß die Vernunft der

Geschichte sich gegen die Bourgeoisie und die Bourgeoisie sich gegen die Vernunft der Geschichte zu kehren begann“ (87).

Georg Ahrweiler (Bremen)

Seiffert, Helmut: Einführung in die Wissenschaftstheorie (I). Sprachanalyse, Deduktion, Induktion in Natur- und Sozialwissenschaften. Beck'sche Schwarze Reihe, Band 60. Verlag C. H. Beck, München 4 1971 (281 S., br., 12,80 DM).

Seiffert, Helmut: Einführung in die Wissenschaftstheorie (II). Geisteswissenschaftliche Methoden: Phänomenologie, Hermeneutik und historische Methode, Dialektik. Beck'sche Schwarze Reihe, Band 61. Verlag C. H. Beck, München² 1971 (308 S., br., 12,80 DM).

Seiffert, Helmut: Marxismus und bürgerliche Wissenschaft. Beck'sche Schwarze Reihe, Band 75. Verlag C. H. Beck, München 1971 (242 S., br., 12,80 DM).

H. Seiffert hat eine Einführung in die Wissenschaftstheorie in zwei Bänden vorgelegt und sie um eine Schrift über das Verhältnis von Marxismus und Bürgerlicher Wissenschaft ergänzt.

Der erste Band umfaßt die Gebiete: Sprachanalyse — Deduktion und Induktion in Natur- und Sozialwissenschaften. Im zweiten Band werden geisteswissenschaftliche Methoden: Phänomenologie — Hermeneutik und historische Methode — Dialektik thematisiert.

Der dritte Band, wenn auch nicht explizit als solcher benannt, widmet sich der Kritik der Dialektik unter den Aspekten von Ideologie, Utopie und Totalität. Eine Darstellung der konstruktivistischen Wissenschaftskritik beschließt die Überlegungen.

Intention ist, ein leicht verständliches Lehrbuch zu schreiben (I, 10). Wissenschaftstheorie wird von Seiffert nicht restriktiv, als lediglich analytisch orientierte verstanden. Er schließt Phänomenologie, Hermeneutik und Dialektik als wissenschaftliche Verfahrensweisen in die Bestimmung des Begriffs Wissenschaftstheorie mit ein.

Um sich des Gegenstandes adäquat zu versichern, drängt sich dennoch als explikative Vorgehensweise die „analytische Richtung“ (I, 9) als „unentbehrliches Fundament echter Begriffsbildung“ (I, 9) auf. Begründung: Der „lebenspraktische Ansatz der nichtanalytischen Wissenschaften“ hat die „Menschen zu leerem Getön und nachlässiger Sprechdisziplin verleitet“ (I, 9).

Ausgehend von der „Logischen Propädeutik“ (Kamlah/Lorenzen) beginnt Seiffert mit der Analyse von Begriffen wie „Wort“ und „Satz“ als konstitutiven Elementen einer allgemeinen Methodologie. Die kognitive Erfassung der Gegenstände wird in dem Sinne einer verbalen Zuordnung geregelt, denn „es gibt nicht unbedingt eine Aufgliederung der Welt in Gegenstände an sich, sondern wie ich die Welt aufgliedere, hängt zunächst von der Sprache ab, die ich spreche“ (I, 20). Konsequenter ausgedrückt: „Ein Gegenstand ist das, was ich mit einem Wort meiner Sprache bezeichne“ (I, 21). Das entscheidende Problem der Erkenntnistheorie, die Bestimmung des Verhält-

nisses von Sein und Erkenntnis — und Seiffert gibt dies unumwunden zu — wird ausgeklammert.

Innerhalb dieser Prämisse muß die theoretische Bemühung darauf orientiert sein, dem Gegenstand ein Wort zuzuordnen. Ein Vorgang, der Prädikation genannt wird und den Gegenstand in seiner Eigenschaft bestimmt. Spezifischere Bestimmungen bilden Eigennamen und Indikatoren, die eine Situationsgebundenheit ausdrücken. Ein normierter Prädikator ist ein Terminus. „Die Gleichsetzung eines unbekanntes Terminus mit einer Kombination bekannter Termini“ (I, 33) macht eine Definition aus. Realdefinitionen werden ausgeschlossen. Sie wären allenfalls eine erweiterte Beschreibung dessen, was der Prädikator immer schon ausdrückt. Folglich existieren eigentlich nur Nominaldefinitionen. Den Weg von der prädikatorischen Bestimmung des Gegenstandes zur expliziten Aussage vermittelt die Prädikation, d. h. einem Gegenstand wird ein Prädikator zugesprochen. Zuordnungen mit einem Prädikator werden Elementaraussagen genannt. Durch mehrstellige Prädikatoren werden komplexe Aussagen möglich. Deren Gegenstände heißen Sachverhalte. Beispiel: Köln liegt zwischen Bonn und Düsseldorf. Dieser Sachverhalt soll nur durch das sprachliche Gebilde der Aussage bestimmt sein. Ein Sachverhalt ist also nicht etwas „an sich“ Bestimmbares, sondern immer nur möglich als Gegenstand einer Aussage als eines sprachlichen Gebildes (I, 61).

Da wir mittels der Sprache immer schon mit einem Zeichensystem umgehen, bildet die Reflexion über das Zeichen den Abschluß des ersten, der Sprachtheorie gewidmeten Teils. Unter Zeichen wird ein immer verfügbares Zeichenschema verstanden, gegliedert in potentielle und aktuelle Zeichen. Gemäß der Definition der Semiotik werden syntaktische, semantische und pragmatische Zeichendimension unterschieden. Die Differenzierung des Wortes als Zeichen in immer kleinere Einheiten, Lautnuance, Phonem und Monem ist schon Produkt einer speziellen Sprachzeichenlehre, deren Vermittlung zur Wissenschaftstheorie von Seiffert nicht weiter aufgezeigt wird.

Im zweiten und dritten Teil des 1. Bandes werden nun Deduktion und Induktion erörtert. Die Deduktion wird diskutiert als Kontroverse axiomatisches versus konstruktives Denken. Seiffert gibt der konstruktiven Methode gegenüber der in mathematischen Verfahren angewendeten axiomatischen, die auf nicht weiter einsehbarer Selbstevidenz beruht, den Vorzug. Gemäß der auf einer Axiomatik beruhenden Deduktion werden kompliziertere Sätze aus vorausgesetzten (und damit nicht weiter in Frage gestellten) elementaren Sätzen abgeleitet. Der Konstruktivismus setzt sich davon ab, indem er nur das als verständig gelten läßt, was wir selbst herstellen können. Er begreift dies als Konstitution eines gesicherten Anfangs und damit als einfache Lösung eines alten philosophischen Problems (I, 125).

Im Rahmen des Induktionsschlusses wird am natur- wie sozialwissenschaftlichen Beispiel die Frage der Möglichkeit des Beweises der Richtigkeit eines Satzes mittels Überprüfen von Einzelfällen in der

Wirklichkeit diskutiert. Ferner die Art und Weise, in der von Einzelfällen auf gültige allgemeine Sätze geschlossen werden kann. In diesem Zusammenhang wird deutlich gemacht, daß Gesetze (die ihrerseits wiederum nichts anderes als Theorien sind) den allgemeinen Sachverhalt charakterisieren und sich insofern in allgemeinen Sätzen artikulieren. Während besondere Sätze nur die Randbedingungen, d. h. die jeweils gegebenen individuellen Sachverhalte darstellen. Exemplifiziert an Vorlagen aus der Astronomie werden Relevanz und theoretische Reichweite von Beobachtung, Protokoll, Hypothese und auch die Gesetzesbildung selbst beschrieben.

Aus der Gegenüberstellung der theoretischen Spannweite von Allsätzen und Existenzsätzen gewinnt Seiffert die von ihm so definierten „Teils-Teils-Sätze“, auch „statistische Sätze“ genannt. In Rücksicht der Tatsache, daß Allsätze (Alle Schwäne sind weiß) nie endgültig verifizierbar, Existenzsätze dagegen niemals definitiv falsifizierbar sind (es gibt mindestens einen schwarzen Schwan), koppelt Seiffert den hypothetischen Modus beider Aussagen. Teils-Teils-Sätze sind also Sätze nach dem Muster: Schwäne sind teils weiß, teils schwarz. Sie können „nicht widerlegt, sondern nur empirisch-statistisch korrigiert werden“ (I, 174). Insbesondere im Bereich der Allsätze zeigt sich die limitierte Geltung des Induktionsschlusses, andererseits vermögen die Existenzsätze keine echte theoretische Alternative zu den Allsätzen zu sein.

Zentrales Problem einer induktiv verfahrenen Sozialwissenschaft ist das einer intersubjektiven Überprüfbarkeit auf Induktion basierender Aussagen. Um Beobachtungen in adäquate theoretische Begriffe umzusetzen, führt Seiffert die Termini „theoretisches Konstrukt“ und „operationale Definition“ ein. „Das theoretische Konstrukt dient der Übersetzung von der Beobachtungssprache in die theoretische Sprache, ... die operationale Definition ... der Übersetzung aus der theoretischen Sprache in die Beobachtungssprache“ (I, 190). Seiffert drückt mit dem Terminus theoretisches Konstrukt eine Denkfigur aus, die auch als logische Hypothese charakterisiert wird, deren Umschlag in real verifizierte Theorie grundsätzlich möglich ist. Er setzt sich in diesem Ansatz eindeutig vom behavioristischen Reduktionismus ab, dem Begriffe schlechthin Beobachtungsbegriffe sind. An verschiedenen Beispielen aus sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, der Einstellungsmessung von Studienräten, der Interaktions- und Sympathiestudie von G. C. Homans, der Selbstmord-Untersuchung von R. K. Merton nach E. Durkheim zeigt Seiffert die mangelnde Reichweite der Allsatz-Konstruktion auf. Anhand des Dahrendorfschen Rollenbeispiels und dem aus ihm zu extrapolierenden Schluß, daß dem rollengemäßen Verhalten ein nicht rollengemäßes korrespondiert, bietet sich ihm noch einmal die Teils-Teils-Satz-Regel an, deren Problematik wiederum in einer non-definitiven Einerseits-Andererseits-Aussage mit unterschiedlich quantitativer Verteilung liegt. Seiffert kommt zu dem Schluß einer Insuffizienz analytischer Methoden im Bereich der Sozialwissenschaften. „Da hier der Mensch sich selbst Gegenstand ist, bleibt es unver-

meidbar, daß er ein ‚persönliches Potential‘ in die Forschung mit einbringt, das ihm gestattet, mehr zu erfassen, als es mit standardisierten Methoden möglich ist“ (I, 246).

Im zweiten Band stellt Seiffert zunächst den im weitesten Sinne lebenswissenschaftlichen Wissenschaftsbegriff, zentriert in der „menschlichen Subjektivität“ (II, 17), dem rein sachlich-gegenständlich bestimmten positivistischen gegenüber. Menschliche Subjektivität wird „Voraussetzung und Gegenstand der Wissenschaft“ (II, 17). Lebenswissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Methode sind als kongruent gedacht und werden je nach „Eigenart des jeweiligen Gegenstandes“ als phänomenologische historisch-philologische, hermeneutische oder dialektische Methode gefaßt (II, 26). Kriterien der Zuordnung verschiedener Gegenstände zu verschiedenen Methoden gibt Seiffert nicht an.

Phänomenologische Aussagen verstehen sich als solche ganzheitlicher alltäglicher Situationen (II, 26) oder als persönliche Lebenserfahrung schlechthin (II, 33). Als Methode ist Phänomenologie „an sich unhistorisch, stellt sich jedoch stillschweigend in einen bestimmten historischen Horizont“ (II, 39). Auch Hermeneutik wird als verstehendes Erfassen von Lebenssituationen begriffen. Wird eine Mehrheit, ihrem Charakter nach verschiedener Lebenssituationen, erfahren, so ist das Bewußtsein davon historisches oder Geschichtsbewußtsein. Geschichte erweist sich als zusammengesetzt aus Lebenssituationen. Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist hermeneutisches Erfassen des Individuellen, nicht das Auffinden historischer Gesetzmäßigkeiten oder allgemeiner Sätze in der Geschichte, wie es noch die analytische Wissenschaftstheorie intendiert. Individuelles ist immer auch schon als Einmaliges gedacht (siehe II, 56). Die Kategorien Wahr oder Falsch müssen an ihm zerschellen, denn eine so verstandene Geschichtswissenschaft ist über systematische wissenschaftliche Aussagen, die derart kriterielle Kategorien zur Anwendung bringt, hinaus. „Eine historische wissenschaftliche Aussage ist eine Aussage, die gegensätzliche systematische Aussagen nur registrierend nebeneinanderstellt, ohne sich selbst für eine Möglichkeit zu entscheiden“ (II, 168). Es ist Historie, die nichts als Historie sein will, in der sich Phänomenologie, Hermeneutik und „historische Methode“ zu einem methodologischen Amalgam verbinden.

Der dritte Teil des 2. Bandes beschäftigt sich mit der Frage „Was ist Dialektik?“, um den Gegenstand an Hegel, Marx, dem Marxismus und der Kritischen Theorie zu exemplifizieren. Nach Seiffert bedeutet Dialektik Dialog. A und B stellen jeweils unterschiedliche Behauptungen auf, um schließlich per Diskussion eine gemeinsame Lösung anzustreben. Schema: Thesis-Antithesis-Synthesis. Aus der Natur könnten solche Beispiele nicht gewonnen werden. „Interessanterweise ist ... F. Engels ... diesem Mißverständnis unterlegen: Er begründete eine ‚Dialektik der Natur‘, aus deren philosophischen Schiefheiten sich dann der Leninismus-Stalinismus speiste“ (II, 203). Hegels Philosophie ist nach dem oben bezeichneten Dreierschema aufgebaut. Wendungen wie „an und für sich“, „Anderssein“ und „in sich

zurückkehren“ sind dafür konstitutiv. Seiffert erkennt, daß der dialektische Fortgang im Prinzip unendlich ist und die Hegelsche Philosophie unter die Fortschrittstheorien einzureihen ist. Dennoch lassen sich die Hegelsche Dialektik-Konzeption und Philosophie des Geistes mit den vorgeführten Wendungen nicht erschöpfend beschreiben. Seiffert stellt deshalb abschließend fest: „Den Marxismus zu widerlegen, ist eben deshalb auch heute noch so unglaublich schwer, weil er sich klugerweise von vornherein des bestgearbeiteten und solidesten Werkzeugs versichert hat, dessen er habhaft werden konnte: der kaum zu bewältigenden Tiefe der Hegelschen Gedanken und Denkmethode“ (II, 216).

Dennoch sieht Seiffert eine Differenz zwischen der Hegelschen und Marxschen Dialektik. Jedoch „weniger in dem Sinne, daß nach üblicher Auffassung Hegel ‚Idealist‘ und Marx ‚Materialist‘ gewesen sein soll ... im Zusammenhang unserer Wissenschaftstheorie haben wir keine Veranlassung, uns mit Wörtern wie ‚Idealismus‘ und ‚Materialismus‘ ... zu befassen ... uns geht es hier lediglich um die ‚Dialektik‘ als wissenschaftliche Methode“ (II, 227). Die Marxsche Dialektik habe lediglich transitorischen Charakter, denn seine Geschichtsdefinition sei durch die Dialektik des Klassenkampfes bestimmt. Was im Kommunistischen Manifest (das Seiffert ausgiebig zitiert) als konstitutiv für bisherige Geschichte gefaßt ist, wird zur Bedingung für Geschichte schlechthin. Dialektik und Geschichte sind in der klassenlosen Gesellschaft aufgehoben = verschwunden.

Die Frage des Marxschen Erbes wird unter den Prämissen Leninismus und westeuropäischer Marxismus diskutiert. Repräsentant des Leninismus, allerdings „westeuropäisch“ geprägt, ist Georg Lukács. Er gehöre zu jenen Autoren, denen nichts ferner liegt als eine Dogmatisierung des Marxismus auf Basis der Engelsschen Naturdialektik. Anhand von „Geschichte und Klassenbewußtsein“ zeichnet Seiffert die Lukácssche Distanz zur Engelsschen Position nach. Dialektik als Methode und revolutionärer gesellschaftlicher Prozeß werden als identisch gesetzt. Die Dialektik in der Natur findet nicht statt. Lukács vertrete die genuin Marxsche Dialektikkonzeption.

Wie verwaltet nun der westeuropäische Marxismus das Marxsche Erbe? Exemplarischer Verwalter ist Habermas. Anhand ausgedehnter Zitate aus dem Positivismusstreit und aus „Erkenntnis und Interesse“ wird Habermas' Standpunkt referiert, der sich gegen positivistische Verbotsnormen in Form einer Restriktion der wissenschaftlichen Forschungsweise auf empirisch-analytische Verfahren wendet. Eine Hermeneutik, die sich in sozialem Horizont versteht und die sich mit den empirisch-analytischen Verfahrensweisen verbindet, macht hier die dialektische Weise des Vorgehens aus. Sie repräsentiert das emanzipatorische Erkenntnisinteresse der kritischen Wissenschaft, während das technische Interesse in den empirisch-analytischen, das praktische Interesse in den historisch-hermeneutischen Verfahren methodische Entsprechung gewinnen. Ort der spezifischen Dialektik des emanzipatorischen Erkenntnisinteresses aber ist die

Selbstreflexion. Der westeuropäische Marxismus hat die Dialektik in die subjektive Verfassung Hegelscher Provenienz zurückgeholt.

Seiffert hat seine Darstellung des Marxismus für nicht ausreichend erachtet und einen zusätzlichen Band über das Verhältnis von Marxismus und Bürgerlicher Wissenschaft vorgelegt. Er dokumentiert das ausdrückliche Anliegen, der marxistischen Geschichtstheorie entgegenzutreten. Freilich nicht im Sinne einer Diskussion mit Marxisten, sondern mit unentschlossenen, offenen „Dritten“ (siehe III, 56). Unter der Überschrift „Kritik der Dialektik“ bilden die Begriffe Ideologie, Utopie, Totalität die Stichpunkte der Diskussion. Auf Ausführungen von Hans Lenk zum Ideologieproblem basierend, werden zwei Weisen des Ideologieverständnisses einander gegenübergestellt. Der These von Ideologie als Irrtum oder sorgfältig angewandeter Lüge steht die Auffassung von Ideologie als Darstellung eines spezifischen Selbstverständnisses gegenüber. Im historistisch-hermeneutischen Verständnis führt die letzte Form zur Disziplin der Wissenschaftssoziologie. Als Ober- oder Unterklassen-Ideologie (M. Scheler), als Position der Intelligenz, die quer zu den Klassen steht (K. Mannheim). Marx/Engels leiten Ideologie aus dem materiellen Lebensprozeß ab, verbinden sie mit der Klassentheorie und geben dem Ideologiebegriff insofern eine besondere Wendung, als sie in der Verwirklichung der Klassenherrschaft des Proletariats jede Klassenherrschaft tendenziell aufheben und damit dem marxistischen Ideologiebegriff übergreifende Geltung verschaffen. Der Ideologiebegriff verweist auf Geschichte. Marxismus als historische Wissenschaft erfaßt, Seiffert zufolge, Geschichte apriorisch und gestaltet sie für seine Zwecke um (siehe III, 81). Andererseits besteht seine eigentliche Schwäche nicht im Apriorismus, „sondern darin, daß (er) inkonsequent hermeneutisch ist: (er) baut auf dem Stande der Geschichtserkenntnis zu Hegels und Marx' Zeiten auf, weigert sich aber, den Stand der Geschichtserkenntnis der jeweiligen Gegenwart anzuerkennen“ (III, 84). Auch als systematische Wissenschaft (die „ausspricht, was sie hier und heute für wahr halten will“, III, 89) wird der Marxismus beherrscht durch die Klassenkampftheorie, der zufolge die Klassenlage die Existenz eines Individuums bestimmt. Gegenüber einer „Hermeneutik des gelebten Lebens“ (III, 93) muß eine solche Determinationstheorie zu kurz greifen. Um ihren unrealistischen Ansprüchen Genüge zu tun, „muß sie sich mit den primitivsten Formen der Gewalt und des Terrors als Beitrag zum praktischen Handeln in der Welt begnügen“ (III, 95). Das theoretische Problem des Marxismus wird nunmehr zum soziologischen. Warum können sich Menschen für den Marxismus entscheiden? Und warum tun es dennoch die wenigsten Vernünftigen? Die erste Frage wird durch den Meinungspluralismus, für den sich Seiffert explizit einsetzt, beantwortet. Der Grund für das Problem der zweiten Frage liegt eindeutig in der mangelnden theoretischen Stringenz der marxistischen Theorie.

Der Marxismus ist nun weiterhin nicht nur Ideologie, sondern als Theorie „einer noch nicht verwirklichten Gesellschaft“ auch Utopie.

Die in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von Marx geäußerte Bemerkung über eine gesellschaftlich geregelte Produktion, durch die erst eine freie Entfaltung der Individuen ermöglicht werden soll, konzentriert Seiffert auf die Frage der Arbeitsteilung in der kommunistischen Gesellschaft und die Kontroverse um eine antizipierende Schilderung dieser Gesellschaft durch Marx und Engels. Ihm entgeht, daß die Marxsche Theorie den Menschen unter den Bedingungen des Kapitalverhältnisses zum Gegenstand hat und sich die wissenschaftliche Analyse um den Nachweis der historischen Notwendigkeit der Aufhebung dieser Verhältnisse bemüht, eben um die freie Entfaltung des Menschen einzuleiten. Demgegenüber geht Seiffert von der Prämisse anthropologischer Konstanten aus, die zwangsläufig den Marxschen Gesellschaftsentwurf als Utopie *sui generis* verstehen lassen müssen.

Gegen die marxistische Kategorie der Totalität als Bestimmung der Herrschaft des Ganzen über die Teile und als Träger des revolutionären Prinzips in der Wissenschaft (Lukács) wird das analytische Geschichtsverhältnis von E. Topitsch abgehoben, das den marxistischen Totalitätsbegriff als mechanistischen Determinismus begreift und deshalb im Marxismus eine Kontroverse Determinismus-Aktivismus konstatiert.

Abschließend stellt Seiffert unter dem Titel „Rechtfertigung der Wissenschaft“ die konstruktivistische Wissenschaftskritik vor. Es ist die Rechtfertigung einer nichtmarxistischen Wissenschaft, die ihren Ursprung im mathematischen Grundlagenstreit (Axiomatik versus Konstruktivismus) hat, deren Leitsatz lautet: wir können nur das verstehen, was wir selber herstellen/konstruieren können (siehe III, 159). Der Konstruktivismus versteht sich einerseits als hermeneutisch, indem er die historisch vorfindliche Sprache als gegeben voraussetzt. Andererseits begreift er sich durch seinen Aufbau der Wissenschaftssprache aus der Alltagssprache als analytisch. Seine Überlegenheit gegenüber dem Marxismus sieht Seiffert in folgendem begründet: „Er lehnt nämlich das Eingehen auf traditionelle Fragestellungen grundsätzlich ab, während der Marxismus — verstanden als Analyse der bürgerlichen Gesellschaft — mit Ketten (die er sich selber schmiedet) an die Tradition der bürgerlichen Wissenschaft gefesselt bleibt“ (III, 196). Günther Matthias Tripp (Berlin/West)

Lakatos, Imre, u. Alan Musgrave (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge. Proceedings of the International Colloquium in the Philosophy of Science, Vol. 4. London 1965, Cambridge 1970 (282 S., br., £ 1.40).

Kritizismus ist der einigende Titel, der in der vorliegenden Dokumentation einer Diskussion zwischen T. S. Kuhn, dem Autor der ‚Struktur wissenschaftlicher Revolutionen‘, und K. Popper und seinen Schülern die kontroversen Standpunkte zusammenfaßt. Die Diskussion ist mit dem sogenannten Positivismusstreit insofern vergleichbar, als auch in ihr nicht eigentlich Methoden zum Streitpunkt

werden, da sich die Parteien in gemeinsamer Ablehnung eines empiristischen Sinn- und Verifikationskriteriums oder des Carnapschen Programms einer induktivistischen Bestätigungstheorie einig sind, sondern — freilich verdeckt und an entscheidenden Stellen des Rahmenthemas ‚wissenschaftlicher Fortschritt‘ jeweils aufbrechend — es um die Begründung der Wissenschaftsnormen und Metanormen selber geht. Eine solche Begründungsproblematik, die bei *Popper* am Problem der Falsifikation der Falsifikationsmaßstäbe, bei *Kuhn* am Problem der Konstitution eines forschungsdeterminierenden ‚Paradigmas‘ ansetzt, bildet unterschwellig den Motor der Kontroverse. Sie wird von *Kuhn* eingeleitet durch eine noch vorsichtige Distanzierung vom starren Prinzip des Falsifikationismus, wird dann von *J. W. N. Watkins*, *S. E. Toulmin*, *L. Pearce Williams* und *Popper* durch eine kritische Replik verschärft, von *M. Masterman* durch eine Neufassung des Paradigmenbegriffs und von *I. Lakatos* durch eine großangelegte Reformulierung des Falsifikationismus präzisiert, von *P. Feyerabend* im Rahmen seines ‚anarchistischen‘ Methodenpluralismus diskutiert und von *Kuhn* schließlich noch einmal resümiert.

Daß der Vertreter der ‚Logik der Forschung‘, *Popper*, und der Wissenschaftshistoriker *Kuhn*, der eine Sozialpsychologie des Forschens vertritt, gleichberechtigt über den Begriff des wissenschaftlichen Fortschritts sollen handeln können, ist einer der ersten Punkte der Kontroverse. *Kuhn* hat bekanntlich die Geschichte der neuzeitlichen Physik unter dem Aspekt studiert, ihr nicht nur *deskriptiv* ein allgemeingültiges Schrittgesetz abzugewinnen, sondern aus ihrer rationalen Rekonstruktion auch *normativ* zu verwendende Regeln zu ziehen. Einer Soziologie der Forschergemeinschaft stellt sich das bewährte Problemlösen im Rahmen eines gültigen Zusammenhangs wissenschaftlicher Theorien und Modelle, eines ‚Paradigmas‘, als Einüben und Ausschreiten einer wissenschaftlichen Lebenswelt dar, die nicht nur operativ verwendbare Erkenntnisse zur Bewältigung des Lebens an die Hand gibt, sondern eine Weltansicht zementiert, weshalb an ihm, wie *Feyerabend* sagt (203), mit ‚tenacity‘ festgehalten wird. In solchen Perioden ‚normaler‘ Wissenschaft treten den Forschern theoretische Probleme als nur Geschicklichkeit erfordernde ‚Puzzles‘ entgegen, die sich allerdings auch, in Fällen der ‚Krise‘, als ‚Anomalien‘ erweisen können, die mit den Mitteln des herrschenden Paradigmas nicht lösbar sind und im Gegenteil anerkannte Erkenntnisse in Frage stellen. Auf dem Höhepunkt der Krise, in einem Zustand gehäufter Anomalien, durchkreuzter Erwartungen und unerwarteter Neuerfahrungen tritt innovatorisch ein neues Paradigma ans Licht, welches nicht nur alle angefallenen Anomalien zu Puzzles reduziert, sondern auch eine zusätzliche Dimension möglicher Puzzles erschließt. Ein explizites Kriterium der Vergleichbarkeit einander folgender Paradigmen kann und will *Kuhn* nicht geben, ebensowenig ein objektives Kriterium des Eintretens einer Revolution; strenggenommen kann es solche, mehrere Paradigmen übergreifende Kriterien auch nicht geben, da diese sich gerade durch die vollständige Legislative metatheoretischer Maßstäbe auszeichnen. Es hält deshalb schwer, das Fort-

schreiten der Wissenschaft über Paradigmen sprünge hinweg auszu-
 machen: natürlich werden Paradigmen aus dem Blickwinkel der mit
 ihnen sich jeweils neu konstituierenden Forschergemeinschaft als fort-
 schrittlich betrachtet und der Wissenschaft gleichsam permanent ihr
 Fortschritt bescheinigt, aber nur durch die rekurrente Erneuerung
 eines subjektiven Urteils — Wissenschaftsgeschichte wird dadurch auf
 ähnliche Weise eine Geschichte des Fortschritts wie die übliche eine
 der Sieger. Damit wird aber über Wissenschaft nichts ausgesagt, als
 daß sie tautologisch identisch mit Fortschritt ist, ohne daß, da ihr
 Fortschritt immer *ex post* bestätigt wird, angegeben werden kann,
 wozu. Kuhn setzt bezeichnenderweise das Konzept der periodenhaften
 Erneuerung der Forscherinstitutionen in Analogie zur darwinisch ver-
 standenen, nicht-teleologischen Evolution. Die Selektion von Theo-
 rien in Zeiten der Paradigmenkrise vollzieht sich nach dem Prinzip
 der instrumentellen Nützlichkeit, mit der eine chaotisch zu werden
 drohende Welt wieder geordnet werden kann.

Für Popper kann im Stadium bloß akkumulierender (normaler)
 Wissenschaft und eingelebter Wissenstradition das Prinzip wissen-
 schaftlichen Fortschritts nicht gefunden werden, und im Chaos der
 Kuhnschen ‚Revolution‘ droht es ihm unterzugehen. Tradition erfüllt
 für ihn zwar eine sozialpraktische Orientierungsfunktion, ist jedoch
 für das kritizistische Geschäft nur insofern relevant, als vom vorwis-
 senschaftlichen Boden unproblematischen, aber jederzeit problemati-
 sierbaren Wissens aus der kühne Bau wissenschaftlicher Hypothesen
 ansetzen soll. Popper lehnt zugunsten eines radikalen Kritizismus
 auch jede instrumentalistische Deutung der Wissenschaften ab: Theo-
 rie, ‚instrumente‘ könnten nur durch einen Entschluß aufgegeben, nicht
 aber widerlegt werden. Der ‚Kritische Realismus‘ will Wahrheit nicht
 in Nützlichkeit aufgehen lassen. Um seinen Begriff der ‚Wahrheits-
 ähnlichkeit‘ (verisimilitude) gegen einen allerdings des deskriptiven
 Gehalts völlig entkleideten Instrumentalismus ins rechte Licht zu
 rücken, nimmt Popper sogar in Kauf, mit den Induktionisten im
 Punkt der Bestätigung von Theorien übereinzukommen: die ‚verisimilitude‘
 empirischer Theorien, und damit der Fortschritt der
 Wissenschaft, kann nur zunehmen, wenn generelle Prognosen mit Hilfe
 riskanter Experimente immer wieder ‚verifiziert‘ werden, d. h. wenn,
 wie Popper in seinen drei Bedingungen für wissenschaftlichen Fort-
 schritt sagt, Theorien nicht nur durch neue Leitideen integriert wer-
 den und durch unabhängige Tests neue Phänomene erklären, son-
 dern auch selber in neuen und signifikanten Tests sich ‚bewähren‘.
 Der Widerspruch dieser verifikationistischen Konzession im Rahmen
 einer Wissenschaftstheorie, die ihre Positivismuskritik anhand des
 Falsifikationsprinzips vorträgt, wird nur durch die Hartnäckigkeit
 verständlich, mit der Popper an der realistischen Vorentscheidung
 festhält, empirische Hypothesen sollten sich einer objektiven Realität
 angleichen und vermögen das aufgrund hoher Riskantheit gegenüber
 möglicher Widerlegung. Der Grad der erreichten Wahrheitsähnlich-
 keit selbst kann nicht eingesehen, sondern nur vermutet, also hypo-
 thetisch behauptet werden; da diesen Hypothesen aber Objektivität

zugemutet wird, erzwingen sie die Umwendung des kritizistischen Vorgehens ins bestätigende. Gerade weil Popper sich mit operablen Aussagen nicht zufrieden geben will und andererseits die Analyse der pragmatischen Bedingungen des Wissenschaftsfortschritts beim ‚background knowledge‘ als empirischer Begleiterscheinung (und nicht als transzendentaler Bedingungen) des Forschens belassen hat, wird er zu nicht-konsistenten Argumenten wie der (subjektiven) Bewährung von (objektiver) Wahrheitsähnlichkeit und der Ontologisierung der Fakten gezwungen, was er beides am psychologischen Induktionismus Humes kritisiert hat.

Am *Wahrheitsbegriff* läßt sich die *Differenz* von Popper und Kuhn bündiger klar machen als an der methodologischen Entscheidung, eine normative Forschungslogik oder eine Soziologie der Forschergemeinschaft zu favorisieren, wie Popper meint (57), wenngleich Kuhn zum Wahrheitsbegriff, der seinem Ansatz gemäß ein pragmatischer sein müßte, nichts gesagt hat. Wenn nämlich normale Wissenschaft jeweils innerhalb des theoretischen Bezugsrahmens eines Paradigmas verläuft, wird jede wissenschaftliche Erfahrung, auch eine ‚wahre‘ oder ‚gültige‘, durch die Annahme des Paradigmas mitkonstituiert, d. h. es findet eine Gegenstandskonstitution durch Konsens der Forschergemeinschaft in dem Sinne statt, wie ihn Peirce durch Transformierung der Kantschen ‚transzendentalen Apperzeption‘ auf die Ebene der handelnden Forscher, der Experimentier- und Interpretationsgemeinschaft, beschrieben hat. Kuhn selber hat die Möglichkeit einer pragmatischen Wahrheitstheorie durch Rückbeziehung des Paradigmenbegriffs auf die Lebensbezüge der gesellschaftlichen Arbeit und Aneignung der Natur nicht ergriffen, sondern das Wahrheitsproblem beseitigt, indem er es im Rahmen des jeweiligen Paradigmas für trivial, unabhängig von diesem für unlösbar erklärt (264 ff.). Damit scheint mir der entscheidende Mangel berührt, mit dem sich Kuhn seiner eigenen pragmatistischen Tendenzen beraubt und der nahezu alle Streitpunkte mit den Kritizisten, wie z. B. die Vagheit des Revolutionsbegriffs, die Irrationalität der Theoriewahl und die Inkommensurabilität der Paradigmen, evoziert: Kuhn hat es nicht vermocht, den Forschungsprozeß im umfassenderen gesellschaftlichen Prozeß so zu verankern, daß die Wahl eines Paradigmas, das zum Zeitpunkt zerfallender Forscherkommunikation und fehlender intersubjektiver Maßstäbe irrational bleibt, dennoch sinnvoll erklärt werden kann. Statt dessen schneidet er alle gesellschaftlichen Bezüge der Forschergemeinde ab: Anomalien, die nicht aus dem theoriegeleiteten wissenschaftlichen Experiment, sondern aus gescheiterten technischen Handlungsversuchen stammen, scheint es für Kuhn nicht zu geben. In der Annahme, daß die technologische Transformation von Wissenschaft dieser selbst äußerlich bleibt und in der methodischen Restriktion von Empirie auf riskante Tests unter Ausschaltung sozialer Praxis sind sich Popper und Kuhn einig: in Poppers Wissenschaftstheorie sind Wertbeziehungen und Erkenntnisinteressen ausgeschaltet, um dem Forscher den Spielraum ungegängerter schöpferischer Phantasie zu gewähren, die er zur Inganghaltung der ‚permanenten Revolution‘ (Wat-

kins) benötigt, ohne daß erkannt wird, welchen Stellenwert dieser kreativitätsstimulierende Freiraum in der Funktionalität zwischen Wissenschaft und Technologie selber hat; in *Kuhns* Wissenschaftsgeschichte sind keine Beispiele von Paradigmen eingegangen, die ihrer industriellen Irrelevanz wegen aufgegeben wurden, noch bereiten ihm Paradigmen Probleme, die zwar praktikabel, gleichwohl schon ‚widerlegt‘ sind, wie die Newtonsche Mechanik durch Einsteins Relativitätstheorie. Beide entbinden sich der Aufgabe, die offensichtlich enorme technologische Bedeutung der modernen Wissenschaft zu erklären und erklären sie doch ungewollt teilweise dadurch, daß sie den Forscher in einen Kokon von praktischen Leistungszwängen freigesetzter Meditation verpuppen, um seine Produktivität zu sichern. Während Popper sich aber mit Hilfskonstruktionen wie der Rehabilitierung der Korrespondenztheorie der Wahrheit neuerdings gar durch eine Neuauflage einer platonischen ‚dritten‘ Welt, aus der Verstrickung von Wissenschaft und Technologie zu retten sucht, bleibt Kuhns quasi-pragmatischer Ansatz widersprüchlich auf halbem Weg stehen. Deshalb kann er Poppers approximativen und dennoch ‚objektiv‘ gedachten Wahrheitsbegriff, seiner eigenen evolutionistisch-instrumentalistischen Selbstdeutung zuwider, nichts entgegensetzen, ja nicht einmal in den Griff bekommen, daß sein eigenes Konzept von einem instrumentalistischen und einem dezisionistischen Wahrheitsbegriff periodisch Gebrauch macht. In Zeiten normaler Wissenschaft werden fundamentale Sätze des Forschungsrahmens nicht problematisiert, sondern Puzzles ‚erfolgreich‘ gelöst: in diesem Falle werden die Theorien selbst instrumentalisiert und zur Lösung vorgegebener Probleme zweckrational eingesetzt — die Theorien nehmen dann den Charakter von Technologien an; in Zeiten der Krise und Revolution dagegen stehen diese Sätze selber in Frage, und es gilt zu, wahreren‘ Aussagen zu kommen: die erschütterten Rahmenaussagen müssen durch stabilere ersetzt werden — die Zielsetzung für Theorien muß dann neu definiert werden. Verhält sich wissenschaftlicher Fortschritt tatsächlich so, dann kann es aber weder ein objektives Wahrheits- noch ein Nützlichkeitskriterium geben: nicht nur sind Aussagen nicht objektiv ‚wahr‘, denn in Zeiten normaler Wissenschaft sind sie ‚erfolgreich‘, in Zeiten außerordentlicher inkommensurabel; sie sind auch nicht objektiv ‚erfolgreich‘, denn zu Zeiten normaler Wissenschaft sind sie es nach Maßgabe eines relativierenden Paradigmas, zu Zeiten außerordentlicher können sie nicht ‚erfolgreich‘ sein, da unabhängige Zwecke nicht bestehen. Wenn aber weder ein einheitliches Kriterium von Nützlichkeit oder Wahrheit angegeben werden kann, wenn für Kuhn die instrumentalistische Lösung so unerklärlich bleibt wie die realistische, dann zerfällt ‚wissenschaftlicher Fortschritt‘ in ein naturmächtig erstarrtes Geschehen, aus dem man sich zwar in immer neue Paradigmen flüchten mag, deren erleuchtete Innenansicht aber nur zum Schein rationaler als das undurchschaubare Ganze wirkt. An den Stellen der Anomalien bricht das Theoriegehäuse immer wieder aufs Neue auf und enthüllt, wie nahe die kritizistische Rationalität dem Mythos ist.

Anton Leist (Frankfurt/M.)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Rosenkranz, Bernhard: *Der Ursprung der Sprache. Ein linguistisch-anthropologischer Versuch.* Carl Winter Universitätsverlag, Heidelberg ²1971 (VIII, 148 S., br., 7,80 DM).

Nach einem sehr knappen Abriß philosophischer und sprachwissenschaftlicher Ursprungstheorien, die in der Konstatierung der „Resignation der Philosophen“ bzw. der „Resignation der Linguisten“ (11—31) münden, wendet sich Rosenkranz „naturwissenschaftlich orientierten Theorien“ (32—68) unter der Frage zu, „wie ... es zu einem Ersatz der ‚Erbsprache‘ [der Tiere] durch die ‚Lernsprache‘ der Menschen (147) gekommen sei. Als ihr Ergebnis resümiert er, daß „keine *kontinuierliche* Bahn zur ‚Lernsprache‘“ (69) führe.

Die Konstatierung dieser Lücke bietet Rosenkranz den Ansatzpunkt für die zweite Absicht seiner Schrift. Sie soll Engels' in seiner Skizze *Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen* geäußerte Auffassung widerlegen, nach der die „... mit der Arbeit beginnende Herrschaft über die Natur ... bei jedem neuen Fortschritt den Gesichtskreis des Menschen“ erweitert. Die „... werdenden Menschen kamen dahin“, schrieb Engels, „daß sie einander *etwas zu sagen hatten*. Das Bedürfnis schuf sich ein Organ: Der unentwickelte Kehlkopf des Affen bildete sich langsam aber sicher um, durch Modulation für stets gesteigerte Modulation und die Organe des Mundes lernten allmählich einen artikulierten Buchstaben nach dem andern aussprechen“ (MEW 20, S. 446 f.). Um die Berechtigung dieser Hypothese zu bestreiten, muß Rosenkranz zuerst die Einheit von Arbeit, Denken und Sprachentstehung aufzubrechen versuchen. Er lehnt deshalb sowohl den Zusammenhang von Werkzeuggebrauch und (sprachlichem) Symbolgebrauch ab (vgl. 41, 114, 126), als er auch die Auffassung vertritt, daß „bei der frühen Menschheit die Arbeit kaum eine besondere Rolle gespielt hat — falls man nicht das gesamte primitive Leben als Arbeit erklärt“ (40), was ihm aber abwegig erscheint. „So bleibt nur der alte Satz, daß Sprache sich aus geselligem Leben ergeben mußte“ (40); genauer: Sprache entsteht im „Spiel“, bei dem „das dauernde Schauen auf den Kampf ums Dasein“ fortfällt (114, vgl. 126), und in der „Muße“ (114).

Bei einzelnen Mitgliedern dieser prähistorischen Gemeinschaft setzt nun nach Rosenkranz eine morphologische Veränderung ein, die, da „die Menschheit mit dem Erwerb der Sprache“ begann (19), den Sprung zum Menschen bewirkt. Rosenkranz berichtet dazu vor allem — unter Heranziehung neuester Literatur — über die Veränderung des Kehlkopfs zwischen Primaten und Menschen, die Ruhstellung der Taschenbänder, die den Primaten noch zur Stimmbildung dient, zugunsten der Stimmbänder. Auf diesem Feld soll Engels endgültig geschlagen werden. Hatte jener vom „unentwickelten Kehlkopf des Affen“ und dem höher entwickelten des Menschen gesprochen, so kann nun Rosenkranz belegen, daß von einer *Höherentwick-*

lung nicht gesprochen werden kann: „gegenüber dem Kehlkopf des Primaten erscheint der des Menschen stark vereinfacht; sein Zustand weist auf eine *Verlustmutation*“ (75; Hervorhebung G. V.; vgl. 95). „Dabei dürfte als das Primäre das Versagen des Keilknorpels zu betrachten sein, das einerseits auf eine Fehlbildung des Knorpels selbst oder auf eine Lähmung der zugehörigen Muskeln zurückgeführt werden könnte“ (95).

Nachdem so Lebensnot und objektives Bedürfnis beiseite geschafft sind und der Arbeitsprozeß als Determinante der Sprachentstehung durch eine Reihung zufälliger morphologischer Veränderungen in der Evolution der Vorformen des Menschen ersetzt ist, malt Rosenkranz das Bild eines durch eine Verlustmutation geschädigten Urmenschen weiter aus: Durch mancherlei Fährnisse pflanzt er sich fort, vererbt seinen deformierten Kehlkopf bzw. hält seine Frau und seine Nachkommen zum Verzicht auf den Gebrauch der Taschenbänder an (vgl. 104), bis eines Tages ein Nachfahre, inzwischen zum Jäger avanciert, eine in seiner Freizeit spielerisch entwickelte symbolträchtige Lautgruppe auf der Jagd alleingehend angesichts eines Stücks Großwild ausstößt und ihr so Darstellungsfunktion zuweist: aus der verfestigten Form dieser Lautgruppe sei so im allgemeineren Gebrauch die Sprache entstanden.

Kennzeichnend ist Rosenkranz' Verkennung des bekannten Zwillingsexperimentes von A. R. Lurija und F. Ia. Judowitsch (Die Funktion der Sprache in der geistigen Entwicklung des Kindes, Düsseldorf 1970), im übrigen neben Pawlow die einzige Arbeit aus der umfangreichen sowjetischen sprachpsychologischen Forschung, die er erwähnt. Nach Lurija und Judowitsch liefen die Resultate ihres Experimentes auf die Einsicht hinaus, „daß durch die Schaffung einer objektiven Notwendigkeit zur sprachlichen Kommunikation die Kinder hinreichend für die Aneignung eines Sprachsystems vorbereitet waren“ (a.a.O., S. 152). Rosenkranz interpretiert nun diese „objektive Notwendigkeit“, unmittelbar zutreffend, als aus dem Zusammentreffen mit sprachlich überlegenen Altersgenossen erwachsend und schließt an: „für den frühen Menschen gab es eine solche Notwendigkeit nicht“ (26). Dieser Schluß übergeht, daß die Zwillinge die Sprache ihrer Altersgenossen sich ja nicht nur aneignen, weil sie irgendwie ausgebildeter ist, sondern weil „ausgebildete Sprache“ zugleich den Erwerb menschheitsgeschichtlicher Erfahrung im Umgang mit Natur und Gesellschaft, also eine verbesserte Erfassung der objektiven Realität bedeutet. Für den „frühen Menschen“ ist aber größtmögliche Realitätsadäquatheit unbedingt notwendig fürs nackte Überleben, und unter diesem Aspekt sind Folgerungen aus dem Zwillingsexperiment für die Funktion „objektiver Notwendigkeit“ bei der Sprachentstehung und -entwicklung zulässig und aufschlußreich.

Rosenkranz konstruiert in dieser Schrift mit Hilfe von Kategorien wie individuelle Durchsetzung, Geselligkeit, Spiel und Muße, die er ohne weiteres entwickelteren Gesellschaftsformationen entnimmt,

ein Bild der Lebensbedingungen der frühen Menschheit und sucht es mit den „jüngsten Erkenntnissen der somato-biologischen Forschung“ zu kombinieren. Da aber Rosenkranz' Folgerungen aus der morphologischen Veränderung des Kehlkopfes weder zur Kritik an der materialistischen Hypothese der Sprachentstehung taugen noch geeignet sind, diese gar zu ersetzen, ist nur die Kenntnisnahme der paläanthropologischen Informationen, die diese Schrift vermittelt, zu empfehlen.

Gerhard Voigt (Berlin/West)

Pilch, Herbert, u. Helmut Richter (Hrsg.): Theorie und Empirie in der Sprachforschung. Festschrift für Eberhard Zwirner. Bibliotheca Phonetica No. 9. S. Karger Verlag, Basel-München-Paris-New York 1970 (115 S., br., 45.— sfr).

Wie eine Sprachwissenschaft aussieht, die sich nurmehr mit sich selbst beschäftigt und nicht über ihr Reservat privaten Wurstelns hinauszublicken vermag, dokumentiert der vorliegende Sammelband eindringlich. Der „Herr Kollege Zwirner“ (IX), dem das Buch zum Siebzigsten gewidmet ist, gibt im Vorwort den Ton an, in dem gesungen wird: Sprachwissenschaft sei „eine Wissenschaft im modern-okzidental Sinn“, darum teile sie „gewisse Eigenschaften mit allen ‚Wissenschaften‘ in diesem Sinn“ (ebd.). „Gegenstand . . . der Sprachwissenschaft sind lesbare (bzw. hörbare) Quellen“ (ebd.). „Die Sprachwissenschaft unterscheidet sich von den anderen philologischen Wissenschaften nicht durch einen undefinierbaren Gegenstand, sondern durch den speziell linguistischen Aspekt, unter dem der Gegenstand Sprache anvisiert wird“ (ebd.) usw. usf. Schließlich werden noch Kant und Helmholtz bemüht, um herauszufinden, was Wissenschaft und speziell Sprachwissenschaft denn nun eigentlich sei — aber am Ende des Buches ist der Leser fast so ratlos wie zuvor. Nur soviel ist nach der Lektüre klar, daß der Bezugspunkt, von dem her Sprachwissenschaft definiert und methodisch angegangen wird, *innerhalb* der Linguistik liegen muß und nicht etwa von gesellschaftlichen Aufgaben von Wissenschaft her bestimmt werden darf. Erstrebt wird „. . . die wissenschaftliche Erkenntnis der Sprachlichkeit der Sprache und das Funktionieren der Sprachen“ (Hartmann, 81: ähnlich Lüdtkke, 36), und als Sprache gilt, worauf Linguisten linguistische Methoden anwenden. Pilch: „Literarische Texte sind . . . genau alle diejenigen Texte, die die Literaturwissenschaft mit ihren Methoden untersucht. Unsere Antwort ist analog zur obigen Antwort auf die Frage, was ‚Sprache‘ sei“ (14). Aus dieser Prämisse folgt logisch zwingend, daß die Methode der Sprachwissenschaft ihren Gegenstand „bestimmt, ja ihn in wohldefiniertem Sinn geradezu schafft . . .“ (15), womit für die Autoren des Bandes die Konstitutionsproblematik von Wissenschaft offenbar erledigt ist. Der Absolutismus der Methode ist es denn auch, der, nach dem Verständnis Zwirners, die „Autonomie“ von Wissenschaft ausmacht.

Auskunft gibt der Band darüber, wie Wissenschaftler „im modern-okzidentalen Sinn“ ihre eigene Tätigkeit interpretieren. Erhellendes führt etwa der Bonner Kommunikationswissenschaftler Ungeheuer an, der es mit Kybernetik, Informatik, Informationswissenschaft, linguistischer Datenverarbeitung, mathematischer Linguistik u. ä. zu tun hat: „In Konsequenz kümmere ich mich nicht darum, welche Wissenschaft ich betreibe, zu welcher ich gehöre, und wie ihre Grenzen zu ziehen sind ... Einerseits ist es richtig, daß es zu den Wesenszügen des Menschen gehört, seine Tage nicht problemlos zu verbringen ... Nun gibt es andererseits eine Spezies von Menschen, die sich nicht zufrieden geben (!) mit praktischen Lösungen auf harte Lebensprobleme und kurzen Antworten auf locker gestellte Fragen: sie schaffen sich Probleme, schöpferisch und phantasiereich, und bilden einen ihrem Erkenntnisvermögen angepaßten Kodex von Regeln aus, denen die Lösungsverfahren und die Darstellungen unterworfen sind. Der Drang dieser Individuen, sich dergestalt als professionelle Problemlöser zu betätigen, ist die Grundlage für wissenschaftliche Arbeit, für wissenschaftliche Aktivität“ (6). Glücklich, wer sich, wie Ungeheuer, zu „diesen Individuen“ zählen darf!

Ähnlich „schöpferisch und phantasiereich“ geht es auch in den übrigen Beiträgen zu. Es wird verhandelt über „Belegbarkeit, Akzeptabilität und Häufigkeit“ (Heger, 22 ff.), über „Kybernetische Systeme“ (Lüdtke, 35 ff.) und schließlich übers „Zwirnersche Axiom der Übersetzbarkeit“ (Seiler, 91 ff.); nichts bleibt dem Leser erspart. Lediglich Hartmanns Beitrag „Zur Theoretisierung der Linguistik“ (81 ff.), geht, wenn auch nur partiell, über die Beschränktheit innerlinguistischer Problemstellungen hinaus. Insgesamt jedoch erweist sich Sprachwissenschaft, wie sie sich im vorliegenden Band präsentiert, als unfreiwillige Parodie ihrer selbst. Der gefeierte Zwirner — er veröffentlichte u. a. einen Aufsatz über „Schwankungen der Mundlage beim Singen einzelner Laute“ und „Bemerkungen über die Dehnbarkeit der deutschen Silben bei Karl Philipp Moritz und in Goethes italienischer Reise“ — findet fraglos den verbindlichen Nenner des Ganzen, wenn er feststellt, von Max Weber habe er gelernt, Wissenschaft und Politik säuberlich voneinander zu trennen, damit es nicht zum Mißbrauch der ersteren käme. Forderungen der Gesellschaft an die Wissenschaft seien sekundär, es müsse vielmehr einen „Bezirk reiner Forschung“ geben (108). Mit dem Lorbeer der Wissenschaft wird bekränzt, wer deren Abdankung und Kapitulation vor der Gesellschaft betreibt. Hans-Martin Lohmann (Düsseldorf)

Glinz, Hans: Sprachwissenschaft heute. J. B. Metzler-sche Verlagsbuchhandlung, 2. durchges. u. wesentl. erweit. Aufl., Stuttgart 1970 (123 S., br., 8,— DM).

Der Vorteil der in dem vorliegenden Bändchen gesammelten Aufsätze liegt darin, daß der Verfasser dem Leser in verständlicher Sprache einen Gegenstand nahebringt, der in seiner Komplexität

alles andere als leicht zugänglich ist. Seit sich — mit der üblichen Verspätung — nunmehr auch in der BRD ein breiteres wissenschaftliches Interesse an linguistischen Problemen etabliert hat, ist das Feld sprachwissenschaftlicher Forschung binnen relativ kurzer Zeit derart unübersichtlich geworden, daß es nicht nur für den Uneingeweihten, sondern auch für den professionell mit der Materie Befähigten immer schwieriger wird, sich im Gestrüpp neuerer linguistischer Forschungsansätze und Methoden zurechtzufinden. Hier leistet Glinz' Buch gerade für Studenten und Lehrer Hilfestellung, indem es mit wichtigen linguistischen Grundbegriffen, Fragestellungen und Methoden bekanntmacht.

Zu begrüßen ist die Intention des Autors — sie nimmt in seinem Buch ziemlich breiten Raum ein, wobei Redundanzen offenbar nicht zu vermeiden waren —, der von der Linguistik forcierten Abwendung von der traditionellen Literaturwissenschaft (die in den Augen vieler Linguisten als Relikt einer obsolet gewordenen Bildungstradition erscheint) entgegenzuwirken, da beide Bereiche mit „Texten“, mit Sprache also, zu tun hätten. Zwar falle der Linguistik primär die Aufgabe zu, die Struktur eines *gegebenen* Sprachzustandes zu untersuchen (synchron-strukturalistischer Forschungsansatz), während es eher in die Kompetenz der Literaturwissenschaft gehöre, sich um „die Pflege des Verhältnisses der heute Lebenden zur sprachlich-literarischen *Tradition*“ (60) zu kümmern (diachron-„geistesgeschichtlicher“ Forschungsansatz). Dennoch sollten sich beide Ansätze nicht ausschließen, sondern sinnvoll ergänzen (vgl. Glinz' Empfehlungen für den gymnasialen Oberstufenunterricht, 120 f.). Daß damit das Problem des Verhältnisses von Synchronie und einer materialistisch zu entwickelnden Diachronie nicht wirklich gelöst, sondern eher kompromißlerisch zugedeckt wird, sei nur am Rand erwähnt.

Von praktischer Relevanz ist Glinz' Absicht, die noch immer populäre Trennung von „reiner Wissenschaft“ und deren didaktisch-pädagogischer „Anwendung“ aufzuheben, d. h. das Didaktische als konstitutives Moment (51) in die Wissenschaft zu integrieren (vgl. den Aufsatz „Der Anteil des Didaktischen an Forschung und Lehre der philologisch-historischen Wissenschaften“, 35 ff.), womit sich Glinz in Gegensatz zu den Vertretern einer traditionalistischen Germanistik (Maurer, Conrady u. a.) bringt, die stur auf der Separation von „Sachwissenschaft“ und Didaktik beharren. Glinz' Bemühungen um eine praxisorientierte Sprach- und Literaturwissenschaft können insgesamt als der technokratisch inspirierte Versuch interpretiert werden, dem verbreiteten Unbehagen des akademischen Nachwuchses an einer selbstgenügsamen und praxisblinden Philologie durch gemäßigte Reformvorschläge Rechnung zu tragen. Technokratisch scheinen mir Glinz' Reformvorschläge darum, weil sie das eigentliche Problem — die veränderte Stellung und Bedeutung der „geisteswissenschaftlichen“ Intelligenz im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und das von daher motivierte Bedürfnis der Studenten nach einer radikalen Umstrukturierung der Philologien und nach einem den gesellschaftlichen Verhältnissen angemessenen Wissenschafts-

begriff — nicht in den Blick bekommen und statt dessen durch didaktische Anweisungen die Misere der Geisteswissenschaften beheben wollen. Das ist nur ein Herumdoktern an gewiß bedauerlichen Symptomen — dem Elend der Philologien kommt man aber so nicht auf die Spur.

Glinz' technokratischem Reformismus entspricht sein Wissenschaftsverständnis. Einen Wissenschaftler, behauptet Glinz, erkenne man an seinen Methoden (9), seine Einstellung müsse experimentierend-operational sein (12). Dies scheint mir eine szientistische Selbsttäuschung zu sein: Wissenschaft legitimiert sich nicht durch die Wahl ihrer Methoden, sondern durch ihr offengelegtes Erkenntnisinteresse. Operationale Verfahrensweisen, wie Glinz sie für die Linguistik fordert (und die sicherlich wertvolle analytische Dienste leisten), bieten keine ausreichende Garantie gegen eine herrschaftskonforme Indienstnahme von Wissenschaft. Glinz geht dem verbreiteten Vorurteil auf den Leim, methodische Perfektionierung sichere die Existenz einer „ideologiefreien“, gegen Herrschaftsinteressen gefeiten Wissenschaft (Herrschaft offenbart sich für Glinz vor allem im Walten übermächtiger anonymer Bürokratien, 42). Wie wenig „ideologiefrei“ eine solche Wissenschaft aber in Wahrheit ist, beweisen gerade die vorliegenden Aufsätze: daß Sprache nicht nur verschiedene „Aggregatzustände“ (100) beinhaltet, die es mit den Mitteln „neutraler“ operationaler Forschungsmethoden zu untersuchen gilt, sondern daß sie auch und in unserer Gesellschaft primär soziales Kontroll- und Herrschaftsinstrument ist, bleibt bei Glinz unberücksichtigt, wie überhaupt soziolinguistische Aspekte in seinem Buch fehlen.

Hans-Martin Lohmann (Düsseldorf)

Löwenthal, Leo: *Erzählkunst und Gesellschaft. Die Gesellschaftsproblematik in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts.* Mit einer Einleitung von Frederic C. Tubach. Luchterhand Verlag, Neuwied 1971 (225 S., br., 9,80 DM).

Zur Beurteilung der in diesem Band vereinigten Aufsätze ist von ihrem Entstehungsdatum — den Jahren 1928—32 — auszugehen. Der Verfasser war damals am Frankfurter „Institut für Sozialforschung“, dessen Zeitschrift er später jahrelang betreute. Löwenthal geht von der Voraussetzung aus, Literaturanalyse ohne Sozialtheorie müsse sinnlos bleiben, Dichtung könne nur im Kontext sozialer Strömungen und Ideologien begriffen werden. Das mag etwas banal klingen, doch bleibt zu bedenken, daß Löwenthal damals in gewissem Sinn Neuland betrat, sich nur auf wenige Vorarbeiten zu stützen vermochte. Von Lukács waren bis dahin an Arbeiten über Literatur neben „Die Seele und die Formen“ lediglich „Die Theorie des Romans“ erschienen, die Löwenthal rezipiert hatte, im übrigen glaubte er, abgesehen von den wenigen einschlägigen Arbeiten von Marx und Engels, nur an Franz Mehring anknüpfen zu können,

dessen Ansätze er zwar bejahte, dessen häufig simplifizierende Formulierungen und dessen dem Tagesjournalismus entnommenes Vokabular ihm jedoch nicht genügten. An für ihn brauchbarer bürgerlicher Literatur erwähnt er nur Levin Schückings „Soziologie der literarischen Geschmacksbildung“ und das umfangreiche Werk von Georg Brandes über „Die Hauptströmungen der Literatur des 19. Jahrhunderts“. Entgangen zu sein scheinen ihm merkwürdigerweise u. a. die frühen Arbeiten von Walter Benjamin und Ernst Bloch.

Von den insgesamt neun Aufsätzen gelten sechs einzelnen Autoren (Goethe, Mörike als dem Verfasser des „Maler Nolten“, Freytag, Spielhagen, C. F. Meyer und Gottfried Keller), einer befaßt sich mit der deutschen Romantik, ein anderer mit dem Jungen Deutschland; eine Polemik über „Das gesellschaftliche Bewußtsein der Literaturwissenschaft“ leitet die Sammlung ein. Manche der Aufsätze sind überholt, sei es, weil seither neues Material über die behandelten Themen zutage kam, sei es, weil inzwischen umfassendere Einzeluntersuchungen entstanden. Alle sind sie als historische Dokumente der Literatursoziologie von Interesse. Am ergiebigsten auch heute noch der Einführungssessay und der über den einst hochberühmten und heute nahezu völlig vergessenen Romancier Friedrich Spielhagen. „Das gesellschaftliche Bewußtsein in der Literaturwissenschaft“, erstmals 1932 in der „Zeitschrift für Sozialforschung“ veröffentlicht, war in Anbetracht der politischen Lage und der Stimmung unter den nationalsozialistisch tief verseuchten Hochschullehrern (besonders denen der Germanistik) in gewissem Sinn eine mutige Tat. Löwenthal nimmt hier den Kampf gegen etablierte Anschauungen der Germanistik auf. Er zeigt, wie die von Hettner und Scherer begründete Literaturwissenschaft, die naturgemäß nur das von der Geschichtswissenschaft ausgebildete Instrumentarium jener Epoche zur Verfügung hatte, statt weiterentwickelt zu werden, von der nächsten Generation als „historischer Psychologismus“ und „positivistische Methode“ abgetan wurde, wie Dichter und Dichtung „aus der Verflechtung des Geschichtlichen herausgenommen“ wurden und es zu einer „geschlossenen irrationalen Front der Literaturwissenschaft“ kam. Ausdrücke wie „Schicksalsverbände“ oder „Vollendung und Unendlichkeit“ wurden in den Rang wissenschaftlicher Kategorien erhoben, die Psychoanalyse (auch bei der herrschenden Psychologie verpönt) wurde als Mittel der Deutung von Dichtung entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder mit Hohn überschüttet. Löwenthal wendet ein, daß „ohne Studium der unbewußten Regungen, die an dem psychologischen Dreieck von Dichter, Dichtung und Aufnehmenden beteiligt“ seien, es auch keine „poetische Ästhetik“ geben könne. Grundsätzlich fordert er, die Literatursoziologie habe „die imaginären Gestalten der Dichtung mit der speziellen historischen Situation, der sie entstammen, in Beziehung zu setzen und sieht als eine ihrer zentralen Aufgaben die Untersuchung der Wirkungsgeschichte des Kunstwerks an.

Zu den damals einflußreichen Gelehrten, deren Methode Löwenthal hier angreift und die er zitiert, gehören u. a. Männer von so

unterschiedlicher Herkunft und Zielsetzung wie Friedrich Gundolf, Fritz Strich und Herbert Cysarz. Daß die von ihnen (und zahllosen anderen) betriebene Wissenschaft zwangsläufig — bewußt oder unbewußt — in den Faschismus einmünden mußte, konnte Löwenthal schon damals nicht verborgen geblieben sein. Daß er diesen Umstand nicht eigens erwähnt, läßt sich höchstens aus taktischen Überlegungen erklären, unverständlich jedoch ist, daß nicht wenigstens in der jetzigen Neuauflage ein entsprechender Hinweis nachgetragen wurde.

Der Aufsatz über Spielhagen ist zunächst einmal deshalb interessant, weil hier mit dem erstaunlichen Phänomen eines kurzlebigen Ruhms gleichzeitig die soziale Funktion eines Werkes deutlich wird. Friedrich Spielhagen (Jahrgang 1829) wird 1861 gleichsam über Nacht durch seinen Roman „Problematische Naturen“ berühmt (der Titel spielt auf ein Goethewort an und ist hier auf jene jungdeutsche Generation gemünzt, die sich schon von der Romantik entfernt hat, aber in individualistischem Lebensgefühl verharrend, zu keiner politischen Gemeinschaft fähig war). Von den zahlreichen anderen Romanen (über zwanzig Bände) sind allenfalls noch Titel wie „In Reih und Glied“ oder „Hammer und Amboß“ in Erinnerung. Löwenthal zeigt, wie sich die Erfahrung der Anfänge des Hochkapitalismus mit seinen Krisen im Werk Spielhagens in einem gebrochenen Verhältnis zu den bürgerlichen Wertvorstellungen niederschlägt, die noch zehn Jahre vorher bei Freytag mit einer Gloriole umgeben waren. Einen breiten Raum nehmen in Spielhagens Romanen der scharf gezeichnete preußische Adel nebst dessen Hauptstütze, der protestantischen Geistlichkeit, ein, aber noch kritischer sind die bürgerlichen Mitläufer und Nachäffer gesehen. Die Niederlage von 1848 wird eben durch dieses unterentwickelte bürgerliche Bewußtsein erklärt. Einer der Umstände, auf dem Spielhagens außerordentliche Popularität beruhe, sei sein Bruch mit der bürgerlichen Resignation der Reaktionszeit. Doch während bei Freytag neben dem bösen oder einfältigen Aristokraten und dem tüchtigen honorigen Bürger nur noch der Pöbel übrig bleibe, allenfalls noch die schlimmen Juden, stünde bei Spielhagen, wenn auch noch in zögernden, tastenden Versuchen, bereits die Sozialdemokratie zur Debatte.

Löwenthal geht es in seiner Analyse keineswegs allein um die gesellschaftlichen Inhalte dieser Romane. Vielmehr hebt er hervor, „wie dogmatisch man verführe, wenn man durchgehend eine unvermittelte Beziehung zwischen den materiellen Interessen eines geistige Gehalte produzierenden Menschen und diesen Gehalten konstruierte“. Und er weist in diesem Zusammenhang auf einige der retardierenden Momente im Geschichtsprozeß, zu denen auch die psychischen Strukturen des Menschen gehörten. — Die „radikale Ehrlichkeit“ des Romanciers und seine außerordentlichen Kenntnisse der Vorgänge des öffentlichen Lebens hätten ihn auch befähigt, immer wieder „den Finger auf die wunden Stellen der Gesellschaftsordnung zu legen“. Das hätten die folgenden Generationen nicht mehr verkraftet und ihn besonders durch ihre Literaturkritiker (von

Heinrich Hart bis Gundolf) abqualifiziert. Andererseits hätten sich die aufsteigenden Massen mit seiner nur zögernden und undeutlichen Beschreibung ihrer Lage auch nicht begnügen können. So sei Spielhagen zwischen allen Lagern immer mehr in Vergessenheit geraten. — Die Gründe der Kurzlebigkeit dieses Ruhms analysiert zu haben, ist die bemerkenswerte Leistung dieses Aufsatzes.

Elisabeth Freundlich (Wien)

Jäger, Hans-Wolf: Politische Kategorien in Poetik und Rhetorik der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1970 (83 S., br., 6,80 DM).

Jägers Untersuchung, als Vorstudie einer Arbeit über die politische Opposition in der Dichtung des 18. Jahrhunderts konzipiert, liefert eine Fülle eindrucksvoller Belege für die politisch-gesellschaftliche Selbstreflexion der Literaturtheorie und Dichtung des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Anhand von Äußerungen Herders und Campes, Knigges und Forsters, Brandes und Kotzebues, Schubarts, Schlegels, Abbts und Voss' und zahlreicher vergessener Autoren weist Jäger den Zusammenhang von bürgerlichem und literarischem Selbstverständnis, politischer Terminologie und Gattungspoetik nach: „Die Musen haben der Freyheit nöthig, um zu ihrer Vollkommenheit zu gelangen“ (Wieland, 10). Die Gleichung von literarischer Qualität und freiheitlicher Verfassung stellt nach Jäger die Forderungen des aufgeklärten bürgerlichen Publikums ins rechte Licht: die Progressivität der Literatur mißt sich an der politisch republikanischen Gesinnung und an ihrer Gegnerschaft zum absolutistischen Staat. „Die Poesie ist eine republikanische Rede; eine Rede, die ihr eigenes Gesetz und ihr eigener Zweck ist, wo alle Teile freie Bürger sind, und mitstimmen dürfen“ (Fr. Schlegel, 40). Die Ablehnung der höfischen Kunst, der Tyrannei des Regelzwangs, die Reimfeindschaft, die Forderung nach Popularität und die Hinwendung zu den als volkstümlich empfundenen Formen der Barden- und Oden-dichtung, zum attisch-freiheitlichen Dithyrambus, zur Tragödie und zum antiken Stoff, die Durchsetzung des fragmentarischen Kunstideals im offenen Drama des Sturm und Drang, die Aufwertung der Satire und des Aphorismus und die Rückkehr zur reflektierten Autonomiekonzeption der bürgerlichen Klassik lassen sich so als spezifisch literarische Reaktionsweisen innerhalb des umfassenden gesellschaftlichen Emanzipationsprozesses des Bürgertums entziffern.

Anhand einer historisch-soziologischen Analyse zentraler politischer Begriffe und poetischer Metaphern wie „patriotisch“ und „populär“, „Herz“ und „Begeisterung“ belegt Jäger den antifeudalen Duktus der Dichtung der Aufklärung und des Sturm und Drang, ihr Eintreten für bürgerliches Recht, für Freiheit und Eigentum. — In der Herausarbeitung der Volksverbundenheit, des Antifeudalismus und bürgerlichen Humanismus dieser Literatur führt Jäger, ohne sich explizit darauf zu berufen, die Forschungen Lukács' und W. Krauss'

zur Literatur der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts weiter. Er bezieht so konsequent einen Standpunkt, von dem aus — im Gegensatz etwa zur traditionellen Korff-Schule — die Einheit von Aufklärung, Sturm und Drang und der Klassik als einer bürgerlichen Literaturbewegung ins Auge fällt. Das vorgelegte Material formiert sich zu einer überzeugenden Absage an die bürgerliche Miserekonzeption und die in diesem Zusammenhang vertretene These von einem spezifisch deutschen, literarischen Weg zur Nation.

Freilich entspricht die Präsentation und Analyse des Materials durch Jäger — und darin zeigt sich die notwendige Bindung der Arbeit an die vorgefundenen wissenschaftlichen Positionen — nicht in allen Punkten diesen fortschrittlichen Intentionen. So werden die Befunde z. T. einfach der sprachlichen Erscheinungsebene oder dem publizistischen Beiwerk entnommen und nicht systematisch aus der Struktur der Werke hergeleitet. Auf diese Weise setzt sich aber die Trennung von politischer Funktion und literarischer Struktur, die im Prinzip abgewehrt werden soll, wieder durch. Unklar bleibt auch, was Jäger mit der Politisierung der Kunst eigentlich meint. Teils denkt er dabei an den „politischen Wortschatz“ (9) der Literatur selbst, teils an das „politische Bewußtsein“ (9) und die „politische Gesinnung“ (38) der Schriftsteller, gleichzeitig aber auch an die Vertiefung und Reflexion der „gesellschaftlichen Funktion (der) Dichtung“ (7). Politisch im Sinn der ersten beiden Bestimmungen war die feudale Hofpoesie sicher eher als die bürgerliche Literatur. Was diese von jener unterscheidet, ist nicht nur der Inhalt ihrer politischen Aussage, sondern ihre Emanzipation von der unmittelbaren Bindung an die politisch-moralische Indienstnahme durch Hof und Kirche. Die eigentlich fortschrittliche Tendenz im 18. Jahrhundert ist so gesehen der Prozeß der Autonomisierung der Kunst, die Konstituierung von Kunst als gesellschaftlicher Tätigkeit *sui generis*. Das wesentlich Neue ist die infolge des Kampfes gegen die feudale Regelpoetik und die Bindung der Kunst an moralisch-lehrhafte Hauptzwecke gewonnene Freiheit des ästhetischen Ausdrucks, durch die der gesellschaftliche Mensch sich neue Seiten seines Wesens erschloß. Aus dieser Entwicklung ergeben sich, bei aller Gemeinsamkeit der emanzipatorischen Ziele, unterschiedliche Ausdrucksformen und Inhalte von Kunst und politischer Praxis, die gerade im Interesse einer Entfaltung des gesellschaftlichen Wesens des Menschen in der Differenzierung seiner Tätigkeitsformen und Bedürfnisse, aber auch im Sinn einer fortschrittlichen Praxis hervorgehoben werden sollten.

So vermag denn auch der Hinweis auf die „wesenhafte Einigkeit von Dichtung und politischer Tat“ (51) der Komplexität der gesellschaftlichen Vermittlungen von Literatur und Politik nicht gerecht zu werden. Einmal läßt sich der politische Charakter von Literatur nicht allein aus dem ablesen, was Literatur explizit von sich sagt. Was Engels den „Sieg des Realismus“ bei Balzac nannte, war Ergebnis der sich in der künstlerischen Gestaltung objektiv durchsetzenden Wahrheit. Auch daran, ob sie im Material als dem Inbegriff der künstlerischen Produktivkräfte die eigenen Widersprüche als gesell-

schaftliche herausarbeitet, und nicht allein nach der Authentizität ihrer politischen ‚Gesinnung‘, ist die emanzipatorische Funktion der bürgerlichen Literatur zu bemessen. In dieser Hinsicht sind die Werke konservativerer Autoren — z. B. von Kleist, Goethe und Schiller in der klassischen Periode — fortschrittlicher als die der politisch-radikaleren, aber literarisch weniger bedeutenden Autoren.

Zweitens spricht die Übertragung poetischer Bilder und Kategorien auf das politische Geschehen („die französische Revolutionsbühne“, „die Einnahme der Bastille, ein völlig Shakespearesches Drama“ bei Merck und im Göttinger Revolutions-Almanach, zit. 54) weniger für die „politische Implikation“ der Dichtung (54) als für eine bedenkliche Tendenz zur Ästhetisierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auf die Jäger in anderem Zusammenhang durchaus hinweist (41 f.; 58 ff.). Die in der Dichtung der Zeit teilweise vorgenommene Ersetzung der politischen Tat durch die Poesie (vgl. 55) erscheint eher als Ausdruck der Unentwickeltheit und Rückständigkeit des politischen Bewußtseins der deutschen literarischen Intelligenz, die Funktion der bürgerlichen Kunst — als bevorzugtem Ort der öffentlichen Selbstverständigung einer sich zwar literarisch und ökonomisch, aber nicht im selben Maß politisch emanzipierenden Klasse — ambivalent.

Doch sind derartige Verkürzungen der durchaus vielschichtigen Problematik in der Arbeit H. W. Jägers eher Ausnahme. Es sollte auf sie auch mehr im Hinblick auf eine nicht zuletzt durch die Arbeit selbst veranlaßte Ausweitung der wissenschaftlichen Fragestellung hingewiesen werden. Als Antwort auf eine Forschungsrichtung, die in der Beschränkung auf geistesgeschichtliche und ästhetisch-formale Befunde die gesellschaftliche Funktion von Literatur und die gesellschaftliche Dimension ihres Gegenstandes weitgehend aus den Augen verloren hat, ist Jägers Studie, über den unmittelbaren Anlaß hinaus, einer der wichtigsten Beiträge zur Sozialgeschichte der Literatur im 18. Jahrhundert und ein Schritt auf dem Weg zur gesellschaftswissenschaftlichen Fundierung der Literaturwissenschaft.

Anke und Lutz Winckler (Tübingen)

Jäger, Hans-Wolf: Politische Metaphorik im Jakobinismus und im Vormärz. Texte Metzler 20. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1971 (173 S., br., 8,— DM).

Als geeignetes Titelbild hätte eine Skizze Goethes von 1799 dienen können: auf der Rückseite eines Briefes an Herder zeigt die eine Bildhälfte Frankreich im Sonnenlichte der Freiheit, die andere die Landschaft der Reaktion in düsterem Gewitterregen. Als Empfehlung für den Leser bietet sich Goethes, der Skizze beigefügte, leicht ironische Aufforderung an: „Ich wünsche, daß diese Effigiation zu heilsamen Betrachtungen Anlaß geben möchte“. Jägers Entschlüsselungen antithetischer Naturbilder wie Nacht-/Morgen, Winter-/Frühling als politische Kategorien wie Despotismus-/Humanität oder Absolutismus-/Republik sind für den in immanenter Interpretations-

unschuld befangenen Literaturwissenschaftler verblüffend: war er bislang gewohnt, in Naturmetaphorik und Landschaftsschilderung Naturlaute zu hören, so bekommt er nun darin die Klänge der Mar-seillaise nachgewiesen. Gegenüber traditionellen literaturgeschichtlichen Studien, die den Zusammenhang von Rokoko und Biedermeier oder Goethe und dem Realismus betonen, läßt sich diese Untersuchung als eine der ersten in der BRD auf literarische Beziehungen zwischen Aufklärung und Vormärz ein, die zu erinnern der Bourgeoisie bisher lästig oder unnötig war. Aus den Bildfeldern der Natur (12 f.), Religion (47 f.), antiken Mythologie (52 f.) und Erotik (65 f.) trägt Jäger mit detektivischer Akribie ein umfassendes „Magazin des politisch progressiven Wortschatzes“ (23) dieser Klasse zusammen. Einschränkungen des Agitationsradius dieser Metaphorik durch Klassen- und schichtenspezifische Rezeptionsbedingungen werden u. a. am Problem mythologischer Bilder bedacht; die ideengeschichtliche Herkunft der politisch progressiven Bildlichkeit aus Naturrecht (84), Naturwissenschaft (90) und pantheistischer Naturphilosophie (91 f.) wird intensiv diskutiert.

Die methodische Disposition der Arbeit widerspricht weder Kants noch Brechts Funktionsbestimmung der Metapher. Die Untersuchung holt sie praktisch, wenn auch nicht theoretisch ein. Der ausdrückliche und wissenschaftlich zu diesem Zeitpunkt berechnete Verzicht auf theoretische Diskussion des Bildbegriffs (7) wird daher nicht zur Fehlerquelle, sondern gegenüber geläufigen Formalisierungsverfahren der Literaturwissenschaft durch Akzentuierung des Inhalts zum Vorzug. Für Kant leistet die Metapher keine theoretische Bestimmung des Gegenstandes, sondern kann „als Modell in pragmatischer Funktion“ beschrieben werden. (H. Blumenberg, *Paradigmen zu einer Metaphorologie*. Bonn 1960, S. 10). Soweit Vf. das provokative und subversive Umfunktionieren biedermeierlicher Natur- oder religiöser Bilder und die politische Ambivalenz dieser Metaphorik nach der 48er Revolution verfolgt, stimmen sein Verfahren und seine Kritik zudem mit Brechts Überlegungen zur Problematik poetischer Bilder überein:

„Gleichermaßen gefährlich und nützlich ist auch das Machen
Einleuchtender Bilder. Da wird der Kosmos gebildet.

(. . .)

Oder es wird die Geschichte gebildet. Vor aller Augen
Lösen die Situationen einander ab. Nur wenige immer
Wiederkehrende Grundgesetze regeln die Vorgänge.
Solche Bilder sind nützlich, solange sie nützen. Nicht länger
Nur im Kampf mit anderen Bildern, nicht mehr so nutzbaren
Aber einstmals auch nützlichen, bringen sie Nutzen.“

(Brecht, G. W. 10, S. 902)

Jägers Leistung ist es, in seinen „Bemerkungen zur historischen Kritik der politischen Bildlichkeit“ (116) Kriterien entwickelt zu haben, die den historischen Umschlag von der Berechtigung zur Unbrauchbarkeit der politischen Naturmetaphorik einholen. Solange das

Bürgertum als aufsteigende Klasse mit politischer Energie gegen Aristokratie und Feudalismus mit einer politisch suggestiven, volkstümlichen Naturmetaphorik kämpft, ist sie in der Hauptseite tragfähig; wo aber — wie im Verlauf und nach der 48er Revolution — die Großbourgeoisie die „reale historische Legitimation“ dieser Naturmetaphorik, ihr Bündnis mit den Volksmassen verleugnet (83), indem sie mit den Aristokraten gegen Kleinbürger und Proletarier konspiriert (122), pervertiert diese Naturmetaphorik zur „herrschaftskonforme(n) Ideologiebildung“ (120).

Die korrekte Verbindung von Bildfunktion und -wandel mit der Klassen- und historisch-ökonomischen Analyse (110) bleibt im wesentlichen beschränkt auf die Untersuchung des politischen Mißbrauchs dieser Bilder durch die Großbourgeoisie in und nach der 48er Revolution, obwohl Jäger nicht entgeht, daß die von pantheistischer Vorstellung geprägte Naturmetaphorik auch schon vor der 48er Revolution z. T. illusionär ist (108/109). Gerade das Scheitern der 48er Revolution spitzt die politische Problematik dieser Metaphorik zu auf die Frage der Dialektik von politischer *und* ästhetischer Qualität in der Vormärzliteratur. Nicht nur F. Th. Vischer und H. Heine haben die politische und insbesondere ästhetische Insuffizienz der kleinbürgerlichen poetischen Agitation persifliert als einen „Ozean der Allgemeinheiten“, in dem die freiheitliche Bewegung untergehe, sondern auch F. Engels. Er kritisiert die deklamatorische Abstraktheit dieser Poesie; auch wenn „die Liebe (...) sechzehnmal, das Licht siebenmal, die Sonne fünfmal und die Freiheit achtmal“ vorkomme (MEW, Bd. 4, S. 286 f.), ver helfe ihr das nicht zu politischer Konkretion und ästhetischer Qualität.

Gravierender noch ist der Vorwurf Engels', die radikale Metaphorik sei die politische Potenzgeste einer längst gesellschaftlich verinnahmten Literatur. Ein Gedicht, das die Rolle Rothschilds in der Julirevolution im naturmetaphorischen Stil des „Völkerfrühlings“ folgendermaßen pathetisch besingt:

„Warst du bereit? Erklang dein Gold
Wie Lerchengezwitscher jubelnd und hold
zum Lenz, der in der Welt sich rührte?“

entlarvt er durch den Kommentar: „der Lenz, der sich rührte, war der Lenz der Bourgeois, dem allerdings das Gold, Rothschilds Gold, so gut wie jedes andere, wie Lerchengezwitscher jubelnd und hold erklingt. (...) Sobald übrigens Rothschild von den soliden Basen der neuen Regierung sich überzeugt hatte, ließ er unbedenklich seine Lerche zwitschern — gegen übliche Zinsen — versteht sich“ (MEW, Bd. 4, S. 210).

Die dialektische Vermittlung von ästhetischer und politischer Qualität ist jedoch nicht nur Problem der kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung vor 48, sondern auch der klassischen Ästhetik. Erst indem die kapitalistische Gesellschaft den Menschen durch Unterwerfung der Natur aus borniertem Naturverhältnis befreit, wird Natur ästhetisch rezipierbar als freie, aus der Nutzung herausgelöste. Vorzüglich in Deutschland wird dieses ästhetische Naturverhältnis

politisch relevant in Verbindung mit einer teleologischen Auffassung der Geschichte. Bürgerliche Ästhetik als Theorie einer unproduktiven Form menschlicher Arbeit hat strukturelle Analogien zur Teleologie. Beide versprechen eine bessere Gesellschaft, obgleich sie die Mittel zu deren Realisierung weder angeben wollen noch können. Speziell die teleologischen Implikationen der politischen Naturmetaphorik verdeutlichen die Notwendigkeit und immanente Widersprüchlichkeit des Versuchs, das schwer vorstellbare Neue darzustellen. Ansätze zur Beurteilung der politischen und ästhetischen Qualität solcher Bilder liefert Benjamin, wenn er die Funktion von Wunschbildern analysiert: das Kollektiv hebe darin „die Unfertigkeit des gesellschaftlichen Produkts sowie die Mängel der gesellschaftlichen Produktionsordnung“ auf und verkläre sie. Gegenüber dem stärker politischen Akzent Jägers auf der bürgerlichen Opposition vor und Legitimation nach 1848 sind Benjamins Bemühungen konzentriert auf die Rekrutierung poetischer Bilder aus den an der Oberfläche sichtbaren mystifizierten Bewegungsformen des Kapitals. Daraus ergeben sich interferierende Interpretationen. Während Jäger an V. Hugos Verwendung der Meeresmetapher für Menschenmassen das politisch fortschrittliche, weil kollektive Moment hervorhebt, erschließt Benjamin aus der Erscheinung, dem Naturspiel der Großstadtmenge, deren gesellschaftliches Sein: Hugos Meeresmetapher stelle ein Modell von Kunden dar, eine „Massierung privater Personen als solcher durch den Zufall ihrer Privatinteressen“ (W. Benjamin, Charles Baudelaire. Frankfurt/M. 1969, S. 66).

Jäger hat für die politische Literatur der bürgerlich-demokratischen Bewegung wichtige Fragestellungen entwickelt, seine Ergebnisse sind nicht zuletzt geeignete Interpretationshilfen auch für scheinbar unpolitische bürgerliche Dichtung, die sich bis in die Schulen durchsetzen sollten. Eine annähernd qualifizierte Untersuchung ist für die Literatur der Arbeiterbewegung noch zu leisten.

Günter Oesterle (Würzburg)

Riha, Karl: Die Beschreibung der „Großen Stadt“.

Zur Entstehung des Großstadtmotivs in der deutschen Literatur (ca. 1750—1850). Frankfurter Beiträge zur Germanistik, Bd. 11. Verlag Gehlen, Bad Homburg v. d. H. — Berlin/West — Zürich 1970 (182 S., Ln., 28,— DM).

So nahe methodisch dem Thema Großstadtbeschreibung eine motivgeschichtliche Bearbeitung zu sein scheint, so fern bleibt sie gewöhnlich seinen Problemen. Denn der traditionelle Motivforscher mustert die Geschichte wie ein Alteingesessener sein Dorf; er findet in ihr am liebsten Bekanntes; dem Neuen begegnet er mißtrauisch, akzeptieren kann er es durch ein Aneignungsverfahren, das Neues zum modifiziert Alten rückbildet; seine Methode ist die des Wiedererkennens. Fazit jeder thematisch beliebigen Motivgeschichte könnte daher sein: „Dies alles ist immer originell, aber der Intention nach kaum neu“ (140).

Dem problematischen methodischen Zugriff entspricht eine zwar umfangreiche, aber vordergründige Materialerarbeitung. Selten kommt Riha über das Reflexionsniveau seines jeweiligen Autors hinaus. Vorhandene literaturtheoretisch und historisch weiterführende Ansätze schlägt er aus. Der noch von Sengle problematisierte Gegensatz Stadt - Land wird als angeblich bloß heuristisches Prinzip fallengelassen, Benjamin nur in einer Anmerkung erwähnt. Undurchsicht bleibt der Konstitutionszusammenhang der Entwicklung von Kapitalismus und Stadt. Daher werden weder die sich literarisch manifestierende Subsumtion des Menschen unter die Arbeitsteilung, seine Existenz als borniertes Stadt- bzw. Landtier erfaßt (vgl. MEW 3, S. 50) noch etwa die Verabschiedung der alten Form des Städtelobs zureichend erklärt, geschweige denn weitere Phasen der Stadtbeschreibung. Während die Gattung des Städtelobs nämlich unter der Vorherrschaft des Landes über die Stadt um diese warb, gewährt die topographisch beschreibende Stadtliteratur im handelskapitalistischen Interesse liegende Orientierungshilfen innerhalb der nun dem Land tendenziell überlegenen Stadt. Jedoch — „der Wirklichkeit einen allzu direkten Einfluß auf das Kunstwerk“ (30) einräumen, heißt in einen Fehler zu verfallen, den der Autor G. Lukács nachsagt. Riha vermeidet ihn. Sein Verständnis des Verhältnisses von „Wirklichkeit und Literatur“ erlaubt ihm, die Untersuchung auf den Ausschnitt dessen zu beschränken, „was philologisch auch wirklich näherer Bestimmung sich öffnet“ (ebd.). Solcher Methode ist lediglich konstatierbar, daß im 18. Jh. das sich rasch zum topischen Bestand verfestigende Großstadt„erlebnis“ von Paris und London in die Literatur gelangte. Reiseführer und Sittenspiegel setzten erste Akzente; sie weisen den Weg zu den Sehenswürdigkeiten und den Pfad der Tugend durch die Sittenverderbnis der Stadt. Gleichwohl bedeutet erst das regelmäßig seit 1798 in Deutschland erscheinende Journal „London und Paris“ des Weimarer Großverlegers Bertuch für „das Genre der Stadtbeschreibung und die in ihm sich ausprägenden Strukturen, für das Erlebnis der Großstadt und die spezifische Erkenntnis des Großstädtischen (...) eine entscheidende Markierung“ (56). Endgültig abgelöst wird die topographische Städtebeschreibung in Deutschland laut Riha in den zwanziger Jahren des 19. Jhdts. An ihre Stelle tritt das sich vor allem auch des Zensurdruckes wegen bei den Jungdeutschen zunehmender Beliebtheit erfreuende „genreartige (...) soziale Städtebild“ (77); in den vierziger Jahren schließlich gelingt A. Stifter mit seiner Wienbeschreibung aus der Perspektive des Stephansdoms die Kunstform der Stadtbeschreibung (vgl. 87 ff.), während F. Sass und E. Dronke mit ihren Berlin-darstellungen erste sozialkritische Analysen der Großstadt in Deutschland leisten (76 ff.). Unentdeckt bleibt Dronkes bis zu wörtlichen Übernahmen gehende Rezeption des Kapitels über die großen Städte in F. Engels' Schrift über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“. Zwar ermöglicht die Behandlung von Dronke und Sass rückblickend die kritische Relativierung der bisherigen Stadtliteratur, etwa von Glaßbrenners Volksliteraturkonzept, die sozialanalyti-

schen Versuche erscheinen jedoch nach Anlage des Buches als literaturgeschichtliche folgenlose Einzelfälle. Auf Rihas Fluchtlinie, der These zunehmender Poetisierung der beschreibenden Stadtliteratur, erweist sich die Kunstform der Stadtbeschreibung als die entscheidende Überleitung zur Erzählform der Großstadtbeschreibung. Entsprechend beschäftigt sich das letzte Drittel des Buches mit F. Nicolais „Leben und Meinungen des Herrn Sebaldus Nothanker“, L. Tiecks „William Lovell“, E. T. A. Hoffmanns „Des Veters Eckfenster“, F. Grillparzers „Der arme Spielmann“ und G. Kellers „Der grüne Heinrich“.

Rihas Vorgehen, das affirmative, von einem politisch engagierten deutschen Kritiker treffend als „Guckkasten“ charakterisierte Journal „London und Paris“ zur Pioniertat zu erklären, hingegen die wahrhaft Schule machende Beschreibung von Paris am Vorabend der Revolution, Merciers „Tableau de Paris“, nicht einmal zu erwähnen, ist unhaltbar. Das von 1781—1788 auf 12 Bände anwachsende Werk liegt bereits 1783 in deutscher Übersetzung vor; um die Jahrhundertwende folgt die Schilderung vom Paris nach der Revolution, „Das neue Paris“; Vorabdrucke daraus bringen jakobinische Zeitschriften in Deutschland; das Journal „London und Paris“ legitimiert sein Erscheinen ausdrücklich mit dem Hinweis auf den Markterfolg dieser Parisbeschreibungen. Ihr Autor Sebastian Mercier, Freund nicht nur seiner politischen Gegner Robespierre und Demoullins, sondern auch persönlich bekannt mit deutschen Demokraten wie Campe, Cramer und Rebmann, berichtet, für sein Tableau so viel herumgelaufen zu sein, daß er getrost behaupten könne, „es mit den Beinen geschrieben zu haben“ (L. S. Mercier: Paris am Vorabend der Revolution. Hrsgg. v. G. Metken. Stuttgart 1967, S. XI.) Nicht rahmenschau-, nicht guckkastenartig begrenzt, nicht distanziert vom Turm mit Fernrohr wie später bei Stifter oder vom Fenster aus wie bei E. T. A. Hoffmann ersteht hier die große Stadt, sondern zerstreut zwischen den vielen Reizen im eigens dazu angewöhnten „geschwinden und elastischen Gang auf dem Pflaster“ (ebd.) werden ihre sozialen Gegensätze im flüchtigen Entwurf fixiert. Programmatisch hebt Mercier sein literarisches Vorhaben gegen den früheren Typus der Stadtbeschreibung ab: „Die topographische Lage von Paris übergehe ich, desgleichen die Beschreibung von Baulichkeiten, Denkmälern und Sehenswürdigkeiten jeglicher Art (. . .). Ich interessiere mich für das menschliche Zusammenleben, für die Gesellschaft“ (Mercier, 9). Objektiv motiviert sich das an der Großstadt konkretisierte gesellschaftliche Interesse zunächst aus den hier sichtbar veränderten Verkehrsformen der Menschen untereinander in der sich entwickelnden kapitalistischen Gesellschaft. Forster z. B. formuliert es in der Abstraktheit des Aufklärers, wenn er einem deutschen Revolutionsgegner Paris als die Schule der Menschenkenntnis vorstellt und die Aufmerksamkeit in seinen „Parisischen Umrissen“ auf die öffentliche Meinung richtet. Subjektiv weist sich dieses Interesse bei den einen als politisch engagiertes, zur kritischen Analyse tendierendes aus, bei den andern als einträgliches Geschäft mit der Neugierde. Mercier

nur im Zitat erwähnt und Benjamin nur in einer einzigen Anmerkung berücksichtigt zu haben, heißt die ansehnliche Tradition physiognomisch verfahrenender Stadtliteratur mißachten. Findet dieses Verfahren bei Mercier die erste prägnante literarische Form, so wird es von Benjamin nicht nur wissenschaftlich bearbeitet, sondern gewinnt zugleich wissenschaftsmethodischen und geschichtsphilosophischen Rang in Beziehung zu seiner Konzeption des „dialektischen Bildes“. Wenn Benjamin gegen den Kritiker des „steinernen Berlin“, Hegemann, vom Historiker verlangt, mit dem Sinn für „historische Physiognomie“ „das unbewußt Gelebte (zu) enthüllen“, formuliert er Probleme materialistischer Hermeneutik.

Literaturgeschichtliche Konsequenz hat zudem die Reduktion von Stoff- und Motivkomplexen der großen Stadt auf Topoi, d. h. geschichtlich fungiblen literarischen Versatzstücken. Sie verführt zu der These, es existiere auch bereits in Deutschland „eine reiche Großstadtliteratur, lange bevor es im Land selbst Großstädte gegeben hat“ (31). Bei ihrer Präzisierung stellt sich allerdings eine wichtige Modifikation heraus: die strukturell bestimmenden Momente der Großstadtbeschreibung gewinnen in der Darstellung deutscher Städte gegenüber Westeuropa mit rund einem halben Jahrhundert Verzug gestaltprägenden Charakter. Diese immerhin beachtliche Verspätung, die deutlich die ökonomische und politische Ungleichzeitigkeit Deutschlands zu Frankreich und England bis in die Darstellungsweise hinein manifestiert, bleibt unproblematisiert. Dabei verweist Benjamins Vergleich zwischen E. T. A. Hoffmanns Berлиндarstellung in „Des Vettters Eckfenster“ und E. A. Poes „Der Mann in der Menge“ auf diese Differenz als das organisierende Zentrum künstlerischer Produktion und wissenschaftlicher Interpretation. Indem Benjamin die geschichtlich bedingte Brechung eines Großstadtmotivs vom übrigen Europa nach Deutschland hin in dessen spezifischer Gestaltung einholt, interpretiert er die Begrenztheit des deutschen Kleinbürgers, dessen Zuschauerrolle auf die Zaungastposition der deutschen Geschichte in der Weltgeschichte zugeschnitten ist. Hoffmanns Betrachtung des Berliner Marktes aus der Distanz des Eckfensters charakterisiert jene, auch von Heine beklagte Ungeselligkeit deutscher Schriftsteller im Unterschied zum Typ des freien Schriftstellers, dem die Gattung der Stadtphysiognomien Resultat seiner „Orientierungsversuche“ auf dem literarischen Markt und „hohe Schule des Feuilletons“ zugleich wird (W. Benjamin: Charles Baudelaire. Ein Lyriker im Zeitalter des Hochkapitalismus. Frankfurt 1969, S. 35). Wenn Riha in der zweiten Hälfte des 19. Jhdts. dieses Genre ins Feuilleton absinken sieht, so ist demgegenüber festzuhalten, daß es von Anfang an nichts anderes als ein feuilletonistisches war. Es heißt die literaturtheoretische Brisanz dieser Literatur verkennen, wenn es nur „ihre literarische Aufwertung, ihre jeweilige Überhöhung ist, die sie interessant macht“ (38). Statt sie auf die „hohe Dichtung“ zu orientieren, wie der zweite Teil des Buches es tut, wäre mit W. Preisendanz zu fragen, ob nicht der u. a. bei H. Heine feststellbare „Funktionsübergang von Dichtung und Publizistik“ die geschichtlich begrenzte Kom-

petenz der Ästhetik und ihres Kunstbegriffs selbst sichtbar macht. Diese Frage stellt sich nicht zuletzt mit Rücksicht auf die von Hegel formulierte Zäsur, das Ende der höchsten Bedeutung der Kunst zugunsten der Wissenschaft Philosophie, und Benjamins Suspendierung der „unerlaubt ‚dichterischen‘“ Darstellung von „Paris, der Hauptstadt des neunzehnten Jahrhunderts“ zugunsten ihrer wissenschaftlichen (Benjamin an G. Adorno 16. VIII. 1935).

Ingrid Oesterle (Würzburg)

Delius, Friedrich-Christian: Der Held und sein Wetter.

Ein Kunstmittel und sein ideologischer Gebrauch im Roman des bürgerlichen Realismus. Carl Hanser Verlag, München 1971 (177 S., br., 31,— DM).

Die Fragestellung der Untersuchung zielt auf die Analyse ästhetischer Illusionierungstechniken bürgerlicher Literatur. Das Interesse am Wetter wird durch einen eher technischen Aspekt — seine Funktion als „ökonomisches Prinzip“ (8) bei der Gestaltung komplexer fiktionaler Texte — und durch einen ideologiekritischen Aspekt — seine Funktion als Interpretament gesellschaftlicher Prozesse (81) — begründet. Der Aufriß gesellschaftlicher Perspektive des Gegenstands verweist auf die Distanz des Autors zur ‚reinen‘ Poetologie. Das Verfahren verlangt eine historisch-soziologische Fundierung des poetologisch-ideologiekritischen Doppelaspekts: Sie wird durch den Hinweis auf die Konsequenzen des Scheiterns der bürgerlichen Revolution von 1848 — die erzwungene politische Abstinenz des deutschen Bürgertums und das Bedürfnis nach literarischem Wirklichkeitsersatz, nach Kompensation der politischen Unzufriedenheit durch „ästhetische Befriedigung“ (13) — in großen Umrissen gegeben. Delius hebt die zentrale Bedeutung der Poetik Otto Ludwigs für jene restriktive Praxis von Literatur hervor: Im Prozeß der Abschirmung der Fiktion von der gesellschaftlichen Realität des Kapitalismus werden von Ludwig literarische Integrationstechniken entwickelt, in denen die inhaltlich gemeinten klassischen Gestaltungsmittel literarischer Identifikation bzw. Katharsis (nach Hegel der ‚allgemeine Weltzustand‘, die ‚Situation‘ bzw. ‚Kollision‘, die ‚Handlung‘ und der ‚Charakter‘) zu bloßen Unterhaltungs- und Integrationstechniken herabgestuft werden. Natur, als Mittel ästhetischer Illusionierungstechnik verwandt, leistet der ideologischen Illusionierung Vorschub. Wetter/Stimmungskontraste bzw. -parallelen stellen, wie Delius am Beispiel von Raabes ‚Hungerpastor‘ zeigt, zwischen den individuellen Handlungsabläufen innerhalb der literarischen Fiktion und zwischen dieser und der gesellschaftlichen Realität ein symbolisch überhöhtes Strukturgefüge her, in das die ideologischen Integrationsmuster bürgerlicher Pseudovertrautheit und -orientierung widerspruchlos eingelassen werden können: „Es wird eine Verklammerung hergestellt zwischen Mensch und Natur, die, durch nichts in Frage gestellt, schicksalhafte Qualität bekommt. Mit den Verweisen auf die Natur, aufs Wetter und auf das Höhere und mit dem Gefüge von Parallelis-

mus, Natursymbolen und -metaphern wird ein imaginärer Himmel installiert, der die ordinären Geschehnisse unten spiegelt, bestätigt, transzendiert“ (60).

Der Erfolg dieses Arrangements beruht auf einer Täuschung, eben der über den bewußten Charakter des Arrangements selbst: Natur darf nicht als Moment der ästhetischen Konstruktion, als Material der literarischen Arbeit erscheinen — sie fungiert als Inhalt, der der literarischen Arbeit selbst noch vorauszuliegen scheint. Daß es sich dabei um eine Täuschung objektiver Art handelt, deren Ursache in der Unbeherrschbarkeit des materiellen Produktionsprozesses innerhalb bürgerlich-kapitalistischer Produktionsverhältnisse liegt, wird von Delius nicht entschieden genug thematisiert, die Perspektive des Abbaus von falschem Bewußtsein nur bis zu den ironisch-mehrdeutigen Relativierungs- und Reduktionstechniken der Wetterallegorie bei Fontane bzw. den ‚Sprachdiffusionen‘ Musils fortgeführt. Die etwas überakzentuierte Entsprechung — Rücknahme der Wetterallegorie/Steigerung des gesellschaftskritischen Bewußtseins (89) — weckt Assoziationen an wissenssoziologische Verfahren. Vernachlässigt wird das widersprüchliche Moment an Natur wie an bürgerlicher Rationalität, wenn auch nicht vollkommen übersehen (vgl. etwa 80 f.). Natur als wesentlich gesellschaftlich produzierte, wenn auch nicht gänzlich beherrschte Macht, geht als Bestandteil des Arbeitsprozesses unmittelbar und nicht erst infolge ideologischer Setzung in die Gesellschaft bzw. die historischen Produktionsverhältnisse ein: Die Beherrschung der Natur war historisch stets gebunden an die Beherrschung des Menschen durch den Menschen. Natur ist deshalb nicht ausschließlich imaginärer Flucht- oder Illusionsraum der Innerlichkeit (vgl. 30 ff.), sondern in erster Linie Ort der Ausbeutung bzw. der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Widersprüche in der Natur sind nicht durch Aufhebung der Natur bzw. das gedankliche Abarbeiten der Naturallegorie, sondern nur durch die Aufhebung der Widersprüche in der Gesellschaft zu lösen. Diese gegensätzliche Bewegung ist, wie bei Delius in den Passagen über Jean Paul teilweise angedeutet, bis in die widersprüchliche Einheit von ‚ökonomischer‘ und ideologischer Funktion der Naturallegorie als Schreibtechnik spürbar. Natur kann nicht ohne Rest in literarischer Technik aufgehen. Es liegt hier eine Entwicklung von Hegels keineswegs widerspruchsfreier Subsumtion des Naturschönen unter das Kunstschöne bis zu den verknöcherten Instrumentalisierungstechniken der späten bürgerlichen Realisten vor, eine Entwicklung, die als Teil der Klassengeschichte des Bürgertums begriffen werden muß. Daß die gesellschaftliche Problematik dieser Instrumentalisierung von Natur zur Schreibtechnik nicht entschieden genug thematisiert wird und so das, was in der Naturallegorie selbst Raabes dem konstruierenden Zugriff des Autors sich widersetzt, übersehen wird, ist ein methodologischer Vorbehalt gegen das Buch — das ansonsten nicht den Vorwurf zu fürchten braucht, ‚das gute Wetter sei der beste Stimmungsmacher für schlechte Autoren‘ (7).

Lutz Winckler (Tübingen)

Soziologie

Mehmert, Arnim: Bedürfnisse — Manipulierung — individuelle Konsumtion in der BRD. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1973 (Lizenzausgabe des Akademie-Verlages, Berlin/DDR 1973) (314 S., br., 12,50 DM).

Mehmert hat sich die lohnende Aufgabe gestellt, den Lebensstandard der westdeutschen Arbeiterklasse, die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse, ihr Verhältnis zueinander, ihre Veränderung und ihre Formierung durch Kapital und Staat anhand statistischer Unterlagen zu überprüfen. Nach einigen allgemeinen theoretischen Überlegungen zur Frage menschlicher Bedürfnisse, ihrer historischen Entwicklung als Voraussetzung und Folge der Entwicklung der Produktivkräfte, prüft der Autor die spezifische Bedürfnisentwicklung und -struktur unter kapitalistischen Bedingungen. Es ist das Verdienst des Buches, hier eine exemplarische Vorgehensweise vorzuführen: anhand von tatsächlichen Entwicklungen etwa der Verbrauchsgüterproduktion, dargestellt nach offiziellen Quellen aus der BRD (wie *Wirtschaft und Statistik*, *Jahresgutachten* und *Statistisches Jahrbuch der BRD*) werden Schlußfolgerungen gezogen auf die Struktur der kaufkraftabhängigen individuellen Bedürfnisse. Preisindices für die Lebenshaltung mit Rangfolgen nach den einzelnen privat verbrauchten Komplexen (wie etwa Körper- und Gesundheitspflege, Kleidung und Schuhe etc.), Einkommenstabellen sowie solche über die Ausstattung der Haushalte mit technischen Gebrauchsgütern (als einer Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Produktion) vervollständigen diesen konkreten Teil des Buches. Leider sind die Zahlen zu alt: zum Teil reichen sie nur bis 1961, die meisten bis 1964, einige wenige bis 1966. Die Behauptung des Autors, daß nach 1964 sich in der BRD bezüglich der behandelten Fragen (Produktion und Bedürfnisstruktur) nichts mehr geändert habe, läßt sich angesichts eines zweiten großen Automatisierungsschubes nach 1967 und angesichts der seit den siebziger Jahren vermehrten Automatisierung selbst in mittleren und kleineren Betrieben nicht aufrechterhalten.

Die Diskussion der verschiedenen Kozeptionen zur Frage des Lebensstandards von bürgerlicher Seite wird von Mehmert zwar bloß an einzelnen Beispielen begonnen, regt aber ebenso wie die Frage der Zunahme gesellschaftlicher Bedürfnisse aufgrund der Automatisierung der Produktion (Verwissenschaftlichung des Gesundheitswesens, der Ausbildung wie auch des Verkehrs- und Nachrichtenwesens) zur Weiterarbeit an.

Am wenigsten befriedigen die Aussagen zum Klassenkampf von oben, zur „staatsmonopolistischen Manipulierung“, wie der Autor es nennt. Zwar wird richtig darauf verwiesen, daß das Gebiet der individuellen kaufkraftabhängigen Konsumtion einen hohen strategischen Wert in der Systemauseinandersetzung hat (Wohlstandsgesell-

schaft), jedoch begnügt sich der Autor dann im wesentlichen mit der Wiederholung recht flacher Verschwörungsklischees. „Eine wichtige Rolle ... spielt die kapitalistisch-imperialistische Bedürfniskonzeption, die vermittelt kapitalistischer Motivierung der Bedürfnisse, mittels staatsmonopolistischer Manipulierung und werkspsychologischer Tricks versucht, die Bedürfnisse der Werktätigen auf das eng begrenzte Gebiet der kaufkraftabhängigen individuellen Konsumtion zu beschränken und sie selbst in dieser Sphäre so zu manipulieren, daß primär den kapitalistischen Profitbedürfnissen und den Interessen des kapitalistischen Systems Rechnung getragen wird“ (87). Der Autor nennt die Erscheinungsformen der sichtbaren Infrastrukturkrise der frühen sechziger Jahre, als stünden sie heute frisch auf der Tagesordnung. Seine aus eben jenen Fakten abgeleiteten Theoreme entsprechen daher auch dem Bewußtseinsgrad der damaligen Auseinandersetzung — insbesondere in der Studentenschaft (Reduzierung der Strategie des Klassenkampfes von oben auf die Praktiken der Bild-Zeitung in der Frage der Systemerhaltung und des Antikommunismus einerseits und auf Packard und Riesman andererseits in der Frage der Absatzstrategien).

Überhaupt ist die derzeitige theoretische Diskussion aller angeschnittenen Fragen in der BRD in keiner Weise in die Darstellung und Auseinandersetzung mit dem Stoff aufgenommen. So ist Helmut Schelsky aus dem Jahre 1957 — also bevor noch ernsthaft von Automatisierung in der BRD geredet werden kann — stellvertretender Kronzeuge für den angeblich relativ geringen Ausbreitungsgrad der Automation in der BRD, was erlauben soll, die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse im folgenden unter den Bedingungen der „Etappe ‚Entfaltung der Mechanisierung‘“ abzuhandeln (79). Einmal wird als „Vertreter der katholischen Soziallehre“ Hans Magnus Enzensberger zitiert (254); für „westdeutsche Ökonomen, Soziologen usw.“ zur qualitativen Seite der Bedürfnisse der Arbeiterklasse wird stellvertretend der Volkswirt F. Neumark (1964) genannt (247); die bürgerliche Volkswirtschaft wird ansonsten vertreten von Meyer-Dohm (1965), Schmucker (1961) und Meinhold (1961).

Die Schwächen dieses Buches charakterisieren leider manche Veröffentlichungen von DDR-Autoren über die BRD. Zwar wird hier Material geliefert, konkrete Fakten, Zahlen und Daten, die vorzüglich geeignet sind für die tägliche Aufklärungs- und gewerkschaftliche Arbeit, — dies ist wohl auch der Grund für die Veröffentlichung des vorliegenden Buches im Verlag Marxistische Blätter —, jedoch wird gleichzeitig der Eindruck vermittelt, hier schreibt einer von weither, er war lange fort, er hat den Anschluß verpaßt; er beschreibt uns, aber er beschreibt unsere Vergangenheit. Im Grunde wird Geschichte der BRD vorgelegt, aber nicht als Geschichte und ohne historische Analyse, sondern in der Tat als Material für vermeintlich aktuelle Forderungen. — So ist es z. B. einigermaßen grotesk, als gültigen Standpunkt der Bundesregierung 1973 ein Zitat des Staatssekretärs Claussen zu lesen, der 1965 meinte, das Bildungswesen würde für die technische Entwicklung ausreichen; dies ange-

sichts der Tatsache, daß die Bundesregierung in ihren „Materialien zur Lage der Nation“ schon 1971 das Bildungswesen der DDR als z. T. nachahmenswert für die BRD und notwendig für die technische Entwicklung pries. (Vgl.: Hegelheimer, Arnim, Berufsausbildung in Deutschland, rezensiert in *Das Argument* 80, S. 256).

Wird so einerseits der fortschreitenden Entwicklung und damit der Veränderung der Tagesprobleme nicht genügend Rechnung getragen, so läßt die Ferne, aus der her geschrieben wird, andererseits die verschiedenen Nuancen und komplizierten Differenzierungen verschwinden — ein Vorgang, der die Lösung der schwierigen alltäglichen Probleme wenig fördert. Kurz: manche der aus der DDR kommenden Texte zu Fragen der BRD, die von der Themenstellung her Werkzeuge sein sollten, eignen sich für diesen Zweck nicht wegen ihrer Unaktualität und wegen ihrer unzureichenden Differenziertheit. Der wichtigste Ertrag aus solchen Büchern scheint mir der Aufforderungscharakter zu sein: es gilt mit doppelter Kraft solche politisch wichtigen Analysen auch in der BRD in die Hand zu nehmen.

Frigga Haug (Berlin/West)

Scheuch, Erwin K., u. Rolf Meyersohn (Hrsg.): *Soziologie der Freizeit*. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Band 46. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972 (346 S., br., 28,— DM).

Sammelbände sind darauf zu befragen, inwieweit sie, vor allem über das Medium einer Einleitung, didaktisch strukturiert worden sind, inwieweit die ausgewählten Texte die Thematik vermitteln und inwieweit die Editionsprinzipien transparent und begründet sind. Um eine klare Aussage Dieter Prokops (in: *Massenkommunikationsforschung* 2, 1973, S. 8) umzukehren, heißt das: Der Sinn eines Readers besteht darin, nicht nur möglichst pluralistisch Diskussionsartikel zu präsentieren, sondern die vermittelte Vielfalt aus dem Umkreis eines reflektierten, vor dem Kontext der Forschung begründeten einheitlichen Fragenkomplexes aufzuschließen. Ein Reader sollte mehr als eine bloße technische Hilfe in Form der Sammlung bislang verstreuter, mehr oder weniger leicht zugänglicher, bekannter oder unbekannter Texte sein. Er sollte diese Materialien vielmehr mit einem Forschungsbericht konfrontieren und an ihnen ein an die Leser adressiertes Arbeitsprogramm entwickeln, aus dem hervorgeht, unter welchen Fragestellungen jeder einzelne Text in den Sammelband eingegangen ist und vom Leser zu rezipieren wäre. Schlecht — insbesondere aus didaktischer Sicht — sind diejenigen Reader, die wohl eine Reihe thematisch ähnlicher bzw. aufeinander beziehbarer Äußerungen zwischen zwei Buchdeckeln vereinen, bei denen dem Leser aber zu den einzelnen Texten nur mitgeteilt wird, dies seien „Argumente . . . , mit denen er sich auseinandersetzen muß“ (so Prokop).

Vor diesem Anspruch versagt die von Scheuch und Meyersohn herausgegebene Publikation. Neben einem dreiseitigen Vorwort und einer Auswahlbibliographie (329—340) haben die Herausgeber — vor

allem Scheuch — die Chance genutzt, ihre Arbeiten aus den 60er Jahren noch einmal abzdrukken. Insgesamt enthält der Band, außer dem Vorwort, zu den sechs Teilen: „Zur Einleitung“, „Freizeit und Kulturniveau“, „Die Verwendung von Zeit“, „Profile alltäglichen Freizeitverhaltens“, „Fernsehen, Sport und Tourismus als moderne Freizeitformen“ sowie „Methodische und bibliographische Hinweise“ 22 Beiträge; davon entfallen, einschließlich der Bibliographie, sieben Beiträge auf Scheuch und Meyersohn (allein Scheuch tritt viermal auf den Plan). Bereits äußerlich also steht der Band für jenen Begriff einer „Soziologie der Freizeit“, wie ihn Scheuch und Meyersohn meinen. Bezugsgrößen sind so eine „erfahrungswissenschaftliche Soziologie“, die sich der „Vielfalt“ einer „hoch differenzierten Gesellschaft“ widmet und die, von der politischen Verwertbarkeit her, auf eine Sozialtechnik bezogen ist, die sich einer schichtenspezifischen „Verteilung der vermehrten Freizeit“ verschreibt.

Indem dies aber lediglich in der sträflich knappen Positionsbestimmung des Vorworts (9—11) angedeutet wird, muß sich der Leser — sollte er zur aktiven Lektüre einzelner Texte bereits motiviert sein — auf seine ureigene Einfallsgabe verlassen. Einem Überblick dienen nämlich nur ein platter Forschungsbericht — der kaum über bibliographische Angaben hinausgelangt — und eine Typologie Meyersohns (15 ff., 321 ff.) und eine acht Jahre alte Problemstudie Scheuchs (23 ff.). Ansonsten wird zum Editionsprinzip lediglich mitgeteilt: „Die Anordnung der Beiträge soll . . . (die) Spannweite von Auseinandersetzungen mit dem Thema (darstellen)“; und: „Es sollten Beiträge sein, die zumindest für einige Zeit die Diskussion über Freizeit in den Sozialwissenschaften nachhaltig beeinflussen; es sollten ferner Befunde aus möglichst vielen Industriegesellschaften mitgeteilt werden“ (10). — Aber was heißt das alles: „Spannweite“, „nachhaltige Beeinflussung“, „Industriegesellschaft“?

Dieser Leitlinie folgend, enthält der Band Beiträge u. a. von Th. Veblen, S. de Grazia und J. Dumazedier. Alle Arbeiten aber werden unkritisch auf die von Meyersohn (16 ff.) dargestellten „vier Arten der Freizeitverwendung“: „Ruhe und Wiederherstellung der Kräfte“ (will meinen: „... die Ruhe (befähigt) den Menschen zumindest, die Arbeit wieder aufzunehmen ...“), „Unterhaltung, Zerstreuung und Vergnügen“, „Selbstverwirklichung“ und „Erbauung“ bezogen. Dabei wird „Selbstverwirklichung“ in einem kapitalistischen Gesellschaftssystem durchaus für möglich gehalten (18). Scheuch belehrt die Skeptiker: „Zumal den sozialistischen Kritikern . . . schien . . . die Ausdehnung der freien Zeit die einzige Möglichkeit, einen Raum für die Chance der Menschwerdung wiederzugewinnen, die während der beruflichen Arbeit durch fortwährende Arbeitsteilung und Arbeitszerlegung verlorengegangen wäre“ (23). Abgesehen davon, daß schon die Verwendung des distanzierenden Konjunktivs ein negatives Werturteil impliziert, zeigt sich bei diesem Versuch, die sozialistische Bewegung auf eine Bewegung zur Vermehrung von Freizeit zu reduzieren, wie sehr die grundsätzliche Thematik kaschiert wird: Freie Zeit ist nicht gleichbedeutend mit Freizeit (also: der Residualkate-

gorie für diejenige Zeit, die nicht mit Produktion und direkter Reproduktion der Ware Arbeit angefüllt ist), sondern sie setzt konkret die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Eigentum voraus und impliziert die Realität einer gesellschaftlichen Verfügung über die Produktion.

Eine solche kritische Distanz aber fällt aus der Perspektive der Herausgeber und damit des Bandes so total heraus, daß sie selbst eine Reihe zentraler Fragen nicht stellen. So findet sich nichts darüber, wie die Organisation der Arbeit die Bedürfnisse der Freizeit vermittelt und bedingt. Selbst eine positivistische Annäherung an diese Problematik — etwa ein Komplex wie das Verhältnis von Werbung und Freizeitverhalten — wird nicht angesprochen. Ferner wird, trotz der vergleichenden Perspektive, nicht danach gefragt, wie (und, wenn ja, warum) die Freizeitverhaltensweisen bzw. die Inhalte von freier Zeit im „kapitalistischen“ und „sozialistischen Lager“ differieren. Auch wird nicht untersucht, ob es, gesellschaftlich betrachtet, überhaupt einen Trend zur Vergrößerung von Freizeit gibt, ob nicht vielmehr durch Ausdehnung des Arbeitsmarktes besonders auf Frauen und Arbeitsemigranten eine Minimierung des nicht mit Produktion und Distribution von Waren ausgefüllten Zeitpotentials erfolgt (dazu H. Haenisch, Studien über die vorliegende Literatur zur Soziologie der Freizeit, soz. Dipl.-Arb., Frankfurt/M. 1968). Kurz: es bleibt unklar, wovon und wofür Freizeit freie Zeit sein soll.

Diese Ausschaltung relevanter Fragenkomplexe wird durch die alleinige Beachtung gestandener Autoren — z. B. L. Rosenmayr, D. Hanhart, V. Graf Blücher, H. T. Himmelweit — nur noch begünstigt, so daß vor allem Sport und Kommunikation für die Massen bzw. Medienkonsum als Freizeit, „aktivitäten“ nicht annähernd ihrer Bedeutung entsprechend dokumentiert bzw. analysiert werden. Ganz unberücksichtigt bleiben die Bezüge von Produktion und Freizeit im Kontext einer auf ein (relatives) Gleichgewicht von Massenkonsum und Massenproduktion staatsinterventionistisch „fixierten“ kapitalistischen Gesellschaftsordnung. — Alles in allem: den Dimensionen der Freizeitthematik wird der Band selbst auf der Ebene einer Soziologie der Freizeit so wenig gerecht, wie er die an einen Reader zu stellenden Aufgaben einlöst.

Indem sich Scheuch — bzw. das „Team“ (10) der Herausgeber überhaupt — so zahlreich selbst noch einmal verwertet und abdruckt, setzt er auch mit diesem Band erfolgreich seine Bemühungen fort, ohne zu arbeiten, Honorare einzukassieren (vgl. Konkret, 1973/26, S. 9).

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

Külp, Bernhard, u. Robert Müller: Alternative Verwendungsmöglichkeiten wachsender Freizeit. Ökonomische und sozialpolitische Implikationen. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 4. Verlag Otto Schwartz, Göttingen 1973 (VIII, 165 S., br., 22,80 DM).

Die im Auftrag der im Jahre 1971 von der Bundesregierung berufenen „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“ — „in ihrer Tätigkeit unabhängig und (zusammengesetzt) aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie der Wissenschaft“ (V) — durchgeführte Studie von Bernhard Külpe und Robert Müller geht grundsätzlich davon aus, daß „im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ... eine ständige Verbesserung der Güterversorgung der Wirtschaftssubjekte und eine zunehmende Vergrößerung der Freizeit festgestellt werden (kann)“ (5). Die „zunehmende Freizeitverlängerung“ geht auf unterschiedliche Weise vor sich und konkretisiert sich in „a) einer Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, b) einer Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit, c) einer Verkürzung des Erwerbslebens, im einzelnen in einer Verlängerung der allgemeinen Schulzeit (und) einer Herabsetzung der Pensionierungsgrenze“ (5).

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen versucht die vorliegende Studie, die Entwicklung der Freizeit — definiert als Nicht-Arbeitszeit (vgl. 4) — und damit verbunden die Entwicklung der einzelnen Freizeiträume bis 1980 zu prognostizieren und die hiermit verbundenen ökonomischen und sozialpolitischen Implikationen aufzuzeigen. Dabei wird untersucht, inwieweit die Ausdehnung der einzelnen Freizeiträume die gesamtwirtschaftlichen Größen (Wirtschaftswachstum, Einkommensverteilung, Wirtschaftsstruktur und Beschäftigung) beeinflusst. Vorangestellt werden Ausführungen über die historische Entwicklung der einzelnen Freizeiträume sowie ein internationaler Vergleich und eine Auseinandersetzung mit dem zentralen Problem: Einkommen versus Freizeit.

Für Külpe und Müller erwächst aus dem Bedürfnis der Wirtschaftssubjekte nach gesteigertem Einkommen und verlängerter Freizeit ein Zielkonflikt, da jedes einzelne Bedürfnis — unterstellt man keine Produktivitätssteigerung — nur auf Kosten des anderen zu befriedigen ist. Doch selbst im Falle einer Produktivitätssteigerung löst sich dieser Konflikt nicht auf, da nun das Problem der Verteilung der durch die Produktivitätssteigerung bewirkten vergrößerten wirtschaftlichen Potenz entsteht. Um den Verteilungskonflikt im Rahmen des gegebenen Untersuchungszieles einer Lösung zuzuführen, bedienen sich die Autoren eines „Erfahrungswertes“, der besagt: im Falle einer Produktivitätssteigerung verhalten sich die Freizeit- und Einkommenspräferenzen (-elastizitäten) im Verhältnis von 1 zu 2. Bei einem geschätzten Produktivitätsfortschritt von 4,4 % (1970 = 5,0 %) — alternativ 3,2% und 5,0% — werden sich infolge dieses Erfahrungswertes bis 1980 das Bruttoinlandsprodukt auf 809 Mrd. DM (1970 = 523) und das Pro-Kopf-Einkommen auf 13 111 DM (1970 = 8449) erhöhen, während sich für die einzelnen Freizeiträume folgende Werte *alternativ* einstellen können: eine wöchentliche Arbeitszeit von 35 Stunden (1970 = 41) oder ein jährlicher Urlaub von 11 Wochen (1970 = 4) oder ein Pensionierungsalter von 53 Jahren (1970 = 65) oder eine Verlängerung der Schulzeit um 5 Jahre (vgl. 55 ff.). Da sich mit großer Wahrscheinlichkeit die zunehmende Freizeit propor-

tional auf die einzelnen Freizeiträume verteilen wird, relativieren sich die einzelnen Maximalwerte; so schlagen die Autoren bis 1980 folgende Verteilung vor: Verlängerung der allgemeinen Schulzeit auf 10 Jahre, Erhöhung der Zugangsquote im Sekundarschulbereich auf 50 %, Einführung eines jährlich zu gewährenden 4wöchigen Bildungsurlaubes für ein Drittel der Beschäftigten, Herabsetzung der Pensionierungsgrenze auf 60 Jahre, Erhöhung des Urlaubsanspruches der über 50 Jahre alten Arbeitnehmer um 4 Wochen sowie die „sukzessive Erhöhung“ des Urlaubsanspruches der übrigen Arbeitnehmer um ebenfalls 4 Wochen (vgl. 60).

Mag die Methode, die der Erstellung der vorliegenden Prognose zugrunde liegt, fragwürdig sein — die lineare Verlängerung von sog. „Erfahrungswerten“, d. h. Resultate vergangener Entwicklungen, in die Zukunft unter der Voraussetzung „wirtschaftlicher Rahmenbedingungen“, die „keine gravierenden Änderungen (tiefgreifende Depressionen, Krieg, etc.) erfahren“ (54) —, so muß doch der Prognose insofern eine „Richtigkeit“ bescheinigt werden, als sie dem Trend des zunehmenden gesellschaftlichen Reichtums wie auch der durch Produktivitätsfortschritte ermöglichten Verkürzung der Arbeitszeit Rechnung trägt. Diese kann und muß unter gegebenen Umständen mit dem entgegenstehenden Interesse der Arbeitgeber konfliktieren. Wie sich aber dieser Konflikt darstellt, d. h. welche gegensätzlichen Interessen Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben bzw. welche Interessenidentität zwischen ihnen besteht — was die Möglichkeit des Eintretens der Prognose der Notwendigkeit ein Stück näher bringt —, versäumen die Autoren anzugeben. Die Subsumtion von Arbeitnehmern und Arbeitgebern unter den Begriff der „Wirtschaftssubjekte“ löscht die Widersprüchlichkeit der spezifischen Interessen der einzelnen „Subjekte“ aus.

Hans-Joachim Fuhs (Marburg) und Hansjürgen Fuhs (Hamburg)

Opaschowski, Horst W. (Hrsg.): Im Brennpunkt: Der Freizeitberater. Modelle und Versuche zur Ausbildung in Freizeitberatung und Freizeitpädagogik. Walter Rau Verlag, Düsseldorf 1973 (156 S., br., 18,80 DM).

Der vorliegende Band versucht auf dem „Höhepunkt“ (9) der seit fast fünfzig Jahren andauernden Diskussion um die Ausbildung von „Freizeitpädagogen“, „Freizeitberatern“, „Freizeitlehrern“, u. ä. m. einen „umfassenden Überblick über die Entstehung, Entwicklung und Erprobung theoretischer Konzepte und praktischer Ausbildungsmodelle im Bereich der Freizeitberatung und Freizeitpädagogik“ (8) zu geben. Der als „sachlich nüchterne Zwischenbilanz“ verstandene Überblick soll „zur Klärung gegensätzlicher Standpunkte und unterschiedlicher Erfahrungen“ (9) beitragen und damit ein „unvoreingenommenes Bild vom derzeitigen Stand der öffentlichen Diskussion um das ‚Warum‘ und ‚Wie‘ der Freizeitberatung“ (8) zeichnen. Diese an sich löbliche Absicht des Herausgebers — das

sei bereits vorweg angemerkt — gilt jedoch nur für seine eigene, die Entwicklungsgeschichte der Diskussion um die Ausbildung von „Freizeitberatern“ darstellende „Einführung“. In dem darauf folgenden Abschnitt über die theoretische Grundlegung einer Freizeitberatung und Freizeitpädagogik sucht man in diesem „umfassenden Überblick“ „gegensätzliche Standpunkte“ — obwohl in der „öffentlichen Diskussion“ vorhanden (siehe z. B. die Arbeit von Hubert Kirchgäßner: „Freizeitberater — kein Plädoyer für ein neues Berufsbild“) — vergebens, so daß man sich mit den nur in Detailfragen voneinander abweichenden „Theoriemodellen“ von Opaschowski und Nahrstedt begnügen muß.

Diese beklagen in ihren „Theoriemodellen“ gleichermaßen die einseitige Arbeits- und Berufsbezogenheit des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens und das daraus resultierende „dominierend arbeitsbezogene Freizeitverständnis“ (24) der Bevölkerung. Obwohl in der Schule die „Entscheidungen über die Lebens- und Freizeitgewohnheiten einer neuen Generation (fallen)“, da die Menschen in ihrer Freizeit nur gewöhnlich das tun, „was sie im Jugendalter oder in der Schule ‚gelernt‘ haben“ (27), werde in der bildungspolitischen Diskussion der Stellenwert der Freizeit „erheblich unterschätzt“ (26); diese Unterschätzung hat nach Opaschowski eine weitgehende Benachteiligung breiter Bevölkerungsgruppen zur Folge, denn: „In dem, was z. B. unterprivilegierte Bevölkerungsgruppen in der Freizeit tun oder nicht tun können, spiegelt sich ihr Bildungsschicksal, d. h. ihre Benachteiligung beim Erwerb von Bildung und beim Ausnutzen von Bildungschancen“ (27). Um diesen benachteiligten Bevölkerungsgruppen die „optimale“ (?) Teilnahme und Teilhabe am Freizeitsystem zu ermöglichen, erhebt er es zur Pflicht und Aufgabe unserer Gesellschaft, ihnen „Freizeitdienste als zusätzlichen (?) sozialen Service anzubieten“ (27). Freizeitdienste — verstanden als Beratungsdienste für die Freizeitgestaltung — haben für Nahrstedt neben der bildungs-kompensatorischen eine weitere Berechtigung: Die „Dispositionsoffenheit“ der Freizeit, die sich durch die Industrialisierung zu einem expandierenden „neuen, eigenständigen Lebensbereich“ (37) entwickelt hat, erfordert eine lebenslange Freizeitberatung („life-long-learning“), da fortlaufend neue Verhaltens- und Lernprobleme entstanden sind bzw. entstehen; Freizeit wird „zu einem zentralen Thema aller Pädagogik von der Kindheit bis ins Alter“ (37), Freizeitberatung bleibt somit nicht nur auf die Jugendphase (Schule) beschränkt. Eine so verstandene Freizeitberatung bedarf qualifizierter Fachkräfte, für deren Qualifikation Opaschowski und Nahrstedt im Rahmen ihrer theoretischen Konzeptionen sowohl verschiedene Ausbildungsgänge — vom „promovierten Freizeitpädagogen“ bis zum „Freizeitassistenten“ — als auch die dazugehörigen „Freizeitcurricula“ entwickeln.

Mögen diese bildungsplanerischen Überlegungen in unserem gegenwärtigen Bildungssystem zu verwirklichen sein und für manchen Interessenten ein attraktives Angebot darstellen, so ist doch nach dem Sinn und Nutzen derartiger theoretischer Konzeptionen zu

fragen. Geht man von dem unauflösbaren Zusammenhang zwischen der Organisation der Arbeit und der Freizeit aus und den darin enthaltenen Zusammenhängen zwischen Arbeit und Bildung, Arbeitszeit und Freizeit sowie Bildung und Freizeit, so kann es keine isoliert auf Freizeit bezogenen Probleme geben, sondern nur solche, die die gesellschaftliche Wirklichkeit insgesamt betreffen. Da Freizeitprobleme keine von der Gesellschaftswirklichkeit isolierbaren Spezialprobleme sind, „können sie auch nicht“, um in den Worten von Kirchgäßner zu sprechen, „mit einer speziell auf Freizeit bezogenen Intervention oder Therapie behandelt werden“ (s. o., in: deutsche Jugend, Heft 1/1972, S. 38). Dies jedoch intendieren die hier veröffentlichten Konzepte einer Freizeitberatung und Freizeitpädagogik.

In den beiden abschließenden Abschnitten dieser insgesamt unbefriedigenden „Übersicht“ werden verschiedene Modelle gegenwärtiger Ausbildungspraxis von „Freizeitberatern“ vorgestellt, die in ihrer Realität erheblich von den vorhergehenden theoretischen Konzeptionen abweichen und somit diese bereits augenscheinlich in Frage stellen, sowie (positive) Stellungnahmen und Empfehlungen „öffentlicher Institutionen“ zur Notwendigkeit der Ausbildung von „Freizeitberatern“ in einer „Dokumentation“ zusammengetragen.

Hansjürgen Fuhs (Hamburg)

Geschichte

Hillgruber, Andreas: Bismarcks Außenpolitik. Rombach Hochschul-Paperback, Bd. 46. Rombach Verlag, Freiburg 1972 (226 S., br., 20,— DM).

Nach einem Überblick über das europäische Mächtesystem 1815—56 und einer Skizze der außenpolitischen Zielvorstellungen Bismarcks in den 1850er Jahren schildert Hillgruber die Expansionspolitik Preußens bis 1871 und die deutsche Großmacht- und Kolonialpolitik bis 1890. Breiteren Raum erhalten der Kriegausbruch 1870, die Annexion Elsaß-Lothringens und die Anfänge deutscher Kolonialpolitik, indem Hillgruber seitenlange Zitate aus jüngeren Aufsätzen westdeutscher Historiker fast kommentarlos aneinanderreihet. Das Buch entstand aus einer Überblicksvorlesung und trägt alle Merkmale solch dubioser Lehrveranstaltungen: große Stoffmassen, die nur durch die Chronologie gegliedert sind, unoriginelle Fragestellung, durch den enzyklopädischen Anspruch nur notdürftig gerechtfertigt, pflichtgemäße „Forschungsübersichten“ ohne Diskussion der Relevanz solcher Forschungen. Laut Vorwort soll der Band für Studierende, Lehrer aller Schularten und einen an der Thematik und der gegenwärtigen Forschung interessierten weiteren Leserkreis gerich-

tet sein. Jedoch schon die hölzerne und durch lange Schachtelsätze schwer verständliche Sprache macht die Lektüre mühsam. Studierende und Lehrer sind immer noch mit Bußmanns anschaulichem Handbuchartikel (Das Zeitalter Bismarcks, Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, T. 2, ³1956), ergänzt durch die Arbeiten Wehlers, besser beraten. Wer an Forschung interessiert ist, muß zumindest noch DDR-Darstellungen heranziehen, die in Hillgrubers Darstellung weder erwähnt noch verarbeitet werden.

Über Hillgrubers Buch könnte man zur Tagesordnung übergehen, wenn er nicht damit programmatische Ansprüche anmelden würde. Hillgruber versteht seine Darlegungen als Beitrag zu einer „politischen Geschichte moderner Prägung“, ein Programm, das er zuerst in den Freiburger Universitätsblättern und jüngst etwas bereinigt auf dem Regensburger Historikertag 1972 vertrat. Von dem kompilatorischen, in sich widersprüchlichen Programm sind Hillgruber zwei Forderungen wesentlich: die Eigenständigkeit der politischen Geschichte gegenüber der Sozialgeschichte im besonderen und den Sozialwissenschaften im allgemeinen sowie die prinzipiell mögliche Ideologiefreiheit der Geschichtswissenschaft. Politische Geschichte habe sich auf die Staaten und ihre Beziehungen untereinander zu richten. Dabei stünden die „Intentionen und Zielvorstellungen der Führungsgruppen der Großstaaten ‚im Mittelpunkt der Forschung‘, unter welchen Bedingungen und gegen welche Alternativen schließlich die Entscheidungen getroffen wurden...“ Die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnis sei zwar „vom politischen Standpunkt des Wissenschaftlers bedingt“, aber die Gültigkeit seiner Erkenntnisse werde an Kriterien gemessen (intersubjektive Überprüfbarkeit, sachliche Richtigkeit, logische Stimmigkeit), „die von solchen Bedingungen grundsätzlich unabhängig sind“. Damit gewinne der Historiker „ein Verständnis für Großmachtpolitik bis in unsere Gegenwart hinein, jenseits von Apologie und Anklagen irgendwelcher Art“ (HZ 216, 1973, 532, 539, 549, 552).

In Hillgrubers Konzept einer „politischen Geschichte moderner Prägung“ sind nun die „Staaten“ Akteure der Politik. Nicht Entscheidungsprozesse und Alternativen, sondern die Inhalte der fertigen Entscheidungen werden schlicht nacherzählt. Die Geschichte der europäischen Beziehungen erscheint wie ein Staatenpuzzle, das man nur mechanisch zusammensetzen hat. Bismarcks Anteil an den außenpolitischen Entscheidungen verschwindet stärker als in soliden traditionellen Untersuchungen, es entsteht der Eindruck, als ob er und andere europäische Staatsmänner in einem innenpolitischen Machtvakuum ihre Entscheidungen hätten treffen können.

Hillgrubers Darstellung Bismarckscher Außenpolitik löst die selbstgestellten Forderungen an eine politische Geschichte moderner Prägung nicht ein. Sein darüber hinausgehender Anspruch, eine von seinem politischen Standpunkt unabhängige, objektiv gültige Schilderung der europäischen Politik zu vermitteln, äußert sich vor allem stilistisch. Hillgruber referiert kontroverse Meinungen, ohne seine Position ausdrücklich zu bezeichnen. Dieser Kunstgriff hilft jedoch

nur wenig, da schon die Auswahl der Kontroversen, wie z. B. der weitgehende Verzicht auf DDR-Literatur, eine politische Entscheidung darstellt, die er aber dem uninformierten Leser nicht verdeutlicht. Ein weiteres Stilmittel objektivierender Darstellung ist es, die Ereignisse jeweils „aus der Sicht Bismarcks“ oder Englands, Frankreichs etc. zu schildern. Dieser „hermeneutische“ Ansatz erschwert dem Leser die Einsicht, daß Hillgruber mit Bismarck übereinstimmt, es sei Hauptaufgabe der deutschen Politik seit 1871 gewesen, „nach außen die unabhängige Großmachtposition des Reiches in Europa, oder gar in globalem Maßstab, zu sichern und nach innen die Vermeidbarkeit der Revolution zu garantieren“ (200). Diese politische Prämisse liegt undiskutiert der gesamten Untersuchung Hillgrubers zugrunde und bestimmt Auswahl und Darstellung der Ereignisse. Polenpolitik, Kriege, Annexionen, Sozialistenverfolgung, wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Rußland erscheinen dann, weil in der Sicht Bismarcks dargestellt, als verstehbare Sachnotwendigkeiten. Hillgrubers Darstellung läuft auf eine verdeckte, aber um so wirkksamere Apologie deutscher Großmachtpolitik hinaus, weil er den Eindruck zu erwecken sucht, es handle sich um historische Erkenntnisse, die mit den Mitteln „intersubjektive Überprüfbarkeit, sachliche Richtigkeit, logische Stimmigkeit“ gewonnen seien. Die politische Prämisse verschwindet hinter dem Schein vorurteilsfreier Wissenschaftlichkeit.

Michael Berger (Freiburg)

Berghahn, Volker R.: Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II. Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Band 1. Droste Verlag, Düsseldorf 1971 (640 S., Ln., 54,— DM). (zit. I)

Schottelius, Herbert, u. Wilhelm Deist (Hrsg.): Marine und Marinopolitik im kaiserlichen Deutschland 1871—1914. Herausgegeben vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Droste Verlag, Düsseldorf 1972 (328 S., Ln., 38,— DM). (zit. II)

Beide Arbeiten, die zu den wichtigsten militärhistorischen Studien der letzten Jahre zu zählen sind, stehen in engstem Zusammenhang und zeugen von der Tendenz des durch das Bundesverteidigungsministerium mitfinanzierten Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, aus Gründen der Selbstbehauptung und öffentlichen Resonanz die traditionelle militärisch-strategische Kriegsberichterstattung mit ihrer faktenhuberischen, oft nur chronologisch deskriptiven Schlachtenmalerei auf Generalstabsebene zurückzudrängen und kritische Interpretationen des Kaiserreiches aufzunehmen, wie sie von Rosenberg, Wehler und Stürmer formuliert wurden.

Berghahn beansprucht zu Beginn seiner Studie, sich „keineswegs auf die deutsche Rüstungspolitik im engeren Sinne“ beschränken zu wollen, sondern „über die traditionelle Militärgeschichte ausdrücklich hinaus(zu)gehen“ (I, 13). Dabei bekennt er sich nachdrücklich zu jenen Interpretationsansätzen, die von einer Disparität der deutschen

Verfassungsentwicklung ausgehen und das Spannungsgefüge von obrigkeitlicher Verwaltung und dynamischer, sich tendenziell demokratisierender Gesellschaftsstruktur zum Interpretationsrahmen erheben. Besonders intensiv widmet er sich dem Nachlaß Tirpitz', so daß seine Arbeit vereinzelt Züge einer Biographie jenes häufig mystifizierten (vgl. etwa die Arbeiten von Hubatsch) „Großadmirals“ trägt. Berghahn gelingt es nicht im ursprünglich intendierten Maße, gegenüber Tirpitz eine distanziert-kritische Position einzunehmen; bisweilen erinnern die Psychologisierungen an historische Romane, zumal wenn die Entstehung der Flotte beinahe mit dem Minderwertigkeitskomplex des 1870/71 tatenlos gebliebenen Seeoffiziers erklärt wird (I, 58).

Die Jahrhundertwende erscheint Berghahn als eine zentrale Phase der Absicherung des preußisch-deutschen Konstitutionalismus. Nach Berghahn stellte die „Sammlungspolitik zur Abwehr der Arbeiterbewegung und Entmachtung des Liberalismus“ einen der letzten großangelegten gesellschaftspolitischen Stabilisierungsversuche dar, die durch Flottengedanken und -pläne samt ihren kolonialistischen und wirtschaftsexpansiven Implikationen bestimmt wurden und sich gleichsam als „Vehikel“ eigneten, welches an das gesamte Bürgertum appellierte, „Agrarier und Schwerindustrie anzuziehen vermochte“ und Sozialistengesetze unnötig machte. Nach Bismarcks Rücktritt verschärfte sich die Gefahr für den preußisch-deutschen Konstitutionalismus insofern, als die Armee infolge einer drohenden Unterwanderung durch die Sozialdemokratie als Garant der Sozialverfassung und als Sozialisationsanstalt ausfiel. Seit den neunziger Jahren verlangten die Agrarier zudem beharrlich eine Absicherung ihrer Position, während das „wirtschaftlich engagierte Bürgertum“ (I, 17) aus der Erfahrung der ‚Großen Depression‘ heraus die Erschließung überseeischer Märkte „unter Pressionen und notfalls sogar mit Gewalt“ (I, 18) verlangte. Die drei von Berghahn herausgearbeiteten Momente kaiserzeitlicher Gesellschaftspolitik — Konstitutionalismusabsicherung, Stärkung der agrarstaatlichen Komponente und der mit ihr verknüpften Machtpositionen sowie die Schaffung eines psychologisch bedingten Wirtschaftsoptimismus — werden durch eine Kombination von „chronologischer Darstellung und Querschnittsanalyse“ (I, 13) auf der Ebene der hohen Verwaltung und des Reichstags plastisch sichtbar gemacht. Zunächst stellt Berghahn die Genese der Tirpitzschen See-Strategie dar; anhand von Schriftstücken gelingt es ihm zu beweisen, daß zumindest Tirpitz „eine Flotte bauen wollte, die eine Parlamentarisierung und Demokratisierung des preußisch-deutschen Konstitutionalismus verhindern würde und gegen England eine echte militärische Chance besaß“ (I, 13). Die antiparlamentarische Tendenz des Flottenbaus drückt sich auf mehreren Ebenen aus: Das Budgetrecht des Reichstags wird durch einen langfristig angelegten Rüstungsplan mehr und mehr durchlöchert, damit aber auch ein wichtiges Instrument parlamentarischer Beeinflussung amputiert; die Abgeordneten werden durch eine außerparlamentarische Begeisterung für den Flottengedanken unter Druck gesetzt und im Hin-

blick auf Wahlen einer plebiszitären Bedrohung überlassen; das Wahlvolk selbst wird in „bonapartistischer Manier“ als „plebiszitäre Akklamationskulisse“ benutzt und gleichzeitig diszipliniert (I, 120). Im zweiten Teil der Arbeit werden durch einen „tieferen Blick in die Werkstatt“ Tirpitz' (I, 14) Verhandlungstaktiken ereignisgeschichtlich referiert. Nach Berghahn leisteten sowohl der Kaiser, der zum isolierten Faktor des „persönlichen Regiments“ hochstilisiert wird (vgl. 355), als auch die Reichsbürokratie und zum dritten die im Reichstag und im Landtag vertretenen Parteien unberechenbaren Widerstand. Im dritten Abschnitt untersucht Berghahn das Scheitern des Tirpitzschen Konzeptes im Zuge der englischen Aufrüstung.

Berghahn fördert wichtiges und schwer zugängliches Primärmaterial zutage, welches bereitzustellen im Hinblick auf die nachfolgenden und notwendigen Sekundäranalysen zu begrüßen ist. Die Hauptprobleme der Verfassungs- und Sozialgeschichte des deutschen Kaiserreichs werden angesprochen, ohne daß es gelingt, widersprechende Fakten und Interpretationen in Einklang zu bringen. Daß es Berghahn erreicht, die differenzierten Positionen der sozio-strukturell unterschiedlich angesiedelten Parteien, aber auch der interessegeleiteten Bürokratie darzustellen, muß positiv vermerkt werden. Andererseits weist Berghahns Ansatz Unstimmigkeiten auf:

1. Die Herausarbeitung der antiparlamentarischen Intention der Flottenrüstung ist nicht so originell, wie Berghahn glauben machen will. Bereits Mehring bezeichnete Tirpitz in Anspielung auf den preußischen Verfassungskonflikt als ‚Marine-Roon‘, wie er auch überwiegend die Funktion der Flotte durchschaute.

2. Die rüstungspolitische Reflexion und der antimilitaristische Kampf der Sozialdemokratie werden nicht dargestellt, geschweige denn in die Analyse einbezogen. Berghahn schreibt im wesentlichen eine Geschichte der herrschenden Elite und taucht so in Selbstzeugnissen und Selbstdarstellungen der handelnden Personen des Establishment unter, ohne sich ernsthaft zu fragen, inwieweit er Pläne oder unrealistische Träume referiert. Die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion bleibt weitgehend außerhalb seines Blickfeldes; so kann er über gesellschaftliche Positionen nur pauschal berichten (die „Agrarier“, das „wirtschaftlich engagierte Bürgertum“ etc.), ohne die zweifellos vorhandenen Differenzierungen einzubeziehen. Linksliberale Gruppierungen (z. B. Th. Barth, Naumann usw.) und Sozialdemokraten (Luxemburg, Bebel u. a.) tauchen nicht einmal im Register, schon gar nicht in Quellenverzeichnis und Darstellung auf.

3. Nach Berghahn ging bis zum Dreadnoughtsprung die antiparlamentarische Rechnung von Tirpitz auf. Wie läßt sich damit aber die Bedeutung des Reichstags erklären, die z. B. in der relativ ausführlichen Information der betreffenden Ausschüsse durch Tirpitz und seine Beamten zu ahnen ist? Weshalb wurden immer wieder Versuche unternommen, progressives Bürgertum und die Arbeiterschaft gesetzlich unter Druck zu setzen?

4. Berghahn behandelt zwar kurz den wirtschaftspolitischen Hin-

tergrund der Marinepolitik, der sich für ihn allerdings im wesentlichen in den Köpfen der Wirtschaftsführer abzuspielen scheint. Hatte Wehler noch durch einen sozio-strukturellen und konjunkturellen Vorspann die Voraussetzungen für Bismarcks Sozialimperialismus sichtbar machen wollen, so scheint Berghahn nur die von Wehler komponierten Elemente einer wirtschaftlich bedingten Krisenideologie (Sicherung von Märkten, Vollbeschäftigung und Export zwecks Integration und Vermeidung einer sozialen Krise), die unstreitig noch anzutreffen war, zu prolongieren, ohne den wirtschaftlichen Wandel zu berücksichtigen. Es ist zweifellos richtig, daß viele Industrielle nach den Erfahrungen der ‚Großen Depression‘, die weniger eine Phase des wirtschaftlichen Rückgangs als vielmehr eine Periode langsamen Wirtschaftswachstums war, wirtschaftliche Rückschläge ausschalten wollten. Die Interpretation jedoch, es käme darauf an, mit Hilfe der Flotte ausländische Absatzmärkte wenn nicht zu schaffen, so doch zu sichern, macht es sich zu einfach und übernimmt im wesentlichen die ideologisch verbrämten Floskeln nationaler Verbände. Nirgendwo wird eine exakte Rechnung über die Gewinne aufgemacht, die Rüstungskonzerne und Wirtschaftskreise mit der Marinerüstung machten; die Lüge von der zu sichernden Vollbeschäftigung, von der Sozialdemokratie und dem Kleinbürgertum durchaus erkannt, wird nicht in Frage gestellt; die Ambivalenz der Flottenrüstung, die die Industrialisierung vorantreiben konnte, wird nur kurz erwähnt, nicht aber in die Analyse einbezogen. Berghahn hätte sich unbedingt bemühen müssen, die objektive Funktion der Marinerüstung im Zusammenhang mit dem Wirtschaftssystem und seinen Krisen aufzuzeigen. Es war, wie er richtig feststellt, „kein Zufall, daß die Forderung nach einer starken Flotte in dem Moment auf fruchtbaren Boden fiel, als man sich inmitten eines Booms befand, ohne seine Dauer vorherzusagen zu können“; aber weshalb brachte „die gesetzliche Festlegung (des Flottenbaus) ein stabilisierendes Element in die ökonomische Entwicklung, die auf Jahre hinaus kalkulierbar war“ (I, 138)? Nachdem Wehler, vielleicht unter dem Einfluß von Schillers mittelfristiger Finanzplanung stehend, bereits in Bismarcks Kolonialpolitik ein Instrument staatsinterventionistischer Planung gesehen hatte, wäre auch von Berghahn zu verlangen, diesen Aspekt in seinem Fragenkomplex zu berücksichtigen. Es war sicherlich kein Zufall, daß kurz nach der Jahrhundertwende die Diskussion um die Produktion von Luxusgütern auch in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre vorangetrieben wurde. Luxusgüter sind weder Produktions- noch Subsistenzmittel für andere Güter und verhalten sich deshalb für die Entwicklung des Wirtschaftssystems insofern passiv, als sie zwar Profit und Beschäftigung sichern, nicht aber, wie z. B. Investitionsgüter, zur systemkritischen Überproduktion führen. Rüstungsgüter verhalten sich gesamtökonomisch gesehen wie Luxusgüter und waren zweifellos in einer Zeit, die gerade eine endogene Wirtschaftskrise hinter sich wühlte, attraktiv, zumal Konjunkturschwankungen den Gedanken einer langfristigen Planung nahelegten.

5. Berghahn erhält seine Interpretationsansätze, so scheint es, von überall; er benutzt Friedensforschungskonzeptionen, Imperialismuskritiken, Systemtheorien, Elitekonzeptionen und Verfassungsmodelle. Kritische Distanz zu diesen Modellen gewinnt er kaum, er benutzt sie vielmehr als Vehikel, mit dessen Hilfe er seinen geschickt zusammengestellten und vereinzelt überinterpretierten Zitaten einen allgemeingültigen, theoretisierenden Anstrich zu verleihen sucht. Die Theorien werden nicht, wie bei Rosenberg und Wehler, als Mittel zur ordnenden Orientierung im übermächtigen Quellenmaterial benutzt, sondern dazu, eine positivistisch-solide Arbeit theoretisch zu überhöhen und dadurch äußerlich attraktiver zu machen.

6. Die Benutzung relativ abstrakter Modelle, die weniger als Instrumente einer Analyse, eher als unmittelbares Abbild der Gesellschaftsverhältnisse genommen werden, verschuldet wahrscheinlich, daß gesellschaftliche Interessenlagen meist unentdeckt bleiben. Wenn man als Ziel der innenpolitischen Krisenstrategie des Kaiserreiches die Verhinderung der Parlamentarisierung (ein auch gegen das auf Parlamentarisierung drängende Bürgertum gerichteter Vorgang) und der proletarischen Revolution bezeichnet, so kann man bis 1908 noch nicht von einem Scheitern sprechen. Dazu war die Parlamentarisierung bereits zu weit vorangetrieben. Vielmehr bekam die Krisenideologie und -strategie nur allmählich einen anderen Inhalt. Überhaupt macht Berghahn den Tirpitz-Plan zu sehr zum Angelpunkt wilhelminischer Innen- und Außenpolitik. Hier hätte eine Berücksichtigung der komplexen Faktoren imperialistischer Politik weiter geführt.

Die Stilisierung des Tirpitz-Plans zu einem, wenn nicht *dem* sozialstabilisierenden Globalkonzept hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, daß Berghahn seine Studie mit dem Jahr 1908 abrupt abbrechen läßt und so dem Leser einen Torso vorsetzt. In dem vom Wehrgeschichtlichen Forschungsamt herausgegebenen Sammelband liefert Berghahn seine Untersuchung des Zeitraums 1908 bis 1912 nach, in dem die Marinerüstung endgültig zugunsten der Landrüstung zurückgedrängt wurde. Unter dem Gesichtspunkt der Marinerüstung kann von einem Scheitern des Tirpitz-Planes gesprochen werden; unter dem Gesichtspunkt der stabilisierenden Funktion der Rüstungspolitik allgemein handelte es sich jedoch keineswegs um den „Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie“, sondern um einen konsequenten Schritt auf den Ersten Weltkrieg als die ultima ratio der Sozialdefensive zu.

In der Einleitung des Sammelbandes erscheint die „kaiserliche Marine“ als ein „Untersuchungsobjekt“, „in dem sich in mancher Beziehung die ganze Epoche fassen läßt“ (II, 7). Diese Einschätzung drückt sich am klarsten in der Untersuchung des deutschen See-Offiziers-Korps aus. Es fällt natürlich nicht schwer, die Fragwürdigkeit dieses globalen Ansatzes durch die einfache Tatsache zu belegen, daß wesentliche Kräfte der Gesellschaft (Juden, Kleinbürger, Arbeiter, Katholiken, Bauern) eben nicht in die Marine und das Offiziers-Korps integriert wurden, man also bestenfalls indirekt aus

dieser Beobachtung Rückschlüsse auf die wilhelminische Gesellschaft ziehen kann. Der Anstoß für die Beschäftigung ging jedoch nicht nur von einem in seiner Monokausalität und Begrenztheit fragwürdigen Interesse für die Gesellschaft des Kaiserreiches, sondern nicht minder von einem gegenwartsbezogenen Interesse aus: „Wer wollte im übrigen bezweifeln, daß die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse unserer Gegenwart *auch* von Kräften der Tradition bestimmt werden, deren Spuren sich über Jahrhunderte hinweg verfolgen lassen“ (und, so wird an anderer Stelle gesagt, die „mit dem Jahr 1945 nicht ein abruptes Ende gefunden“ haben) (II, 9). Man muß den Herausgebern zugute halten, daß sie die Geschichtswissenschaft zunehmend unter dem Zwang sehen, „die Relevanz ihrer Forschungsergebnisse für die Probleme der Gegenwart nachzuweisen“ (II, 8); freilich ist die abstrakte Proklamation dieser Forderung leichter als die Durchführung, zumal wenn sie im Dienst einer Identitätssuche des Seeoffiziers-Korps steht, haben es doch traditionsbewußte Seeoffiziere noch immer nicht verwunden, daß 1918 gerade auf ihren Schiffen die Revolution ausbrach.

Der Band vereinigt dreizehn Abhandlungen meist jüngerer deutscher, englischer und amerikanischer Historiker, die sich insgesamt von Berghahns Arbeit beeinflussen ließen, aber auch älterer Seeoffiziere, deren Arbeiten sich überwiegend in der Referierung der Quellen und Marineliteratur erschöpfen und auf diese Weise durchaus eine sinnvolle Ergänzung zu Berghahns Studie abgeben. Edward Wegener bietet in seinem Aufsatz über die „Tirpitzsche Seestrategie“ einen erschreckenden Einblick in die Argumentationsweise eines in den USA strategisch geschulten Offiziers, der es gelernt hat, Realität gleichsam in ein Sandkastenspiel zu transformieren und in einem Modell verschiedene Elemente und Definitionen willkürlich zusammenzufügen, um zu neuen Erkenntnissen über die zu analysierende Realität zu kommen. Während Berghahn aufgrund eines breiten Materials die offensive, anti-englische Zielrichtung des deutschen Flottenbaus erweisen konnte, geht Wegener über diese Zeugnisse hinweg und führt Definitionen ein. „Seemacht besteht . . . aus Flotte und Position. (. . .) Man kann sich Seemacht deshalb als ein Produkt aus Flotte und Position vorstellen. Ist einer der beiden Faktoren null, so ist auch das Produkt null“ (II, 241). Da die Nordsee ein Nebenmeer ist, welches für die „seestrategische Lage im Atlantik . . . irrelevant war“, waren die deutschen Seestrategen nicht offensiv, da sie laut Wegeners Definition einfach nicht offensiv sein konnten. Da aber die „politische Wirkung eines militärischen Instrumentes . . . von dessen strategischem Wert für den Krieg ab(hängt)“, der Faktor Position zudem stets gleich Null gesetzt wird, war konsequenterweise „die deutsche Politik gegen England, soweit sie auf dem Flottenbau beruhte, de facto gar nicht offensiv“ (II, 259). Auf diesem Niveau bewegen sich die übrigen Abhandlungen nicht. Manfred Messerschmidt beweist in seiner Untersuchung „Reich und Nation im Bewußtsein der wilhelminischen Gesellschaft“, daß die Sozialdemokratie sich nicht in dem Maße, wie häufig behauptet, von der imperialisti-

schen Propaganda integrieren ließ, und zeigt in methodisch interessanter Weise, daß eine kritische, in seinem Falle linksliberale Geistesgeschichte zu differenzierten herrschaftskritischen Ergebnissen gelangen kann: In einer Periode der Weltmachtpolitik suchte sich die SPD an dem Problem der „inneren Ordnung, der Befreiung vom Militarismus, Bürokratie und Klassenegoismus“ zu orientieren (II, 33). Berghahn legt in seinem Aufsatz „Der Tirpitz-Plan und die Krisis des preußisch-deutschen Herrschaftssystems“ mit Hilfe von David Eastons Systemtheorie (II, 97) seinen gesellschaftstheoretischen Bezugsrahmen dar, der im wesentlichen durch die Dichotomie von ‚Systemerhaltern‘ („Beharrungskräfte“) und ‚Systemgefährdern‘ bzw. ‚-überwindern‘ geprägt ist. Dieses archaische Gesellschaftsbild läßt kaum Raum für Zwischentöne, zwingt nicht zu einer sozio-ökonomischen, exakten Bestandsaufnahme und läßt gesellschaftliche Gegensätze auf einer Ebene erscheinen, die gängigen Klischees entspricht und Differenzierungen des kaiserzeitlichen Herrschaftssystem verkleistert.

Abgesehen von P. Chr. Witt, der sich auf seine Dissertation stützt (rez. in *Das Argument* 75, S. 325 f.), Wilhelm Deist, der die Beziehungen zwischen dem aggressiven „Flottenverein“ und dem Reichsmarinemat untersucht, und dem Aufsatz Pogge von Strandmanns, erörtern die übrigen Autoren seestrategische und diplomatische Probleme. Pogge von Strandmann, aus der Schule Fritz Fischers stammend, steht seinem eigenen Forschungsansatz und der Methode der übrigen Referenten offensichtlich am kritischsten gegenüber. Zwar bejaht er die systemtheoretisch ausgerichteten Interpretationen und Analysen, die sich in „entscheidenden Überlegungen und den daraus resultierenden Thesen an dem Entscheidungsprozeß in der Führungsspitze des kaiserlichen Deutschlands (orientieren)“, er sieht sie jedoch stark dadurch belastet, daß „den im wirtschaftlichen wie auch politischen Bereich handelnden Personen . . . ein Maß an Rationalität, Beständigkeit, Weitsicht und Konsequenz zuerkannt (wird), das die gedankliche Assoziation an die individualistische Geschichtsauffassung zu rechtfertigen scheint“ (II, 297). In seine Untersuchung von Gruppen, die sich zu Anwälten bestimmter Meinungsrichtungen entwickelten und eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit trieben, bezieht er ausdrücklich die Massenmedien ein, wobei er das gängige Klischee relativiert, Außenpolitik habe vorwiegend eine von inneren Spannungen ableitende, befriedende Funktion: „Die Betonung der Außenpolitik bei den Agitationsverbänden darf nicht nur als Mittel zur Ablenkung von innenpolitischen Vorgängen gesehen werden, sondern muß auch gerade umgekehrt als Mittel zur Beeinflussung der innenpolitischen Situation verstanden werden“ (II, 300). Für Pogge von Strandmann vollzieht sich in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Hinwendung zur Kontinentalpolitik, die die Bedeutung des Heeres steigen ließ und zu einer Intensivierung der Landrüstung führte. Er spricht nicht von einem Verfall der Krisenstrategie: „Der vorwiegend konservative Charakter (der) Kriegsziele hatte zugleich eine sozialdefensive Funktion und wirkt sich als

Alternative zu innenpolitischen Reformen aus“ (II, 316); der Krieg war ein Krisenbewältigungsinstrument geworden.

Die Untersuchungen zur Marinepolitik des Kaiserreiches machen einen Hauptfehler der derzeitigen, sich modern gebenden Geschichtswissenschaft der BRD sichtbar. Ausgehend von älteren, häufig amerikanischen Systemmodellen, untersucht man die Auswirkungen eines einzigen Systembestandteils, ohne sich der arbeitsökonomisch vielleicht sinnvollen Aspektverkürzung voll bewußt zu werden. So kommt es nicht zu einer komplexen Mehrfaktorenanalyse, ein Anspruch, den man jedoch gegen die angeblich monokausal vorgehende marxistische Geschichtsschreibung proklamiert und durchhalten will. Ebenso scheint die systemtheoretisch beeinflusste Sozialgeschichte, die zu schreiben beansprucht wird, in der Gefahr zu stehen, durch die Untersuchung des elitären ‚decision-making-process‘ auf den Stand einer personalisierenden Geschichtsbetrachtung zurückzufallen.

Peter Steinbach (Marburg)

Deist, Wilhelm: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914—1918. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe: Militär und Politik. Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Erich Matthias und Hans Meier-Welcker, Bände I/1; I/2. Droste Verlag, Düsseldorf 1970 (zusammen 1530 S., Ln., 184,— DM).

Die Erforschung des verzögerten Parlamentarisierungsprozesses des Kaiserreiches wurde in der Bundesrepublik nicht zuletzt durch die Quellenpublikationen vorangetrieben, die seit 1959 im Auftrag der ‚Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien‘ ediert wurden. Während jedoch der Komplex „Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik“ immerhin sieben Publikationen aufweist (darunter solch wichtige Bände wie ‚Der Interfraktionelle Ausschuß‘, ‚Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898—1918‘, ‚Die Regierung der Volksbeauftragten‘), liegt zum Komplex „Die Weimarer Republik“ erst ein Band vor. Als eigenständige Reihe, die im strengen Sinne unter den ersten Komplex zu subsumieren wäre, soll das Problem „Militär und Politik“ behandelt werden; die Hauptherausgeber Matthias und Meier-Welcker grenzen zumindest für die vorliegende Edition alle Fragen aus, die nicht mit der Parlamentarisierung der Reichsregierung in engstem Zusammenhang stehen: „Zum Prozeß der Parlamentarisierung hat das Militär in Deutschland im Verlauf des Ersten Weltkrieges nicht wenig beigetragen, gewollt und ungewollt. Die retardierenden Momente sind ... von besonderem Interesse in der Geschichte dieses Prozesses. Gerade bei der Beobachtung derjenigen Kräfte, die einer Parlamentarisierung entgegenstanden, wird deutlich, wie der Verlauf des Ersten Weltkrieges die Entwicklung zum Parlamentarismus beschleunigt hat“ (IX).

Der vorliegende, hervorragend und übersichtlich edierte, mit umfangreichen Anmerkungen versehene zweibändige Quellenband macht das wechselnde Verhältnis von Militär, Reichsverwaltung (die zunächst durchaus als eigenständiger Faktor des innenpolitischen Systems zu betrachten ist), Kaiser und Reichstag anhand der Bestände von zehn Archiven, von über vierzig Nachlässen hoher Militärs und Politiker (bis auf Hindenburgs Nachlaß, der nicht freigegeben wurde) und der in der Sekundärliteratur (Stand: 1968) mitgeteilten Quellen in über 500 abgedruckten Dokumenten anschaulich. W. Deist umreißt in einer längeren Einleitung die sozialgeschichtliche Situation des frühen 20. Jahrhunderts und macht die Position kenntlich, die das Militär im Herrschaftssystem ausfüllte. Deutlich arbeitet er den sozialen und politischen Strukturwandel des Offizierskorps und der Mannschaften heraus. Während die Offiziere immer häufiger bürgerlichen Schichten entstammten, gelang es nicht, die Mannschaftsgrade vollständig von sozialdemokratischen Einflüssen zu isolieren. Vor allem die Reservisten erwiesen sich trotz der zahllosen, ideologisch streng monarchisch und antisozialdemokratisch ausgerichteten Kriegervereine als wenig immun gegenüber der SPD. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie als die ‚Todfeindin des deutschen Offiziers‘ wurde mit allen Mitteln propagiert: „Indirekt kann die Sozialdemokratie nicht nur bekämpft werden, sondern sie muß es ganz entschieden, und sie wird es schon durch die Erziehung des Soldaten zur Religion, zur Liebe zum Vaterland und zur Treue zu dem Allerhöchsten Landesherrn“ (XX). Die verfassungsmäßige Stellung des Offizierskorps, das infolge der monarchischen Kommandogewalt „nicht nur innerhalb der militärischen Hierarchie desintegrierend (wirkte), sondern auch die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für die politische Führung des Reiches in Frage“ stellte (XXV), wird am Beispiel der Zabern-Krise herausgearbeitet, die die Verfassungsschwächen und die politische Machtverteilung schlagartig sichtbar machte. Später war ein bewußtes Übergehen der Reichsämter trotz der „krampfartigen Aufrechterhaltung der Bismarckschen Verfassung mit ihren sich gegenseitig neutralisierenden Machtfaktoren“ (XXIX) nicht mehr möglich. Deist sieht im Zabern-Konflikt geradezu ein „getreues Abbild der verfassungsmäßigen, parteipolitischen und gesellschaftlichen Struktur des Kaiserreiches kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, in dem es in dieser Hinsicht nicht um die Bewährung eines stagnierenden Systems gehen konnte, sondern um die Frage, ob die politische Repräsentanz des Reiches — Reichsleitung und Reichstag — gegenüber dem Machtanspruch des Militärs ihre Funktionsfähigkeit wieder zu gewinnen oder neu zu begründen vermochte“ (XXX). In den folgenden Abschnitten der Einleitung umreißt Deist in Anlehnung an Boldts Studie über den Belagerungszustand die Problematik des Ausnahme- und Kriegszustandes. Deutlich treten die sozialdefensiven Momente dieses Rechtsinstituts hervor, mit dessen Hilfe z. B. die einzelstaatlichen Grundrechte suspendiert werden konnten: „Die Verhängung des Belagerungszustandes und der Einsatz des Militärs bildeten das letzte Aus-

kunftsmittel gegen eine als Gefahr für die Gesellschaft betrachtete politische Bewegung“ (XXXV). Generalstabsstudien über Straßenkämpfe wurden intern publiziert, Pläne zur Verhaftung der Abgeordneten aufgestellt, Vorschriften über die weitgehende Isolierung von Mannschaften abgefaßt: „Das Instrument des Kriegs- und Belagerungszustandes war für die Armee zu einer Waffe in der innenpolitischen Auseinandersetzung geworden“ (XXXIX).

Nachdem Deist den institutionellen Rahmen skizziert und sozialhistorische Probleme kenntlich gemacht hat, indem er die Grundlinien politischer und sozialer Auseinandersetzung andeutete, rückt er von darstellend-referierenden und analysierenden Techniken ab und läßt die Quellen ohne inhaltliche Kommentierung selbst sprechen und wirken. Die Dokumente werden zu zehn Komplexen zusammengefaßt, die teilweise thematisch, teilweise chronologisch angeordnet sind. So werden Formen des Kriegszustandes, Aufbau und Entwicklung des Zensurwesens, die Praxis des ‚Burgfriedens‘, Anfänge der amtlichen Propaganda und der Übergang zu innenpolitischer Aktivität, die Auseinandersetzung um das Hilfsdienstgesetz, die Frontstellung gegen den Reichskanzler Bethmann Hollweg, die Auseinandersetzung um den „Vaterländischen Unterricht“, die Bekämpfung der Mehrheitsparteien durch das Militär und schließlich der „Zerfall und Zusammenbruch der politischen Machtpositionen“ im letzten Kriegsjahr gekennzeichnet. Die dominierende Rolle, die das Militär lange Zeit spielen konnte und die es rücksichtslos zu Bekämpfung mißliebiger Ansichten ausnutzte, wird klar kenntlich gemacht.

Es ist Kennzeichen der von der Kommission vorgelegten Quellenbände, daß sie sich der schnellen Analyse entziehen, vielmehr Grundlage weiterer Studien und nicht selten einer wissenschaftlichen Umorientierung sind. Wer sich mit der kaiserzeitlichen Repressionspolitik befaßt, die teilweise außerordentlich zeitnah und aktuell wirkt, wird auf den Quellenband zurückgreifen müssen. Sein Wert liegt nicht zuletzt darin, daß die Denk- und Argumentationsstruktur der herrschenden, militärischen Kreise deutlich sichtbar wird: Die Tatsache der Pressezensur umschrieb man beispielsweise acht Tage nach dem Ausbruch des Krieges wie folgt: „Ist sich die Presse ihrer schweren Verantwortung und der Tragweite ihrer Mitteilungen bewußt, so wird sie sich nicht wider ihren Willen zum Bundesgenossen unserer Gegner machen. Sie wird der Kriegsleitung Dank wissen, wenn sie von ihr erfährt, welche Veröffentlichungen dem Vaterlande schaden können. Durch selbstlosen Verzicht auf alle Mitteilungen militärischer Art wird sie es den Militär- und Marinebehörden ersparen, gesetzliche Maßregeln gegen sie zu ergreifen, deren schärfste Anwendung bei Verstößen gegen das Veröffentlichungsverbot das Staatswohl gebieterisch fordert“ (64). Im Interesse der schulischen politischen Bildung ist zu wünschen, daß kennzeichnende Quellen zu einem Arbeitsheft zusammengestellt werden.

Peter Steinbach (Marburg)

Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Der moderne Imperialismus u. s. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1971 (192 S., br., 19,80 DM).

„Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Faktoren im modernen Imperialismus“ war das Thema eines Symposions, zu dem sich Historiker aus der Bundesrepublik im März 1970 trafen. Die von Mommsen herausgegebenen Aufsätze basieren auf Referaten, die damals in Köln vorgetragen wurden.

Die Einleitung und den ersten Beitrag schrieb Wolfgang J. Mommsen. Sein „Versuch einer universalgeschichtlichen Einordnung“ verdient besondere Aufmerksamkeit. Der Düsseldorfer Historiker bestreitet in seiner Darstellung, daß der moderne Imperialismus letztlich ökonomisch bestimmt sei. Mommsen unterscheidet vier Phasen (14): 1. Die Ära des „Freihandels“ und des „Informal Empire“ 1776—1832, 2. Die Ära des klassischen Imperialismus 1882—1918, 3. Die Ära des verschleierten Imperialismus 1919—1945 und 4. Die Ära des Nachimperialismus, „die gekennzeichnet ist durch Dekolonisation und die Reduzierung ehemals imperialistischer Beziehungen auf Abhängigkeitsverhältnisse marktkonformer oder äußerlich neutraler Art“.

Für die erste Periode gilt: „Die imperialistische Expansion . . . war weder zielbewußt gesteuert, noch eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Sie war ein Nebenprodukt der überschäumenden wirtschaftlichen und politischen Dynamik Europas, schwerlich aber eine immanente Tendenz des sich eben erst herausbildenden industriellen Systems“ (16). Zur Kritik dieser These: eine überschäumende wirtschaftliche und politische Dynamik hat auch eine immanente Tendenz. Wirtschaftliche Dynamik muß eben in *neue* Räume vordringen, wenn sie in den alten „überschäumt“. Natürlich war in dieser Zeit der industriellen Revolution, also der Revolution der ökonomischen Basis, die Tendenz zu einer globalen Expansion immanent. Daß hier noch keine wirtschaftliche Notwendigkeit existierte von der *Qualität*, wie sie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eintrat, wird gerade in den ökonomischen Imperialismustheorien nicht bestritten. In der zweiten Phase sieht Mommsen „ökonomische Motivationen zugunsten imperialistischer Expansion von gesamtgesellschaftlichem Zuschnitt . . . insbesondere die Rezession der Jahre 1883—1886“ (16 f.). Im folgenden kommt er jedoch zu dem Schluß, der neue Imperialismus sei letztlich sozialpolitisch bedingt gewesen. Sowohl der englische Konservatismus der achtziger und neunziger Jahre mit seiner Idee des „Greater Britain“ wie die deutsche Weltpolitik Bülow's und Wilhelm II. hätten eine „Ableitung der politischen Energien der Mittelschichten an die koloniale Peripherie“ betrieben, „was durch die damals verbreitete Ansicht erleichtert wurde, daß koloniale Expansion vor allem im Interesse des gewerblichen und industriellen Mittelstandes und nicht zuletzt der Intelligenz liege“ (18). Mommsen zitiert dazu Max Weber, der schrieb, jede imperialistische Zwangspolitik stärke bei einem Erfolg auch im innenpolitischen Bereich die Machtstellung derjenigen Klassen, Stände, Parteien, unter deren Führung der Erfolg errungen wurde. Mommsen übersieht hier, daß die herrschende Klasse des Kaiserreiches nicht

mit den Mittelschichten identisch war. Übrigens betont Rohe in seinem Aufsatz (70), daß eine Sozialimperialismusthese „zumindest was den Fall England betrifft, auf vergleichsweise schwachen Füßen“ stehe. Weil Mommsen keine tiefere ökonomische Analyse leistet, kann er auch nicht erklären, wieso die sozialreaktionäre Seite des Imperialismus nicht „die ganze Wahrheit“ (19) ist. Denn es habe ja auch die liberalen Imperialisten gegeben. Die These Lenins, daß der neue Imperialismus notwendig aus der neuen Qualität des Kapitalismus (Entwicklung der Monopolverbände, der Kartelle, Syndikate und Trusts), aus der Akkumulation des Kapitals entstanden sei, liefert dafür eine Erklärung: Denn gegenüber der restfeudal-konservativen Klasse mit überwiegend agrarischer Basis begünstigt die Entwicklung der Produktivkräfte natürlich auf lange Sicht die industrielle Großbourgeoisie. Hier erscheint der Imperialismus als relativ fortschrittliche Kraft. Reaktionär ist er in dem Teil seines Wesens (und er wird es mit der Dauer seiner Herrschaft immer mehr), wo er zugleich auf eine sozial-emanzipatorische Bewegung im Innern des Staates reagiert.

So sehr Mommsen die „eigentlichen Ursachen für die Entstehung des modernen Imperialismus und für seine zeitweilig ungeheure Stoßkraft in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Industriestaaten jener Epoche“ (19) sieht und nicht im ökonomischen Bereich, bei der Analyse der Gegenwart ist er plötzlich anderer Meinung. Es erscheine nicht zweckmäßig, heißt es hier, „das heutige Verhältnis der Industrieländer zu den Entwicklungsländern mit traditionellen imperialistischen Kategorien beschreiben zu wollen. Auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet sind wir auf absehbare Zukunft den immanenten Tendenzen des industriellen Wirtschaftssystems unterworfen, im Osten wie im Westen, und ebenso in den Ländern der Dritten Welt“ (28). In seinem Vorwort appelliert Mommsen an die „harten Fakten der geschichtlichen Realität“ (8). Gerade die an Fakten orientierten Aufsätze von Wehler, Ziebura und Rohe zeigen die Bedeutung des ökonomischen Faktors für die Entwicklung des modernen Imperialismus. Einen weiten Überblick über wirtschaftliche Zusammenhänge gibt vor allem die Darstellung von Ziebura über „Innere Faktoren des französischen Hochimperialismus 1871—1914“. Zur partiellen Kritik an der „klassischen“ ökonomischen Imperialismustheorie, die von Rohe und Ziebura geleistet wird, ist anzumerken, daß z. B. Lenin betont, daß „der Imperialismus anders definiert werden kann und muß, wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe . . . im Auge hat, sondern den historischen Platz dieses Studiums des Kapitalismus in bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung.“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Berlin/DDR 1962, S. 95.) In die Richtung weist auch der Ansatz Wehlers, wenn er im Zusammenhang mit den ökonomischen Zwängen auf die Klassenkonflikte der US-amerikanischen Gesellschaft hinweist (189). Aus dieser Perspektive gesehen leitet sich auch der Sozialimperialismus von der Entwicklung des Kapitals in der kapitalistischen Industriegesellschaft ab,

einer Bewegung, deren konkrete Inhalte sozio-ökonomischer Natur sind.

„Hinsichtlich der ökonomischen Wachstumsprobleme“, schreibt Wehler, lasse sich der Imperialismus „oft als ein pragmatischer Expansionismus verstehen. Die Anpassung an dynamische Antriebskräfte, die als systemimmanente Zwänge empfunden werden können, führt zur Ausdehnung des Markts, der entweder informell oder mittels direkter Gebietsherrschaft abgesichert wird. Hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Konflikte . . . aber läßt er sich ebenso häufig als Instrument und Ideologie der Herrschaftslegitimierung, d. h. als Sozialimperialismus begreifen“ (172 f.). Die US-amerikanische Gesellschaft sei bereits seit dem 18. Jahrhundert die „expanding society“ par excellence. Auch in den USA führten die Wachstumsstörungen der 1880er und 1890er Jahre wie in Europa dazu, daß sich der moderne Imperialismus durchsetzte. Die Vereinigten Staaten annektierten tropische und subtropische Inseln und machen sie zu Kolonien. Die Zeiten, wo die auf dem nordamerikanischen Kontinent eroberten Gebiete gleichberechtigt wurden, waren vorbei. Das „informal empire“ blieb jedoch das Ideal der Washingtoner Politik. Wehler betont dann, daß es irreführend wäre, von einem Krisenimperialismus bis 1896 und anschließend von einem Konjunkturimperialismus zu sprechen. Er untersucht allerdings nicht, wie weit die Konzentration des US-Kapitals auch den Sozialimperialismus, der nun verstärkt auftrat, determiniert hat. Für Deutschland ist jedenfalls die Entstehung von großen Monopolverbänden in den 90er Jahren und der unmittelbar anschließende bzw. parallel verlaufende Übergang zu einer betont imperialistischen Außenpolitik deutlich sichtbar.

Zur Quintessenz der Untersuchung Zieburas gehört die Aussage, daß Frankreichs Wirtschaft im Vergleich zu den anderen führenden Industrienationen der Welt zurückgeblieben war. Konzentration, Monopolisierung und (damit auch folgerichtig die) Expansion gingen hier erheblich langsamer voran als in Großbritannien, den USA, Deutschland und bald auch Japan. Das französische Finanzkapital „bedurfte . . . des informellen Imperialismus in Gestalt eines massiven Kapital-exports sehr wohl zu seiner Reproduzierung“ (125). Das zweite französische Kolonialreich sei aber nicht primär aus ökonomischen Gründen geschaffen worden (126).

Eine detaillierte Kritik der hier kurz wiedergegebenen Positionen muß die weitere Diskussion bringen. So viel als Resümee: Der Stand der Imperialismus-Forschung in der BRD zeigt, daß eine Verkleisterung der tiefen Risse, die durch das Gebäude der traditionellen bürgerlichen Geschichtswissenschaft laufen, mit einigen Fakten aus der Sozialgeschichte noch keinen Neubau darstellt. So kann die überlieferte theoretische Impotenz nicht überwunden werden. Die Aufsätze von Rohe, Ziebura und vor allem von Wehler gehen weiter und zeigen positive Schritte zur Überwindung unfruchtbarer Positionen.

Klaus Wernecke (Hamburg)

Soziale Bewegung und Politik

Horowitz, David: Imperialismus und Revolution. Neue Fakten zur gegenwärtigen Geschichte. Rotbuch 22. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1970 (227 S., br., 8,50 DM).

In seiner früheren Studie über den Ursprung und den Verlauf des Kalten Kriegs hat Horowitz den methodischen Ansatz der sogenannten „revisionistischen Schule der Historiographie“ amerikanischer Außenpolitik schon einmal erfolgreich erprobt. Es war ihm dabei gelungen, das Bild des amerikanischen „Internationalismus“ der Nachkriegszeit von den Mythen und Orthodoxien zu reinigen, die einem apologetischen Repertoire der bürgerlichen Geschichtswissenschaft entstammten. Bestehend war bei diesem Versuch, daß der Autor seinerseits Orthodoxien vermied, indem er auf der Basis amerikanischen Quellenmaterials die Fakten des eskalierenden US-Interventionismus — ohne weitschweifige Kommentare — zu einem beredten Zeugnis gegen die bislang üblichen Geschichtsbilder anordnete.

Diese ertragreiche Arbeit hat Horowitz nun mit der vorliegenden Monographie in zwei Richtungen erweitert: zum einen hat er die gegenwärtigen weltpolitischen Konflikte, deren sozio-politische Antipoden er im Titel nennt, auf ihre umfassendere historische Kontinuität hin befragt, während er zum anderen die Genese dieser Auseinandersetzungen und ihren Verlauf in größerem Umfang als bisher an sozio-ökonomischen Grundbedingungen und Begleitumständen gemessen hat. Die wechselnden weltpolitischen Konstellationen seit der russischen Revolution nehmen auf diese Weise Konturen an, die in jeder Phase den säkularen Antagonismus zwischen „Imperialismus und Revolution“ widerspiegeln.

Diese historiographische Leistung konnte Horowitz nur gelingen, weil er die geschichtswissenschaftliche Praxis an zentraler Stelle revidierte. War es bisher üblich, die Korrelationsbereiche des jeweiligen historiographischen Gegenstands — nach antikommunistischem Gusto — möglichst abstrakt zu behandeln, um die Zwecke von Denunziation und ideologischer Selbstrechtfertigung optimal in Einklang zu bringen, so bezieht Horowitz die eminenten bipolaren Entwicklungsprozesse in all ihren Phasen und in all ihren Sphären — so detailliert, wie im Rahmen seiner Studie denkbar — aufeinander. Geradezu idealtypisch für die hier vermiedenen Verfahrensweisen bürgerlicher Geschichtswissenschaft sind in dieser Hinsicht vor allem Darstellungen der russischen Revolution und des Kalten Kriegs. Sowohl die Oktoberrevolution selbst als auch der darauf folgende Bürgerkrieg und der Stalinismus werden analysiert, als hätten sie in einem Vakuum stattgefunden: es liegt auf der Hand, daß einzig die fingierte Autarkie historischer Prozesse im Falle des Sozialismus Chancen der Denunziation eröffnet. Erst wenn die postrevolutionäre gesellschaftliche Transformation in Rußland aus

ihrem Kontext herausgelöst, erst wenn sie nahezu vollständig enthistorisiert ist, bieten sich Möglichkeiten, um unbestrittene Fehlentwicklungen als systemimmanente Widersprüche des Sozialismus auszugeben. Ähnliches gilt vice versa für die bürgerliche Historiographie des Kalten Kriegs. Hier hat die Fiktion eines permanenten sowjetischen Expansionismus, die zur Rechtfertigung der amerikanischen Nachkriegspolitik dient, nur so lange Bestand, wie sie abstrakt gegen die — freilich sicherheitspolitisch etikettierten — Ziele und Methoden der containment-Politik gesetzt wird. Horowitz ist imstande, diese historiographische Methodik in diesen ihren bevorzugten Anwendungsbereichen zu kompromittieren und erkenntnis-kritisch aufzufangen, weil er die jeweiligen historischen Aspekte der antagonistisch aufeinander zugeordneten Gesellschaftsformationen gleich abstrakt oder gleich konkret herausarbeitet und damit die wirklichen Interdependenzverhältnisse freilegt. Diese kritische Kompetenz des Verfassers erweist sich anschaulich zunächst in seinem propädeutischen Beitrag zur Revolutions- und Imperialismustheorie, den er dem jeweiligen empirischen Befund vorausschickt. Da Horowitz seine geraffte Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht aus archivalischem Interesse, sondern in der anti-imperialistischen Perspektive der Befreiung schreibt, ist ihm — ohne Verdacht eines liberalen Pluralismus — die Dichotomie seines kritischen Ansatzes besonders anzurechnen: denn eine genaue Kenntnis der historischen Orthodoxien und Deformationen sozialistischer Theorie und Praxis ist für die Formulierung revolutionärer Standpunkte im Kontext der Armen Welt ebenso unabdinglich wie eine exakte Imperialismus-Analyse.

Im revolutionstheoretischen Teil seiner Studie setzt sich der Autor mit zwei Kern-Orthodoxien auseinander, die nicht etwa der bolschewistischen Rezeption des Marxismus, sondern bürgerlichen Metatheorien entstammen. Es ist dies zum einen die Frage des ökonomischen Determinismus und zum anderen das geschichtstheoretische Bild der „unerbittlichen“ Stufenfolge gesellschaftlicher Entwicklung. Indem Horowitz hier den dialektischen Kategorien des kausalen und bedingten Determinismus auf der einen (20 f.) und der ungleichen und kombinierten Entwicklung auf der anderen Seite (88 f.) wieder zu ihrer theoriegeschichtlichen Bedeutung verhilft, leistet er zweierlei: er reinigt die Leninistische Theorie von nachträglichen Entstellungen und holt damit die Virulenz revolutionärer Veränderungen, die in eben diesen beiden Orthodoxien höchst zweckhaft verloren-ging, in den theoretischen Gesichtskreis zurück.

Wenn dieser Teil auch nicht ebenso luzid ausfällt wie der voraus-gegangene, so trägt Horowitz doch auch mit seinen imperialismustheoretischen Anmerkungen zur Klärung der Begriffe bei. Wissenschaftlich wie auch politisch fällt hier vor allem die Tatsache ins Gewicht, daß er den ökonomischen Zwangszusammenhang des Imperialismus gegen die Theoreme von Luxemburg, Hobson, Kautsky et al. (36 f.) nur im entwicklungsgeschichtlichen Sinne, nicht aber in der endogenen systemischen Dimension bejaht, d. h. daß er ein

Defizit an Investitionsbedarf auf den Binnenmärkten nicht als den konstitutiven Faktor des Imperialismus schlechthin, sondern nur als eine seiner geschichtlich in Erscheinung getretenen Komponenten begreift (37). Es scheint bemerkenswert, daß der Autor an dieser Stelle auch die Leninsche Theorie in seine Kritik mit einbezieht: nicht, weil sie selbst inkonsistent wäre, sondern weil sie Anlaß zu falschen Schlußfolgerungen gibt und in der widerspruchslosen Rezeption die Perspektiven des Anti-Imperialismus verengt. Mit Recht kritisiert Horowitz die ahistorisch an Lenin anknüpfende Vorstellung, als sei „der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ in sich stufenlos (38); eine Auffassung, die beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung nur so lange haltbar ist, wie wichtige empirische Wahrnehmungen getrübt sind.

Gestützt auf diese Korrekturen, erörtert Horowitz zunächst die Geschichte des amerikanischen Imperialismus; nicht ohne dessen Kontinuität herauszustellen, die trotz aller antiimperialistischen Phraseologien und liberalen Selbstbestimmungs-Deklarationen in der amerikanischen Außenpolitik von der strategischen Devise der „offenen Tür“ (im pazifischen Raum) (53) und der Praxis der Monroe-Doktrin (in der westlichen Hemisphäre) (56) über die Teilnahme an der antibolschewistischen Intervention (57 ff.) bruchlos bis zur Eindämmungspolitik der Nachkriegszeit reicht (73 ff.). Die bürgerliche Historiographie hat die Tatsache und die Kontinuität dieses Expansionismus in der Regel gelehnet und die amerikanische Außenpolitik unter dem Etikett des „Internationalismus“ mit dem Nimbus der Fortschrittlichkeit versehen. Autoren wie Horowitz leisten einen wichtigen Beitrag zur Entmythologisierung der Zeitgeschichte, wenn sie solche Legenden — einzig auf der Basis eingängiger empirischer Daten, ohne noch so berechtigte ideologische Standpunkte zu bemühen — wirksam zerstören.

Hierfür gibt der Autor in seiner Betrachtung zum Ursprung und Verlauf des Kalten Kriegs ein gutes Beispiel, indem er auf sinnfällige Weise zeigt, wie schlecht die These vom fortgesetzten sowjetischen Expansionismus der Nachkriegszeit in den geschichtlichen Tatsachen selbst begründet ist. Es sind drei wesentliche Umstände, die er gegen diese legendenhaft fortgeschriebene These aufführt: zum einen die desolote Lage der Sowjetunion, die unter unermeßlichen wirtschaftlichen und militärischen Kriegsfolgen zu leiden hatte (z. B. 76), während die USA gerade ihren militär-technologischen Vorsprung und ihre ökonomische Vormachtstellung ausbauen; sodann die einvernehmliche interalliierte De-Facto-Aufteilung des europäischen Kontinents in Einflußsphären (67), die während der Konferenz von Jalta besiegelt wurde; und nicht zuletzt die diplomatische Offensive der USA in Osteuropa sowie die globale militärische Einkreisung der Sowjetunion (73).

Wenn die geschichtswissenschaftliche Rekonstruktion der tatsächlichen Nachkriegsentwicklung in der Kenntnis dieser realen Machtverhältnisse und politischen Ausgangslagen gründet, wird die Absurdität der These vom sowjetischen Expansionismus offenbar. Eine

vergleichende Analyse, die auch die Konsolidierung der westlichen Einflußzone umreißt (z. B. Griechenland, Italien, Westdeutschland), beweist, daß ihr Gegenteil weit eher zutrifft. Horowitz präzisiert diese Einsicht am Beispiel der amerikanischen Eindämmungspolitik: an der Offensiv-Strategie, die zur „Überlastung“ des politischen und ökonomischen Systems der Sowjetunion führen sollte, und am defensiven Aspekt dieser Politik, der die Restauration des westeuropäischen Kapitalismus bezweckte (73).

Um die „moderne revolutionäre Struktur“ verstehen und den Anti-Imperialismus empirisch begründen zu können, bedarf es sowohl imperialismus- wie auch revolutionsgeschichtlicher Ausgangsdaten. In diese Bedürfniskonstellation ordnet Horowitz sein analytisches Bemühen um ein Modell der spätbürgerlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Transformation ein (97). Da er vorrangig die Kapazität der bestehenden sozioökonomischen Strukturen und die Potenz der entstehenden Bourgeoisien in der Armen-Welt danach befragen will, ob sie dringenden Problemen gerecht werden, kann er den historischen Beweis für die These von der Revolution als unerläßlicher Vorbedingung des Übergangs (102), der die Struktur-analyse der „Unterentwicklung“ ergänzt, unter einigen wenigen Fragestellungen antreten.

Folgerichtig nimmt er das Schicksal der russischen Revolution von der Doppelherrschaft des Jahres 1917 bis zur Spätphase des Stalinismus als Modellfall, um zentrale Transformationsprobleme empirisch aufzuzeigen. Zu diesen Problemen gehört an erster Stelle die Abfolge von bürgerlich-demokratischer und sozialistischer Revolution, ferner die Frage der permanenten Revolution (90 ff.) sowie das Phänomen der ungleichen und kombinierten Entwicklung, das manche Deformationserscheinungen innerhalb der sozialistischen Praxis der Stalin-Ära erklärt (121 ff.). Da Horowitz die signifikanten inneren und äußeren Merkmale des Stalinismus in ihrem entstehungsgeschichtlichen Kontext deutet, kann er eine Stalinismus-Kritik formulieren, ohne der antisozialistischen Globaldenunziation Vorschub zu leisten und ohne die bedeutenden ökonomischen und zivilisatorischen Fortschritte dieser Übergangsperiode (135) historiographisch tilgen zu müssen, die — wie der Autor unterstreicht — die Attraktivität der stalinistischen Transformation für die unterentwickelten Gebiete erklären (125).

Während der Autor an dieser Stelle Übergangsprobleme abhandelt, die sich zwar im Falle der sowjetischen Entwicklung aufgrund der massiven äußeren Bedrohung und der verschärften inneren Konflikte in zugespitzter Form stellten, denen aber dennoch generelle und damit trans-historische Bedeutung zukommt, stellt er im nächsten Teil den konkreten geschichtlichen Kausalzusammenhang zwischen russischer Revolution und „moderner revolutionärer Struktur“ her. Hier führt die Linie der Argumentation von der Umkehrung der leninistischen Perspektiven in der historisch notgedrungenen Devise vom „Sozialismus in einem Land“ (141) über den domestizierenden Einfluß von Parteibürokratie und Staatsmacht — Vorgänge, die

sich in der reaktionären China-Politik der Komintern niederschlugen (143) — bis zu den reformistischen Implikaten der Koexistenz-Politik (z. B. 192). Da diese Politik der zwischenstaatlichen Arrangements — im vorrevolutionären China, in Frankreich, Italien und Westdeutschland während der ersten Nachkriegszeit und gegenwärtig in Lateinamerika zum Beispiel — mit einer Koexistenz zwischen gesellschaftlichen Klassen verbunden war und heute noch einhergeht (146), gewinnt auch der revolutionsgeschichtliche Teil der vorliegenden Analyse den beabsichtigten aktuellen Bezug. Wenn die Monographie — von kleineren inhaltlichen Mängeln abgesehen — Kritik verdient, dann hauptsächlich deswegen, weil es Horowitz versäumt, diesen Bezug an einem Modellfall wie der Kubanischen Revolution (189 ff.) ausführlich deutlich zu machen. Frank Niess (Heidelberg)

Horowitz, David (Hrsg.): Big Business und Kalter Krieg.
März Verlag, Frankfurt/M. 1971 (234 S., br., 20,— DM).

Seitdem sich in den USA eine Schule „revisionistischer“ Historiographie herausgebildet hat, sind manche Legenden zerstört worden, die der Antikommunismus über den Ursprung und den Verlauf des Kalten Kriegs in die Welt setzen mußte, um seine historische Legitimation erhärten und seine politische Funktion optimieren zu können. Dies gilt vor allem für die Generalthese der bürgerlichen Historiographie zur internationalen Politik der Nachkriegszeit, die besagt, daß der permanente Expansionismus der Sowjetunion die zahlreichen Krisen der vierziger und fünfziger Jahre verursacht und zu seiner Eindämmung infolgedessen die Zementierung der Blöcke erforderlich gemacht habe.

Wenn auch der sukzessive Abbau dieses Mythos den liberalen amerikanischen Historikern bisher schon als Verdienst angerechnet werden konnte, so war jedoch auch kritisch anzumerken, daß ein auffallender Mangel an polit-ökonomischen Kategorien dieses Unternehmen charakterisierte und seine Wirkung beeinträchtigte. In den vergangenen Jahren haben die gleichen Historiker nun einige Anstrengungen unternommen, um diesem Mangel abzuhelfen und über die bevorzugte Argumentation mit politisch-diplomatischen und militärstrategischen Faktoren hinauszugelangen. Der vorliegende Band, den David Horowitz im Auftrag der Bertrand Russell Peace Foundation herausgegeben hat, geht offenbar auf diese Intention zurück. Dafür ist auch die Mitarbeit von Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern ein Indiz. Die systematisch aufeinander abgestimmten historischen und soziologischen Beiträge der sieben Autoren sind darüber hinaus allerdings auch so konzipiert, daß sie die Diskussion über die Ursachen und Begleiterscheinungen des Kalten Kriegs nicht nur aus der kategorialen Beschränktheit, sondern ebenso auch aus der engen historischen Fixierung auf die ersten Nachkriegsjahre herauszulösen vermögen. Zusammengenommen haben diese beiden Seiten des methodischen Zugriffs den Vorzug, daß nun nicht mehr nur die außen-

politische Strategie der USA als Produkt des Kalten Kriegs, sondern daß dieser selbst wiederum als Resultat der Strukturprobleme des amerikanischen Monopolkapitalismus verständlich wird.

In der Kernthese, die der Anthologie zugrunde liegt, ist dieser Zusammenhang so präzisiert, daß deutlich wird, wie die Allianz von Big Business, militärischer Führung und Staatsbürokratie nach der faktischen Aufkündigung der antifaschistischen Kriegscoalition in der drastischen Expansion des Überseehandels und des Kapitalexports eine Lösung für die seit dem Roosevelt'schen New Deal verschleppten kapitalistischen Strukturkrisen anstrebte, und wie die flankierenden militärischen und politischen Maßnahmen, die vor allem der Sicherung amerikanischer Marktchancen und Rohstoffbasen galten, den Ausbruch des Kalten Kriegs provozierten. Welche einschneidenden ökonomischen Folgen der Kalte Krieg selbst zeitigte, wie er die Militarisierung der amerikanischen Wirtschaft und Außenpolitik in Gang setzte oder zumindest doch beschleunigte, thematisieren die Verfasser im Nachsatz zu dieser Grundannahme.

Den empirischen Beweis dafür versuchen sie sowohl historisch als auch systematisch anzutreten. Dabei gilt ihr Interesse zunächst dem Prozeß, der die nahezu vollständige Kontrolle der Außenpolitik durch das Großkapital perfekt machte, und den institutionellen wie auch informellen Faktoren, die eine derartige Kontrolle bewerkstelligen helfen. Die ersten Beiträge des Bandes zeigen auf, wie seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts das Industrie- in Konkurrenz zum Bankkapital in allen relevanten außenpolitischen Entscheidungsfeldern dominierenden Einfluß erlangte (81 ff.) und wie sich dieser Einfluß durch die Kanäle einer engen unbürokratischen Kooperation zwischen den Managements der großen Konzerne und der Administration ständig aktualisiert.

Als Bindeglieder zwischen Politik und Kapital fungieren in diesem Bereich vor allem nicht-staatliche Institutionen nach der Art des „Council on Foreign Relations“ (25 ff.): auf der Basis einer dichten personellen Allianz und einer seit der Roosevelt-Ära stark expandierten, ökonomische Interessen unmittelbar zur Geltung bringenden offiziellen Planungstätigkeit haben sie die außenpolitischen Kompetenzen der zuständigen staatlichen Organe zunehmend ausgehöhlt und deren Position im Entscheidungsprozeß entweder vorgeschrieben oder vielfach unterlaufen (61). Daß eben diese Entwicklung gerade im Zeichen des New Deal einsetzte, den die herrschende Historiographie immer wieder als innenpolitisches Substrat einer konsequenten außenpolitischen Abstinenz darzustellen sucht, geht aus einem anderen Beitrag hervor. Wenn in der engen Zusammenarbeit von liberalen Industrievertretern, Regierungsbeamten und Wissenschaftlern ein Konsens darüber erzielt werden konnte, daß einzig die Erschließung „neuer Grenzen“ im Ausland die Probleme der Überproduktion und Arbeitslosigkeit einer Lösung näherzubringen — also im Sinne der Surplusabsorption zu fungieren — versprach (139), so wird man darin tatsächlich die amerikanische Vorentscheidung für den späteren weltpolitischen Antagonismus sehen können. Im Ziel einer offenen Welt-

marktsituation, in der die USA nach dem Prinzip der Open-Door-Politik ihre Auslandsinvestitionen und ihren Außenhandel ungehindert sollten ausdehnen können (125), antizipierte die amerikanische Nachkriegsplanung den Kalten Krieg. Ohne dabei die Rolle der anti-kommunistischen Indoktrination zu verkennen (161 f.), resümieren die Verfasser die Genese des Kalten Krieges als eine politische Krise, die notwendig auf die ökonomische Krise in den USA folgte (159).

Auf welche Weise nun der Kalte Krieg selbst wiederum die Wirtschaft der kapitalistischen Staaten beeinflusste, demonstrieren sie an einer Reihe von Entwicklungstendenzen. Den Vorrang innerhalb der Analyse der durch den Kalten Krieg verursachten oder beschleunigten Veränderungen in der Struktur des amerikanischen Imperialismus erhält dabei die Darstellung des militär-industriellen Komplexes. Hier stellen die Autoren die Verbindung zum Ausgangsproblem ihrer Studie her: indem sie nämlich den Nachweis dafür erbringen, daß die Integration von Regierung und Big Business, die zu den wichtigsten Determinanten des Kalten Krieges zählte, in dessen Verlauf auf eine qualitativ neue Stufe gelangte (183). Als bedeutsamste Ursachen dieser Entwicklung nennen die Verfasser die „Konzentrierung der amerikanischen Militärausgaben auf Verträge mit einigen wenigen sehr großen Firmen“ (74) und den gleichen Vorgang im Falle der verstärkten Regierungsausgaben für Forschung und Entwicklung (182).

So positiv den Autoren einerseits der Versuch anzurechnen ist, einer vielfach eingegengten und verkürzten Diskussion um den Ursprung und Verlauf des Kalten Krieges nach einer ersten „revisionistischen“ Phase endlich die unerläßlichen sozialökonomischen Erklärungen nachzuliefern, so kritisch muß ihnen andererseits jedoch auch entgegengehalten werden, daß sie dabei allzu unbedenklich nach der problematischen Kategorie der Surplusabsorption von Baran/Swezy verfahren. Denn die inneren Widersprüche des amerikanischen Imperialismus, die sich ungemildert in der Außenpolitik manifestieren, gehen auf diese Weise ihrem analytischen Zugriff verloren.

Frank Niess (Heidelberg)

Magdoff, Harry: Das Zeitalter des Imperialismus. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1970 (181 S., br., 10,— DM).

Ein von Magdoff 1967 in New York auf der 3. Konferenz Sozialistischer Wissenschaftler gehaltenes Referat (Anlaß der Konferenz war der 50. Jahrestag von Lenins Schrift: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“) bildete den Ausgangspunkt für eine Reihe einzelner, in der Monthly Review erschienener Aufsätze zum Problem der ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik. Hier sind diese Arbeiten in wesentlich erweiterter Fassung veröffentlicht. Der Verfasser untersucht an umfangreichem Quellenmaterial die „historischen Entwicklungsbedingungen des imperialistischen Sy-

stems“. Dabei kommt es ihm darauf an, „den Zusammenhang zwischen verschiedenen Aspekten der Wirtschafts- und Finanzstruktur der USA einerseits und den internationalen Aktivitäten von Industrie und Regierungsadministration andererseits“ (20) zu analysieren.

Magdoff zeigt, daß der Kapitalismus zur expansiven Entfaltung einen expandierenden Weltmarkt und ein funktionierendes Weltwährungssystem benötigt. Da das Weltwährungssystem aber nur bei krisenfreier Expansion funktionieren kann, ist eine diesen Anforderungen adäquate Außenpolitik nötig. Vor allem nach dem 2. Weltkrieg ist, so Magdoff, ein „Übergang vom Kampf um die Aufteilung der Welt zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Verkleinerung des imperialistischen Einflußbereichs festzustellen“. Organisationen und wirtschaftliche Hilfsprogramme unterstützen die Reorganisation des imperialistischen Systems (z. B. die UNO, Weltbank, IWF, Marshall-Plan usw.). Zu dieser Reorganisation des imperialistischen Systems gehört vor allem der generelle Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln vor sozialistischen Revolutionen, die die Handlungsfreiheit des Kapitals in wichtigen Teilen der Welt beseitigen könnten. Diese „Angst“ zwingt die US-Regierung dazu, „die freie Welt (vgl. Truman Doktrin, d. V.) in die Verteidigung des freien Handelns und der freien Unternehmerschaft mit einzubeziehen“ (vgl. 176—179). Marktabsicherung und „Internationalisierung des Kapitals“ sind gekennzeichnet durch eine Abnahme der Investitionstätigkeit der US-Industrie im eigenen Land (deren Resultat ein Produktionsabfall war, der seit 1945 immerhin zu vier Wirtschaftskrisen geführt hat) und eine immer stärkere Auslandsinvestition.

Dieser Entwicklung wurde dadurch Rechnung getragen, daß die wirtschaftlichen Interessen der Industrie zu den Interessen der nationalen Politik gemacht wurden. Der Versuch, für private Kapitalanlagen im Ausland Anreize zu schaffen, spiegelt sich in den verschiedenen Programmen der Regierung wider, die Auslandshilfeabkommen mit Militärbündnissen verknüpften (z. B. Marshall-Plan und NATO, Zuwendungen an Pakistan, Philippinen, Südvietnam u. a., SEATO, ANZUS-Pakt zwischen USA, Neuseeland und Australien). Das Auslandshilfegesetz ist, so formulierte es John F. Kennedy, ein Mittel, mit dem die USA Einflüsse und Kontrolle auf der ganzen Welt ausüben (101). Eine andere Kontrollmöglichkeit der USA besteht über die Weltbank und den IWF. Was aus der Konferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods in New Hampshire 1944 hervorging, war die Organisation des Internationalen Monetary Fund (IMF) mit dem Ziel, ein System geordneter Wechselkurse zu schaffen. Was erreicht wurde, war eine Stärkung des Dollars — nationales Geld fungierte jetzt als Weltgeld. Für die USA ist der Dollar damit zum Instrument geworden, mit dem sie das kapitalistische Weltsystem kontrollieren können (Finanzierung des Kapitalexports durch Neudruck von Dollar-Noten, ebenso Ausgleich ihrer Zahlungsbilanzdefizite). Das Ziel der Politik der US-Regierung ist es, den Kapitalgeber möglichst vor „Verlusten durch Konfiszierung, Kriege und Schwankungen der Währungsrelationen“ zu schützen. So erklärte der ehemalige Präsident der Welt-

bank, Eugene R. Black, daß die „Auslandshilfeprogramme dem amerikanischen Geschäftsleben deutliche Vorteile verschaffen. 1. Auslandshilfe schafft unmittelbar einen beträchtlichen Markt für amerikanische Waren und Dienstleistungen. 2. Auslandshilfe fördert die Erschließung neuer Überseemärkte für US-Unternehmen. 3. Auslandshilfe orientiert die Volkswirtschaft der einzelnen Länder auf ein freies Marktwirtschaftssystem, von dem die US-Firmen nur profitieren können“ (152).

Daß der Vietnamkrieg ein weiteres Instrument ist, um im asiatischen Raum eine Kontroll- bzw. Schutzfunktion für das dort zu investierende bzw. bereits investierte Kapital auszuüben, sprach 1965 der Vizepräsident der Chase Manhattan-Bank aus: „In der Vergangenheit ließen die ausländischen Kapitalgeber einige Vorsicht hinsichtlich der gesamtpolitischen Lage im (südostasiatischen) Bereich walten. Jedoch muß ich sagen, daß in diesem Jahr die amerikanischen Operationen in Vietnam — die uns gezeigt haben, daß die USA den freien Nationen in diesem Gebiet auch in Zukunft wirksamen Schutz gewähren werden — sowohl asiatische wie westliche Kapitalgeber entschieden beruhigt haben. Tatsächlich habe ich einigen Grund zur Hoffnung, daß das gleiche wirtschaftliche Wachstum, das nach der Truman-Doktrin und der Gründung der NATO in Europa zu verzeichnen war, auch in den freien Wirtschaften Asiens einsetzen wird. Gleiches ereignete sich auch in Japan, nachdem die amerikanische Intervention in Korea die Bedenken der Kapitalgeber aus dem Wege geräumt hatte“ (152 f.). Das Zitat ist unter einem weiteren Aspekt interessant: deutet es doch die Notwendigkeit der Rüstungsausgaben für das Wachstum des Binnen- und Außenhandels an. Dies wird klar, wenn man sich den Zusammenhang von Konjunkturzyklen und Investitionsgüterindustrie vor Augen führt. Während eines konjunkturellen Abschwungs „können die Ausgaben für Investitionsgüter theoretisch auf Null sinken“. In diesem Zusammenhang spielt das „außenwirtschaftliche Engagement — sowohl bei militärischen als auch bei nichtmilitärischen Gütern...“ eine wesentliche Rolle, denn es kann ein „Ableiten kleinerer Rezessionen in langdauernde Depressionen verhindern“, indem der Investitionsgüterbereich durch einen garantierten Absatz von 20 bis 50 % durch Regierungskäufe abgesichert wird (163).

Magdoff tritt mit der These, daß auf lange Sicht die sozioökonomischen Grundlagen die Außenpolitik bestimmen, denjenigen entgegen, die die Außenpolitik im wesentlichen als Diplomatie und als Politik auf einer Ebene formaler völkerrechtlicher Gleichheit verstehen.

Siegfried Bönsch (Hannover)

Guérin, Daniel, u. Ernest Mandel: Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals. Rotbuch 37. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1972 (142 S., br., 6,50 DM).

Das Buch wird als ein „leicht verständlicher Schulungstext mit anschaulichen Beispielen aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben“

propagiert. Der erste Teil behandelt die Entwicklung und Auswirkung der Herrschaft der Industriemonopole in den USA, während sich der zweite mit der Landwirtschaft in einem monopolkapitalistischen System befaßt, deren Bedeutung in der Analyse von Monopolen in den USA meist unterschätzt oder gar nicht berücksichtigt wird. Da aber der Text dieser Kapitel aus einem bereits im Jahre 1951 von Guérin herausgegebenen Werk stammt, werden eine halbseitige Erklärung von Guérin und ein mehrseitiges Vorwort von Mandel beigefügt, das auf die Entwicklung der Monopole in den letzten zwanzig Jahren eingeht. Die Notwendigkeit eines solchen Vorworts wird damit begründet, daß Guérin nicht in der Lage war, neue Daten und Statistiken in die Untersuchung aufzunehmen, „... da [er] nicht mehr an Ort und Stelle gewesen [ist]“. Dies scheint als Begründung problematisch, denn solches Material ist in fast allen größeren Bibliotheken zu bekommen. Eine kurze Überarbeitung des früheren Textes zum aktuellen Stand hätte zur Einführung des Lesers in die Problematik besser beigetragen. Zudem muß Laien der Inhalt des Vorworts zum großen Teil unverständlich bleiben, solange er die beiden Hauptkapitel nicht gelesen hat. Es wäre nicht nur organisatorisch, sondern gerade für das Verständnis der geschichtlichen Entwicklung sinnvoller gewesen, lediglich eine kurze Erklärung zum Werdegang des Buches als Einführung zu geben und erst im Anschluß an die Hauptkapitel das „Vorwort“ von Mandel hinzuzufügen.

Während die Kapitalkonzentration im Bereich der Landwirtschaft, die Proletarisierung der Bauern und die Rolle des Staates bei der Monopolisierung der Landwirtschaft klar analysiert werden, beschränken sich die Autoren bei der Behandlung der Industriemonopole auf die Benutzung von moralisierenden Zitaten bürgerlicher Antimonopolisten (z. B. 50—51). Über mehrere Seiten werden die Monopole als „irrational“ kritisiert, da sie die Entwicklung von neuen unabhängigen Produktionsstätten durch die Ausnutzung ihrer herrschenden Stellung verhindern. Dieser Eindruck wird auch nicht durch den einen Satz entkräftet, man „... darf wirklich nicht von einem Extrem ins andere fallen und der Argumentation der Monopole gegen den liberalen Kapitalismus damit begegnen, daß man den liberalen Kapitalismus gegen die Monopole verteidigt“ (57). Man findet leider nur solche Argumentationen und Zitate, aber keine marxistische Kritik.

Gerade in einem Einführungstext müßte die Auseinandersetzung der Klassen und Schichten ausführlich behandelt werden. Eine Darstellung des Drucks der Konzerne auf die Arbeiter, die Schwarzen und die Bauern wird auch von Guérin für notwendig gehalten. Unverständlich ist es dann aber, wenn er schreibt, „auf die ersten beiden Gruppen [Arbeiter, Schwarze] bin ich schon an anderer Stelle eingegangen“ (72). Damit reduziert Guérin die wichtigsten „Schichten“ und „Gruppen“ für den Kampf gegen den Monopolkapitalismus zu einer Fußnote und behandelt lediglich den „Kampf“ der middle class und der Bauern ausführlich. Michael H. Fichter (Berlin/West)

Krippendorff, Ekkehart: Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1970 (496 S., br., 24,— DM).

In einem ihrer Hauptzweige, nämlich dem des Comparative Government, hat sich die westdeutsche Politikwissenschaft bis zur Gegenwart noch weniger als in anderen Sparten von jenen politischen Obligationen und methodischen Restriktionen zu befreien vermocht, die ihre neue Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg charakterisierten. Wenn sich das Comparative Government in der Bundesrepublik noch heute im wesentlichen als reine Institutionenlehre präsentiert, die eher an der formalen Dimension als am sozialen Inhalt politischer Strukturen und Prozesse interessiert ist, so wirken darin die politischen Prämissen nach, unter denen sich die Politikwissenschaft während der Nachkriegszeit als eigene Disziplin konstituierte.

Bemerkenswert ist hier vor allem der Umstand, daß die amerikanische Besatzungspolitik der re-education diese Wissenschaft im ideologischen Nachtrab zur faktisch bereits vollzogenen gesellschaftlichen Restauration nur insoweit „lizensieren“ konnte, als sie die Einübung formal-demokratischer Verhaltensmuster förderte, und daß die bürgerlichen Vertreter des Fachs diese Zwecke weitgehend internalisierten. Was die methodische Restriktion in der vergleichenden Regierungslehre angeht, so hat auch sie als einseitige juristische und geistesgeschichtliche Orientierung in erheblichem Maße dazu beigetragen, einen spürbaren Mangel an solchen Analysen entstehen zu lassen, die die Verfassungsgeschichten und Organisationsstrukturen der westlichen Regierungssysteme nicht nur isoliert behandeln, sondern sie zugleich auch nach ihren sozioökonomischen Bedingungen befragen.

Im gleichen Maße, wie die amerikanische Aggression in Vietnam eskalierte, machten liberale Historiker und Sozialwissenschaftler in den USA verstärkte Anstrengungen, über die Kritik der amerikanischen Außenpolitik zu einer Problematisierung des Regierungssystems in eben diesem Sinne vorzudringen. Krippendorff, der mehrjährige Forschungsaufenthalte in den Vereinigten Staaten absolvierte und gegen Ende „eines Lernprozesses an der intensiven Beschäftigung mit dem Material selbst“ seine ursprünglichen Arbeitshypothesen zur amerikanischen Strategie nicht bestätigt fand, reiht sich mit seiner Studie in diese Entwicklung ein. Obwohl die materialreiche Analyse Schwächen und Widersprüche genug aufweist, um die skeptische und selbstkritische Frage des Autors nach der Einlösung seines Anspruchs gerechtfertigt erscheinen zu lassen, füllt sie dennoch eine große Lücke in der westdeutschen politikwissenschaftlichen Literatur. Und wenn die Grenzen zwischen einer personalistischen und einer strukturalistischen Betrachtungsweise der amerikanischen Außenpolitik im besonderen und des Regierungssystems im allgemeinen entgegen den Intentionen des Autors, der zur letzteren neigt (8), auch gelegentlich zerfließen, stellt der tatsächlich praktizierte methodische Ansatz doch

einen bedeutenden Fortschritt gegenüber bislang eröffneten Zugängen dar. Über diese begrenzten Vorbehalte hinaus scheint allerdings auch eine grundsätzliche Kritik an der vorliegenden Monographie angezeigt. Da Krippendorff nicht radikal und systematisch genug dem sozioökonomischen Agnostizismus in der von der bürgerlichen Politikwissenschaft dargebotenen außenpolitischen Analyse und vergleichenden Regierungslehre entgegenarbeitet, bleibt seine Darstellung letztlich doch noch jenem liberalen Mißverständnis verhaftet, das im gouvernementalen Mechanismus des amerikanischen Systems trotz aller Vorbehalte ein pluralistisch-rationales Grundmoment am Werk sieht. Indem er die amerikanische Wirtschaft unter das außenpolitische Instrumentarium rubriziert, statt umgekehrt die Analyse der amerikanischen Strategie in einen imperialismus-theoretischen Kontext einzubinden, schickt er der inhaltlichen bereits die formale Bestätigung für diesen Mangel voraus.

Um die Grundmuster und Entscheidungsstrukturen der amerikanischen Außenpolitik aus der Fülle des Materials in sinnvoller analytischer Zuordnung herauszupräparieren, bedient sich der Autor zugleich der diachronischen und der synchronischen Methode, ohne jedoch — wie in anderen Darstellungen zum amerikanischen System üblich — beide miteinander zu verschränken. Dieses Verfahren hat zweifellos den Vorteil, daß nicht wegen der Überbetonung der partikularen Kontinuitäten der Blick für die Kontinuität der gesamten Strategie verlorengeht.

Der extensiven und detailreichen Analyse der institutionell-verfassungsrechtlichen und der instrumentellen Seite amerikanischer Außenpolitik stellt Krippendorff eine geraffte, nichtsdestoweniger aber äußerst instruktive Übersicht zu ihren historischen Grundmustern voran. Im Text dieses Teils selbst wie auch in der beigegeführten Chronologie amerikanischer Interventionen in Übersee wird deutlich, daß alle ideologiegeschichtlichen Variationen auf das Thema amerikanische Außenpolitik und ihre Reflexe in der Historiographie nur von der Tatsache ablenken, daß diese sich in der Substanz stets gleichgeblieben ist: als „Magd der Ökonomie“ (25), die seit der Jahrhundertwende verstärkt für den freien Zugang zu den überseeischen Märkten und Rohstoffen zu sorgen hatte.

Am Beispiel der konsequenten universalen Praxis der 1900 erstmalig gegenüber China formulierten imperialistischen Politik der „offenen Tür“ gelingt dem Verfasser der bündige Nachweis, daß es sich bei der ausufernden geschichts- und politikwissenschaftlichen Diskussion über den Isolationismus und Internationalismus in der amerikanischen Außenpolitik tatsächlich nur um einen Etikettenstreit handeln kann (27). Wie erheblich und zahlreich auch die taktischen Differenzen innerhalb der Exekutive und des Big Business jemals gewesen sein mögen: sie haben — und das geht nicht nur aus den Entscheidungen selbst, sondern genauso auch aus den außenpolitischen Statements der maßgeblichen Repräsentanten der amerikanischen Strategie *expressis verbis* hervor — jedenfalls nie an den strategischen Konsensus gerührt, der beinhaltet, daß die restaurative

Sanierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ohne die ökonomisch fundierte außenpolitische Offensive undenkbar sei.

Weniger stringent als dieser historische ist der erste systematische Teil von Krippendorffs Studie ausgefallen, der unter den Schlüsselbegriffen „Regierungsmißtrauen und Machtdiffusion“ (67 ff.) die Verfassungswirklichkeit des Regierungssystems im allgemeinen und des außenpolitischen Entscheidungsprozesses im besonderen behandelt. Obwohl der Autor mehrfach den letztlich ausschlaggebenden Einfluß des Großkapitals auf die Legislative und Exekutive thematisiert (z. B. 82 f.) und schlußfolgert, daß die Machtdiffusion zur pluralistischen Fassade und das Regierungsmißtrauen zum populären Unbehagen verkümmert sei (83), kommt dieser Gesichtspunkt in der systematischen Aufschlüsselung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses nach Kriterien der administrativen Zuordnung und der institutionellen Rivalitäten nicht so klar zur Geltung, daß es sich von selbst verbieten würde, dem Autor ein liberales Vertrauen in das System der „Checks and Balances“ zu unterstellen. Selbst in der immanenten Kritik der Fragmentierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses, der engen Ressortinteressen in der Exekutive (95), der Improvisation von unzähligen ad hoc-Gremien (115) und anderer Phänomene, die alle auf eine heillose Diffusion hindeuten, kommt diese Tendenz noch zum Vorschein. Und sie wird auch dadurch nicht völlig ausgeräumt, daß der Autor ein solches Vertrauen — qua ideologischer Identifikation „der nahezu archaisch zu nennenden politischen Struktur“ mit Demokratie und Freiheit — einzig jenen organisierten sozioökonomischen Machtgruppen zuschreibt, die von dieser Struktur am meisten profitieren.

Nun kann sich eine solche Kritik an Krippendorff freilich kaum auf die empirischen Einzelbelege beziehen, die er für die Macht- und Entscheidungsdiffusion erbringt, sondern nur auf seine Schlußfolgerungen. Daß diese Erscheinung spätestens seit der Roosevelt-Ära wie kaum eine andere den gesamten Entscheidungsbereich charakterisiert, in dem staatliche Organe kraft Verfassung oder Verfassungsübung mit Außenpolitik befaßt sind, ist zunächst unbestreitbar.

An erster Stelle ist hier die „bis zur Unübersichtlichkeit gehende Aufblähung des Kreises präsidentieller Ratgeber, Büros und beratender Gremien“ (88) zu nennen. Des weiteren zeigt sich die Diffusion in der neuzeitlichen Struktur des State Department selbst, das der Autor als einen Oktopus mit unzähligen rivalisierenden Büros und im Status halbdefinierten Arbeitsgruppen kennzeichnet (126), und in dem Umstand, daß die Rolle dieses Ministeriums im außenpolitischen Entscheidungsprozeß immer ungeklärter scheint, seitdem das Pentagon dank seines straff organisierten Apparats und der zunehmenden militärischen Implikationen außenpolitischer Entscheidungen im Verlauf der ersten Nachkriegszeit mindestens zur Gleichberechtigung mit der klassischen Regierungsbehörde für das Auswärtige auf diesem Sektor aufstieg (132, 144). Desgleichen wird man dem Verfasser darin zustimmen können, daß er im innerparlamentarischen Entscheidungsprozeß des Kongresses eine Spielart der Diffu-

sion des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in der Exekutive selbst sieht (240).

Aus all diesen institutionalisierten Balancemomenten und strukturellen Anomalien nun jedoch wie Krippendorff zu folgern, daß sie „ein am Ganzen orientiertes politisches Kalkül und die weitsichtige Abschätzung der Konsequenzen zutreffender außenpolitischer Entscheidungen“ zugunsten kurzfristig-taktischer Motivationen eher generell als gelegentlich verhindern, kommt einer Mythologisierung der amerikanischen Außenpolitik an ihrem Ursprungsort gleich. Denn die These von der strategischen Insuffizienz des außenpolitischen Entscheidungsapparats verdunkelt die Ursprünge langfristiger und systemrationaler Politiken — wie der Lateinamerika- und Vietnam-Politik der USA —, die sich konzeptionell keineswegs im Wildwuchs der Institutionen verfangen haben. Im Grunde bringt sich Krippendorff mit den Schlußfolgerungen aus seiner systematischen Analyse in Gegensatz zur historischen Analyse, die prononciert auf den zwar wechselvollen, aber dennoch zielgeraden Durchbruch expansionistischer amerikanischer Strategien abhebt. Da der Autor darauf verzichtet hat, auch die nichtstaatlichen Institutionen in die Betrachtung aufzunehmen, die im außenpolitischen Bereich als Bindeglieder zwischen Großkapital und Regierung fungieren und als solche meist erfolgreich mit den zuständigen Behörden um die Durchsetzung strategischer Konzepte wetteifern, hat er sich einer Möglichkeit begeben, diesen Widerspruch aufzulösen.

Der zweite systematische Teil der Studie, der am Beispiel der Diplomatie, des Militärs, des Geheimdienstes, der Propaganda, einzelner gesellschaftlicher Organisationen und der Wirtschaftspolitik das außenpolitische Instrumentarium der Vereinigten Staaten behandelt, fügt sich mit seinen Schlußfolgerungen und Prognosen konsistenter als der erste in die Gesamtanalyse ein. Er bringt eine Fülle aufschlußreicher Informationen, die im einzelnen zeigen, welcher Instrumente sich die amerikanische Außenpolitik unmittelbar bedient oder welche gesellschaftlichen Agenten ihr aufgrund von Interessenidentitäten tatsächlich zur Verfügung stehen, um die amerikanische Strategie durchzusetzen. Welche Konflikte sich in ideologischer und vor allem operativer Hinsicht zwischen den Apparaten und Organisationen einstellen, die bei der Exekution der amerikanischen Außenpolitik auf überlappenden Entscheidungsfeldern miteinander konkurrieren, verdeutlicht Krippendorff am Beispiel des Verhältnisses zwischen dem militärpolitischen und dem zivil-politischen Instrument (295 ff.) und am Beispiel der Loyalitäten amerikanischer Geschäftsleute im Ausland, die ihren Hauptverwaltungen gegenüber beständig, der spezifischen Außenpolitik ihrer Regierung gegenüber jedoch wechselhaft sind (370).

Forscht man dem Verlauf und Ausgang dieser Konflikte exakt nach, so wird man mit dem Autor resümieren müssen, daß die Praxis amerikanischer Außenpolitik fast ausnahmslos die Strategie vom Primat der Förderung „privatwirtschaftlicher“, sprich kapitalistischer Ordnungsvorstellungen und Interessen demonstriert (459). Ihrer ideo-

logischen Verzerrungen entkleidet, zeigt diese Politik die unveränderliche Tendenz, in der internationalen Umgebung die Bedingung für das Überleben der amerikanischen Gesellschaftsordnung zu schaffen oder zu erhalten. Insofern stellt die Pax Americana, die der Autor im Schlußteil seiner Studie charakterisiert, tatsächlich nur „die nach außen gewandte Komplementärfigur der innenpolitischen Pazifizierung der bürgerlichen Gesellschaft dar.“

Frank Niess (Heidelberg)

Ökonomie

Córdova, Armando: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (167 S., br., 4,— DM).

Welche Beiträge aus der Masse neuerer lateinamerikanischer Arbeiten zum Problem der Unterentwicklung für eine deutsche Übersetzung ausgewählt werden, hängt noch weitgehend von Zufälligkeiten ab wie z. B. den persönlichen Kontakten und Vorlieben rühriger deutscher Editoren oder dem Reader-gerechten Umfang der Arbeit. Innerhalb dieses naturwüchsigen Rezeptionsprozesses ist der vorliegende Band des Venezolaners Córdova ein Treffer, übrigens auch ein deutlicher Fortschritt gegenüber den 1969 in derselben Edition Suhrkamp erschienenen Texten von ihm und Silva Michelena.

Córdova geht aus von dem abhängigen Charakter der lateinamerikanischen Gesellschaften und der exogenen Bedingtheit der Unterentwicklung, die als Resultat der weltweiten Entwicklung des kapitalistischen Systems gesehen wird. Der Band vereint drei Aufsätze zu Einzelthemen aus diesem Gebiet (Marginalität; Wirtschaftsintegration; Kritik an A. G. Frank). Jeder Artikel enthält einen ausführlichen theoretischen Teil, der (mit gewissen unvermeidlichen Wiederholungen) als roter Faden durch die Arbeiten führt und der den eigentlichen Gehalt des Bandes darstellt, neben dem die angeschnittenen Einzelfragen mehr illustrative Funktion haben.

Diese durchgängige theoretische Thematik ist die „strukturelle Heterogenität“. Die etwas nichtssagende Wortkombination wurde übernommen aus der bürgerlichen Sozialwissenschaft (wo sie bloße technologische Disparitäten bezeichnet; 24) und inhaltlich „umfunktioniert“. Die Bezeichnung sollte durch eine bessere ersetzt werden, aber der Inhalt des Begriffes stellt in der Tat ein entscheidendes Element zur theoretischen Erklärung von Unterentwicklung dar. Córdovas These (insb. 55—81): In den abhängigen Gesellschaften der „Dritten Welt“ existieren unter der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise Reste präkapitalistischer Produktionsweisen fort

(28/29). Die typischen Insuffizienzen und Deformationen der armen Länder sind zu fassen als das Nebeneinander „von Sektoren, in denen verschiedene Produktionsverhältnisse mit unterschiedlichem Entwicklungsstand der Produktivkräfte herrschen“ (63). Diese Heterogenität entsteht historisch aus der ausländischen Eroberung und Durchdringung im Zuge der europäischen Expansion. Durch die Überlagerung der vor der Eroberung vorhandenen lokalen Gesellschaftsformation durch die kapitalistische (bzw. „merkantilistische“) Produktionsweise „entstand eine Wirtschaftsstruktur mit einer (großen) Variationsbreite der Produktionsverhältnisse“ (68), „in der außerdem andere Produktionsverhältnisse wieder auflebten, die, wie die Sklaverei, in den europäischen Gesellschaften seit Jahrhunderten überwunden waren“ (67). Die entstehenden Mischformen sind weit widersprüchlicher als beim „normalen“ Übergang von einer Gesellschaftsformation zur historisch höheren (63) und führen zu krassen Diskontinuitäten auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

Leider beschränkt Córdova sich weitgehend darauf, diesen Grundansatz darzulegen; wie diese Heterogenität in den verschiedenen Sektoren konkret aussieht, erfährt man nicht. Die historische Ableitung (67—81) bleibt zu knapp und zu deskriptiv, um eine Beweisfunktion erfüllen zu können. Der Verfasser wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet: Handelt es sich wirklich um Reste von „feudalen“, „sklavenhaltenden“ oder auch „asiatischen“ Produktionsweisen, oder entstehen hier besondere Formationen? Was ist noch „früher“, „degenerierter“ oder „deformierter“ Kapitalismus, und was kann nur noch als „präkapitalistisch“ bezeichnet werden? Mal heißt es: „Heterogenität in der sozioökonomischen und in der Klassenstruktur erzeugt Heterogenität auf den verschiedenen Ebenen des Überbaus“ (27), später wird Heterogenität definiert als ein „Zustand (?), in dem durch den Überbau sichergestellt wird, daß in einer Gesellschaft gleichzeitig verschiedene Produktionsverhältnisse bestehen können, die unterschiedlichen historischen Entwicklungsstufen . . . entsprechen“ (60; Hervorhebung T.T.E.). Bedingt hier die Basis den Überbau, oder ist es in den Peripherieländern umgekehrt? Das müßte dargelegt werden! Ist die Heterogenität gleich stark ausgeprägt in den Produktionsverhältnissen und in dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte? Abhängigkeit wird definiert „als ein Produktionsverhältnis auf höherer Ebene . . . zwischen Gesellschaften“ (65); auch das müßte spezifiziert werden. Córdova fällt hinter seinen eigenen Stand zurück, wenn er die Unterscheidung zwischen strukturell heterogenen (unterentwickelten) und homogenen (hochentwickelten) Gesellschaften nur quantitativ nach dem Ausmaß der von der dominierenden Produktionsweise abweichenden Sektoren vornimmt (26, Fußnote 38).

Córdova stellt zu Recht fest, daß die Heterogenität der Gesellschaftsformationen „eine der Hauptschwierigkeiten für die theoretische Analyse unserer Gesellschaften (ist)“ (29), und es wäre ungerrecht, von ihm eine fertige Theorie zu verlangen. Er kann die theoretische Unschärfe, die in der lateinamerikanischen Literatur (und

nicht nur dort) vorherrscht, nicht auf einmal überwinden, aber er bringt die Diskussion in zwei Punkten einer Klärung näher: 1. Das Problem der Unterentwicklung wird der Ebene der ökonomischen Gesellschaftsformationen — also dem weitesten Begriff, den der historische Materialismus kennt — zugeordnet; 2. Unterentwicklung wird erkannt als eine durch exogene Penetration bedingte Ungleichzeitigkeit der Gesellschaftsformationen. Das ist die wichtige Leistung dieses Buches; es macht weitere Arbeit nicht überflüssig, aber bietet Perspektiven.

Die Ausführungen zu den konkreten Einzelthemen laufen in den ersten beiden Aufsätzen etwas unverbunden neben den theoretischen Überlegungen her. Zum Problem der „Marginalität“, der Arbeitslosigkeit und Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, bietet Córdova eine gute Zusammenfassung von Thesen, die von anderen lateinamerikanischen Autoren schon ausführlicher und genauer erarbeitet wurden (insb. von Quijano und von der Gruppe um den Argentinier José Nun, deren 1969 veröffentlichte Ergebnisse nur in vorläufigen Papieren zitiert werden). Diese heute kaum noch bestrittenen Thesen lauten: Marginalität ist die Konsequenz des „normalen“ Funktionierens des kapitalistischen Systems in seinen Randländern in der gegenwärtigen Epoche. Der Arbeitskräftebedarf und die Einkommensverteilung wandelt sich historisch mit den verschiedenen Ausbeutungsstrategien der jeweiligen Hegemonialmächte. Die heutige massive Arbeitslosigkeit beruht darauf, daß a) der Arbeitskräftebedarf in den traditionellen arbeitsintensiven Exportsektoren der Landwirtschaft und des Bergbaus nicht mehr expandiert, b) die modernen Industriesektoren kapitalintensiv arbeiten und c) daher der Bevölkerungszuwachs nirgends absorbiert werden kann. Der Verfasser sieht keine Möglichkeit, im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Organisation eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. — Auf die Frage, inwieweit die marginalen Massen noch unter den Begriff der Industriellen Reservearmee zu fassen sind, wird nicht eingegangen.

Im zweiten Aufsatz befaßt sich nur das letzte Drittel der Arbeit mit dem angegebenen Thema „Wirtschaftsintegration“ (nach zwei Dritteln Theorie). Auch hier sind die Thesen aus anderen Arbeiten bekannt: Der in den 60er Jahren mit großem propagandistischen Aufwand begonnene (und bisher ziemlich erfolglose) Versuch einer supranationalen Integration von Lateinamerika nach den Vorbildern von EFTA und EWG ist ein Ersatz für die Ausweitung der Massenkaukraft im Innern der Länder; anstelle einer Erweiterung der Binnenmärkte werden die nur auf die oberen Schichten ausgerichteten insularen Märkte zusammengefaßt. Der „endgültige Nutznießer“ (94) sind die multinationalen Konzerne, die zunehmend ihre Produktionsstätten ins Innere der betroffenen Länder verlegen, um Zollschranken zu überspringen, und die als einzige über die Organisation verfügen, um die Kostenvorteile einer arbeitsteiligen Massenproduktion für einen gesamtlateinamerikanischen Markt wahrzunehmen. Eine politische Konsequenz ist die zunehmende Internationalisierung

der einheimischen Bourgeoisien. „Dieser Prozeß ist schon so weit fortgeschritten, daß nicht mehr mit der Beteiligung wichtiger Gruppen der lokalen Bourgeoisie an irgendeiner Bewegung deutlich anti-imperialistischer Zielsetzung gerechnet werden kann“ (103). Córdova hält eine andere Integration für nötig: „die Integration der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte auf kontinentaler Ebene“ (107) zur Überwindung des „revolutionären Provinzialismus“ (107). — Mögliche Auswirkungen der Internationalisierung auf die Arbeiterklasse (insbesondere Bildung von Arbeiteraristokratien, reformistischen Gewerkschaften, Integrationsideologien) thematisiert Córdova nicht.

Der letzte der drei Aufsätze besteht in einer Kritik an André Gunder Frank, insbesondere an seiner These, Lateinamerika sei niemals feudalistisch, sondern seit der Eroberung kapitalistisch gewesen. Córdova stimmt voll überein mit Frank in der politischen Konsequenz, daß derzeit nur noch eine sozialistische, nicht mehr eine bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung stehe. Er hält aber Franks Thesen insbesondere für die Kolonialzeit für theoretisch und methodologisch nicht haltbar: Seiner Ansicht nach ist Lateinamerika während der Kolonialzeit und in abnehmendem Maße bis heute durch „strukturelle Heterogenität“ gekennzeichnet („der Indio ist nicht nur das Geschöpf des Kapitalismus“, 147). — Córdova weist nach, daß Frank sich auf Aspekte der sozialen Organisation stützt, die entweder für sich allein einen voll entfalteten Kapitalismus noch nicht beweisen oder überhaupt kein spezielles Merkmal von Kapitalismus sind. Den Widerspruch zwischen Ausbeutung/Aneignung und zwischen Metropolen/Satelliten hat es auch in vorkapitalistischen Klassengesellschaften gegeben. Das Vorhandensein von Warenproduktion und Handelskapital sagt noch nichts darüber aus, welche konkreten Produktionsmethoden und Produktionsverhältnisse im Innern der Produktionsstätten herrschen. Fragen des Überbaus werden nicht thematisiert, und an die Stelle einer Klassenanalyse treten geographische Einheiten (Länder - Städte - Dörfer). — Auch diese Kritik an Frank ist nicht mehr neu in der lateinamerikanischen Literatur (anders in der deutschen), aber hier stellt Córdovas Arbeit einen der wichtigsten und detailliertesten Originalbeiträge dar, nicht nur eine zusammenfassende Wiederholung. Es ist der theoretisch dichteste, allerdings auch speziellste Artikel in dem Buch. — Die Empirie kommt in dem Band (notwendig?) zu kurz, sie wird z. T. nur deskriptiv und illustrativ neben die theoretischen Überlegungen gestellt.

Tilman Tönnies Evers (Berlin/West)

Dreesmann, Bernd (Hrsg.): Strategie gegen den Hunger.
Das Weltproblem Nr. 1 in Berichten bedeutender Fachleute. Martin Kelter Verlag, Hamburg 1969 (158 S., br.).

Viele Experten-Kommissionen haben wiederholt auf das Welternährungsproblem in Zusammenhang mit der sogenannten Bevöl-

kerungsexplosion hingewiesen. Das Problem wurde erneut durch den Meadows-Bericht des Club of Rome in den Vordergrund gerückt, wenn auch nicht so sehr unter dem Aspekt des Welthungers als vielmehr unter Betonung der angeblich von der Natur objektiv gesetzten Grenzen für das ökonomische Wachstum einer rasch wachsenden Weltbevölkerung.

Das oben erwähnte Buch, von der Deutschen Welthungerhilfe, dem Komitee für die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen in Bonn, anlässlich der Veröffentlichung des vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) verfaßten Gutachtens zur Welt ernährungslage im Jahre 1969 herausgegeben, enthält einige Texte von prominenten Politikern wie Willy Brandt, Hermann Höcherl, Robert S. McNamara u. a., die sich aus anderem Anlaß zum Thema äußerten, Dokumente internationaler Organisationen sowie einige Originalbeiträge. Ziel der Veröffentlichung ist nicht die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen, Bedingungen, Aspekten und Perspektiven des Welthungerproblems, sondern die Unterrichtung eines breiten Publikums; vielleicht gehen deshalb die Beiträge nicht über Gemeinplätze oder oft unkritisch wiederholte Rezepte hinaus, wie z. B. das Maßnahmen-Paket zur Lösung des Welternährungsproblems von Dr. Matzke, dem Direktor der Projekt-Abteilung des „Welternährungsprogramms“ der FAO (11 f.), das Postulat „Selbsthilfe durch mehr Arbeitsplätze“ von Erika Wolf, MdB (129 ff.) oder die Forderung „gerechter Handel statt mehr Hilfe“ der Weltbank (136—138). McNamara beteuert, daß die Überbevölkerung den Fortschritt bedroht (45 ff.), und FAO-Dokumente belegen die Misere in der Landwirtschaft in den unterentwickelten Ländern. Willy Brandt setzt sich für die Entwicklungshilfe „als unerläßlichen Beitrag für eine weltweite Friedenspolitik“ (!) ein, womit Spannungen vermieden werden können (27) (!). (Der Beitrag Brandts stammt aus der Zeit, als er Außenminister war.)

Der einzige lesenswerte Beitrag stammt von Otto Kreye (53 ff.), der die Entwicklung der Unterentwicklung nicht nur „als historische Erfahrung“, sondern auch als „Prozeß der Gegenwart“ behandelt (55). Er versucht zu zeigen, wie die Kapitaltransfers aus den unterentwickelten Ländern (69) und die Entwicklungshilfe selbst (74—76) die Unterentwicklung vertiefen. Marios Nikolinakos (Berlin/West)

Zenz, Gisela: Sowjetische Entwicklungshilfe. Organisation und Vertragsrecht. Abhandlungen zum Ostrecht, Band IX. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1970 (128 S., Ln., 28,— DM).

Biskup, Reinhold: Sowjetpolitik und Entwicklungsländer. Ideologie und Strategie in der sowjetischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern. Mit einem Vorwort von Bundeskanzler a. D. Professor Dr. Ludwig Erhard. Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Band 13. Verlag Rombach, Freiburg 1970 (212 S., Ln., 27,— DM).

Gisela Zenz hat die umfangreiche sowjetische Literatur über die rechtlichen Normen und Regelungen aufgearbeitet, die für den Abschluß von Abkommen zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Entwicklungsländern gelten. Sie geht im Detail darauf ein, in welcher Weise beispielsweise die Gewährung von Krediten, die Lieferung von Materialien und Dokumentationen, die Entsendung von Experten oder die Ausbildung von Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern rechtlich geregelt sind und Eingang in die bilateralen Abkommen gefunden haben. An einigen Stellen (18—22) gibt die Verfasserin allgemeine Hinweise auf die Prinzipien der sowjetischen Entwicklungshilfe. Zur Förderung der Industrialisierung werden nicht nur Betriebe der Schwerindustrie, sondern auch der Konsumgüterindustrie und Fabriken zur Ausschöpfung örtlicher Ressourcen und zur Verarbeitung von Exportrohstoffen geliefert. In den Entwicklungsländern wird vor allem der staatliche Wirtschaftssektor gestützt. Kredite werden „mit ungewöhnlich langen Tilgungszeiten und ungewöhnlich niedrigen Zinssätzen gewährt — meist auch unter Verzicht auf die Rückzahlung in frei konvertibler Währung“ (18—19). Die Sowjetunion erwirbt in keinem Fall Anteils-, Mitverwaltungs- oder Bezugsrechte an den Betrieben, die mit ihrer Hilfe erstellt worden sind: „Es gibt keine sowjetischen Investitionen und keine Parallele zu den westlichen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern“ (21). Großer Wert wird auf die Ausbildung von Facharbeitern und Technikern gelegt, die entweder in der UdSSR oder in dem jeweiligen Entwicklungsland erfolgt. Für die Lieferung von technischen Dokumentationen und Lizenzen werden keine Gebühren erhoben (70).

Die Untersuchung von Biskup, die mit Unterstützung der Ludwig-Erhard-Stiftung gedruckt wurde und Alfred Müller-Armack gewidmet ist, vermittelt keine neuen Informationen über die Politik der UdSSR gegenüber den Entwicklungsländern. Sie gibt aber einen Einblick in das reichhaltige Arsenal einer konservativen Ideologie, die für die Verteidigung des, wie es Ludwig Erhard in dem Vorwort formuliert, „Leitbildes einer freiheitlichen Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft“ gegen die „Taktik der Verführung zum Kommunismus“ (171) und den „weltumspannenden Imperialismus“ der UdSSR (186) zu Felde zieht. Biskup sieht eine direkte Kontinuität zwischen der zaristischen Expansionspolitik und der heutigen Außenpolitik der UdSSR. Warnend weist er darauf hin, daß sich das Moskower Reich seit Ende des 15. Jahrhunderts täglich im Durchschnitt um 130 qkm ausgedehnt habe (15). Der Autor stützt sich auf die Arbeiten von J. M. Bochenski, Z. K. Brzezinski, S. T. Possony, G. A. Wetter und anderer bekannter Forscher dieses Genres und zählt die verschiedenen Listen und Tücken auf, mit denen die „sowjetkommunistischen Kremlherrscher“ (15) ihre „Hegemonieansprüche“ durchsetzen. Er hat auch ein besonders hinterhältiges Mittel ihrer „Salamitaktik“ ausfindig gemacht: „ein besonderes Kennzeichen (ist) die Konzentrierung der Kräfte auf die schwachen Stellen des Gegners, so insbesondere auch die auffallende Bevorzugung

von Angriffen gegen die Flanke und den Rücken“ (76). Über den eigenen politischen Standpunkt läßt der Verfasser keinen Zweifel, wenn er schreibt, daß nur durch die „Erfahrung einer entschlossenen, festen Reaktion der führenden westlichen Atommacht, der USA, und ihrer Verbündeten“ (55) der Einfluß der UdSSR zurückgedrängt werden könne; Indonesien zeige das Beispiel einer erfolgreichen Abwehrstrategie (184).

Gert Meyer (Marburg)

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

**Ästhetik
und Kommunikation**
**Beiträge
zur politischen Erziehung**

17

STAAT UND HERRSCHAFTS- SYSTEM IM HEUTIGEN KAPITALISMUS

Philippe Herzog: Die Rolle des Staates in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft

Louis Althusser: Ideologie und ideologische Staatsapparate

Max Schmidt: Zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems

Weiss/Werner: „Verfassungsreform“ – Pläne in der BRD

Edeltraud Felfe: Zur Kritik der „Wohlfahrtsstaatstheorie“

John Hostettler: Tendenzen zu autoritären Herrschaftsformen in Großbritannien

A. S. Nikiforow: Rechtliche Aspekte der Macht des Präsidenten der USA

G. Sergejew: Pläne zur Reorganisation der Regierungs-Administration in den USA

B. S. Nikiforow: Das US Supreme Court: von Earl Warren zu Warren Burger

5. Jahrgang, Heft 1/1974

13

MEDIEN UND MASSEN- KOMMUNIKATION

Martin Osterland: Medienwissenschaft als Sozialwissenschaft

Rolf Lindner: 50 Jahre Deutscher Rundfunk

Knut Hickethier: Massenmedien in der Schule – Zum gegenwärtigen Stand

Rolf Lindner: Kritik der Massenkommunikationsforschung in Amerika

Hendrik Schmidt: Integration oder Emanzipation? Notizen zur Statutenbewegung in den Rundfunkanstalten

Klaus Schwartz: Das Beispiel EVA – Gewerkschaftliche Medienpolitik

Don Porsché: Alternative Funknachrichten in den USA – Ein Erfahrungsbericht

David Wittemberg: Medien im Dienst der Arbeiterklasse. LIP. Neue Kampfformen und proletarische Öffentlichkeit

Rezensionen über Medientheorie und proletarische Literatur

4. Jahrgang, Heft 4/1973

5,- DM; Jahresabo 20,- DM, für Studenten, Lehrlinge, Wehr- und Ersatzdienstleistende 16,- DM (nur über IMSF). – Bestellungen über Buchhandel oder Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), 6 Frankfurt/M., Liebigstraße 6

Erscheint vierteljährlich. – 5,- DM; Jahresabo 17,- DM. – Bestellungen über Buchhandel oder Scriptor-Verlag, 6242 Kronberg i. Ts., Schreyerstraße 2

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

1 '74

**ZUR LAGE DER ARBEITER-
KLASSE IN DER BRD**

**Ölkonzerne erzielen riesige Pro-
fite (L. Müller)**

**Die Gründung der KPD — Eine
historische Wende (Bachmann)**

**Reallöhne und Profite in den ge-
genwärtigen Klassenauseinander-
setzungen (Rische)**

**Wie sicher sind die Arbeitsplätze?
(Goldberg)**

**Der Kampf um eine menschenge-
rechte Arbeitsgestaltung (Grün-
feld)**

**Die Legende von der Humanisie-
rung der Vermenschlichung der
Arbeit im Kapitalismus (Adamo)**

**Zur Entwicklung des Kampfes
und des Bewußtseins der Arbei-
terklasse in der BRD 1973 (Stein-
haus)**

**Probleme der Diskriminierung der
berufstätigen Frauen (Blum)**

**Arbeiterjugend im Betrieb (Bar-
tels/Hoffmann)**

**Die soziale Lage der ausländi-
schen Arbeiter in der BRD und
ihre Rolle in den sozialen Kämp-
fen (Humbach)**

12. Jahrgang, Heft 1/1974

1/2 '74

Illich

Girardi

Einstein

Vahrenkamp

Karol

schreiben über:

Inflation bis zum Krach

Uni tot

**Spätkapitalistische Bildungs-
illusion**

Die KPI läßt sich taufen

22. Jahrgang, Heft 1/2/1974

Erscheint alle zwei Monate. — 3,— DM;
Jahresabo 15,— DM. — Bestellungen
über Buchhandel oder Verlag Marx-
istische Blätter, 6 Frankfurt/M. 50, Hed-
dornheimer Landstr. 78 a

35 öS, 5,— DM, 6 sfr; Jahresabo 300 öS,
43,— DM, 50 sfr, für Studenten 210 öS,
30,— DM, 35 sfr. — A 1070 Wien, Mu-
seumstr. 5

Blätter für deutsche und internationale Politik

1 '74

Kommentare und Berichte: Anatoli Subkow, Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und EWG-Ländern *** Ragnar Arnalds, Island nach dem Fischereikrieg *** Ursula Gentz-Pallaton, Mitbestimmungsdiskussion in Schweden

Hauptaufsätze: Wilfried v. Bredow, Intersystemare Kooperation und Abrüstung *** Richard Bünemann, Zur Auseinandersetzung um die Berufsverbote *** Frank Deppe, Die „Europäische Gemeinschaft“ in der Stagnation *** Christoph Butterwegge, Zu Theorie und Praxis der Jungsozialisten in der SPD *** Jürgen Roth, Bundeswehr, BGS, Polizei – Hüter der Verfassung? *** Horst Löffler und Ulrich Schroyer, Die spontanen Streiks 1973. Verlauf, Ergebnisse und Konsequenzen *** Marko Markov, Tendenzen in der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung Bulgariens

Chronik des Monats Dezember 1973 *** Medienkritik *** Bücher *** Dokumente zum Zeitgeschehen

2 '74

Kommentare und Berichte: Rainer Rilling, Lebers Weißbuch *** Theo Schiller, Zur Verfassungsdebatte der CDU/CSU *** Edgar Gärtner, Internationales Symposium „Globale Probleme der Zivilisation“

Hauptaufsätze: Frank Deppe, Thesen zur Mitbestimmung und zum „Koalitionskompromiß“ *** Hermann Etzel, Europa? Begriff, Problem und Wahn der „Europäer“ *** Gerhard Bessau, Weltwährungskrise – Weltwirtschaftskrise *** Wilfrid Schilling, Italien zwischen „Historischem Kompromiß“ und Kulturkampf *** E. Berliner, Das monopolistische Problem der Massenbasis, die „Deutschen Führerbriefe“ und Alfred Sohn-Rethel *** Hans Heinz Holz, Technik und gesellschaftliche Wertordnung *** Juri Kostko, Zum Problem der Truppenreduzierung in Europa

Chronik des Monats Januar 1974 *** Medienkritik *** Bücher *** Dokumente zum Zeitgeschehen

19. Jahrgang, Hefte 1 und 2/1974

Herausgeber: Hilde Bentele †, Wilfried Frhr. v. Bredow, Gerhard Gollwitzer †, Urs Jaeggi, Gerhard Kade, Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschnig, Hans Rheinfelder †, Helmut Ridder, Robert Scholl †, Fritz Strassmann, Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen, Ernst Wolf †. – Erscheint monatlich. – 5,- DM; im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 3,- DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115.

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

1 '74

M. Döbler, W. Künzel, H. Mehnert, R. Wutke: Weltanschauliche Probleme der Bedürfnisentwicklung *** E. Schwarz: Zur Differenziertheit des Lösungsprozesses gesellschaftlicher Widersprüche

ZUM IV. PHILOSOPHIE-KONGRESS DER DDR

S. Heppener, L. Müller: Der Charakter der ökonomischen Gesetze und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft *** W. I. Pripisnow: Das Problem des Wirkungsmechanismus sozialer Gesetze

BEMERKUNGEN UND BERICHTE

F. Rupprecht: Marxistisch-leninistische Philosophie – theoretische Grundlage der Lösung der Probleme unserer Epoche *** W. Geidel: Soziale Tätigkeit und Kulturbedürfnisse der Arbeiterklasse *** L. Fritzsche: Qualität – ein Begriff? *** A. Pfeiffer: Kausalität und Finalität *** F. Loeser: „The proof of the pudding lies in the eating“

2 '74

R. Weidig: Die Aufgaben der marxistisch-leninistischen soziologischen Forschung in der DDR *** H. Jetzschmann: Probleme der gesellschaftlichen Aktivität der Arbeiterklasse in der materiellen Produktion *** F. Adler, A. Kretzschmar: Sozialistische Persönlichkeitsentwicklung und soziologische Forschung *** M. Lötsch, H. Meyer: Sozialstrukturforschung und Leitung sozialer Prozesse *** K. Krumbach: Die Klasse der Genossenschaftsbauern im Prozeß der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft *** R. Winzer: Erkenntnis und bewußte Gestaltung sozialer Prozesse *** F. Staufenberg: Zur Entwicklung kultureller Bedürfnisse in der Arbeiterklasse *** H. Steiner: Die sozialökonomische Determiniertheit wissenschaftlichen Schöpfertums

BEMERKUNGEN UND BERICHTE

A. Meier: Die Heranbildung eines der Arbeiterklasse würdigen Nachwuchses *** G. Aßmann, R. Stollberg: Inhaltliche Fragen der Ausarbeitung eines Lehrbuches der marxistisch-leninistischen Soziologie

22. Jahrgang, Hefte 1 und 2/1974

<i>Seiffert, Helmut: Marxismus und bürgerliche Wissenschaft (Tripp)</i>	108
<i>Lakatos, Imre, u. Alan Musgrave (Hrsg.): Criticism and the Growth of Knowledge (Leist)</i>	114
Sprach- und Literaturwissenschaft	
<i>Rosenkranz, Bernhard: Der Ursprung der Sprache (Voigt)</i> . . .	119
<i>Pilch, Herbert, u. Helmut Richter (Hrsg.): Theorie und Empirie in der Sprachforschung (H.-M. Lohmann)</i>	121
<i>Glinz, Hans: Sprachwissenschaft heute (H.-M. Lohmann)</i> . . .	122
<i>Löwenthal, Leo: Erzählkunst und Gesellschaft (Freundlich)</i> . .	124
<i>Jäger, Hans-Wolf: Politische Kategorien in Poetik und Rhetorik der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (A. u. L. Winckler)</i> . .	127
<i>Jäger, Hans-Wolf: Politische Metaphorik im Jakobinismus und im Vormärz (G. Oesterle)</i>	129
<i>Riha, Karl: Die Beschreibung der „Großen Stadt“ (I. Oesterle)</i> .	132
<i>Delius, Friedrich-Christian: Der Held und sein Wetter (L. Winckler)</i>	136
Soziologie	
<i>Mehnert, Arnim: Bedürfnisse — Manipulierung — individuelle Konsumtion in der BRD (F. Haug)</i>	138
<i>Scheuch, Erwin K., u. Rolf Meyersohn (Hrsg.): Soziologie der Freizeit (Hennig)</i>	140
<i>Külp, Bernhard, u. Robert Müller: Alternative Verwendungsmöglichkeiten wachsender Freizeit (H.-J. Fuhs u. H. Fuhs)</i> . . .	142
<i>Opaschowski, Horst W. (Hrsg.): Im Brennpunkt: Der Freizeitberater (H. Fuhs)</i>	144
Geschichte	
<i>Hillgruber, Andreas: Bismarcks Außenpolitik (M. Berger)</i> . . .	146
<i>Berghahn, Volker R.: Der Tirpitz-Plan (Steinbach)</i>	148
<i>Schottelius, Herbert, u. Wilhelm Deist (Hrsg.): Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871 bis 1914 (Steinbach)</i>	148
<i>Deist, Wilhelm: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914 bis 1918 (Steinbach)</i>	155
<i>Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Der moderne Imperialismus (Wernecke)</i>	158
Soziale Bewegung und Politik	
<i>Horowitz, David: Imperialismus und Revolution (Niess)</i>	161
<i>Horowitz, David (Hrsg.): Big Business und Kalter Krieg (Niess)</i>	165
<i>Magdoff, Harry: Das Zeitalter des Imperialismus (Bönsch)</i> . . .	167
<i>Guérin, Daniel, u. Ernest Mandel: Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals (Fichter)</i>	169
<i>Krippendorff, Ekkehart: Die amerikanische Strategie (Niess)</i> . .	171
Ökonomie	
<i>Córdova, Armando: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum (Evers)</i>	175
<i>Dreessmann, Bernd (Hrsg.): Strategie gegen den Hunger (Nikolinakos)</i>	178
<i>Zenz, Gisela: Sowjetische Entwicklungshilfe (Meyer)</i>	179
<i>Biskup, Reinhold: Sowjetpolitik und Entwicklungsländer (Meyer)</i>	179